



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

(Neo-)Liberalismus in der Krise: Gender als Feindbild
rechtspopulistischer Bewegungen
Wie rechtspopulistische Strategien in Polen globale Trends
widerspiegeln

verfasst von | submitted by

Noah Domenico Hinsberger B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Petra Dannecker M.A.

Abstract (English)

This master's thesis examines the connections between (neo-)liberalism and the rise of right-wing populist movements, with a particular focus on the role of gender issues in this context. The starting point is the observation that right-wing populist actors in particular question liberalism as a constitutive element of liberal democracy and specifically instrumentalize gender policy issues. It is shown how the crisis of (neo-)liberalism favors right-wing populist mobilization and what significance gender discourses have for their political strategy. For empirical illustration, the case of Poland is analyzed, where the discourse on 'gender ideology' played a central role in the political mobilization strategy of the Law and Justice party (PiS). The work shows that anti-gender discourses act as a link to bundle and affectively reinforce economic, cultural and political criticism of (neo-)liberalism.

Abstract (Deutsch)

Diese Masterarbeit untersucht die Zusammenhänge zwischen (Neo-)Liberalismus und dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen, mit besonderem Fokus auf die Rolle der Gender-Thematik in diesem Kontext. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass rechtspopulistische Akteure insbesondere den Liberalismus als konstitutives Element der liberalen Demokratie in Frage stellen und dabei gezielt geschlechterpolitische Themen instrumentalisieren. Es wird dargelegt, wie die Krise des (Neo-)Liberalismus rechtspopulistische Mobilisierung begünstigt und welche Bedeutung Gender-Diskurse für deren politische Strategie haben. Zur empirischen Veranschaulichung wird der Fall Polens analysiert, wo der Diskurs um ‚Gender-Ideologie‘ eine zentrale Rolle in der politischen Mobilisierungsstrategie der Partei ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PiS) spielte. Die Arbeit zeigt, dass Anti-Gender-Diskurse als Bindeglied fungieren, um ökonomische, kulturelle und politische Kritik am (Neo-)Liberalismus zu bündeln und affektiv zu verstärken.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Multiple Krise der liberalen Demokratie	5
2.1	<i>Neoliberalismus - Begriffsbestimmung</i>	6
2.1.1	Das sozial-korporatistische Paradigma der Nachkriegszeit	8
2.1.2	Krise des sozial-korporatistischen Paradigmas	10
2.1.3	Paradigmenwechsel: Eine neue Form des Liberalismus	13
2.2	<i>(Neo-)Liberale Hegemonie: Paradigma des apertistischen Liberalismus</i>	14
2.2.1	Ökonomische Dimension	14
2.2.2	Soziokulturelle Dimension	16
2.3	<i>Krise des apertistischen Liberalismus</i>	18
2.3.1	Sozioökonomische Auswirkungen	19
2.3.2	Soziokulturelle Auswirkungen	21
2.3.3	Eine neue Konfliktlinie: Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus	25
2.3.4	Kontrollverlust durch ein Wechselspiel an sozialer und kultureller Desintegration	26
2.4	<i>Krise der repräsentativen Demokratie – Auf dem Weg in die Postdemokratie?</i>	28
2.5	<i>Der populistische Moment als Ausdruck der Multiplen Krise</i>	32
3	Populismus – Begriffsbestimmung	34
3.1	<i>Linkspopulismus versus Rechtspopulismus</i>	35
3.2	<i>Rechtspopulismus</i>	37
3.2.1	Die liberale Elite als Feindbild	39
3.2.2	Von der Liberalismuskritik zum rechten Kulturkampf	42
4	Gender als zentrales Element	45
4.1	<i>Anti-Gender-Bewegung als religiöses Projekt</i>	46
4.1.1	Gender als Gefahr für die ‚natürliche‘ Ordnung	49
4.1.2	Moralisierung und Täter-Opfer-Umkehr	53
4.1.3	Narrativ der elitären Verschwörung	56
4.2	<i>Vom religiösen zum politischen Projekt: Rechtspopulismus & Gender</i>	58
4.2.1	Opportunistische Synergien zwischen Rechtspopulismus & Anti-Gender-Bewegung	59
4.2.2	Familie als Keimzelle der Nation	60
4.2.3	Affektbasierte Mobilisierung gegen die liberale Elite	62

5	Fallbeispiel Polen	66
5.1	<i>Historischer Hintergrund: Post-kommunistische Transformation</i>	68
5.1.1	Entstehung der Solidarność & Papstwahl 1978	68
5.1.2	Systemtransformation ab 1989	71
5.2	<i>Neoliberale Schocktherapie: Beschleunigte ökonomische Liberalisierung</i>	73
5.3	<i>Kulturelle Dimension der Transformation: Aushandlung einer neuen polnischen Identität</i>	77
5.3.1	Katholische Kirche als moralische Autorität und politischer Akteur – Frauen als Verliererinnen	77
5.3.2	Spaltung der Solidarność I: Friedlicher Übergang und eine Politik des ‚Dicken Strichs‘ vs. Radikaler Anti-Kommunismus	80
5.3.3	Spaltung der Solidarność II: Kulturelle Modernisierung im Zeichen des Neoliberalismus vs. Zuwendung zu Tradition und Katholizismus	82
5.3.4	Geschlechterrollen als Instrument nationalkonservativer Metapolitik	87
5.4	<i>Illiberaler Populismus als Reaktion auf die neoliberal geprägte Transformation</i>	88
5.4.1	Legitimitätskrise der ‚Dritten Republik‘	89
5.4.2	Der populistische Moment in Polen: Neusortierung der Parteienlandschaft um die Jahrtausendwende	91
5.4.3	Rechtspopulismus als alternatives Modell: Der Aufstieg der PiS	93
5.5	<i>Der Anti-Gender-Diskurs in Polen</i>	98
5.5.1	Gender als kommunistische Ideologie und fremde Invasion	100
5.5.2	Opportunistische Synergie zwischen illiberalem Rechtspopulismus und der Anti-Gender-Bewegung	102
5.5.3	‚War on Gender‘ als Regierungspraxis der PiS (2015 – 2023)	105
5.6	<i>Frauenbewegung als liberale Widerstandsbewegung</i>	107
5.6.1	Der ‚Schwarze Protest‘ – Feministischer Widerstand	108
5.6.2	Polnische Frauenbewegung als linker Populismus?	109
6	Fazit & Ausblick	116
	Literaturverzeichnis	126
	Abbildungsverzeichnis	136

1 Einleitung

Die liberale Demokratie befindet sich in einer Krise. Der Wahlsieg der rechtspopulistischen FPÖ bei der österreichischen Nationalratswahl im September 2024 und die Wiederwahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA sind nur zwei von vielen aktuellen Beispielen für einen Trend, der derzeit in liberalen Demokratien weltweit zu beobachten ist: Parteien mit populistischen, fremdenfeindlichen und illiberalen Positionen gewinnen zunehmend an Einfluss und drohen in vielen Fällen offen mit einem autoritären Umbau des liberalen Rechtsstaats, während dieser in manchen Ländern, wie etwa Ungarn und Polen, bereits teilweise vollzogen wurde. Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán verkündete so anlässlich seiner Wiederwahl im Jahr 2018: "Die Epoche der liberalen Demokratie ist zu Ende" (zitiert nach STANDARD 2018, o.S.).

Vor diesem Hintergrund scheint es dringend notwendig, sich mit den Bedingungen auseinanderzusetzen, die diese Konjunktur rechtspopulistischer Parteien ermöglichen bzw. befördern. Während es eine umfangreiche Literatur zu (Rechts-)Populismus gibt, ist dabei ein Aspekt noch deutlich unterrepräsentiert, wie Graff und Korolczuk (2022: 10) in ihrem Buch „Anti-Gender Politics in the Populist Moment“ kritisch anmerken: Die Beschäftigung mit der Frage, warum ‚Gender‘¹ zu einem solch beliebten Feindbild von Rechtspopulist:innen wurde. Von Donald Trump (USA), Viktor Orbán (Ungarn) und Jarosław Kaczyński (Polen) über Giorgia Meloni (Italien) bis hin zu Herbert Kickl (Österreich), Alice Weidel (Deutschland) und unzähligen anderen, polemisieren seit einigen Jahren Vertreter:innen von rechtspopulistischen Parteien weltweit gegen ‚Gender-Ideologie‘, ‚Gender-Wahnsinn‘ oder die angebliche ‚Gender-Diktatur‘ (Graff & Korolczuk 2022: 3; Hark & Villa 2015: 9, 18). Inzwischen gibt es zwar eine wachsende Zahl an wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit dem „Zusammenhang zwischen ‚Anti-Genderismus‘ und Rechtspopulismus“ (Hark & Villa 2015: 9) beschäftigen. Dennoch findet der zentrale Stellenwert der Gender-Thematik für rechtspopulistische Diskurse noch nicht in angemessener Form Berücksichtigung in der sozialwissenschaftlichen Forschung.

¹ Der Begriff Gender wird uneinheitlich und für eine Vielzahl an unterschiedlichen Themen verwendet (Graff & Korolczuk 2022: 16f), was eine kurze Klarstellung bezüglich der eigenen Verwendung erfordert. In dieser Arbeit dient Gender, kurz gesagt, als Sammelbegriff für Aspekte rund um Frauenrechte und Gleichstellungspolitik, sowie die Anerkennung nicht ‚heteronormativer‘ Formen von Sexualität und Geschlecht.

Heteronormativität bezeichnet die Annahme, dass es ‚natürlicherweise‘ nur zwei Geschlechter gibt (Mann und Frau), die sich gegenseitig sexuell begehren (Schmincke 2015: 94). Diese Naturalisierung von Heterosexualität sowie der binären Geschlechterordnung wird vom Gender-Konzept grundlegend infrage gestellt, wie in Kapitel 4.1 noch ausführlicher beschrieben wird.

Diese Arbeit soll daher einen Beitrag dazu leisten, die bestehende Forschungslücke zu schließen. Konkret geht es darum, zunächst die Hintergrundbedingungen des derzeitigen Erfolgs rechtspopulistischer Akteure² zu verstehen. Ausgehend von der Beobachtung, dass Rechtspopulist:innen am Modell der liberalen Demokratie vorrangig den Liberalismus infrage stellen (wie in Kapitel 2 noch ausgeführt wird), steht im Zentrum meines Erkenntnisinteresses die Frage, warum rechtspopulistische Parteien trotz – oder gerade wegen – ihrer anti-liberalen Haltung derzeit so viele Wähler:innen mobilisieren können und welche Rolle die Gender-Thematik dabei spielt. Die leitende Forschungsfrage für die Arbeit lautet daher:

Inwiefern hängt das Erstarken des Rechtspopulismus mit (Neo-)Liberalismus³ zusammen und welchen Stellenwert nehmen Gender-Diskurse dabei ein?

Zur Verdeutlichung dieser komplexen und theoretischen Zusammenhänge werden zudem exemplarisch die politischen Entwicklungen in Polen seit 1989 im Hinblick auf die Fragestellung untersucht und dargestellt. Hierbei wird ergänzend der Frage nachgegangen, inwieweit der polnische Fall die zuvor beschriebenen, übergreifenden Zusammenhänge bestätigt bzw. inwiefern sich Abweichungen und Besonderheiten beobachten lassen.

Um die Wechselwirkungen zwischen der Krise des Liberalismus, dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und der zentralen Rolle von Gender-Diskursen zu analysieren, wurde die Methodik der Literaturarbeit gewählt. Die Entscheidung für diese Methodik wurde vor allem aus zwei Gründen getroffen. Erstens bietet eine Literaturarbeit die Möglichkeit, eine transdisziplinäre Perspektive einzunehmen und Erkenntnisse aus Politikwissenschaft, Soziologie, Kulturwissenschaft und Gender Studies miteinander zu verknüpfen. Zweitens erlaubt sie eine umfassende Auseinandersetzung mit vorhandenen Diskursen und empirischen Studien aus verschiedenen Ländern, ohne die Einschränkungen, die eine primär empirische Erhebung in Bezug auf Zeit und Ressourcen mit sich bringen könnte. Um dem formulierten Anspruch gerecht zu werden, Entwicklungen zu beschreiben, die sich in ähnlicher Weise in liberalen Demokratien weltweit vollziehen, schien eine Literaturarbeit daher

² Der Begriff ‚Akteur‘ wird in der Arbeit bewusst nicht gegendert, da hiermit nicht nur individuelle Personen gemeint sind, sondern etwa auch Institutionen, die in ihrem Handeln als kollektive ‚Akteure‘ verstanden werden können.

³ Einige Autor:innen sehen in Rechtspopulismus eine Reaktion auf ‚Neoliberalismus‘, andere begreifen ihn hingegen als weiter gefasste anti-liberale politische Bewegung (siehe ausführlich in Kapitel 2). Es gibt also verschiedene Interpretationsansätze, wenn es darum geht, zu definieren, wovon sich illiberale Rechtspopulist:innen abgrenzen, was in der entsprechenden Formulierung der Forschungsfrage zum Ausdruck gebracht werden soll. Eine nähere Bestimmung des Liberalismus-Begriffs im Zusammenhang mit Rechtspopulismus erfolgt in Kapitel 2.

der sinnvollste Zugang. Für die Literaturrecherche wurde dabei nach dem Prinzip des ‚Schneeballsystems‘ (Köhler 2020: 53) vorgegangen. Ausgehend von einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten zum gewählten Themenkomplex wurde weitere Literatur gesichtet, die für das Erkenntnisinteresse relevant erschien. Ein zyklisches Verfahren (Eingrenzung des Forschungsthemas durch die Lektüre der gesichteten Literatur, anschließend erneute, nun verfeinerte Literatursuche) wurde so lange fortgesetzt, bis sich der Eindruck einer theoretischen Sättigung einstellte und die Fragestellung konkretisiert werden konnte.

Durch die umfassende Analyse der multiplen Krise der liberalen Demokratie, des Erfolgs rechtspopulistischer Bewegungen und der Rolle von Gender-Diskursen beleuchtet diese Arbeit Wechselwirkungen zwischen politischen, kulturellen und ökonomischen Dynamiken in einem globalen Kontext. Damit schließt sie an zentrale Fragestellungen der Internationalen Entwicklung an, wie folgend kurz ausgeführt wird. Die Arbeit untersucht, wie rechtspopulistische Akteure bestehende Ungleichheiten einerseits als Legitimationsbasis für ihre politische Programmatik heranziehen und diese andererseits verstärken, indem sie gegen Gender polemisieren, Ansätze zur Gleichstellung delegitimieren und die Rechte von Frauen und Minderheiten einschränken. Damit wird ein zentraler Mechanismus aufgezeigt, durch den (geschlechtsspezifische) Macht- und Herrschaftsverhältnisse reproduziert und verstärkt werden. Zudem macht die Arbeit deutlich, wie rechtspopulistische Akteure und Anti-Gender-Bewegungen transnationale Diskurse und Strategien adaptieren und gleichzeitig lokale Kontextfaktoren ausnutzen, wie am Beispiel Polen gezeigt wird. Dieses Wechselspiel aus lokalen und globalen Dynamiken wird durch die Verbindung von politikwissenschaftlichen, soziologischen und kulturwissenschaftlichen Ansätzen analysiert – eine Herangehensweise, die dem transdisziplinären Anspruch der Internationalen Entwicklung entspricht. Nicht zuletzt spiegeln Auseinandersetzungen rund um den Modernisierungsprozess in Polen, der nach 1989 umgesetzt wurde – ausführlich beschrieben in Kapitel 5.3 – ‚klassische‘ entwicklungstheoretische Debatten (Schmidt & Schröder 2016) wider. Die Arbeit trägt somit insgesamt zu einer kritischen Auseinandersetzung mit globalen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen sowie den ambivalenten Auswirkungen von kulturellen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen bei.

Bevor das konkrete Vorgehen und die Struktur der Arbeit näher beschrieben werden, zuletzt noch einige Bemerkungen, um meine eigene Position im Forschungsprozess transparent zu machen und kritisch zu reflektieren. Ich vertrete liberale Ansichten und bin Rechtspopulismus gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt, was trotz meinem Bestreben um ein neutrales und sachliches Vorgehen im Prozess des Verfassens der Arbeit eine mögliche Quelle für einen normativen Bias darstellen kann. Ebenso ist meine Sichtweise trotz der intensiven

Beschäftigung mit unterschiedlichen, kritischen Perspektiven auf ‚westliche‘⁴ Normen sicherlich dennoch geprägt von meiner Herkunft aus Deutschland, was zu Verzerrungen in der Wahrnehmung und Interpretation lokaler Kontexte (wie dem polnischen) führen mag. Hinzu kommt die sprachliche Barriere. Da ich kein Polnisch spreche, ist nicht auszuschließen, dass die im fünften Kapitel vorgenommene Deutung der gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Diskurse in Polen teilweise lücken- oder fehlerhaft ist. Um Übersetzungsfehler zu vermeiden, habe ich mich ausschließlich auf deutsch- und englischsprachige Literatur gestützt.

Abschließend ein kurzer Überblick über den Aufbau der Arbeit. Der erste Teil widmet sich der grundlegenden Frage, welche Ursachen dem Aufschwung des Rechtspopulismus zugrunde liegen. Dafür werden in Kapitel 2 zunächst verschiedene (ökonomische, soziale, kulturelle und demokratische) Aspekte der multiplen Krise herausgearbeitet, in der sich die liberale Demokratie derzeit befindet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Frage, inwiefern diese Krisenaspekte mit jener spezifischen Form des Liberalismus zusammenhängen, die in den modernen, ‚westlichen‘ Demokratien seit einigen Jahrzehnten vorherrschend ist und die oft als wesentlicher Faktor für den Erfolg von rechtspopulistischen Parteien angeführt wird. In Kapitel 3 wird beschrieben, wie politische Akteure in Reaktion auf die verschiedenen Krisendimensionen populistische Narrative bedienen, um damit Wähler:innen zu mobilisieren. Im Vordergrund stehen dabei rechtspopulistische Mobilisierungsstrategien, die jedoch zur besseren Einordnung kurz von linkspopulistischen Positionen abgegrenzt werden. Kapitel 4 befasst sich mit der zentralen Rolle, welche die Gender-Thematik in diesem Zusammenhang spielt. Hierfür wird zunächst beschrieben, wie unter der Führung der Katholischen Kirche ein Anti-Gender-Diskurs etabliert wurde, der sich gegen die Institutionalisierung liberaler Gleichstellungsrechte auf nationaler und internationaler Ebene richtete. Im Anschluss werden Synergien zwischen diesem Diskurs und den rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategien aufgezeigt. Im fünften Kapitel werden die Ausführungen der vorhergehenden Kapitel am Fallbeispiel Polen verdeutlicht. Polen stellt deshalb ein besonders interessantes Beispiel dar, da es einst als Vorzeigeland der liberalen Demokratie in Ost- und Mitteleuropa galt (Dawson & Hanley 2016: 29), sich zwischenzeitlich jedoch scheinbar zum Gegenteil gewandelt hat: Die rechtspopulistische Partei ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PiS) regierte von 2015 – 2023 das Land und nutzte dabei ihre absolute Mehrheit im Parlament, um einen illiberalen Umbau des Staates

⁴ Der Begriff ‚westlich‘ wird in dieser Arbeit in einigen Kontexten mit Anführungszeichen versehen, um deutlich zu machen, dass er sich in diesen Fällen eher auf das *politisch-ideologische Modell* (gekennzeichnet durch ein System der liberalen Demokratie, der kapitalistischen Marktwirtschaft, etc.) der wohlhabenden, ‚westlichen‘ Industrienationen bezieht, als auf eine bestimmte geographische Region. Wenn der Begriff ohne Anführungszeichen verwendet wird, so bezieht er sich tatsächlich auf den *geographischen Westen*.

voranzutreiben. Dabei ging sie nicht zuletzt stark gegen sexuelle Minderheiten vor und pflegte eine ausgeprägte Anti-Gender-Rhetorik. Das polnische Fallbeispiel bietet daher aufschlussreiche Perspektiven auf den gewählten Themenschwerpunkt. Hier wurden illiberaler Rechtspopulismus und Anti-Genderismus zur Regierungspraxis. Zudem kann die polnische Frauenbewegung, die sich im Widerstand gegen die PiS-Regierung formierte, als Ausgangspunkt für mögliche Gegenstrategien zu den ausgrenzenden Diskursen und Praktiken rechtspopulistischer Akteure dienen, wie abschließend beschrieben wird.

2 Multiple Krise der liberalen Demokratie

„Wer vom Populismus sprechen will, darf über den Liberalismus nicht schweigen“
(Koschorke 2018: 1).

Was Koschorke in Abwandlung von Horkheimers berühmtem Diktum⁵ pointiert ausdrückt, greifen auch Müller (2016a) sowie Mudde und Kaltwasser (2017) in ihren einschlägigen Einführungswerken in den Populismus auf: Sie alle betonen, dass Populismus ein Phänomen sei, das sich erst erschließe, wenn es im Kontext der modernen liberalen Demokratie betrachtet werde (Müller 2016a: 18f; Mudde & Kaltwasser 2017: 81). Das Modell der liberalen Demokratie beruht, wie der Name schon sagt, auf zwei fundamentalen Grundsätzen: Dem Liberalismus, bei dem es primär um den Schutz individueller Freiheits- und Minderheitenrechte geht, sowie dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität. Liberaldemokratisch verfasste Staaten sind daher, wie Mudde und Kaltwasser (2017: 82) es ausdrücken, davon gekennzeichnet, dass sie ein möglichst harmonisches Gleichgewicht zwischen einer ‚Herrschaft der Mehrheit‘ und den Rechten von Minderheiten herzustellen versuchen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts schien sich die liberaldemokratische Ordnung weltweit als erfolgversprechendstes politisches Modell für die Verwirklichung von gesellschaftlichem Fortschritt und Wohlstand durchzusetzen – spätestens der Zusammenbruch der Sowjetunion als letzter bedeutender ‚Systemkonkurrent‘ wurde von vielen als „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) bzw. als endgültige globale Dominanz des liberaldemokratischen Modells gewertet (Boas & Gans-Morse 2009: 157; Harari 2018: 33). In den vergangenen Jahren mehren sich jedoch die Anzeichen einer tiefen Krise der liberalen Demokratie (Castells 2018; Jörke & Nachtwey 2017;

⁵ Horkheimer hatte 1939 vor dem Hintergrund des NS-Regimes einen Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem Erstarken des Faschismus konstatiert und entsprechend eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus gefordert, die diesem Zusammenhang gerecht wird: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ (Horkheimer 1939: 115) brachte er diese Forderung auf den Punkt.

Reckwitz 2019). Als „wichtigstes Symptom“ (Reckwitz 2019: 239) dieser Krise gelten die weltweiten Erfolge rechtspopulistischer Bewegungen, die vor allem das liberale Element des Modells – d.h. individuelle Freiheits- und Minderheitenrechte – grundsätzlich ablehnen (ebd.; Diehl 2016; Höntzsch 2020; Müller 2016a; Mouffe 2018). Die Krise der liberalen Demokratie ist daher, wie Höntzsch (2020: 255) den allgemeinen Tenor in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschung zusammenfasst, „im Kern (...) eine Krise des Liberalismus“. In anderen Worten:

[Die] jüngsten Wahlerfolge rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien in Europa beruhen zu einem guten Teil darauf, dass das Liberale an der liberalen Demokratie offenbar zunehmend vielen Bürgerinnen und Bürgern eher als Mangel denn als Gewinn erscheint. (Bovermann & Janisch 2024, o.S.)

Warum dem so ist und vor welchem historischen Hintergrund sich diese „internationale populistische Revolte (...) gegen die liberal geprägten Funktionseliten und deren ökonomische wie kulturelle Hegemonie“ (Reckwitz 2019: 239) formierte, soll in den folgenden Kapiteln dargelegt werden.

Um der Frage nachzugehen, warum vor allem der Liberalismus als konstitutives Element der liberalen Demokratie in die Krise geraten ist, gilt es, einschlägigen Erklärungsansätzen zufolge, jene besondere Ausprägung des Liberalismus näher zu beleuchten, die ab den 1980er Jahren die ‚westlichen‘ Gesellschaften geprägt hat. So betonen Theoretiker:innen, dass es sich hierbei um eine „neue Form des Liberalismus“ (Fraser 2013: 29) handle, die etwa vom ‚Klassischen Liberalismus‘ unterschieden werden müsse. Diese ‚neue Form des Liberalismus‘ wird meist als Neoliberalismus bezeichnet (ebd.; Buntgenbach 2008: 9; Mouffe 2018: 21). Der Begriff Neoliberalismus wird dabei in vielfältiger Weise verwendet und oft auch schlicht polemisch als politischer Kampfbegriff benutzt, was zu einer Unschärfe seiner Bedeutung führt (Boas & Gans-Morse 2009: 138f; Butterwegge, Lösche & Ptak 2008: 13f). Daher bedarf es bei einer theoretischen Betrachtung, die Neoliberalismus als wesentlichen Erklärungsfaktor anführt, zunächst einer Begriffsbestimmung, um deutlich zu machen, was darunter verstanden wird.

2.1 Neoliberalismus - Begriffsbestimmung

Zuvorderst kann Neoliberalismus als Überbegriff für ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Konzept verstanden werden, das auf theoretische Überlegungen von Wirtschaftswissenschaftlern wie Milton Friedman und Friedrich von Hayek zurückgeht und das unter den Regierungen von Margaret Thatcher (GB) und Ronald Reagan (USA) etwa ab 1980

erstmal in einem demokratischen Rahmen umgesetzt wurde⁶ (ebd.; Reckwitz 2019: 264; Reitzig 2008: 136f). Zentrale Charakteristika des neoliberalen Wirtschaftskonzepts werden in Kapitel 2.2.1 kurz dargelegt. Diese Arbeit folgt jedoch einem Verständnis von Neoliberalismus, das diesen nicht nur als ökonomisches Leitprinzip begreift, sondern darüber hinaus auch „as a cultural paradigm, a rationality permeating all realms of life“ (Graff & Korolczuk 2022: 30). Neoliberalismus ist nach dieser Ansicht also „keineswegs auf die wirtschaftliche Sphäre beschränkt“ (Mouffe 2018: 21), sondern stellt, wie der Soziologe Reckwitz (2019: 241) es formuliert, vielmehr ein umfassendes „politisches Paradigma“ dar. Da dieses Konzept für die folgenden Abschnitte von zentraler Bedeutung ist, soll es kurz erläutert werden.

Als politisches Paradigma bezeichnet Reckwitz eine übergreifende politische „Denk- und Regierungsweise“ (ebd.: 241), die „in einem bestimmten historischen Krisenkontext“ (ebd.: 244) ein überzeugendes „Vokabular der Problemlösung“ (ebd.: 243) für akute gesellschaftliche Probleme zu formulieren vermag. Dabei seien politische Paradigmen „nicht nur kognitive Problemlösungsprogramme, sondern durch und durch normativ“ (ebd.: 243): Neben Lösungsansätzen für gesellschaftliche Probleme würden sie auch bestimmte Werte und Ideale hervorheben und somit nach Art einer ‚Leitkultur‘ definieren, was als wünschenswertes Verhalten gilt und welche Normen das gesellschaftliche Zusammenleben bestimmen. Politische Paradigmen wirken nach dieser Lesart also in zweierlei Hinsicht zielsetzend (eben paradigmatisch): sozioökonomisch, im Sinne einer Richtlinie für eine ‚sinnvolle‘ wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung; und soziokulturell, als Leitfaden für gesellschaftlich erwünschtes Benehmen. Da sich gesellschaftliche Strukturen im Lauf der Zeit wandeln und sich unter veränderten Umständen (wie etwa verschobene Machtverhältnisse, neue Ressourcenkonflikte, etc.) entsprechend auch neue Problemlagen ergeben, werden je nach spezifischem historischem Kontext verschiedene politische Paradigmen wirkmächtig. Dabei wird üblicherweise „in einem bestimmten Zeitraum tatsächlich ein *einziges* Paradigma als ‚Denkraum‘ leitend“ (ebd.: 244) und bestimmt fortan „für einige Jahrzehnte den politischen Diskurs“ (ebd.):

Wenn sich das politische Paradigma einmal durchgesetzt hat (...) und es ihm gelingt, mit seiner Denkweise den Diskurs zu beherrschen (und zwar auch jenen seiner ursprünglichen Gegner), erscheint es alternativlos, es drückt, gewissermaßen die ‚einzig anerkannte Sicht der Dinge aus‘ und wird zur Hegemonie. (Reckwitz 2019: 244)

In den ‚westlichen‘ Demokratien wird in den 1980er Jahren der Neoliberalismus zu einem solchen hegemonialen, diskursbeherrschenden Paradigma (Buntenbach 2008: 9). Bezeichnend

⁶ Während es zuvor bereits in der Militärdiktatur in Chile unter Pinochet ab 1973 Anwendung fand.

für diese „neoliberale Hegemonie“ (Butterwegge 2008: 204) ist etwa der vielzitierte Slogan ‚There is no alternative‘ von Margaret Thatcher, die damit Kritik an ihrer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit dem Verweis auf die vermeintliche Alternativlosigkeit dieses Modells zurückwies. Doch was kennzeichnet die neoliberale Hegemonie als dominantes Paradigma in den ‚westlichen‘ Demokratien des ausgehenden 20. Jahrhunderts? Um diese Frage beantworten zu können, scheint es zunächst hilfreich, das (neo)liberale Paradigma von jenem Paradigma abzugrenzen, das zuvor etwa 30 Jahre lang die Wirtschafts- und Sozialpolitik der ‚westlichen‘ Gesellschaften bestimmt hatte (Mouffe 2018: 21): Das „sozial-korporatistische Paradigma“ (Reckwitz 2019: 252). Dieses soll im Folgenden kurz beschrieben werden.

Viele der Ausführungen, die historisch in der Nachkriegszeit ab 1945 ansetzen, beziehen sich vor allem auf die ‚westlichen‘ Länder (also vor allem die USA und Westeuropa) und lassen sich nicht ohne weiteres auf den Kontext von Ländern der ehemaligen Sowjetunion – wie das gewählte Fallbeispiel Polen – übertragen. Dennoch treffen die folgend angeführten, wesentlichen Erklärungsansätze (wie etwa die zentrale Rolle des Neoliberalismus für die Entstehung populistischer Bewegungen) bis zu einem gewissen Grad auch auf die mittel- und osteuropäischen Länder des ehemaligen Ostblocks zu (Gunnarsson-Payne 2020: 8). Dort mag der historische Hintergrund ein anderer sein, jedoch wurde auch in diesen Ländern nach dem Zusammenbruch der UdSSR eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik implementiert, wie in Kapitel 5 näher ausgeführt wird. Eine Gegenüberstellung grundlegender Entwicklungen im ‚Westen‘ gegenüber jenen im ‚Osten‘ bietet dabei eine interessante, zusätzliche Perspektive auf den Zusammenhang von Rechtspopulismus und dem Anti-Gender-Diskurs, wie Graff & Korolczuk (2022: 53f) betonen. Daher geht es in den folgenden Ausführungen zunächst darum, generelle Entwicklungen in ‚westlich‘ geprägten, liberalen Demokratien deutlich zu machen, die über länderspezifische Besonderheiten hinausgehen, bevor in Kapitel 5 anhand des polnischen Falls ein konkretes Beispiel innerhalb des zuvor dargelegten Rahmens näher beleuchtet und auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen ‚Ost‘ und ‚West‘ eingegangen wird.

2.1.1 Das sozial-korporatistische Paradigma der Nachkriegszeit

Das politische Paradigma der Nachkriegszeit war, verkürzt gesagt, vor allem ein „Regulierungsparadigma“ (Reckwitz 2019: 252). Vor dem Hintergrund der Erfahrung zweier Weltkriege sowie der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre bestand das vorrangige politische Ziel darin, wieder eine stabile, funktionierende Ordnung herzustellen (Foltin 2006; Reckwitz 2019: 252-256). Nach der Herausforderung des liberal-demokratischen Modells „durch

kommunistische und faschistische Systemalternativen“ ging es den ‚westlichen‘ Staaten, wie Reckwitz (2019: 256) betont, zudem darum, „zu zeigen, dass liberale Demokratie, Kapitalismus und soziale Regulierung in eine [...] Balance gebracht werden können“. Dafür übernahm der Staat als regulierende Instanz eine zentrale Rolle. Die Wirtschaftspolitik in den USA und in Westeuropa bestand im Wesentlichen in dem ‚keynesianischen‘ Modell einer durch den Staat regulierten Wirtschaft und dem Ausbau eines umfassenden Wohlfahrtsstaates. Dieses Modell ging zudem mit einem starken ‚Korporatismus‘ einher. Individuen wurden durch „diverse *Korporationen*“ (ebd.) wie z.B. „Volksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbände, Gemeinden, Schulen, Firmen (...) etc.“ (ebd.) in die gesellschaftliche ‚Gemeinschaft‘ eingebunden (Butterwegge, Lösch & Ptak 2008: 13; Crouch 2011: 34; Foltin 2006). Die soziale Einbettung sollte zusätzlich dafür sorgen, dass alle gleichermaßen vom erwirtschafteten Wohlstand profitieren konnten. Die „Sicherung vergleichbarer Lebensverhältnisse“ (Reckwitz 2019: 255) war demnach „das Leitmotiv dieses Modells einer ‚Gesellschaft der Gleichen‘“ (ebd.).

Dieses „sozial-korporatistische Paradigma“, wie Reckwitz (ebd.: 252) es nennt, beruhte dabei nicht zuletzt stark auf einer geschlechtsspezifischen Rollenverteilung und dem Ideal der Kleinfamilie. Männer gingen bezahlter Lohnarbeit in der industriellen Massenproduktion nach, Frauen hingegen wurde vor allem die Rolle als Ehegattin, Hausfrau und Mutter zugewiesen, sie waren also für reproduktive, unbezahlte Tätigkeiten wie Kindererziehung, Pflege, Haushaltsarbeit und „die Organisation des familiären sozialen Lebens“ (Foltin 2006, o.S.) zuständig (Fraser 2013: 30). Der „wohlfahrtsstaatliche Konsens nach dem Zweiten Weltkrieg, basierte“ also, wie Sauer und Penz (2023: 63) es ausdrücken, de facto „bis weit in die 1970er Jahre hinein auf Geschlechterungleichheit“. Das Versprechen von Gleichheit galt praktisch nur Männern – Frauen waren dagegen „nur prekär in den hegemonialen demokratischen Kompromiss wie auch in liberal-demokratische Institutionen integriert“ (ebd.). Es wurde also nicht nur die Wirtschaft vonseiten des Staates reguliert, sondern in dem Bestreben, gleiche Verhältnisse für die (männliche) Bevölkerung herzustellen, auch das soziokulturelle Zusammenleben durch „Disziplinarnormen“ (Foltin 2006, o.S.) eingeeht. „[K]ulturelle Differenzen und Individualitäten, ‚abweichendes Verhalten‘ und (...) ein Verstoß gegen die patriarchale Geschlechterordnung und deren Modell der Kleinfamilie“ (Reckwitz 2019: 256) haben demnach im Sozial-Korporatismus stark „unter Verdacht“ (ebd.) gestanden, den angestrebten ‚Wohlstand für Alle‘ zu gefährden.

2.1.2 Krise des sozial-korporatistischen Paradigmas

In den 1970er Jahren geriet dieses Paradigma in eine grundsätzliche Krise (Kowall 2013: 19; Reckwitz 2019: 257ff; Reitzig 2008: 134f). Die Gründe hierfür sind vielfältig – um nicht zu weit vom eigentlichen Thema der Arbeit wegzuführen, sollen an dieser Stelle nur die wesentlichsten Aspekte kurz angeführt werden. Ursächlich für die Krise des ‚sozial-korporatistischen‘ Paradigmas waren grundlegende strukturelle Veränderungen, welche die ‚westlichen‘ Gesellschaften etwa ab den 1970er Jahren erfassten. Diese strukturellen Veränderungen resultierten aus einem Zusammenspiel globaler Entwicklungen, sowie ‚lokaler‘, innergesellschaftlicher Dynamiken, wie im Folgenden näher erläutert wird.

Wichtig ist zunächst jener globale Kontext, den man, zugespitzt auf einen Begriff, als Prozess der Globalisierung bezeichnen kann. Globalisierung ist, nach der Definition von Fäßler (2007: 30ff), ein Prozess, in dessen Verlauf eine Intensivierung sozialer Interaktionen über lokale und regionale Grenzen hinaus auf einer zunehmend globalen Ebene stattfindet. Der Begriff der ‚sozialen Interaktion‘ meint hierbei „das gesamte [denkbare] Beziehungsspektrum zwischen individuellen bzw. kollektiven Akteuren“ (ebd.: 30) – von militärischen Konflikten über wirtschaftliche und politische Kooperation bis hin zu sportlichen und kulturellen Veranstaltungen. Globalisierung kann entsprechend als eine wachsende, „weltweite ökonomische, politische, gesellschaftliche und kulturelle Vernetzung“ (ebd.: 15) begriffen werden. Während eine überregionale Vernetzung in unterschiedlichem Ausmaß selbstverständlich auch bereits früher stattfand, ist für den gegebenen Kontext besonders jene Ausprägung der Globalisierung von Bedeutung, die etwa ab der „zweite[n] Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (ebd.: 48) einsetzte. In dieser Phase kam es zu verstärkten, transnationalen ‚sozialen Interaktionen‘, die sich „als eine Globalisierung der Märkte *und* als eine Globalisierung der Kultur“ (Reckwitz 2019: 263) interpretieren lassen: Wirtschaftliche Prozesse überschritten ebenso zunehmend (nationale) Grenzen, wie kulturelle Normen und Ideale. Diese Globalisierungsprozesse führten zu einer wachsenden „Unterminierung nationalstaatlicher Steuerungskompetenzen“ (Fäßler 2007: 48f) – und trugen damit entscheidend zur Krise des ‚sozial-korporatistischen‘ Regulierungsparadigmas bei.

In ökonomischer Hinsicht lässt sich am Beispiel der Ölpreiskrise von 1973 verdeutlichen, wie die immer stärker globalisierte Wirtschaft dazu führte, dass „die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik als Steuerungsinstanz große Teile ihrer Wirksamkeit“ (Reckwitz 2019: 258) verlor. Die Ölkrise, die im Wesentlichen aus politischen Spannungen zwischen der ‚Organisation der arabischen erdölexportierender Staaten‘ (OAPEC) und den ‚westlichen‘ Unterstützern Israels im Rahmen des Jom-Kippur-Krieges resultierte, hatte einen drastischen Anstieg des Ölpreises zur Folge (Painter 2014: 190). Dies wirkte sich massiv auf die

‚westlichen‘ Industrienationen aus, da deren bis dato starkes Wirtschaftswachstum stark auf dem Erwerb günstiger fossiler Energie beruht hatte (ebd.; Kowall 2013: 9f). Infolge der Ölkrise und dem Versuch der ‚westlichen‘ Staaten, darauf mit einer Regulierung der Wirtschaft auf nationaler Ebene zu reagieren, kam es in den betroffenen Ländern zu einer drastischen wirtschaftlichen Stagnation, hohen Inflations- und Arbeitslosigkeitsraten und einer deutlichen Staatsverschuldung (Reckwitz 2019: 257). Auf ein jahrzehntelang stabil hohes Wirtschaftswachstum, das dank des Systems des umverteilenden Sozialstaats breiten Bevölkerungsschichten einen kontinuierlichen Wohlstandszuwachs ermöglicht hatte, folgte so eine Phase der sozioökonomischen Krise. Die umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen hatten nicht zuletzt stark auf den Einnahmen basiert, die der Staat durch das hohe Wirtschaftswachstum zur Verfügung hatte und die nun angesichts der stagnierenden Wirtschaft wegbrachen (ebd.).

Die Ölkrise wird zudem als Symptom einer generellen „Strukturkrise“ (Demirović et al. 2011: 11) betrachtet, mit der sich das Modell des „keynesianischen Fordismus“ (Kowall 2013: 1) in den ‚westlichen‘ Ländern etwa ab den 1970ern konfrontiert sah. Die Strukturkrise setzte sich demnach aus einer „Sättigungskrise“ (Reckwitz 2019: 149) und einer „Produktivitätskrise“ (ebd.) zusammen. Zum einen war nach dreißig Jahren stabilen Wirtschaftswachstums „die Versorgung der nivellierten Mittelstandsgesellschaft mit standardisierten, funktionalen Gütern (...), das heißt mit dem grundsätzlichen Komfort, den die industrielle Moderne bot, weitgehend abgeschlossen“ (ebd.) – die Nachfrage nach grundlegenden Gütern, welche der fordistischen Massenproduktion als Wachstumsgrundlage gedient hatte, war also weitgehend gesättigt (Demirović et al. 2011: 14f). Zudem stieß die industrielle Massenproduktion an „objektive Grenzen“ (Kowall 2013: 15), allen voran ökologischer Natur. Die „technischen und organisatorischen Möglichkeiten des Fordismus [waren] ausgereizt“ (Reckwitz 2019: 154) und die Ölkrise war eine eindrückliche Erinnerung an die Endlichkeit natürlicher Ressourcen und die Notwendigkeit, Wachstumspfade fernab industrieller Produktion zu erschließen. Auf die Strukturkrise hätte also entsprechend ein Strukturwandel folgen müssen (ebd.). Während sich Unternehmer:innen als Antwort auf die Strukturkrise neue Möglichkeiten postindustrieller bzw. postfordistischer Wertschöpfung erschlossen (v.a. durch einen verstärkten Fokus auf Dienstleistungen und den Aufbau einer ‚Wissensökonomie‘ (ebd.: 258)), reagierte die Politik zu langsam bzw. mit den falschen Mitteln. Die klassischen „keynesianischen Instrumente zur Wirtschaftssteuerung versagten“ (Kowall 2013: 8) in diesem historischen Kontext. Diese vielfältige Krisenlage hat „den Glauben an die [staatliche] Planbarkeit der Ökonomie“ (Reckwitz 2019: 257) tiefgreifend erschüttert und das Paradigma des regulierenden Staates damit grundlegend delegitimiert (Crouch 2011: 19; Kowall 2013: 9ff).

Auch in soziokultureller Hinsicht kam es ab den späten 1960er Jahren zu einem „Wertewandel“ (Reckwitz 2019: 258) und zur Entstehung diverser emanzipatorischer Bewegungen, die einer wachsenden Unzufriedenheit „mit dem regulierten, nicht nur Gleichheit, sondern auch Gleichförmigkeit und Konformismus bewirkenden ‚System‘“ (ebd.: 257) Ausdruck verliehen. Rund um die ‚68er-Bewegung‘ formierten sich soziale Bewegungen wie die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, die Frauenbewegung und die Ökologiebewegung, denen bei aller Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen Anliegen gemein war, dass sie die starren und oft autoritären Strukturen des stark regulierten „politisch-institutionellen Grundgefüges“ (Rucht 2021, o.S.) ihrer Zeit ablehnten und mehr individuelle Freiheiten forderten (ebd.; Foltin 2006; Fraser 2013: 30; Reckwitz 2019: 257ff). Damit ging auch eine grundsätzliche Verschiebung soziokultureller Normen einher: „An die Stelle der traditionellen Pflicht- und Akzeptanzwerte treten individuelle Selbstverwirklichungswerte, aus deren Sicht die Institutionen der klassischen Industriegesellschaft als Einschränkung des individuellen Möglichkeitsspielraums gelten“ (Reckwitz 2019: 258f). Auch dies lässt sich unter anderem auf Globalisierungsprozesse zurückführen: Die Diffusion kultureller Werte und Ideale über nationale Grenzen hinweg war vor allem stark von den USA geprägt, weshalb manche gar kritisch von einer ‚Amerikanisierung‘ der Welt sprechen (Fäßler 2007: 13) – entsprechend einflussreich war auch die Verbreitung US-amerikanischer Werte wie Liberalismus und Individualismus. Die „Kultur reziproker sozialer Verpflichtungen der ‚Gesellschaft der Gleichen‘“ (Reckwitz 2019: 258) wurde so zunehmend verdrängt von einer „Kultur des Individualismus“ (ebd.). Da damit „auch viele der Korporationen (Volksparteien, Gewerkschaften) an Identifikationskraft“ (ebd.) verloren haben, unterminierte neben der ökonomischen Krise auch die „soziokulturelle Transformation (...) die Grundlagen des sozial-korporatistischen Paradigmas“ (ebd.). Der Bedeutungsverlust der traditionellen ‚Korporationen‘ hat nicht zuletzt auch das „Modell einer durch starke Korporationen mit Massenbasis gestützten repräsentativen Demokratie“ (ebd.: 259) gefährdet. Auf die Krise der repräsentativen Demokratie wird in Kapitel 2.4 noch gesondert eingegangen.

Zusammenfassend lassen sich diese Entwicklungen nach Reckwitz als eine umfassende „Überregulierungskrise“ (ebd.: 260) deuten, auf welche das sozial-korporatistische Paradigma mit seinem stark regulativen Ansatz keine überzeugenden Antworten mehr zu geben wusste:

Das Regulierungsparadigma der Nachkriegszeit hat sich Mitte der 1970er Jahre erschöpft, das zu Anfang legitime und notwendige Anliegen der sozialen Ordnungsbildung ist in ein Zuviel an Regulierung umgekippt, das sowohl ökonomisch den Strukturwandel hemmt als auch kulturell die Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen beschneidet. (Reckwitz 2019: 260)

2.1.3 Paradigmenwechsel: Eine neue Form des Liberalismus

In dieser Phase der Globalisierung, der wirtschaftlichen Stagnation und des Aufkommens emanzipatorischer Bewegungen, die sich gegen die starren Normen ihrer Zeit wandten, verlor der Sozial-Korporatismus also seine hegemoniale Stellung. Sowohl das sozioökonomische „Modell des keynesianischen Wohlfahrtsstaates“ (Reckwitz 2019: 261) als auch das soziokulturelle „Modell der Gemeinschafts- und Kollektivorientierung“ (ebd.) büßten angesichts wachsender wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Probleme und der grassierenden Unzufriedenheit breiter Teile der Bevölkerung mit dem Status Quo an Überzeugungskraft ein. Die Politik der Nachkriegsphase, die „ökonomisch und kulturell auf gesellschaftliche Regulierung und Ordnungsbildung“ (ebd.: 242) innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens gesetzt hatte, wurde durch die Globalisierung und die damit verbundenen Entwicklungen zunehmend überfordert. Stattdessen setzte sich unter einflussreichen Intellektuellen ebenso wie unter politischen Führungskräften die Ansicht durch, dass die Probleme der Zeit sich nur mit einer politischen Kultur überwinden lassen würden, die „ökonomisch und kulturell eine Öffnung und Dynamisierung der gesellschaftlichen Entwicklung“ (ebd.) zulassen und bestärken würde. Das Stichwort der Stunde lautete daher ‚Deregulierung‘ und es formierte sich ein neues Paradigma: der Neoliberalismus.

Die erwähnte Unschärfe des Begriffs Neoliberalismus hat dabei auch eine Uneinigkeit hinsichtlich der konkreten Benennung des liberal geprägten politischen Paradigmas zur Folge, das ab den 1980ern in den ‚westlichen‘ Ländern vorherrschend wurde. Einige Theoretiker:innen (Sauer & Penz 2023: 46f; Brown 2015; Mouffe 2018: 21) verwenden schlicht den Begriff Neoliberalismus als Überbegriff für die neue hegemoniale Formation. Sie betrachten sowohl die sozioökonomischen als auch die soziokulturellen Verhältnisse, die sich ab den 1980ern grundlegend veränderten, als unterschiedliche Ausprägungen einer „neoliberalen Hegemonie“ (Mouffe 2018: 22). Andere (Reckwitz 2019: 261; Koschorke 2018: 4) verwenden den Ausdruck Neoliberalismus lediglich mit Blick auf die sozioökonomische Sphäre und grenzen diese durch den Gebrauch eines eigenen Begriffs für die soziokulturelle Dimension des neuen liberalen Paradigmas ab. Reckwitz (2019: 261) etwa betont, das alte sozial-korporatistische Paradigma sei „nicht durch einen bloßen Neoliberalismus ersetzt [worden], sondern (...) von der Synthese zweier Flügel eines neuen Liberalismus“. Daher spricht er von einem „progressive[n] Liberalismus oder Linksliberalismus“ (ebd.), welcher dem neoliberalen ökonomischen ‚Flügel‘ des neuen liberalen Paradigmas als kultureller ‚Flügel‘ gegenüberstehe. Wie auch immer die Begrifflichkeiten je nach Auslegung lauten mögen – grundlegende Einigkeit gibt es hinsichtlich zweier entscheidender Punkte: Erstens, dass das liberale Paradigma, das in den 1980er Jahren in den ‚westlichen‘ Ländern hegemonial wurde,

aus zwei Dimensionen besteht (eine ökonomische und eine kulturelle Dimension). Und zweitens, dass beide dieser Dimensionen auf einer abstrakten Ebene von demselben Ideal geprägt sind: dem Ideal einer „Deregulierung, Dynamisierung und Öffnung zuvor fixierter gesellschaftlicher Strukturen“ (Reckwitz 2019: 262). Reckwitz (ebd.) spricht daher vom Paradigma eines „*apertistischen* (als öffnend wirkenden) Liberalismus“. Da dieser Begriff das wesentliche Charakteristikum der (neo-)liberalen Hegemonie – eine umfassende Bewegung der Öffnung und der „Entgrenzung“ (Sauer & Penz 2023: 42) – so treffend hervorhebt, wird er im weiteren Verlauf der Arbeit ebenfalls verwendet, wenn es um die Beschreibung jener Ausprägung des Liberalismus geht, die als eine der wichtigsten Ursachen des Aufstiegs des Populismus gilt.

2.2 (Neo-)Liberale Hegemonie: Paradigma des apertistischen Liberalismus

Bevor näher auf die ökonomische sowie die kulturelle Dimension des ‚apertistischen‘ Liberalismus eingegangen wird, erscheint es sinnvoll, in Kürze den globalen Kontext zu beschreiben, in dem sich das neue Paradigma etablierte. Ein entscheidender, ‚externer‘ (bzw. ‚globaler‘) Faktor für die verstärkten Liberalisierungsprozesse in den ‚westlichen‘ Ländern, ist laut Reckwitz (2019: 69f) der enorme wirtschaftliche Aufschwung der „Schwellenländer des globalen Südens“ (ebd.: 70) gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Allen voran China, aber auch Länder wie Indien, Südkorea oder Brasilien – um nur einige Beispiele zu nennen – konnten ihr Wirtschaftswachstum sowie das allgemeine Wohlstandsniveau ihrer Bevölkerung deutlich steigern (ebd.). Dieser Aufstieg der ‚Schwellenländer‘ wirkte sich in zweierlei Hinsicht auf die ‚etablierten‘, ‚westlichen‘ Industrienationen aus. Einerseits forderten die neu hinzugetretenen Konkurrenten die Dominanz der ‚westlichen‘ Staaten auf dem „Weltmarkt“ (ebd.) heraus und sorgten so für einen verschärften globalen Wettbewerb. Andererseits erschlossen sich mit dem Aufschwung der ‚Schwellenländer‘ neue Absatzmärkte, sowie neue Möglichkeiten globaler Arbeitsteilung: Die im Strukturwandel befindlichen, ‚westlichen‘ Länder konnten ihre postindustrielle Entwicklung dank der Auslagerung industrieller Produktionsprozesse in den ‚globalen Süden‘ vorantreiben (ebd.: 162f). Beides forcierte die Umsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in den ‚westlichen‘ Ländern, wie folgend ausgeführt wird.

2.2.1 Ökonomische Dimension

Ökonomisch drückte sich der Paradigmenwechsel, wie bereits erwähnt, in dem Siegeszug des Neoliberalismus als dominante wirtschaftspolitische Leitlinie aus. Die stagnierende Wirtschaftsleistung, die, wie zuvor beschrieben, nicht zuletzt als Folge einer staatlichen Über-

bzw. Fehlregulierung betrachtet wurde, sollte wieder angekurbelt werden. Zudem galt es, eine weitere staatliche Verschuldung aufzuhalten (Streeck & Schäfer 2008: 231) und angemessen auf den verstärkten globalen Wettbewerb sowie auf den inneren Strukturwandel zu reagieren, der sich mit dem „Ende der Ära“ (Reckwitz 2019: 258) der fordistischen Massenproduktion aufdrängte. In diesem Kontext setzten sich jene Lösungsvorschläge durch, die „zuvor von einer neoliberalen wirtschaftspolitischen Schule (...) intellektuell vorbereitet“ (ebd.: 264) worden waren: „Deregulierung, Privatisierung und finanzpolitische Austerität“ (Mouffe 2018: 21) als Kernelemente des neoliberalen Wirtschaftskonzepts wurden zum Mantra ‚westlicher‘ Regierungspolitik.

Deregulierung meint dabei den Abbau staatlicher Vorschriften im Bereich der Wirtschaftspolitik, also eine Liberalisierung der Märkte (insbesondere der Finanzmärkte) mit dem Ziel der „Steigerung von Effizienz, Innovation und Wohlstand“ (Reckwitz 2019: 265) durch einen verstärkten Wettbewerb. Der Wettbewerb sollte dabei sowohl innerstaatlich (zwischen Unternehmen und ‚unternehmerischen Individuen‘⁷) als auch zwischen auf dem ‚Weltmarkt‘ konkurrierenden Staaten gefördert werden (ebd. 264; Demirović et al. 2011: 19; Sauer & Penz 2023: 50ff). Die Handelspolitik sollte ebenfalls entsprechend liberalisiert werden, indem Handelsbeschränkungen (wie z.B. Zölle) abgebaut und stattdessen der Freihandel gefördert sowie internationale Finanzflüsse erleichtert werden sollten – die Rede ist daher auch von der Etablierung eines globalen „Finanzmarkt-Kapitalismus“ (Dörre & Brinkmann 2005) bzw. einer „Internationalisierung“ (Sauer & Penz 2023: 56) und „Finanzialisierung des Kapitalismus“ (ebd. 47). Die Deregulierung der Märkte verstärkte dabei insgesamt „deren Tendenz, nationalstaatliche Grenzen zu überschreiten“ (Sauer & Penz 2023: 42), womit zudem der Prozess der Globalisierung beschleunigt wurde (ebd.; Boas & Gans-Morse 2009: 157; Fraser 2013: 29).

Privatisierung bezieht sich darauf, dass vormals staatliche Betriebe und öffentliche Leistungen, wie Strom- und Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Post, etc. in den privatwirtschaftlichen Sektor ausgelagert wurden (Sauer & Penz 2023: 44; Streeck & Schäfer 2008: 210-217) – das impliziert, wie Reckwitz (2019: 264f) treffend formuliert, eine „Vermarktlichung auch von Feldern, die bisher der Wettbewerbslogik entzogen waren, wie etwa Infrastruktur, Wohnen, Bildung und Kultur“. Kranken- und Rentenversicherungen sowie weite Teile des Pflegesystems wurden ebenfalls privatisiert (Sauer & Penz 2023: 42).

Austerität schließlich bezeichnet eine strenge Haushaltspolitik, bei der die Verringerung staatlicher Verschuldung im Zentrum stand, die mit drastischen Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen einherging (ebd.: 43). Auch sozialpolitisch bedeutete die Durchsetzung des

⁷ Vgl. dazu Bröckling: „Das unternehmerische Selbst“ (2007)

Neoliberalismus entsprechend einen „Paradigmenwechsel von *welfare* zu *workfare*“ (Reckwitz 2019: 265), d.h. staatliche Unterstützungsleistungen wurden fortan an die Bedingung der Arbeitsaufnahme verknüpft und Bürger:innen sollten zu mehr ‚Eigenverantwortung‘ angeregt werden (Jessop 1995; Streeck & Schäfer 2008: 231; Sauer & Penz 2023: 42f). Dies ging mit einem grundlegend veränderten Verantwortungsbegriff einher. Im Sozial-Korporatismus hatte es als Zuständigkeit des Staates gegolten, für vergleichbare Lebensverhältnisse zu sorgen, die allgemeine Daseinsvorsorge zu übernehmen und die Bürger:innen vor Armut und Verelendung zu schützen. Der Neoliberalismus zielte dagegen auf eine Entlastung des Staates aus dieser „wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung“ (Kölbel et al. 2021: 5) ab. Individuen sollten stattdessen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ (ebd.) dazu befähigt (‚empowered‘) werden, selbst für ihr Leben Verantwortung zu übernehmen. Diese Verschiebung der Zuschreibung von Verantwortung für grundlegende Lebensbedingungen vom Staat bzw. vom Kollektiv zum Individuum wird in den Sozialwissenschaften als Prozess der „Responsibilisierung“ (ebd.) des Individuums beschrieben. Damit veränderte sich insgesamt die Rolle des Staates. Von der zentralen Steuerungsinstanz im Sozial-Korporatismus, in dem notwendig erscheinende sozialpolitische Regulierungen „notfalls auch *gegen* den Markt“ (Reckwitz 2019: 263) durchgesetzt wurden, wandelte er sich zu einem Staat, dessen Aufgabe nach neoliberaler Lesart vor allem im „Schutz des Privateigentums, freier Märkte und des Freihandels“ (Mouffe 2018: 21) bestand. Individuen sollten nicht bedingungslos unterstützt, sondern vielmehr mit dem Ziel ‚aktiviert‘ werden, ein unternehmerisches Denken zu entwickeln, um sich im Sinne einer „Selbstregulierung“ (Kölbel et al. 2021: 5) stetig selbst zu optimieren und so ihre Ausgangslage auf den zunehmend entgrenzten Märkten zu verbessern. Das vorrangige Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik bestand gemäß der neoliberalen Schule darin, eine individuelle sowie kollektive „*Wettbewerbsfähigkeit* sicherzustellen, ja zu fördern“ (Reckwitz 2019: 264). Der Prozess der ‚Neoliberalisierung‘ bedeutete also eine „Verwandlung des Wohlfahrtsstaats in einen Wettbewerbsstaat“ (Sauer & Penz 2023: 4, vgl. auch Jessop 1995) sowie eine damit einhergehende Individualisierung von Verantwortung innerhalb umfassend deregulierter und zunehmend globalisierter Märkte. Sozioökonomisch sorgte das neue Paradigma eines ‚apertistischen‘ Liberalismus ab den 1980ern also für eine umfangreiche wirtschafts- und sozialpolitische Deregulierung sowie für eine Öffnung der Märkte (Reckwitz 2019: 262f).

2.2.2 Soziokulturelle Dimension

Auch im kulturellen, gesellschaftspolitischen Bereich kam es, wie bereits angedeutet, zu einem Prozess der Liberalisierung und einer „Öffnung der Identitäten“ (Reckwitz 2019: 263). Hier stand vor allem das Aufbrechen von starren Normen (bezüglich Geschlechterrollen, sexueller

Orientierung, etc.) im Zentrum. Progressive, ‚linksliberale‘ Emanzipationsbewegungen wiesen auf die Diskriminierungen hin, die Menschen „aufgrund ihrer soziokulturellen Identität“ (ebd.: 266) (als Frau, als *Person of Color*, als homosexuelle Person, etc.) und den dazugehörigen gesellschaftlichen Normvorstellungen und Gesetzen erfuhren⁸. Dass Menschen aufgrund bestimmter ‚Identitätsmerkmale‘ (Geschlecht, Ethnie, sexuelle Orientierung, etc.) diskriminiert werden, steht im Widerspruch zum universalistischen Anspruch des „Menschenrechtsdenkens“ (ebd.), das der Liberalismus als „Kind der Aufklärung“ (Koschorke 2018: 3) hervorgebracht hatte und das grundlegend für die moderne, liberale Demokratie ‚westlichen‘ Typs ist. Unter Berufung auf diesen „liberalen Grundsatz“ (Reckwitz 2019: 266) forderten die ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘⁹ die Anerkennung bzw. Ausweitung individueller bzw. gruppenspezifischer Rechte ein, wie zum Beispiel die gleichgeschlechtliche Ehe für homosexuelle Paare oder Abtreibungsrechte für Frauen.

Die starke Betonung gruppenspezifischer Unterdrückungserfahrungen mit dem Ziel, „ein kollektives Selbstbewusstsein zu erlangen“ (ebd.: 273) sowie gesellschaftspolitische Aufmerksamkeit und Unterstützung zu erhalten, wird auch als ‚Identitätspolitik‘ bezeichnet (ebd.: 265; Bernstein 2005). Identitätspolitik „schließt in Bezug auf das Individuum als Rechtssubjekt ein Denken in Kategorien der Allgemeinheit und der Besonderheit zugleich ein“, wie Reckwitz (ebd.: 266) betont: Einerseits sollen nach der universalen Logik der Menschenrechte „alle Individuen die gleichen, allgemeinen Rechte erhalten“, andererseits wird die besondere Schutzbedürftigkeit von unterdrückten Minderheiten hervorgehoben. So soll die rechtliche Gleichstellung nicht Egalitarismus – hier im Sinne von ‚Gleichheit‘ – befördern, sondern gleiche Grundrechte für alle garantieren und dabei dennoch Raum für kulturelle Besonderheiten sowie individuell vielfältige Lebensentwürfe bieten und diese schützen (Neubert, Roth & Yildiz 2008: 13f). „Letztlich geht es um Gleichheit in der Differenz“, fasst der Soziologe El-Mafaalani (2020: 270) diesen linksliberalen Anspruch zusammen. Es ging den emanzipatorischen Bewegungen also neben Gleichstellung auch um die Anerkennung, Bewahrung und Förderung von „Differenz“ (ebd.: 10) und Vielfalt: „Politisch leitend wird nun das Bild einer Gesellschaft, die nicht egalitär und homogen, sondern die divers und multikulturell ist und sein soll“ (Reckwitz 2019: 265). Vor diesem Hintergrund werde nicht

⁸ Unterschiedliche Diskriminierungsformen können sich dabei, wie von der Intersektionalitätstheorie beschrieben, auch überschneiden bzw. in einer Person ‚kreuzen‘: eine schwarze, lesbische Frau kann z.B. von Rassismus, Homophobie und Sexismus (u.a.) betroffen sein.

⁹ Der Begriff ‚Neue Soziale Bewegungen‘ setzte sich in Deutschland Anfang der 1980er Jahre als Bezeichnung „für politische Protestgruppen und soziale Bewegungen [durch], die im Gefolge (...) der Studentenbewegung ab den späten 1960er-Jahren aufkamen“ (Rucht 2021).

zuletzt auch Zuwanderung von den „Linksliberalen (...) im Prinzip positiv“ (ebd.: 267) bewertet. Diese Form von ‚Linksliberalismus‘ wurde mit der Durchsetzung des ‚apertistischen Liberalismus‘ als Paradigma in den ‚westlichen‘ Gesellschaften also ebenso hegemonial wie die neoliberale Wirtschaftspolitik. ‚Diversität‘, ‚Pluralismus‘ und ‚Multikulturalismus‘ wurden damit zu neuen Leitbegriffen (ebd.; Neubert, Roth & Yildiz 2008).

2.3 Krise des apertistischen Liberalismus

Nachdem der ‚apertistische Liberalismus‘ seit den 1980ern in den ‚westlichen‘ Ländern das vorherrschende politische Paradigma dargestellt hatte und etwa 30 Jahre lang „im Wesentlichen unangefochten“ (Mouffe 2018: 21) war, geriet auch diese (neo-)liberale Hegemonie in den vergangenen Jahren zunehmend in eine Legitimationskrise (Demirović et al. 2011: 13; Mouffe 2018: 21; Reckwitz 2019: 268). Das (neo-)liberale Paradigma „konnte zwar die Krise der fordistischen Gesellschaftsformation seit den 1970er Jahren“ (Demirović et al. 2011: 13) in vielerlei Hinsicht lösen, stieß jedoch seinerseits bald an „neue Widersprüche“ (ebd.) und Probleme. Das „einstmals wirkungsmächtige, gesellschaftlich attraktive und zukunftssträchtige“ (Reckwitz 2019: 268) (neo-)liberale Modell wurde dadurch „immer weniger als Problemlöser und immer mehr als Problemverursacher“ (ebd.) wahrgenommen. Besonders die globale Finanzkrise von 2008 wird von vielen Autor:innen (Demirović et al. 2011: 14; Kowall 2013: 1; Mouffe 2018: 21; Reckwitz 2019: 268) als einschneidendes Ereignis genannt, welches den liberalen Konsens grundlegend erschüttert und zur Entstehung vieler Protestbewegungen geführt hat.

Reckwitz (ebd.: 269) betont in diesem Zusammenhang, dass es „absolut normal“ sei, dass übergreifende politische Paradigmen spätestens nach einigen Jahrzehnten der Dominanz „angesichts gesellschaftlicher Wandlungsprozesse“ zunehmend an die Grenzen ihrer Fähigkeiten stoßen würden, auf die inzwischen oft grundlegend veränderten Verhältnisse noch angemessen mit demselben „grundsätzliche[n] Denkraum“ reagieren zu können. Dass das (neo-)liberale Paradigma also etwa seit der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts zusehends in die Krise zu geraten scheint, sei insofern weder ungewöhnlich noch per se problematisch – die Krise stelle im Prinzip eine ‚ganz normale‘ Phase eines politischen „Paradigmenwechsels“ (ebd.) dar. Auch die Tatsache, dass die derzeitige politische Lage von heftigen Konflikten geprägt ist, sei nicht unüblich, sondern im Gegenteil ein typisches Merkmal von solchen Übergangsphasen. Nicht anders sei es schließlich in den 1970er Jahren beim Übergang vom sozial-korporatistischen zum (neo-)liberalen Paradigma gewesen. Tatsächlich war diese Phase ebenfalls von heftigen, mitunter gewaltvollen Auseinandersetzungen geprägt, wie z.B. dem „linksextremistischen Terrorismus in Deutschland und Italien“ (ebd.) oder den „brachialen

Konfrontationen“ (Buntenbach 2008: 9) zwischen Regierung und Gewerkschaften in Großbritannien.

Was die aktuelle Situation jedoch – nicht nur in den Augen Reckwitz‘ – besonders macht und worin sie sich von früheren ‚Übergangsphasen‘ unterscheidet, ist, dass die Krise des (neo-) liberalen Paradigmas zugleich eng mit einer Krise der Demokratie verbunden ist (Buntenbach 2008: 10ff; Brown 2015; Demirović et al. 2011: 21ff; Mouffe 2018: 21-32; Reckwitz 2019: 270-275). Diese besondere historische Konstellation wird, wie eingangs angedeutet, als fruchtbarer Nährboden für Populismus betrachtet. Warum dem so ist, erschließt sich laut vielen Theoretiker:innen (Fraser 2013, 2017; Koschorke 2018: 2; Reckwitz 2019: 261f, 270) erst, wenn der „Zusammenhang zwischen beiden Spielarten des Liberalismus“ (Koschorke 2018: 2) – der ökonomischen sowie der kulturellen Ausprägung – anerkannt und reflektiert wird und zudem die Auswirkungen dieses Zusammenspiels auf die Demokratie betrachtet werden. Daher soll in den folgenden Abschnitten ein kurzer Überblick über die sozioökonomischen und soziokulturellen Folgen des ‚apertistischen Liberalismus‘ gegeben werden, bevor deren Zusammenwirken kritisch betrachtet und in Bezug zur Krise der Demokratie gesetzt wird.

2.3.1 Sozioökonomische Auswirkungen

Während die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik zunächst, wie gesagt, durchaus erfolgreich darin war, die Krisen der ‚westlichen‘ Gesellschaften ab den 1980ern zu lösen und der damals stagnierenden Wirtschaft „eine neue Dynamik“ (Reckwitz 2019: 271) zu verleihen, wurde „deren Kehrseite [spätestens] in der Finanzkrise 2008 drastisch sichtbar“ (ebd.). Die Defizite eines globalisierten, von staatlichen Kontrollmechanismen weitgehend deregulierten „neoliberalen Finanzmarktkapitalismus“ (Demirović et al. 2011: 14) wurden auf dramatische Weise offensichtlich, als sich die Hypothekenkrise in den USA in den Jahren 2007 – 2008 zu einer globalen Finanzkrise auswuchs, die schließlich zur „tiefsten Rezession der Weltwirtschaft seit der Großen Depression der 1930er Jahre führte“ (Sablowski 2011: 28). So wie die Ölpreiskrise in den 70ern die Grenzen der keynesianischen Wirtschaftspolitik aufgezeigt hatte, traten nun die Risiken der „neoliberalen Finanzialisierung des Kapitalismus und der Spekulation auf den Finanzmärkten“ (Sauer & Penz 2023: 47) deutlich hervor. Reckwitz (2019: 271) beschreibt die Finanzkrise daher als eindruckliches Beispiel dafür, „wie unberechenbar sich Märkte verhalten, denen die staatliche Einbettung abhandengekommen ist“. Die Finanzkrise war dabei Ausdruck bereits bestehender struktureller Probleme, die sich durch die Bewältigung der Krise weiter verschärften (Graff & Korolczuk 2022: 43; Sablowski 2011: 41). Der Abbau sozialstaatlicher Unterstützung im Zuge der Austeritätspolitik und die Deregulierung der Märkte hatten bereits in den frühen 2000er Jahren zu einer breitflächigen

Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie zu wachsender sozio-ökonomischer Ungleichheit geführt (Butterwegge 2008: 208f; Graff & Korolczuk 2022: 30; Sauer & Penz 2023: 33f, 44). Die um die Jahrtausendwende angestrebte Abmilderung der grassierenden Arbeitslosigkeit wurde „mit einer deutlichen Prekarisierung der Erwerbsarbeit bzw. mit einer Zunahme der Risiken am Arbeitsmarkt erkaufte“ (Sauer & Penz 2023: 44). So bestand die neoliberal geprägte Arbeitsmarktpolitik in einer massiven Ausweitung befristeter und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit- und „Minijobs“). Außerdem wurde verstärkt auf Modelle wie Leiharbeit und Zeitarbeit gesetzt, bei denen „das Kündigungsrisiko vier- bis fünfmal höher ist“ (Buntenbach 2008: 10) als üblich und bei denen zudem viele Beschäftigte aufgrund des geringen Lohns darauf angewiesen sind, zusätzlich zur Erwerbsarbeit Sozialleistungen zu beziehen (ebd.; Sauer & Penz 2023: 43f). Die Sozialleistungen wiederum wurden ebenfalls deutlich gekürzt, während die Zumutbarkeitsregeln für die Arbeitslosenhilfe verschärft wurden (ebd.).

Der Prozess der Individualisierung von Verantwortung (die „Responsibilisierung“ des Individuums) zog dabei auch eine umfassende „soziale Desintegration“ (Reitzig 2008: 132) nach sich. Während im Sozial-Korporatismus die Einbindung des (männlichen) Individuums in korporative Gefüge (wie etwa Gewerkschaften) für eine gewisse soziale Sicherheit und kollektive Verhandlungsmacht gesorgt hatte, führten der wirtschaftliche Strukturwandel und die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem umfassenden „process of disembedding“ (Szabó & Kurucz 2022: 243). Das Individuum war nach dem neuen Leitprinzip der ‚Eigenverantwortung‘ nun selbst für das eigene (Un-)Glück verantwortlich und aus Kolleg:innen und Mitmenschen wurden Konkurrent:innen. Die betriebliche bzw. staatliche ‚Solidargemeinschaft‘ wandelte sich damit in eine „Konkurrenzzgesellschaft“ (Butterwegge, Lösch & Ptak 2008: 13). Nicht zuletzt führte die umfassende Privatisierung staatlicher Sozialleistungen (wie etwa Kinderbetreuung oder Alten- und Krankenpflege) dazu, dass Frauen, die trotz emanzipatorischer Bewegungen nach wie vor den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit leisteten, zusätzlich belastet wurden.

Im Zuge der immer stärkeren Globalisierung des Arbeitsmarktes kam es zudem zu einer fortlaufenden „zeitlichen wie auch räumlichen Entgrenzung von Erwerbsarbeit“ (Sauer & Penz 2023: 42), was einerseits mehr individuelle Freiheit bei der Jobwahl ermöglichte, andererseits jedoch auch mit höheren Erwartungen an die Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmer:innen einherging. Die Privatisierung und damit Ökonomisierung breiter Teile der öffentlichen Infrastruktur konnte zwar kurzfristig den gewünschten Effekt erzielen, die Staatskassen zu entlasten, hatte jedoch mittel- und langfristige vor allem eine „Vernachlässigung (...) der gesellschaftlichen Infrastruktur vom Verkehr über die Bildung und das Gesundheitswesen bis

hin zum Wohnungswesen“ (Reckwitz 2019: 271) zur Folge. Nicht zuletzt führte die neoliberale Politik zu einer enormen Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit (ebd.; Demirović et al. 2011: 21; Sauer & Penz 2023: 44). Während breite Teile der arbeitenden Bevölkerung seit vielen Jahren mit Lohnverlusten zu kämpfen haben, kamen den ohnehin bereits Wohlhabenden die niedrigen Steuersätze auf Erbschaft und Vermögen zugute. Dadurch kam es zur „Entstehung einer kleinen Gruppe von Superreichen (...), deren Einkommen und Vermögen jedes Maß sprengen und [die] somit der sozialen Ungleichheit neue Dimensionen“ (Reckwitz 2019: 271) verliehen.

2.3.2 Soziokulturelle Auswirkungen

Auch der „tiefgreifend[e] Schub kultureller Liberalisierung“ (Reckwitz 2019: 258), der ab den 1970ern die ‚westlichen‘ Gesellschaften geprägt hat, hatte erhebliche Auswirkungen auf diese. Zunächst ist zweifellos positiv zu bewerten, dass die Forderungen der vielfältigen emanzipatorischen Bewegungen tatsächlich zur erfolgreichen Institutionalisierung einer Reihe an Rechten und Regeln geführt hat, die bis dato unterprivilegierten Gruppen und unterdrückten Minderheiten zu (mehr) Gleichstellung mit der privilegierten Mehrheitsgesellschaft verhelfen sollte. Skrentny (2002) prägte für diesen Prozess den Ausdruck der „Minority Rights Revolution“. Dass dabei auch Rücksicht auf die – nun positiv verstandene, bzw. zumindest respektierte und fortan rechtlich besonders geschützte – Andersartigkeit von Menschen bzw. deren „kulturelle Überlieferungen“ (Reckwitz 2019: 273) genommen wurde, die von der Mehrheitsgesellschaft und deren Normen in irgendeiner Form abwichen, kann ebenfalls als Erfolg gewertet werden. El-Mafaalani (2020: 18) beschreibt diese Entwicklungen als „Weg hin zur offenen Gesellschaft“. Das Ideal einer offenen Gesellschaft stehe dabei „in der Tradition des Liberalismus und der Demokratie“ (ebd.: 19) und sei wesentlich gekennzeichnet von einer Ausweitung bisheriger „Grenzen der Teilhabe und Zugehörigkeit innerhalb einer Gesellschaft“ (ebd.). So hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten „die Teilhabechance für Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, LSBTIQ* (...) und Menschen mit Behinderung ganz wesentlich verbessert“ (ebd.). Die verbesserte Teilhabe und das dank der Identitätspolitik gestiegene ‚kollektive Selbstbewusstsein‘ der diskriminierten sozialen Gruppen führten dazu, dass diese auch zunehmend gesellschaftliche Normen infragestellten, durch die sie diskriminiert wurden. Das betraf all jene Normen, die mit Blick auf ein bestimmtes ‚Identitätsmerkmal‘ vorherrschten: Eben bestimmte Vorstellungen darüber, was es bedeutet, weiblich, homosexuell, non-binär, behindert, o.ä. zu sein und welche Rechte und Möglichkeiten diesen sozialen Gruppen (nicht) zuerkannt werden sollten.

Im Fall der Frauenbewegung bedeutete dies etwa, die „kulturell konstruierten Geschlechterunterschied[e]“ (Fraser 2013: 30) zu dekonstruieren – d.h. zunächst sichtbar zu machen, dass es sich dabei um gesellschaftliche Konstrukte und nicht um ‚natürliche‘ Unterschiede handelte (sh. ausführlicher in Kapitel 4.1) –, um anschließend entsprechende Veränderungen einzufordern. Ein konkretes Beispiel ist die Kritik an der starren, geschlechtsspezifischen Rollenverteilung der Nachkriegszeit und dem entsprechenden „Ideal einer aus einem männlichen Alleinverdiener bzw. ‚Familienernährer‘ und einer Hausfrau bestehenden Familie“ (Fraser 2013: 30). Diese Norm war eindeutig diskriminierend gegenüber Frauen, da sie diese aufgrund ihres Geschlechts in eine vorgefertigte Rolle zwängte und damit in ihrer Handlungsfreiheit einschränkte. Daher wurde von der Frauenbewegung gefordert, die diskriminierende Rollenverteilung aufzubrechen und Frauen ebenfalls den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, sowie die häusliche Reproduktionstätigkeit besser zwischen Männern und Frauen aufzuteilen oder aber finanziell zu entlohnen. Weiter gefasst stand also gewissermaßen die Forderung im Zentrum, nicht von einer (staatlichen bzw. männlichen) Autorität vorgeschrieben zu bekommen, was es bedeutet, eine Frau zu sein, sondern (in einem rechtlich geschützten Rahmen) selbstbestimmt darüber entscheiden zu können. Gleiches gilt für die anderen emanzipatorischen Bewegungen. Im Kern ging es stets um die Erweiterung individueller Rechte und um ein „‘empowerment‘ der Individuen“ (Reckwitz 2019: 266), die selbst über ihre Lebensumstände entscheiden können sollten. Das erklärte Ziel war „die Befreiung der Individuen aus den Klauen des fürsorglichen und bevormundenden Staates“ (Sauer & Penz 2023: 51) sowie aus den „Zwängen und Unterdrückungsverhältnissen“ (El-Mafaalani 2020: 259) einer Gesellschaft, in der all jene diskriminiert werden, die nicht männlich, weiß, heterosexuell und nichtbehindert sind. Der ‚apertistische Liberalismus‘ hat also nicht nur ökonomisch für mehr Offenheit gesorgt (Öffnung der Märkte, Globalisierung der Wirtschaft, flexiblere Arbeitsmodelle, etc.), sondern auch im soziokulturellen Bereich (durch das Aufbrechen von gesellschaftlichen Normvorstellungen in Bezug auf Geschlecht, Sexualität, kultureller Herkunft, körperlicher Verfassung, etc.).

Entscheidend für den Kontext der Arbeit ist hierbei, dass auch der kulturelle Öffnungsprozess nicht nur positive Veränderungen bewirkt hat, sondern ebenfalls auf lange Sicht problematische (oder zumindest ambivalente) Folgen nach sich zog. Ein Aspekt, der oft angeführt wird, ist, dass das „liberale Programm der Expansion subjektiver Rechte“ (Reckwitz 2019: 274) zu einer Radikalisierung von Individualismus geführt hätte. Für die vielfach beobachtete und beklagte Erosion des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (El-Mafaalani 2020: 259) und der ‚gemeinsamen Werte‘ wird demnach ein unter dem liberalen Paradigma radikalisierte Individualismus verantwortlich gemacht (Beck 1986; Reckwitz 2019: 274f). So hätte dieser

nicht nur zu einem Zuwachs an individueller Freiheit geführt, sondern auch zu Vereinzelung, Entsolidarisierung, Egoismus und damit letztlich zu einer „Erosion des kulturellen Konsenses hinsichtlich allgemeiner Normen des Zusammenlebens“ (Reckwitz 2019: 275). Der Zugewinn an Selbstbestimmung ging also mit einer Kehrseite einher, die Reckwitz als allgemeine „kulturelle Desintegration“ (ebd.: 274) beschreibt: Die Erosion der bekannten Ordnung, der Verlust klarer Orientierungen und nicht zuletzt die „Auflösung reziproker Bindungen“ (ebd.: 273). El-Mafaalani (2020: 259) merkt zwar kritisch an, dass „der Klebstoff des ‚alten‘ Zusammenhalts“ ganz wesentlich auf den „umfassenden Zwangs- und Unterdrückungsverhältnissen“ (ebd.) beruht hatte, wie sie auch in Kapitel 2.2.2 beschrieben wurden. Dennoch betont auch er die Gefahr, die von dem „erodierenden gesellschaftlichen Zusammenhalt“ (ebd.: 262) ausgehe.

Eine weitere ambivalente Folge des kulturellen Liberalisierungsprozesses ist die Entstehung neuer gesellschaftlicher Spannungsfelder. Während die ‚Minority Rights Revolution‘ vielen bislang benachteiligten Gruppen einen Zuwachs an Teilhabe und Zugehörigkeit verschaffte, bedeutete sie für die bis dato Privilegierten das Ende ihrer alleinigen Dominanz. Dadurch entstanden „neue Konfliktlinien“ (El-Mafaalani 2020: 249) zwischen „den neuen Akteuren, die durch Teilhabezuwächse den Diskurs heute mitprägen, und privilegierten Gruppen“ (ebd.), die auf den (drohenden) Verlust ihrer Privilegien und ihrer Diskurshoheit zum Teil abwehrend bis feindselig reagieren (ebd.: 257). Eine Folge des Machtzuwachses bislang diskriminierter sozialer Gruppen sind daher neue Macht- und Verteilungskämpfe um den Zugang zu wichtigen Positionen und Ressourcen, aber nicht zuletzt auch um die Mitbestimmung über das Selbstverständnis einer Gesellschaft bzw. darüber, wie das gesellschaftliche Zusammenleben gestaltet werden soll. Ein klassisches Beispiel ist die in Deutschland in den vergangenen Jahren viel diskutierte Frage, inwiefern der Islam ‚zu Deutschland gehört‘ (ebd.: 22). Während, um beim Beispiel zu bleiben, die wachsende Zahl der in Deutschland lebenden Muslim:innen zunehmend nicht mehr nur toleriert werden wollte, sondern eine Anerkennung als gleichwertiger Teil der deutschen Gesellschaft forderte, formierte sich aus Teilen der christlich geprägten Mehrheitsbevölkerung eine Widerstandsbewegung gegen eine vermeintliche ‚Islamisierung des Abendlandes‘ (ebd.). Auch Reckwitz (2019: 273) merkt an, dass die wachsende Sichtbarkeit und der Teilhabezuwachs diskriminierter Minderheiten Gegenbewegungen provozierte, wie etwa die Entstehung einer „neuen ‚weißen‘ Identitätspolitik“ als Antwort auf Bewegungen, die sich für die Rechte von Schwarzen und *People of Color* einsetzen, wie etwa *Black Lives Matter*. El-Mafaalani (2020: 257) beschreibt diese Dynamik als identitätspolitische „Steigerungsspirale“:

Das Ziel identitätspolitischer Bewegungen benachteiligter Gruppen ist weitere Emanzipation durch soziale und symbolische Teilhabe, also: weitere (...) soziale Öffnung. Eine Reaktion von Teilen der dominanten Gruppen ist es, ihre Privilegien zu verteidigen bzw. verlorene Privilegien zurückzuerobern (backlash). (ebd.).

Dieser ‚Backlash‘ kann dabei als eine „Schließungsbewegung“ (ebd.: 258) verstanden werden, bei der es darum geht, „die alte soziale Ordnung, das alte Kategoriensystem und die alte Sprache“ (ebd.: 257) wiederherzustellen. Vertreter:innen dominanter Gruppen sprechen sich angesichts des Angriffs auf ihre Privilegien und ihre Deutungshoheit darüber, was die ‚eigene‘ kulturelle Identität ausmacht, für eine „Rückbesinnung auf die Wurzeln“ (ebd.: 23) aus.

Während Migration zweifelsohne eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt (El-Mafaalani 2020; Reckwitz 2019: 273), steht wohl kaum etwas so sehr für die Auflösung der bisherigen Ordnung, des bekannten Kategoriensystems und der alten Sprache wie ‚Gender‘. So kam es im Zuge der zweiten und dritten ‚Welle‘ der Frauenbewegung nicht nur zu einer Disruption traditioneller Rollen- und Familienbilder, sondern mit der Etablierung der ‚Gender Studies‘ auch zu einer grundsätzlichen Infragestellung konservativer Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität (konservativ im Sinne eines binären Geschlechterverständnisses und heteronormativen Ansichten bezüglich Sexualität – hierzu mehr in Kapitel 4.1) (Sauer & Penz 2023: 62). Damit gingen zudem Bestrebungen einher, auch die in der Sprache inhärenten Diskriminierungen und Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen, um im Rahmen einer ‚gendergerechten‘ Sprache eine diskriminierungskritische Form der Kommunikation zu etablieren (El-Mafaalani 2020: 267). Während dies für viele Frauen und sexuelle Minderheiten weniger Diskriminierung und einen Zuwachs an individueller Freiheit bedeutete, führte die Auflösung bekannter Strukturen auch zu „Überforderung und Verunsicherung“ (Sauer & Penz 2023: 62) und zur Entstehung entsprechender Gegenbewegungen. Angeführt werden könnten beispielsweise Bewegungen wie die *Proud Boys*, die in Reaktion auf einen vermeintlichen Angriff auf Männlichkeit entstanden und das Ziel verfolgen, das Ideal ‚echter‘ Männlichkeit und die dominante Stellung von Männern wiederherzustellen. Sauer & Penz (2023) widmen sich in ihrem Buch besonders diesem männlichen ‚Backlash‘. Solche ‚Backlashs‘ sorgen El-Mafaalani (2020: 258) zufolge wiederum für Protest vonseiten der Minderheiten, die um ihre eben erst erkämpften und neu erworbenen (Mitsprache-)Rechte fürchten, was abermals „Privilegierte lauter werden lässt, usw.“. Eine indirekte Folge der kulturellen Liberalisierung ist damit auch diese Spirale aus immer vielfältigeren und immer lauterem Forderungen nach immer mehr Teilhabe (Öffnung) und einer entsprechenden Gegenbewegung, die sich für eine „gesellschaftliche Restauration“ (El-Mafaalani 2020: 257), ein Zurück zur alten Ordnung (Schließung) starkmacht (Szabó & Kurucz 2022: 243).

2.3.3 Eine neue Konfliktlinie: Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus

Vor diesem Hintergrund vertreten einige Autor:innen die Auffassung, dass es eine neue politische Konfliktlinie gibt, welche die modernen Gesellschaften spaltet: Die politische Landschaft lässt sich demnach nicht mehr (allein) mit den Kategorien ‚rechts‘ oder ‚links‘ abbilden – stattdessen lassen sich politische Grundhaltungen seit den 1990er Jahren angemessener entlang einer Achse verorten, die, verkürzt gesagt, zwischen ‚offen‘ und ‚geschlossen‘ verläuft (El-Mafaalani 2020: 268; Goodhart 2017; Merkel 2017; Müller 2016b: 28f; Norris & Inglehart 2019; Priester 2016: 554; Reckwitz 2019: 281; Žižek 2000). Aufseiten der Offenheit stehen dabei liberal-progressive ‚Kosmopolit:innen‘, für die Multikulturalismus, Pluralismus und Diversität zentrale Werte darstellen und die gegenüber einer weiteren Globalisierung, Individualisierung und soziokulturellen ‚Öffnung‘ (Entgrenzung) positiv aufgeschlossen sind. Mit den Begrifflichkeiten von Reckwitz könnte man sie als Anhänger:innen des ‚apertistischen‘ Liberalismus bezeichnen. Der Gegenpol, der für Geschlossenheit eintritt, wird dahingegen markiert von konservativ-traditionellen ‚Kommunitarist:innen‘, für die (nationale) Sicherheit, klare Regeln und althergebrachte Traditionen wichtige Werte sind und die sich für einen stärkeren Schutz der Grenzen von Nationalstaaten und ‚Kulturräumen‘ (Begrenzung) sowie eine stärkere Einbindung Einzelner in die lokale bzw. nationale Gemeinschaft einsetzen. Sie stehen dem ‚apertistischen‘ Liberalismus damit kritisch bis feindselig gegenüber.¹⁰ Goodhart (2017) beschreibt in ähnlicher Weise eine Aufspaltung zwischen „Anywheres“ und „Somewheres“ – *Anywheres* sind dabei kosmopolitische Globalist:innen, die ein hohes Maß an individueller Mobilität, Flexibilität und Anpassungsvermögen an sich verändernde Umstände aufweisen und sich praktisch überall auf der Welt zurechtfinden, während die *Somewheres* lokal verwurzelt sind und sich nach einer stabilen Umgebung und Gemeinschaft sehnen. Rechtspopulismus kann als politisches Angebot verstanden werden, das die Verlusterfahrungen hervorhebt, die aus Liberalisierungsprozessen

¹⁰ Die Aufspaltung in zwei Gruppen, die sich hinsichtlich grundlegender Wertorientierungen unterscheiden (wie etwa Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus) ist selbstverständlich sehr schematisch und empirisch nicht in dieser Eindeutigkeit nachweisbar. Das Konzept sollte daher auch nicht als Versuch missverstanden werden, Gesellschaften nach einem binären Muster in zwei homogene Lager einzuteilen (womit es *der* populistischen Grundlogik folgen würde, wie in Kapitel 3 noch ausgeführt wird) – stattdessen zielt es darauf ab, zwei *Pole* eines breiten Spektrums an Normen und Einstellungen zu benennen. Die bewusste Zuspitzung dieser gegensätzlichen Extrempunkte dient dabei als Mittel, um wichtige gesellschaftspolitische Konfliktlinien deutlich zu machen. Daher scheint es zur Orientierung hilfreich, aktuelle gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen in diesem grundlegenden Schema zu verorten.

resultieren und das an Verlustängste der *Somewheres* anknüpft und diese systematisch verstärkt, wie im Folgenden gezeigt wird.

2.3.4 Kontrollverlust durch ein Wechselspiel an sozialer und kultureller Desintegration

Der apertistische Liberalismus kann, wie gezeigt wurde, als umfassende Öffnungsbewegung verstanden werden: ökonomisch im Sinne einer verstärkten Globalisierung und einer Öffnung der Märkte, kulturell im Sinne einer „Öffnung der Identitäten“ (Reckwitz 2019: 263) und der Erweiterung individueller Rechte und Handlungsspielräume. Paradigmatisch vollzog sich also ein Wandel weg von dem auf Stabilität und Ordnung abzielenden Sozial-Korporatismus der Nachkriegszeit hin zu einer neuen Form des Liberalismus, bei dem eine mitunter radikale Entgrenzung im Zentrum steht. Reckwitz fasst dies folgendermaßen zusammen:

So wie der Neoliberalismus die alte Tradition des Wirtschafts- und Marktliberalismus radikalisiert, so radikalisiert der progressive Liberalismus (...) den liberalen Grundsatz, dass jedes Individuum über subjektive Rechte verfügt, die es gegenüber anderen Individuen und dem Staat einfordern kann. (Reckwitz 2019: 266)

In beiden Fällen führte dies zu einer größeren Offenheit – mit ambivalenten Folgen für die betroffenen Gesellschaften, wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben. Ein besonders großes Konfliktpotenzial ergab sich mit Blick auf das „Zusammenspiel aus jeweils gewachsener innerer und äußerer Offenheit“ (El-Mafaalani 2020: 18) und den entsprechenden Auswirkungen. Die ‚soziale Desintegration‘ und die damit verbundene Responsibilisierung des nun vermeintlich selbst für die eigenen Lebensumstände verantwortlichen Individuums führte, wie dargelegt, in weiten Teilen der Gesellschaft zu sozioökonomischer Unsicherheit und Prekarität. Daher sahen sich viele Menschen in den vergangenen Jahren einer Drohkulisse aus der „Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes, von Wohlstand und sozialem Status oder von Zukunftssicherheit“ (Sauer & Penz 2023: 62) ausgesetzt, die sich in der Finanzkrise für viele manifestierte oder verschärfte. Zu dieser sozioökonomischen Bedrohungslage gesellte sich die ‚kulturelle Desintegration‘ und die von vielen „nicht frei gewählte Individualisierung von Lebenslagen“ (Buntenbach 2008: 12). Das Zusammenspiel dieser beiden Dynamiken der Öffnung und der Desintegration kulminierte daher vielfach in der Wahrnehmung eines umfassenden Kontrollverlusts (Heitmeyer 2018: 78 ff; Sauer & Penz 2023: 61f; El-Mafaalani 2020: 17-21).

Das paradigmatische Versprechen des apertistischen Liberalismus – Fortschritt durch Liberalisierung und Öffnung – wird angesichts dieses vielfach empfundenen Kontrollverlusts über die eigene Lebenslage für eine wachsende Zahl an Menschen zunehmend unglaublich

(Koschorke 2018: 3). Die Hegemonie des (Neo-)Liberalismus wird dadurch brüchig – es entstehen „Risse in dem auf Hochglanz polierten Gebäude“ (Buntenbach 2008: 9) der liberalen Fortschrittserzählung. An diesen Rissen setzen illiberale Bewegungen wie der grassierende Rechtspopulismus an. So beschreibt El-Mafaalani (2020: 257) (Rechts-)Populismus als „Ausdruck einer identitätspolitischen Bewegung der sozialen Schließung“. Folgt man dem beschriebenen Schema der gesellschaftlichen Aufspaltung in kosmopolitische versus kommunitaristische Positionen, so kann (Rechts-)Populismus als Aufstand der kommunitaristischen *Somewheres* „gegen die vermeintliche Dominanz kosmopolitisch-multikultureller Eliten“ (Koschorke 2018: 2) – die *Anywheres* – begriffen werden (Goodhart 2017; Reckwitz 2019: 281). Die liberale Agenda einer immer weiteren gesellschaftlichen Öffnung hat in den Augen ihrer Gegner:innen demnach zu einem allgemeinen Kontrollverlust und dem Niedergang einer bislang stabilen und funktionierenden Ordnung geführt. Deshalb sei es nun an der Zeit, wieder die Kontrolle zurückzuerlangen (*Take back control*) und die alte, erfolgreiche Ordnung wiederherzustellen (*Make America Great Again*) (El-Mafaalani 2020: 24; Reckwitz 2019: 276).

Diese Erzählung verfängt nicht nur bei den sogenannten ‚Globalisierungsverlierer:innen‘ – sprich bei Menschen, deren sozioökonomische Lage sich durch den Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte besonders verschlechtert hat – wie eine naheliegende und gern genutzte Erklärung für den Erfolg des Populismus lautet (Koschorke 2018: 2). Empirische Untersuchungen zeigen zwar, dass tatsächlich viele dieser ‚Abgehängten‘ populistische Parteien wählen (Norris & Inglehart 2019: 132-169; Müller 2016a: 34f). Dennoch rekrutiert sich deren Wähler:innen-Basis nicht zuletzt stark aus der wohlhabenden gesellschaftlichen ‚Mitte‘ (ebd.; El-Mafaalani 2020: 268, Koschorke 2018: 2; Reckwitz 2019: 280f). Das ist einer der Gründe, warum kritische Stimmen den alleinigen Fokus auf ökonomische Faktoren in der Analyse der Ursachen von Populismus als unterkomplex und einseitig kritisieren. „Langzeitarbeitslosigkeit und Prekariat“ (El-Mafaalani 2020: 261) seien in diesem Zusammenhang zweifelsohne ein wichtiger Aspekt. Zu berücksichtigen gelte es jedoch auch die „Abstiegs- und Desintegrationsängste“ (Sauer & Penz 2023: 45), welche eben vor allem in der Mitte der Gesellschaft vorherrschen (El-Mafaalani 2020: 261; Heitmeyer 2018: 146ff; Reckwitz 2019: 272). Diese hängen laut Reckwitz (2019: 272) wesentlich mit der „Auflösung der alten nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ zusammen. So hat sich mit dem Strukturwandel der vergangenen Jahrzehnte auch die Sozialstruktur verändert. Vor allem die vormalige breite Mittelschicht hat sich ausdifferenziert in eine neue „Mittelklasse von Hochqualifizierten“ (ebd.), bestehend aus städtischen, erfolgreichen Akademiker:innen (die ‚Kosmopolit:innen‘), eine neue „prekäre Klasse“ (die ‚Abgehängten‘), sowie dazwischen die „alte Mittelklasse“, die

sich vor allem aus den Arbeiter:innen der alten Mittelschicht zusammensetzt. Diese Mittelklasse des „klassischen Arbeitermilieus“ (El-Mafaalani 2020: 260) genoss im Sozial-Korporatismus noch große Anerkennung und weitgehend stabile Lebens- und Arbeitsverhältnisse, nicht zuletzt dank des hohen Stellenwerts der Gewerkschaften und „spezifischen kulturellen Formaten speziell für Arbeiterfamilien (u.a. Chöre, Sportvereine, Volksbüchereien)“ (ebd.: 261). Während die Angehörigen der ‚neuen‘, akademischen Mittelklasse vom Prozess der gesellschaftlichen Liberalisierung profitierten und diesen selbst vorangetrieben haben, schwankt die ‚alte‘ Mittelklasse „zwischen Statuserhalt, Statusverlust und kulturellen Entwertungserfahrungen“ (Reckwitz 2019: 272). Daher wenden sich auch aus dieser Schicht, die traditionell eher Parteien mit linker Ausrichtung nahestand, immer mehr Menschen einem rechts-autoritären Populismus zu, der verspricht, ihnen wieder ‚eine Stimme‘ und die Kontrolle über das eigene Leben zurückzugeben. Dass sich Menschen aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ vom liberalen Konsens ab- und illiberalen populistischen Positionen zuwenden, hängt demnach oft weniger stark mit einer akuten sozioökonomischen Prekarität zusammen als vielmehr mit der „Sorge vor dem Verlust der vertrauten Lebensumgebung“ (Koschorke 2018: 2) – und nicht zuletzt mit der angesprochenen Krise der repräsentativen Demokratie. So ergab sich aus dem Wandel der Sozialstruktur auch ein „Repräsentanzproblem zwischen Parlament und Bevölkerung“, wie Reckwitz (2019: 277) betont: Während im Sozial-Korporatismus „Verbände wie etwa Gewerkschaften für eine Repräsentanz unterschiedlicher Milieus“ in politischen Entscheidungsgremien gesorgt hatten, werden Parlamente heutzutage zunehmend von der ‚neuen‘ akademischen Mittelklasse dominiert. Daraus resultiert eine wachsende „Diskrepanz zwischen den Lebenswelten der Volksvertreter gegenüber großen Teilen der Bevölkerung“ (ebd.). Die Krise der Demokratie geht über diese Diskrepanz hinaus, weshalb wichtige Aspekte im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

2.4 Krise der repräsentativen Demokratie – Auf dem Weg in die Postdemokratie?

Zahlreiche Theoretiker:innen (Crouch 2008; Demirović 2018; Demirović et al. 2011: 21f; Diehl 2016; Mouffe 2018: 25; Priester 2016: 553f; Reckwitz 2019: 275ff; Žižek 2000) mahnen an, dass mit der Durchsetzung von (neo-)liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik demokratische Elemente mehr und mehr ihre Substanz verloren hätten. Die liberale Demokratie sei zunehmend „auf ihre liberale Komponente reduziert“ (Mouffe 2018: 25) worden – und das Verständnis von Liberalismus selbst dabei vor allem auf die neoliberale Lesart des Begriffs im Sinne der „Verteidigung freier Märkte“ (ebd.) und der Ausweitung individueller Rechte (Szabó & Kurucz 2022: 242). Der demokratische Aspekt beschränke sich dagegen inzwischen auf

kaum mehr als „die Abhaltung freier Wahlen“ (Mouffe 2018: 25). Crouch (2008) prägte für dieses Phänomen den Begriff der „Postdemokratie“. So sei im Zuge der neoliberalen Globalisierung und der damit schwindenden Einbettung der Wirtschaft in nationalstaatliche Kontrollmechanismen ein zunehmendes „Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft“ (ebd.: 133) entstanden. Dadurch hätte eine immer stärkere Konzentration politischer Macht in den Händen „der wirtschaftlich Mächtigen“ (ebd.) – vor allem transnationale Konzerne – bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust bürgerlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten stattgefunden. Dieses Argument beruht vor allem auf drei beobachteten Entwicklungen, die als verschiedene Facetten einer „Repräsentationskrise“ (Müller 2016b: 24) in liberalen Demokratien gewertet werden und die im Folgenden kurz erläutert werden.

Erstens, die „wachsende Macht internationaler Organisationen“ (Reckwitz 2019: 276) und die damit einhergehende „Verlagerung von Entscheidungsprozessen“ (Demirović et al. 2011: 22) in demokratisch nicht legitimierte Instanzen. So gewannen mit der Globalisierung und der ‚Finanzialisierung‘ der Wirtschaft internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zunehmend an Bedeutung und nahmen verstärkt Einfluss auf nationale Wirtschafts- und Handelspolitik (ebd.; Mudde & Kaltwasser 2017: 116ff). Über wichtige Fragen wird daher immer weniger in den gewählten nationalen Parlamenten entschieden, sondern vermehrt in nicht-öffentlichen Gremien und Ausschüssen sowie in supranationalen Institutionen (wie EU oder UN) (ebd.; Demirović 2018: 32). Auch „transnationale staatlich-private Netzwerke“ (Demirović et al. 2011: 22) spielen eine zunehmend wichtige Rolle in politischen Deliberationsprozessen. Die politische Entscheidungsfindung verkomme damit, wie Jörke (2011: 13) kritisiert, zu „einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten“. ‚Einfache Bürger:innen‘ hätten entsprechend kaum noch Einfluss auf solche „intransparente[n] Verhandlungen“ (ebd.).

Dazu kommt, zweitens, eine Tendenz der Entpolitisierung gesellschaftspolitischer Anliegen. Grzebalska, Kovács und Pető (2017: 9) weisen etwa auf den „technocratic and depoliticized character of equality politics“ hin und verlangen eine selbstkritische Auseinandersetzung linksliberaler Emanzipationsbewegungen mit dieser Entwicklung. So seien emanzipatorische Forderungen im Zuge ihrer fortschreitenden akademischen und politischen Institutionalisierung immer mehr zu einem technokratisch anmutenden Prozess verkommen, bei dem es scheinbar nur noch um die Verwaltung und Umsetzung von Gesetzen und Maßnahmen durch Expert:innen gehe. Damit werde Gleichstellungsfragen jedoch ihr politischer Charakter

entzogen: “When equality is addressed in the language of policy, it is presented as a depoliticized issue, requiring expert knowledge and evidence-based solutions, rather than as values worth fighting for, or a political matter susceptible to debate” (Grzebalska, Kováts & Petó 2017: 9). Auch die starke Verrechtlichung von Gleichstellungsfragen wird in diesem Zusammenhang als potenziell problematisch betrachtet¹¹. Da das Rechtswesen sich dem direkten Einfluss bürgerlicher Mitbestimmung entzieht bzw. im rechtstaatlichen Gefüge bewusst von der politischen Sphäre getrennt wird und nicht von politischen Debatten beeinflusst werden soll, führt demnach auch eine Verlagerung emanzipatorischer Diskurse in einen rechtlichen Rahmen zu einer gewissen Entpolitisierung: „when issues of equality are formulated in a rights-based language or identity politics framework, (...) [they] are often rendered apolitical, presented as a matter of inherent right or personal identity that cannot be disputed outside the given framework” (ebd.). Reckwitz (2019: 274) betont ebenso, es sei eine durchaus berechtigte Kritik am (Links-)Liberalismus, dass dieser sich mit seinen Anliegen „auf scheinbar neutrale Mechanismen gesellschaftlicher Koordination wie das Recht zurückzieht“. Durch diese Entpolitisierung und den verstärkten Fokus auf die Expertise von Akademiker:innen (wie Gender-Forscher:innen und Rechtsexpert:innen) könne insgesamt leicht der Eindruck entstehen, dass das eigene Mitspracherecht übergangen werde, während die gebildeten Eliten wichtige Veränderungen unter bewusster Umgehung gesellschaftlicher Mehrheiten durchsetzen würden.

Dieser Eindruck der mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten und des zunehmend technokratischen Charakters von Politik wird, drittens, durch einen Diskurs der ‚Alternativlosigkeit‘ weiter verhärtet. Während bereits Margaret Thatcher, wie erwähnt, ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit einer vermeintlich mangelnden Alternative gerechtfertigt hatte, griffen auch Politiker:innen in anderen ‚westlichen‘ Ländern – siehe etwa Abbildung 1 – in den vergangenen Jahrzehnten immer häufiger zu dem Argument, ihre Entscheidungen beruhten auf objektiven ‚Sachzwängen‘ und seien daher ‚alternativlos‘ (Buntenbach 2008: 9-12; Müller 2016a: 115ff; Mouffe 2018: 25; Mudde & Kaltwasser 2017: 117; Reckwitz 2019: 276). Symptomatisch



Abbildung 1: CDU-Wahlplakat aus dem Jahr 1994 (Konrad-Adenauer-Stiftung 1994)

¹¹ Die Anerkennung grundlegender Menschenrechte, die Minderheiten bislang nicht zugestanden hatten, sollte natürlich de facto indiskutabel sein, da der universale Anspruch der Menschenrechte ja tatsächlich lautet, dass es sich um unveräußerliche Rechte eines jeden Menschen handelt. Maßnahmen wie z.B. die Einführung einer Geschlechterquote sollten jedoch, so der Kritikpunkt, nicht schlicht unter Berufung auf Frauenrechte umgesetzt werden, sondern ihre Sinnhaftigkeit und ihr Nutzen sollte vorab in einer politischen Debatte diskutiert werden.

hierfür ist die Wahl des Wortes ‚alternativlos‘ zum Unwort des Jahres in Deutschland im Jahr 2010. Die Erläuterung der Jury weist dabei treffend auf das Problem hin, das mit der Verwendung dieses Wortes zur Begründung politischer Entscheidungen einhergeht:

Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe. Behauptungen dieser Art sind 2010 zu oft aufgestellt worden, sie drohen, die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu verstärken.¹²

So wird von Theoretiker:innen kritisiert, dass sich mit der Hegemonie des liberalen Paradigmas von der rechten bis zur linken Mitte des politischen Spektrums das Narrativ durchgesetzt hätte, dass eine (neo-)liberale Wirtschaftsordnung eine alternativlose Notwendigkeit darstelle, um im globalen Wettstreit ökonomisch wettbewerbsfähig zu bleiben (Buntenbach 2008: 9-12; Demirović et al. 2011: 21f; Mouffe 2018: 25). Entsprechend werde jede Kritik daran von vornherein als irrational diskreditiert. Darüber hinaus führe ein solcher, vermeintlich ‚alternativloser‘, Konsens längerfristig zu einer wachsenden Verwischung programmatischer Unterschiede zwischen Parteien bzw. den traditionellen politischen Lagern ‚Rechts‘ vs. ‚Links‘ (Demirović 2018: 28; Mouffe 2018: 25; Priester 2016: 553f; Žižek 2000). Daher sprechen manche statt von Postdemokratie auch von einer „postpolitischen Konsensdemokratie“ (Mouffe 2018: 25) oder gar einer „Fassadendemokratie“ (Mies & Wernicke 2017), in welchen Bürger:innen bei Wahlen gar nicht mehr die Möglichkeit hätten „zwischen echten Alternativen (...) auszuwählen“ (Mouffe 2018: 25). Der öffentliche Wahlkampf sei nurmehr ein „kontrolliertes Spektakel“ (Jörke 2011: 13) einer inszenierten Konkurrenz von – zumindest hinsichtlich des Primats der neoliberalen Wirtschaftsordnung – eigentlich ohnehin homogenen Positionen. Der „tatsächliche politische Prozess“ (ebd.) finde dagegen „im Rücken dieser Inszenierung“ (ebd.) in den angesprochenen nicht-öffentlichen Instanzen statt. Diese Interpretation und Begrifflichkeiten wie ‚Fassadendemokratie‘ sind in der Drastik der Wortwahl und der Zustandsbeschreibung sicherlich strittig; jedoch weisen sie dennoch treffend auf grundsätzliche, problematische Tendenzen hin. Beispielsweise lehnt Müller (2016b: 27) zwar Ausdrücke wie ‚Fassadendemokratie‘ oder ‚Repräsentationskrise‘ als übertrieben ab, betont jedoch zugleich, dass gewisse „Repräsentationsdefizite“ nicht zu leugnen seien.

Während also in der ‚Postdemokratie‘ die „Institutionen der parlamentarischen Demokratie - periodische Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Gewaltenteilung – (...) formal gesehen völlig intakt“ (Jörke 2011: 13) sind, wird das politische Geschehen dieser Analyse zufolge de facto „wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten (...) wie in vordemokratischen

¹² Das Zitat wurde der Website der Initiative ‚Unwort des Jahres‘ entnommen: <https://www.unwortdesjahres.net/unwort/das-unwort-seit-1991/2010-2019/> [Zuletzt abgerufen am 10.01.2025].

Zeiten“ (Crouch 2008: 133). Auch hier gilt es, Crouchs scharfe Formulierung kritisch zu hinterfragen – der Tendenz nach scheint sie jedoch zurecht auf bestehende Defizite aufmerksam zu machen. Durch den wachsenden Einfluss internationaler Organisationen, die Auslagerung von Entscheidungen in Expertengremien und die Ersetzung des Austragens politischer Konflikte „durch eine Ökonomisierung und Verrechtlichung der gesellschaftlichen Beziehungen“ (Buchstein & Nullmeier 2006: 16) verkommt Politik demnach mehr und mehr zu einer „rein technischen Frage der Verwaltung der etablierten Ordnung“ (Mouffe 2018: 26). Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung werden damit geringer und Meinungen, die vom vorherrschenden ‚Konsens der Mitte‘ abweichen, werden nach der Wahrnehmung vieler Bürger:innen nicht mehr akzeptiert (Rech 2023). „Alle diese Tendenzen haben die liberale Demokratie ‚entdemokratisiert‘“, fasst Reckwitz (2019: 276) zusammen.

2.5 Der populistische Moment als Ausdruck der Multiplen Krise

Diese ‚entdemokratisierenden‘ Entwicklungen führten in logischer Folge dazu, dass immer mehr Bürger:innen ihre Interessen nicht mehr durch die etablierten Parteien vertreten sahen und sich von der zunehmend technokratisch und von ihrer eigenen Lebensrealität weit entfernt scheinenden Politik abwandten. Die in Erhebungen zum Ausdruck gebrachte ‚Politikverdrossenheit‘ wird dafür ebenso als Beleg angeführt, wie die sinkende Wahlbeteiligung und die Erosion der traditionellen ‚Volksparteien‘ in vielen liberalen Demokratien (Buntenbach 2008: 12; Demirović 2018: 28f; Demirović et al. 2011: 21; Diehl 2016; Jörke 2011: 13; Sauer & Penz 2023: 10, 45). Der durch die negativen Auswirkungen des (Neo-)Liberalismus vielfach empfundene Kontrollverlust wurde daher begleitet und weiter verstärkt durch einen Vertrauensverlust in bestehende Verfahren und Institutionen demokratischer Repräsentation. Diese Entwicklungen führten in Summe dazu, dass die „wirtschaftliche und politische Grundordnung insgesamt“ (Demirović et al. 2011: 21) zunehmend infrage gestellt wurde – auch das Paradigma des ‚apertistischen Liberalismus‘ geriet also nach einigen Jahrzehnten der Dominanz in eine grundlegende Krise.

Die Hegemonie der (neo-)liberalen Ordnung wurde als brüchig – eine besondere historische Situation, für die verschiedene Begriffe entwickelt wurden. Demirović (2018: 29), Priester (2016: 555) und Shields (2015: 673) sprechen im Anschluss an Gramsci von einem „Interregnum“ bzw. einer „Hegemoniekrise“, Reckwitz (2019: 242) von einer „krisenhaften Übergangszeit“ bzw. einer „Phase des Paradigmenwechsels“, Sauer und Penz (2023: 30) von einer „konjunkturelle[n] Kris[e]“, Koschorke (2018: 2) von der „schwindenden Integrationskraft“ des liberalen Narrativs und Mouffe (2018: 287) vom „populistischen Moment“. So unterschiedlich die Begrifflichkeiten sein mögen, bezeichnen sie doch alle

dasselbe Phänomen: Eine historische Umbruchsphase, in der die Legitimität einer bestehenden Ordnung von einer wachsenden Zahl an Menschen aufgrund diverser Krisenerscheinungen grundlegend infrage gestellt wird; und in der es deshalb ein besonders großes „Gelegenheitsfenster“ (Sauer & Penz 2023: 11) für gegen-hegemoniale Bewegungen bzw. die Etablierung eines neuen Paradigmas gibt.

Entsprechend sind solche Umbruchsphasen auch gekennzeichnet durch ein vermehrtes Aufkommen von Protestbewegungen (Müller 2016b: 26; Sauer & Penz 2023: 10). Was Mouffe dabei mit ihrem Begriff des ‚populistischen Moments‘ deutlich macht, ist die Tatsache, dass der aktuelle hegemoniale Krisenmoment einen fruchtbaren Nährboden für die Entstehung populistischer Bewegungen darstellt (Demirović 2018: 29; Reckwitz 2019: 277f; Shields 2015: 661). So eröffnet der problematische Diskurs der Alternativlosigkeit vonseiten vieler politischer Eliten einen Raum für Akteure, die sich als eben jene vermeintlich inexistente Alternative¹³ zu den etablierten Akteuren inszenieren können, indem sie den bisherigen Konsens – den Liberalismus – (mal mehr, mal weniger explizit) ablehnen und zudem versprechen, wieder für mehr Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sorgen (Müller 2016b: 26; Mouffe 2018: 26f; Mudde & Kaltwasser 2017: 116ff; Priester 2016: 555; Reckwitz 2019: 277ff; Shields 2015: 661). Populismus kann daher als „an illiberal democratic response to undemocratic liberalism“ (Mudde & Kaltwasser 2017: 116) verstanden werden – als dezidiert antiliberal (Schließ-) Bewegung, die sich gegen die ökonomischen, kulturellen und demokratischen Verwerfungen richtet, die einer zu starken Öffnung unter dem Paradigma des apertistischen Liberalismus zugeschrieben werden und die daher ein anderes Modell der Demokratie¹⁴ anstrebt (Reckwitz 2019: 278f). Welches demokratische Modell von Populist:innen propagiert wird und welche Lösungen sie für die diagnostizierten Krisen vorschlagen, soll im folgenden Kapitel genauer beleuchtet werden. Dazu werden zunächst zentrale Charakteristika des Populismus beschrieben, bevor spezifischer auf das Phänomen des Rechtspopulismus eingegangen wird.

¹³ Besonders augenfällig wird das bei der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD), die ihr rechtspopulistisches Angebot bereits mit der Wahl des Parteinamens ausdrücklich als Alternative zum Konsens der übrigen Parteien präsentierte.

¹⁴ Ob Populist:innen überhaupt ein demokratisches Modell anstreben, oder nicht vielmehr auf die Errichtung eines autoritären Systems abzielen, ist sicherlich strittig. Müller (2016a: 14) vertritt etwa die Auffassung, Populismus sei „der Tendenz nach zweifelsohne antidemokratisch“. Andere, wie zum Beispiel Mouffe (2018: 298) sehen (zumindest im Links-)Populismus durchaus auch das Potenzial, „die Demokratie wiederherzustellen (...), sie zu vertiefen und auszubauen“. Diese unterschiedlichen Ansichten werden in Kapitel 3.1 noch näher beleuchtet. Für den Kontext der Arbeit ist jedoch vor allem der *Anspruch* von Bedeutung, den Populist:innen nach außen vertreten: Dieser besteht eindeutig darin, für ‚mehr Demokratie‘ zu sorgen, wie im Folgenden deutlich gemacht wird.

3 Populismus – Begriffsbestimmung

Der Populismusbegriff wird, ebenso wie der Begriff Neoliberalismus, oft polemisch verwendet und ist sehr umstritten, weshalb es eine Vielzahl an unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Definitionen gibt (Mudde & Kaltwasser 2017: 2; Müller 2016a: 25f; Reckwitz 2019: 278). Weitgehender Konsens herrscht in der Populismusforschung jedoch darüber, dass es, um das Phänomen des Populismus zu begreifen, sowohl die Form als auch den Inhalt populistischer Mobilisierungsstrategien zu berücksichtigen gilt (ebd.).

Die populistische Form ist zunächst gekennzeichnet von einer grundlegenden Aufteilung der Gesellschaft „in zwei homogene und antagonistische Gruppen (...) – ‚das wahre Volk‘ sowie ‚die korrupte Elite‘“ (Mudde 2020: 15). Wie die Formulierungen – ‚wahres Volk‘ und ‚korrupte Elite‘ – deutlich machen, wird diese antagonistische Aufteilung zudem moralisch aufgeladen. Müller (2016a: 42) beschreibt Populismus daher als „eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen“. Die Konstruktion eines moralisch aufgeladenen Antagonismus zwischen ‚Volk‘ und ‚Elite‘, sowie ein damit einhergehender Anti-Elitismus, werden daher als zentrale Charakteristika von Populismus betrachtet und gelten als Minimalkriterium für eine Definition des Begriffs (ebd.: 26; Demirović 2018: 35; Priester 2012a: 4).

Mudde fügt zudem an, dass, nach populistischer Auffassung, „Politik ein Ausdruck des allgemeinen Willen des Volkes sein sollte“ (Mudde 2020: 16). Populist:innen behaupten dabei, sie allein würden die Interessen des ‚wahren‘ Volkes vertreten, während das politische Establishment (die ‚Volksverräter‘) und die Medien (die ‚Lügenpresse‘) den „eigentlichen ‚Volkswillen‘“ (Reckwitz 2019: 279) missachten und verdrehen würden (Müller 2016a: 42-53; Weiß 2017: 6). Populismus ist damit „nicht nur antielitär, er ist auch antipluralistisch“ (ebd.: 44): Erstens negieren Populist:innen jeglichen Pluralismus in der Gesellschaft, wenn sie das (‚wahre‘) Volk und dessen Interessen und Werte als homogene Einheit betrachten; und zweitens sprechen sie mit ihrem „Alleinvertretungsanspruch auf das, was ‚das Volk‘ will“ (Reckwitz 2019: 278), allen anderen Akteuren die Fähigkeit bzw. den Willen ab, die Interessen der Bevölkerung angemessen zu vertreten. Populist:innen lehnen daher, wie bereits beschrieben, das Modell der liberalen Demokratie ab, da sie deren liberale Elemente (wie vor allem den Pluralismus) als Störfaktoren kritisieren, welche die Verbindung zwischen ihnen und den Anliegen des ‚wahren‘ Volkes unnötig erschweren würden. Daher vertreten sie „grundsätzlich das Modell einer antiliberalen Demokratie, in der sich der Volkswillen unmittelbar und ungebrochen in der Politik ausdrücken soll“ (Reckwitz 2019: 278), wobei sie sich als alleiniges „Sprachrohr“ (Müller 2016a: 46) ebendieses Volkswillens verstehen.

Pluralismus (im Sinne der Moderation vielfältiger individueller Meinungen, Interessen und Lebensentwürfe) wird damit zum illegitimen Hindernis, das der Umsetzung des angeblich homogenen Interesses des ‚wahren‘ Volkes im Wege steht. Gleiches gilt für „pluralistische und rechtsstaatliche ‚Sicherungsinstanzen‘“ (Reckwitz 2019: 279), die in liberalen Demokratien als *Checks and Balances* zwischen verschiedenen Institutionen dienen und für einen angemessenen Ausgleich widerstreitender Interessen sorgen sollen. Diese „vermittelnden Instanzen“ (Müller 2016a: 48) werden abgelehnt, da sie eine unmittelbare Umsetzung des ‚Volkswillens‘ durch die ‚einzigwahren‘ Volksvertreter:innen – die Populist:innen – durch langwierige Deliberationsprozesse in Parlamenten und anderen Ausschüssen unnötig verzögern würden.

Was die Inhalte anbelangt, ist Populismus je nach lokalem und zeitlichem Kontext sehr variabel, weshalb Taggart (2004) ihm eine ‚chamäleonartige‘ Natur bescheinigt. Auch hier gibt es jedoch einige Gemeinsamkeiten, die jeweils eng mit der populistischen Form zusammenhängen. Durchgesetzt hat sich vor allem Muddes (2020: 15) grundlegende Definition, Populismus als „dünne Ideologie“ zu begreifen, die in der Praxis meist in Verbindung „mit einer Wirtsideologie“ (ebd.) auftrete. So bestehe die ideologische Grundform von Populismus, wie beschrieben, vor allem aus den zwei Kernelementen „Monismus und Moralismus: Sowohl ‚das Volk‘ als auch ‚die Elite‘ werden betrachtet, als teilten sie dieselben Interessen und Werte, während die Hauptunterscheidung zwischen ihnen auf Moral beruht (‚wahr‘ versus ‚korrupt‘)“ (ebd.). Dieses ideologische Grundgerüst werde je nach politischer Weltanschauung mit entsprechenden ‚Wirtsideologien‘ verstärkt: „gewöhnlicherweise mit einer Form des Nationalismus auf der rechten Seite und einer Form des Sozialismus auf der linken“ (ebd.).

3.1 Linkspopulismus versus Rechtspopulismus

So wird grundsätzlich zwischen Links- und Rechtspopulismus unterschieden (Priester 2016: 534). Entscheidend ist dabei, auf welche Weise das „populistische ‚Wir‘“ (ebd.) konstruiert wird und „wie der Kontrahent, das ‚Sie‘, definiert wird“ (Mouffe 2018: 31). Linker Populismus konstruiert ein inklusives ‚Wir‘, bei dem die „Inklusion der bisher aus dem politischen, sozialen und ökonomischen System Ausgeschlossenen“ (Priester 2016: 546) angestrebt wird. Wenngleich auch diese Inklusion durch den nationalen Bezugsrahmen notwendigerweise auf ebendiesen beschränkt ist, steht das linkspopulistische ‚Wir‘ – innerhalb der nationalen Grenzen – prinzipiell allen offen. Zudem ist es nicht von vornherein auf eine bestimmte, klar erkennbare soziale Gruppe festgelegt, sondern bleibt „immer anfechtbar“ (Müller 2016a: 121). Einige Theoretiker:innen vertreten daher die Ansicht, dass das linkspopulistische ‚Wir‘ durchaus pluralistisch sein könne, indem es als vielfältig und heterogen zusammengesetztes

Kollektiv verstanden werde, „das einem gemeinsamen Gegner die Stirn bietet: der Oligarchie“ (Mouffe 2018: 32). Die Anhänger:innen dieser von Laclau (2005) begründeten und heute einflussreich von Mouffe (2018) vertretenen Tradition sprechen sich daher für die aktive Verfolgung einer linkspopulistischen Strategie¹⁵ aus und sehen darin ein notwendiges Korrektiv für die undemokratischen Tendenzen in der ‚Postdemokratie‘ (Demirović 2018: 39). Der Schlüssel einer linkspopulistischen Mobilisierungsstrategie nach Laclau und Mouffe besteht darin, die verschiedenen Anliegen unterprivilegierter Gruppen „in einem kollektiven Willen zu bündeln“ (Mouffe 2018: 299) bzw. diesen einen ‚gemeinsamen Namen‘ zu geben, der fortan symbolisch für all diese Anliegen steht. Laclau (2005) prägte für die Vorstellung einer abstrakten Assoziation, auf die sich verschiedene Kräfte gemeinsam berufen können, um so einen Bezug und Solidarität zwischen den jeweiligen Partikularinteressen herzustellen, den Begriff des ‚leeren Signifikanten‘. Als ‚leerer Signifikant‘ eignet sich demnach potenziell alles, was als gemeinsamer Bezugspunkt für verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen dienen kann – im Lauf der Arbeit werden noch einige Beispiele hierfür genannt. Die einzig effektive Strategie, um den derzeitigen demokratischen Defiziten entgegenzuwirken und dabei liberale Werte zu verteidigen, besteht jedenfalls nach Mouffe (ebd.) darin, im Rahmen einer linkspopulistischen Mobilisierungslogik einen ‚leeren Signifikanten‘ zu finden, der es allen derzeit Unterprivilegierten erlaubt, ihre Interessen gemeinsam zu artikulieren, um sich in solidarischer Verbundenheit für bessere Verhältnisse einsetzen zu können.

Andere, wie zum Beispiel Müller (2016a: 117-123), kritisieren dagegen den Aufruf zum Linkspopulismus und betonen, der von Laclau und Mouffe vertretene Ansatz sei durch die Abgrenzung eines ‚Wir‘ von einem nicht näher definierten politischen Gegner im Grunde ebenfalls anti-pluralistisch und damit undemokratisch. Während also umstritten ist, inwiefern Linkspopulismus anti-pluralistisch ist, herrscht Einigkeit darüber, dass Populismen rechter Prägung einen eindeutig anti-pluralistischen und damit illiberalen Kern haben. Insbesondere der aktuelle Erfolg rechtspopulistischer Parteien wird daher als ernst zu nehmende Bedrohung für die liberale Demokratie betrachtet (Demirović 2018: 27; Graff & Korolczuk 2022: 26; Gunnarsson Payne 2020: 8; Kubik 2012: 2; Mudde & Kaltwasser 2017: 1f, 81-84; Priester

¹⁵ Hall spricht sich in ähnlicher Weise für eine Strategie aus, welche die Gesellschaft „entlang der Gegensätze Machtblock/Volk, Reich/Arm, Unterdrücker/Unterdrückte, Ausbeutende/Ausgebeutete“ (zitiert nach Demirović 2011: 30) spaltet, um eine gemeinsame Willensbildung und geteilte Weltsicht der unterprivilegierten sozialen Kräfte zu erreichen, die dann wiederum als Grundlage für gesellschaftlichen Fortschritt dienen können. Hall vermeidet jedoch den Populismusbegriff für diesen Ansatz und bezeichnet ihn stattdessen als linke, „populär-demokratische Strategie“ (ebd.: 29), welche er von einem rechten, „autoritären Populismus“ (ebd.) abgrenzt.

2016: 533). Weshalb dem so ist und worauf dieser Erfolg beruht, soll im folgenden Kapitel anhand einer Betrachtung des zeitgenössischen Rechtspopulismus erläutert werden.

3.2 Rechtspopulismus

Die Frage nach den Charakteristika des gegenwärtigen Rechtspopulismus bzw. der ‚Neuen Rechten‘, wie sie in der Literatur (sh. etwa Minkenberg 2014; Weiß 2017) häufig bezeichnet wird, lässt sich nicht pauschal beantworten. Auch hier gilt, dass das Phänomen „historisch kontingent“ (Priester 2016: 534) und kontextspezifisch ist, was es schwierig macht, eine allgemeingültige Definition zu formulieren. Jedoch lässt sich ein „gemeinsamer ideologischer Nenner“ (ebd. 538) ausmachen, der nach Priester als Kernmerkmal von Rechtspopulismus betrachtet werden kann: „das exkludierende Verständnis von Identität und deren Verteidigung gegen die Globalisierung“ (ebd.). Diese Definition lohnt einer näheren Betrachtung, da sie in verdichteter Form wesentliche Elemente des zeitgenössischen Rechtspopulismus beschreibt.

Da ist zunächst das exkludierende Verständnis von Identität: Nach dem zu Beginn des Kapitels dargelegten Grundprinzip populistischer Logik konstruieren auch Rechtspopulist:innen ein ‚Wir‘ (das ‚wahre Volk‘) in Abgrenzung zur ‚korrupten Elite‘. Im Gegensatz zum linkspopulistischen ‚Wir‘, das, wie beschrieben, inkludierend wirkt und vor allem entlang einer sozial begründeten Trennlinie von der gegnerischen ‚Elite‘ abgegrenzt wird, konstruieren Rechtspopulist:innen hingegen ein exkludierendes ‚Wir‘, das „politische und soziale Teilhaberechte ausschließlich für die autochthone Bevölkerung“ (Priester 2016: 546) vorsieht. Das vom Rechtspopulismus entworfene ‚Wir‘ bezieht sich demnach nicht auf einen sozialen Status – womit es potenziell allen gesellschaftlichen Gruppen, wie vor allem Minderheiten offen stünde –, sondern primär auf eine vermeintlich homogene, ethnokulturelle Identität. Daher wird der ‚vertikale‘ Antagonismus zwischen ‚Volk‘ und ‚Elite‘, der, wie bereits dargelegt, für Populismen jeder Spielart charakteristisch ist, im Rechtspopulismus noch ergänzt durch einen „horizontalen Antagonismus“ (Sauer & Penz 2023: 11): Die Abgrenzung des ‚wahren‘ Volkes von all jenen Gruppierungen, die als nicht wirklich zugehörig betrachtet werden (ebd.). Diese Abgrenzung erfolgt „entlang rassistischer, nationalistischer, religiöser, sexistischer“ (Demirović 2018: 34) und nicht zuletzt kultureller Kriterien. So wird von Rechtspopulist:innen üblicherweise stark gegen Asylsuchende und Immigrant:innen polemisiert, die als Angehörige einer ‚fremden‘ Kultur und/oder Religion angeblich eine Gefahr für die nationale Identität und Sicherheit darstellen. Ein klassisches rechtspopulistisches Feindbild ist dabei die Figur des männlichen, muslimischen Migrant, der aufgrund seines religiös geprägten Frauenbilds vermeintlich eine Bedrohung für die Sicherheit einheimischer Frauen darstellt – eine Trope, die es rechten Bewegungen erlaubt, Ängste zu schüren und sich

gleichzeitig als pro-feministisch (da besorgt um das Wohlergehen der Frauen) darstellen zu können (Graff & Korolczuk 2022: 87f). Auch hier wird die Abgrenzung also zusätzlich moralisiert, indem, wie im Beispiel, der christliche, ‚westliche‘ Mann, welcher Frauen mit Respekt behandle und schütze, dem Bild eines frauenverachtenden und gewaltbereiten Muslims gegenübergestellt wird.

Diese Grenzziehung zwischen dem moralisch einwandfreien autochthonen Volk und dem amoralischen ‚Fremden‘ betrifft jedoch nicht nur Immigrant:innen. Als nicht zugehörig und gewissermaßen als ‚fremd‘ werden darüber hinaus auch viele Menschen betrachtet, die zwar formell (durch Staatsangehörigkeit) zur nationalen Gemeinschaft gehören, jedoch aufgrund anderer Kriterien als abweichend vom ‚wahren‘, ‚eigentlichen‘ Wesen des Volkes angesehen werden (Sauer und Penz 2023: 11, 91). Diese Abweichung kann, wie gesagt, kultureller, religiöser, sexueller, ethnischer oder anderweitiger Natur sein, je nachdem, was genau als ‚wahrer‘ Wesenskern des Volkes definiert wird. Im rechtspopulistischen Diskurs der ‚Neuen Rechten‘ in Europa besteht dieser meist aus der Vorstellung von der christlichen, weißen, heterosexuellen Kernfamilie aus Mann, Frau und Kindern (ebd.: 20; Weiß 2017), wie in Kap 4.2.2 noch ausgeführt wird. Alle Abweichungen von dieser Normvorstellung stellen nach rechtspopulistischer Logik entsprechend eine Gefahr für die ‚wahre‘ Identität des Volkes dar. Dies betrifft nicht nur den Islam oder eine ‚fremdartige‘ Kultur, sondern beispielsweise auch sexuelle Orientierungen oder Geschlechterkonzepte, die vom heteronormativen Idealbild der rechtspopulistischen Identitätsvorstellung abweichen und daher als Angriff auf die ‚natürliche‘ Ordnung betrachtet und als ebenso ‚fremdartig‘ diffamiert werden (ebd.).

Um das ‚wahre‘ Volk vor der Gefahr der Zerstörung der eigenen Identität durch ‚abnormale‘, ‚fremde‘ Einflüsse (Islamismus, fremde Kulturen & Ethnien/Multikulturalismus, Homosexualität, Geschlechterdiversität, etc.) zu schützen und klar davon abzugrenzen, wird eine klare Trennlinie gezogen zwischen dem ‚Normalen‘ und allem ‚Anderen‘ (Müller 2016a: 42; Sauer und Penz 2023: 11). Dies hat entsprechend auch Konsequenzen für die Konstruktion des politischen Gegners, das ‚Sie‘: Während das ‚Wir‘ im Linkspopulismus, wie beschrieben, von einer ausbeuterischen, mächtigen Elite (der ‚Oligarchie‘) abgegrenzt wird, führen die rechtspopulistischen Antagonismen zu einer Grenzziehung, die das ‚wahre‘ Volk sowohl von wirtschaftlichen und kulturellen Eliten als auch von Minderheiten – und deren ‚Minority Rights Revolution‘ – bedroht sieht (Priester 2012b: 94). Der strategische Kunstgriff der Rechtspopulist:innen besteht dabei darin, diese eigentlich sehr disparaten sozialen Gruppierungen zu einem einheitlichen Feindbild zu vermengen: „In der Vorstellungswelt von Rechtspopulisten gehen die Eliten (...) eine unheilige Allianz mit parasitären Unterschichten ein, die ebenso nicht dem wahren Volk zuzurechnen sind“ (Müller 2016a: 43). Als

vermeintlicher Beleg für diese Verschwörung der Eliten mit Minderheiten gegen die mehrheitliche ‚Normalbevölkerung‘ dient unter anderem die Institutionalisierung von Minderheitenrechten auf supranationaler Ebene, wie etwa die Durchsetzung von ‚Gender Mainstreaming‘¹⁶ auf UN- und EU-Ebene – dazu ausführlicher in Kapitel 4.1. Betont werden soll an dieser Stelle zunächst der grundlegende Mechanismus der vertikalen und horizontalen Polarisierung, mit der Rechtspopulist:innen letztlich das einheitliche Feindbild der ‚liberalen Elite‘ herstellen.

3.2.1 Die liberale Elite als Feindbild

Die vom Rechtspopulismus zum politischen Gegner ernannten Gruppen (Eliten und Fremde bzw. Minderheiten) lassen sich auch deshalb „so erfolgreich zu einem einheitlichen Feindbild verschmelzen“ (Koschorke 2018: 2), da sie – wenn auch auf unterschiedliche Weise – beide von der Dominanz des liberalen Paradigmas in den vergangenen Jahrzehnten profitiert haben. Wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt, ermöglichten die liberal geprägten Emanzipationsbewegungen vielen gesellschaftlichen Minderheiten erhebliche Teilhabezuwächse und die liberale Politik des Multikulturalismus beförderte die internationale Mobilität. Der ökonomische Liberalismus erlaubte hingegen vor allem den ohnehin Vermögenden (den wirtschaftlichen ‚Eliten‘), ihren Wohlstand durch internationale Finanzgeschäfte und transnationale Unternehmensstrukturen nochmals deutlich zu vergrößern und durch die wachsende Bedeutung internationaler Institutionen zudem verstärkt Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben, ohne dabei Rücksicht auf die Interessen demokratischer Mehrheiten nehmen zu müssen. Während letzteres auch von Linkspopulist:innen kritisiert wird, schließen Rechtspopulist:innen aus der gemeinsamen Wurzel beider Prozesse – dem apertistischen Liberalismus –, darauf, dass auch die ambivalenten Folgen der jeweiligen Liberalisierungsprozesse strukturell zusammenhängen. Wachsende Ungleichheit und sozioökonomische Prekarisierung stehen nach diesem Verständnis in einem kausalen Zusammenhang mit der Stärkung von Minderheitenrechten und der Zuwanderung. Schuld an dieser Entwicklung sind dem rechtspopulistischen Narrativ zufolge liberale, vom ‚wahren‘ Volk entfremdete, Eliten, die sich mit den Minderheiten gegen die mehrheitliche ‚Normalbevölkerung‘ verschworen haben.

¹⁶ Gender Mainstreaming bezeichnet eine Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter (UN Women 2001). Grundgedanke der Strategie ist es, bei der Planung und Umsetzung von Gesetzen und anderweitigen Maßnahmen stets auch geschlechtsspezifische Aspekte zu berücksichtigen (ebd.).

Die vielfältigen Probleme, die multiple Krise und das vielfach vorherrschende Gefühl eines umfassenden Kontrollverlusts sind deshalb aus Sicht des Rechtspopulismus die Folge des Zusammenspiels aus einer vom Paradigma des apertistischen Liberalismus „forcierten Globalisierung (...) und eines dezidierten Individualismus“ (Reckwitz 2019: 263), welche die vormals stabile Ordnung untergraben haben und bei einem weiteren Fortschreiten vollständig zu zerstören drohen. Die Lösung für die aktuelle Krisenlage besteht nach rechtspopulistischer Logik im Umkehrschluss in einer Rückbesinnung auf die ‚wahre‘ eigene Identität (Shields 2015: 663) und deren Verteidigung gegen die existenziellen Bedrohungen durch die ökonomischen und kulturellen Öffnungsprozesse. Hier sei nochmals an Priesters (2016: 538) Definition erinnert, dass ein kontextübergreifendes Merkmal von Rechtspopulismus darin bestehe, dass eine exklusiv verstandene Identität gegen die Globalisierung verteidigt werden soll. Wie Priester mit dieser Formulierung andeutet, steht der Begriff ‚Globalisierung‘ im rechtspopulistischen Diskurs stellvertretend für alles, was die nationale Identität und das ‚wahre‘ Wesen des Volkes bedroht.

Globalisierung symbolisiert die umfassende Öffnungsbewegung, die mit der Hegemonie des (Neo-)Liberalismus einherging bzw. davon verstärkt wurde und die für eine zunehmende „Grenzüberschreitung und Grenzauflösung“ (Reckwitz 2019: 263) sorgte. Dieser (neo-)liberale Prozess der Entgrenzung hat nach dem Verständnis von neurechten Denker:innen wie Alain de Benoist die (bis dato vermeintlich homogene) Identität des Volkes substantiell untergraben. Das Zusammenspiel aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und linksliberalem Multikulturalismus haben für eine immer größere Offenheit nach ‚außen‘ gesorgt und damit – in der Lesart der Rechtspopulist:innen – die ethnokulturelle Identität sowie die sozioökonomische Sicherheit des autochthonen Volkes der Gefährdung durch äußere, ‚fremde‘ Einflüsse schutzlos ausgeliefert. Die kulturelle Liberalisierung hatte zudem weitreichende Öffnungsprozesse im ‚Inneren‘ zur Folge, die als „identitätsbedrohende Modernisierungsschübe“ (Priester 2016: 534) *innerhalb* ‚westlicher‘ Gesellschaften in den Augen der Neuen Rechten eine noch weitaus größere Gefahr für das ‚wahre Wesen‘ der christlich-abendländischen Kultur darstellen als etwa der Islam als Bedrohung von ‚außen‘ (Weiß 2017: 5-15). So werden vor allem „der identitätsbedrohende Individualismus der westlichen Moderne und damit auch der Kampf um Emanzipation“ (Sauer und Penz 2023: 16) als eine vom Liberalismus induzierte Selbstzerstörung ‚westlicher‘ Gesellschaften betrachtet und entsprechend vehement bekämpft.

Gegen diese existenziellen Bedrohungen der ökonomischen und kulturellen Öffnung gilt es die eigene Identität aus Sicht der Rechtspopulist:innen also zu verteidigen. Deshalb gilt die bereits zuvor zitierte Aussage von El-Mafaalani, dass es sich bei Populismus um eine Bewegung der sozialen Schließung handle, insbesondere für Rechtspopulismus: Gerade dieser setzt auf eine

Politik „in deren Zentrum Mechanismen *nationaler Regulierung* stehen, die bis zu einer Politik der *nationalen Schließung* reichen“ (Reckwitz 2019: 279). Das betrifft „den Bereich des Sozioökonomischen ebenso wie den des Soziokulturellen“ (ebd.: 279f) – um wieder Stabilität und Wohlstand zu erreichen, ist es nach rechtspopulistischem Verständnis „essenziell, beides zu regulieren und tendenziell auf der Ebene des Nationalstaates wieder zu schließen“ (ebd.: 280).

In sozioökonomischer Hinsicht geht es darum, die nationale Wirtschaft durch protektionistische Maßnahmen vor dem internationalen Wettbewerb zu schützen. Internationale Arbeitsmigration, die als Ursache von Lohndumping und der Senkung von Sozialstandards betrachtet wird, gilt es ebenfalls einzuschränken. Zudem soll die heimische Wirtschaft wieder stärker reguliert werden und das ‚wahre‘ Volk wieder mehr staatliche Unterstützung erhalten (ebd.). Ein klassisches Beispiel für eine solche selektive Sozialpolitik, die gezielt jenen Bevölkerungsgruppen zugutekommen soll, die dem rechtspopulistischen ‚Wir‘-Verständnis entsprechen, ist Familienpolitik, bei der beispielsweise durch hohe Kindergeldzahlungen ein konservatives Familienmodell gestärkt wird. Diese Strategie verfolgte etwa die rechtspopulistische PiS-Partei in Polen mit beachtlichem Erfolg, wie in Kapitel 5 noch ausgeführt wird.

In soziokultureller Hinsicht geht es dagegen um die Wiederherstellung vormals stabiler und durch die Liberalisierung inzwischen zunehmend aufgebrochener Grenzen. Das bedeutet sowohl einen buchstäblich verstärkten Grenzschutz im Sinne einer restriktiven Migrationspolitik als auch eine (Re-)Etablierung traditioneller Verhältnisse. Den zersetzenden Tendenzen und der ‚Überfremdung‘, die vermeintlich aus einer Politik des Individualismus, Multikulturalismus und Kosmopolitismus resultieren, gilt es entsprechend eine „Politik der nationalen Identität“ (Reckwitz 2019: 280) entgegenzusetzen – auch hier geht es im übertragenen Sinne also um die Wiederherstellung alter, klarer ‚Grenzen‘.

Rechtspopulismus konstituiert sich also, wie Priester (2012b: 94) es zusammenfassend formuliert, „über einen dualen Schließungsprozess nach oben und unten, wobei ‚unten‘ (...) auch ‚die Anderen‘ meint“. Das Narrativ der Rechtspopulist:innen lautet: Die Probleme der Zeit lassen sich lösen, wenn sowohl der ökonomische als auch der kulturelle Liberalisierungsprozess der vergangenen Jahrzehnte aufgehalten bzw. umgekehrt werden. Die "Epoche des liberalen Blablas" sei zu beenden, forderte der ungarische Regierungschef Viktor Orbán 2015 (zitiert nach Verseck 2015, o.S.) von seinen europäischen Kolleg:innen in einer flapsigen Formulierung, die diese Haltung jedoch treffend auf den Punkt bringt. Nur so kann nach rechtspopulistischer Ansicht der ‚schweigenden Mehrheit‘, dem ‚wahren‘ Volk wieder seine Stimme zurückgegeben werden, das von der Verschwörung der Minderheiten mit den

liberalen Eliten mundtot gemacht und seiner ‚Identität‘ beraubt worden sei. Rechtspopulist:innen sind daher selbsterklärte „Verfechter einer explizit illiberalen Vision von Staatlichkeit“ (Müller 2016a: 9). Auch hier kann Orbán wieder als Beispiel dienen, der 2014 bei seiner Antrittsrede nach der Wiederwahl zum Ministerpräsidenten verkündete, er wolle Ungarn zu einem „illiberalen Staat“ (zitiert nach Müller 2016a: 137) umformen. Als er vier Jahre darauf erneut mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, sah sich der ungarische Regierungschef in seinem illiberalen Projekt bestätigt und verkündete, wie eingangs zitiert, das Ende der „Epoche der liberalen Demokratie“ (zitiert nach STANDARD 2018, o.S.).

3.2.2 Von der Liberalismuskritik zum rechten Kulturkampf

Der große Erfolg, den rechtspopulistische Parteien derzeit in vielen liberalen Demokratien feiern können, ist daher laut Reckwitz (2019: 282-285) vorrangig darauf zurückzuführen, dass sie, erstens, die Krisen der Zeit klar erkannt hätten und dafür (im Ansatz durchaus zurecht) das (neo-)liberale Paradigma verantwortlich machen würden; und dass sie, zweitens, „ein radikales Gegenprogramm“ (ebd.: 282) formuliert hätten, das nicht trotz, sondern gerade aufgrund seiner explizit illiberalen Positionen bei vielen Menschen verfange, die mit der derzeitigen Situation unzufrieden seien:

Wenn es in der gegenwärtigen politischen Landschaft einen absoluten Gegner zum apertistischen Liberalismus gibt, dann ist dies der (rechte) Populismus. Bemerkenswert ist dabei, dass der Populismus tatsächlich (...) alle drei Krisenmomente wahrnimmt und darauf Antworten formuliert: Die sozioökonomische Krise des Neoliberalismus soll so durch eine nationale Regulierung der Wirtschaft beantwortet werden, die soziokulturelle Krise des Linksliberalismus durch eine Stärkung nationaler Identität und einen Kampf gegen Kosmopoliten und Migranten, die demokratiepraktische Krise der ‚Postdemokratie‘ durch eine illiberale Demokratie, die auf eine Identität zwischen Politik und Volk setzt. (Reckwitz 2019: 282)

Reckwitz betont hierbei, dass der Ansatz, die aktuelle Krisenkonstellation „mit einer Regulierung des Sozialen und Kulturellen beantworten“ (ebd.: 284) zu wollen, im Grunde nicht verwerflich sei und tatsächlich zielführend sein könne, wenn es darum gehe, den problematischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Die stark moralisierte, antagonistische Form rechtspopulistischer Mobilisierung Sorge jedoch dafür, dass „die mäßigende Regulierung letztlich in eine *nationalistische Schließung*“ (ebd.) münde. Der berechtigten Kritik am (Neo-)Liberalismus und dessen problematischen Auswirkungen folge daher keine differenzierte Problemlösungsstrategie, sondern eine „nostalgische Politik“ (ebd.), die verspreche, dem ‚wahren‘ Volk wieder zurück zu alter Größe zu verhelfen und eine idealisierte vergangene

Ordnung wiederherzustellen¹⁷ – beispielhaft treffend zu sehen an Trumps Slogan *Make America Great Again*. Dabei werde zugleich die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse stark reduziert und der ökonomische mit dem kulturellen Liberalisierungsprozess vermengt. Dass soziale Emanzipationsbewegungen zum Teil tatsächlich „in neoliberale Bestrebungen verstrickt“ wurden und eine „gefährliche Liaison“ mit wirtschaftlichen Eliten eingingen, wie es Fraser (2013: 29) in einer scharfen Kritik an der Frauenbewegung formuliert, nährt dabei diese simplizistischen Narrative und das vereinheitlichte Feindbild der ‚liberalen Elite‘.

Rechtspopulist:innen können in ihrer Argumentation also sowohl auf nicht zu leugnende Probleme verweisen, welche die umfangreichen Liberalisierungsprozesse nach sich zogen, als auch auf teilweise tatsächlich vorhandene Überschneidungen von kulturellen und ökonomischen Liberalisierungsprozessen. Indem sie die Ambivalenzen in diesen Entwicklungen bewusst ausblenden und stattdessen in einem stark moralisch aufgeladenen Diskurs nur deren negative Seiten hervorheben, verstärken sie die Polarisierung entlang der neuen Konfliktlinie zwischen liberalen ‚Kosmopolit:innen‘ und konservativen ‚Kommunitarist:innen‘. Differenzierte und zurecht ausgeübte Kritik an den „Schwächen des apertistischen Liberalismus“ (Reckwitz 2019: 285) verkehrt sich somit in einen emotionalisierten Aufruf zum Kulturkampf der rechtschaffenen ‚Somewheres‘ gegen die abgehobenen, elitären ‚Anywheres‘. Eine sachliche Debatte zwischen verschiedenen Akteuren und politischen Kräften, bei welcher die derzeitigen Probleme anerkannt und verschiedene Lösungsansätze dafür diskutiert werden, wird durch diese Spaltung in „moralische Überlegenheit und moralische Defizienz“ (Priester 2016: 534) von vornherein verunmöglicht. Politische Auseinandersetzungen werden stattdessen verkürzt auf einen vermeintlichen Kampf zwischen ‚gut‘ und ‚böse‘ (ebd.; Sauer und Penz 2023: 90f).

Dieses Charakteristikum des Rechtspopulismus, politische Konflikte in einem stark moralisierten Diskurs vor allem als Kulturkampf zu rahmen, folgt dabei einem strategischen Kalkül (Meiering 2022). Wie bereits dargelegt, kann Populismus als ‚dünne Ideologie‘ verstanden werden, die erst in Verbindung mit einer ‚Wirtsideoogie‘ wirkmächtig wird – im Rechtspopulismus üblicherweise der Nationalismus. Da es jedoch in heutigen, modernen liberalen Demokratien – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Schrecken des Faschismus – kaum noch gelingen dürfte, allein mit nationalistischen Narrativen gesellschaftliche Mehrheiten

¹⁷ Bauman (2017) prägte für eine solche nostalgische, rückwärtsgewandte Haltung in seinem gleichnamigen Buch den Begriff „Retrotopia“ – die Sehnsucht nach einem verklärten Zustand der Vergangenheit, welche viele Menschen angesichts des Orientierungsverlusts in einer globalisierten Welt entwickeln würden.

für ein politisches Projekt zu gewinnen, haben rechte Theoretiker:innen die Notwendigkeit erkannt, alternative Strategien zur Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung zu entwickeln (ebd.; Weiß 2017: 54 ff). Alain de Benoist, einer der wichtigsten Vordenker der Neuen Rechten, griff dafür Gramscis Hegemoniekonzept auf (Dietze & Roth 2020: 15; Jorek 2022: 80). Nach Gramsci ist es für die Veränderung politischer Verhältnisse bzw. die Erringung politischer Macht zentral, am ‚Alltagsverstand‘ der Menschen anzusetzen; Hegemonie erlangt ein Akteur demnach, sehr verkürzt ausgedrückt, vor allem, indem er die öffentliche Wahrnehmung darüber beherrscht, was als ‚normal‘ gilt. Eine erfolgversprechende politische Mobilisierungsstrategie sollte sich daher gemäß Gramsci zentral auf den Kampf um ideologische Deutungshoheit fokussieren (Jorek 2022: 84). De Benoist sei daher durch die Beschäftigung mit Gramsci zu der Überzeugung gelangt, dass die Rechte sich, um wieder breitflächig Erfolg zu haben, „vom Vokabular der sogenannten ‚Alten Rechten‘ los[sagen]“ (Jorek 2022: 79) müsse, um im „Kampf um gesellschaftliche Hegemonie rassistische Ideologie und Politik salonfähiger zu machen“ (ebd.). So fasst Jorek den einflussreichen Ansatz de Benoists im Sammelband „Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘“ (Meiering 2022) zusammen. De Benoist versteht demnach den umfassenden Liberalisierungsprozess als Folge bzw. Ausdruck einer „kulturellen Hegemonie der politischen Linken“ (Jorek 2022: 82). Dieser müsse mit einer „Kulturrevolution von rechts“ (ebd.: 79) begegnet werden, um rechte Ideen wieder stärker im politischen Diskurs und im ‚Alltagsverstand‘ der Menschen zu etablieren. Die Kulturrevolution müsse sich dabei entschieden gegen die Hegemonie des Liberalismus und des Egalitarismus als erklärte „Hauptfeinde auf ideologischer Ebene“ (ebd.: 82) richten.

Ein zentrales Element dieser hegemonialen Strategie de Benoists ist das Betreiben von „Metapolitik“ (ebd.): Eine subversive Form der politischen Propaganda, die auf die Veränderung von Einstellungen und Überzeugungen innerhalb einer Gesellschaft abzielt. Metapolitik hat, Gramscis Ansatz folgend, vor allem dann gute Aussichten auf Erfolg, wenn sie am ‚Alltagsverstand‘ und der Gefühlsebene von Menschen ansetzt, das heißt „the political propaganda should not be oriented towards parties, elections, and parliaments, but should work with everyday topics that are strongly interconnected with feelings“ (Dietze & Roth 2020: 15). Wie Analysen des zeitgenössischen Rechtspopulismus zeigen, hat sich eine solche Strategie, die stark auf der emotionalen Ebene ansetzt, in den vergangenen Jahren tatsächlich als zentrales Element rechtspopulistischer Mobilisierung durchgesetzt (Ost 2005: 7; Priester 2016: 534ff). Als einschlägiges Werk gilt hier vor allem Wodaks (2015) „The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean“. Wodak beschreibt darin, dass ein zentrales Charakteristikum rechtspopulistischer Mobilisierung darin bestehe, vorhandene Sorgen aufzugreifen und diese mittels moralisierender Narrative zu verstärken. Rechtspopulist:innen setzen demnach stark auf

Emotionen wie Wut, Angst und Hass, um der Polarisierung zwischen dem ‚wahren‘ Volk und der liberalen Elite bzw. den bedrohlichen ‚Anderen‘ Dynamik zu verleihen. Wie Korolczuk (2020: 92) mit Bezug auf Wodaks vielzitiertes Werk betont, bestehe dabei eine typische Strategie rechtspopulistischer Akteure darin, Sündenböcke zu schaffen, die für tatsächliche Probleme ebenso wie für Verlustängste verantwortlich gemacht werden. Für den vielfach empfundenen Kontrollverlust würden somit vermeintlich klare Schuldige ausgemacht, die mittels Emotionalisierung und Moralisierung zu regelrechten ‚Monstern‘ stilisiert würden, „monsters that are scary enough to mobilize and unite people in the fight against it“ (ebd.). Die Strategie ist dabei stets dieselbe, was sich jedoch je nach dem spezifischen historischen und gesellschaftspolitischen Kontext ändert, ist das Gesicht des Monsters (Graff & Korolczuk 2022: 68f): Standen im Dritten Reich (und auch heutzutage in rechten Kreisen typischerweise oft noch) ‚die Juden‘ für die absolute Verkörperung des Bösen bzw. einer globalen, elitären Verschwörung, so wurden im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September arabische Muslime¹⁸ zum viel genutzten Feindbild, das wiederum im Zuge der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015 durch die Figur des Flüchtlings als Gefahr für die innere Sicherheit und Stabilität Europas abgelöst wurde. In den vergangenen Jahren ist nun Gender zu einem immer beliebteren Feindbild in rechtspopulistischen Kreisen geworden.

4 Gender als zentrales Element

Wie inzwischen in einer Vielzahl von Publikationen herausgearbeitet wurde (Butler 2024; Dietze & Roth 2020; Graff & Korolczuk 2022; Grzebalska, Kováts & Pető 2017; Hark & Villa 2015; Kuhar & Paternotte 2017; Sauer & Penz 2023), haben Rechtspopulist:innen in den vergangenen Jahren in ‚Gender‘ ein hervorragendes Mittel entdeckt, um Menschen für ihre ‚Kulturrevolution von rechts‘ zu gewinnen. So nehme die Gender-Thematik inzwischen eine Schlüsselrolle in rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategien ein und sei zu einer zentralen „Arena“ (Dietze & Roth 2020: 16) für die Austragung von Kulturkämpfen und das Ringen um ein neues politisches Paradigma geworden. Daher soll in diesem Abschnitt nachgezeichnet werden, wie es zu der inzwischen vielfach beobachteten „right-wing obsession with gender“ (ebd.) kam und warum sich das Feindbild der ‚Gender-Ideologie‘ so ideal für rechtspopulistische Narrative eignet.

¹⁸ Hier wird bei dem Verweis auf die Feindbilder des ‚arabischen Muslims‘ und des ‚Flüchtlings‘ als Gefahren für die innere Sicherheit bewusst nicht gegendert, da diese sich meist tatsächlich ausschließlich auf Männer beziehen, oft mit femonationalistischen Argumentationsmustern (Graff & Korolczuk 2022: 87f).

Dafür wird zunächst definiert, was unter dem Begriff ‚Gender‘ überhaupt verstanden wird und wie sich rund um die katholische Kirche eine globale Bewegung formierte, die sich dem Kampf gegen die vermeintliche ‚Gender-Ideologie‘ verschrieben hat. Erst im Anschluss soll auf die Verbindungen dieser transnationalen Anti-Gender-Bewegung zum zeitgenössischen Rechtspopulismus eingegangen werden. So warnen Theoretiker:innen, die sich mit dem Zusammenhang von Anti-Gender-Kampagnen und Rechtspopulismus beschäftigen, davor, die beiden Phänomene miteinander zu vermengen und sie schlicht als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten (Graff & Korolczuk 2022: 24; Kuhar & Paternotte 2018: 13). Es handle sich um zwei unterschiedliche Phänomene, die unabhängig voneinander in Erscheinung getreten seien und deren Wurzeln in jeweils verschiedenen Entstehungskontexten lägen. Nichtsdestotrotz gäbe es einige Überschneidungen zwischen den beiden Phänomenen und vor allem seit den 2010er Jahren sei zudem ein verstärktes Zusammenspiel von Mobilisierungen gegen Gender und rechtspopulistischen Bewegungen zu beobachten. Gerade dieses Zusammenspiel sei in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Faktor globaler politischer Machtkämpfe und für den Erfolg neurechter Bewegungen geworden (ebd.; Dietze & Roth 2020: 16). Entsprechend bedürfe es einer isolierten Betrachtung der beiden Phänomene, bevor deren Zusammenwirken im aktuellen politischen Kontext untersucht werde. Diesem Anspruch folgend widmet sich der folgende Abschnitt der Entstehungsgeschichte der ursprünglich religiösen Anti-Gender-Kampagnen, bevor deren Verbindungen mit dem im vorigen Kapitel dargelegten Phänomen des Rechtspopulismus gezeigt werden soll.

4.1 Anti-Gender-Bewegung als religiöses Projekt

Mit dem Begriff ‚Gender‘ wird, kurz gesagt, die „soziale Beschaffenheit von Geschlecht“ (Hark & Villa 2015: 7) beschrieben. Vordergründiges Ziel ist dabei, eine Vorstellung von Geschlecht als rein biologisch determinierte und vermeintlich „naturhafte, unveränderliche (...) Tatsache“ (ebd.) zu überwinden. Stattdessen sollen sozio-kulturelle Mechanismen der ‚Herstellung‘ von Geschlecht (*Doing Gender*) sichtbar gemacht werden, um deutlich zu machen, dass bestimmte gesellschaftliche Normen rund um Geschlecht und Sexualität nicht lediglich auf ‚natürlichen‘ Gegebenheiten beruhen, sondern zu einem großen Teil sozial konstruiert werden. Es geht also darum, die vermeintliche ‚Natürlichkeit‘ geschlechtsbezogener ‚Merkmale‘ zu hinterfragen. Annahmen über vermeintlich biologisch determinierte, geschlechtsspezifische ‚Merkmale‘ können sich auf die Sexualität beziehen (wie z.B. die Annahme, Männer würden sich ‚natürlicherweise‘ zu Frauen hingezogen fühlen und umgekehrt), sie können aber auch mentale und körperliche Fähigkeiten betreffen (z.B. die Vorstellung, Männer seien ‚von Natur aus‘ rational, während Frauen eher emotional veranlagt seien). Solche Annahmen gilt es dem

Gender-Konzept zufolge zu dekonstruieren, um die dahinterliegenden gesellschaftlichen Machtstrukturen als eigentliche Ursache hinter der (oft fälschlicherweise rein biologischen Faktoren zugeschriebenen) Differenz zwischen der gesellschaftlichen Stellung von Frauen und Männern sichtbar zu machen.

Kritische Auseinandersetzungen mit Geschlechterfragen, wie sie im akademischen Bereich vor allem in den Gender Studies Ausdruck finden, führten ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem wachsenden Bewusstsein für geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Diskriminierungen. Diese gestiegene Aufmerksamkeit schlug sich auch in der Ausrichtung von mehreren internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen (UN) nieder, in denen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter diskutiert wurden (Sauer & Penz 2023: 92f). Für den Kontext der Entstehung einer globalen Anti-Gender-Bewegungen werden dabei vor allem zwei Konferenzen hervorgehoben: die UN-Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo und die Vierte UN-Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking (ebd.; Graff & Korolczuk 2022; Kuhar & Paternotte 2017: 9). Im Rahmen der Konferenzen wurden verschiedene Themen wie der Zugang zu Abtreibung, Verhütung und sexueller Aufklärung sowie generelle Fragen rund um Gleichstellungspolitik besprochen. Besonders kontroverse Diskussionen gab es zwischen den Vertreter:innen der teilnehmenden Mitgliedsstaaten und NGOs während beiden Konferenzen bezüglich der Aufnahme des Begriffs ‚Gender‘ in die jeweilige Abschlusserklärung (UN Women 1995; UNFPA 2004) der Konferenzen. Angeführt vom Vatikan formierte sich eine Delegation von Abgeordneten, die sich vehement gegen eine Verwendung des Begriffs in den Abschlussdokumenten aussprach (Kuhar & Paternotte 2017: 9). Hintergrund dieses Widerstands waren generelle Befürchtungen innerhalb der Katholischen Kirche und unter anderen religiös-konservativen Abgeordneten hinsichtlich der internationalen Anerkennung und Legitimierung von Praktiken und Rechten, die diese als verwerflich und als Gefahr für traditionelle Verhältnisse und die ‚natürliche‘, gottgegebene Ordnung betrachteten: Abtreibungsrechte wurden als lebensfeindliche Ideologie betrachtet¹⁹, Homosexualität als widernatürlich und sündhaft und Transgeschlechtlichkeit als Negierung der natürlichen Unterschiedlichkeit von und Komplementarität zwischen Mann und Frau. Auch sexuelle Aufklärung wurde als frühkindliche Sexualisierung abgelehnt. Die Tatsache, dass all diese Maßnahmen trotz des Widerstands der vom Vatikan angeführten Koalition in unterschiedlichem Umfang auf den Konferenzen durchgesetzt wurden, wurde von der Katholischen Kirche als klare Niederlage empfunden und als weltweite Attacke und Destabilisierung der Institution der ‚natürlichen Familie‘ – bestehend aus Mann, Frau und

¹⁹ Papst Johannes Paul II. (1995) bezeichnete Abtreibungen als ein „verabscheuungswürdiges Verbrechen“ und prägte den Ausdruck von der „culture of death“ (Kuhar & Paternotte 2018: 9).

Kindern – gewertet (Kuhar & Paternotte 2017: 9). Der Fakt, dass die Koalition um den Vatikan während der Konferenzen jedoch den entschiedensten Widerstand gegen die Verwendung des Gender-Begriffs geleistet hatte, weist darauf hin, dass Maßnahmen wie sexuelle und reproduktive Rechte nur als sichtbare Spitze eines ansonsten weitgehend verborgenen ideologischen Eisbergs betrachtet wurden, der noch viel weitreichendere Konsequenzen befürchten ließ: die „Gender-Ideologie“.

Entsprechend groß war die Bestürzung bei religiösen und konservativen Teilnehmenden und Beobachter:innen, als bei der Konferenz in Peking 1995 tatsächlich erstmalig der Begriff ‚Gender Mainstreaming‘ im Abschlussdokument festgeschrieben wurde und damit politische Absichtserklärungen ablöste, die sich rein auf Frauenrechte konzentrierten (Sauer & Penz 2023: 92f). Die katholische Journalistin und Pro-Life Aktivistin O’Leary (1997) fasste die Sorgen darüber in ihrem einflussreichen Buch „The Gender Agenda“ zusammen. O’Leary, die selbst als Beobachterin bei der Weltfrauenkonferenz in Peking zugegen war, schreibt darin, sie sei Zeugin davon geworden, wie radikalfeministische Eliten die UN unterwandert hätten und den langfristigen Plan hegten, der restlichen Welt ihre Ideologie aufzuzwingen. O’Learys Buch gilt als „key early inspiration for the Holy See²⁰ in introducing the phrase ‘gender ideology’ into its discourse” (Graff & Korolczuk 2022: 39), da es im Vatikan breit rezipiert wurde (ebd.; Paternotte and Kuhar 2017: 9f), nicht zuletzt auch von Joseph Ratzinger, dem späteren Papst Benedikt XVI. (2005 – 2013).

Im Anschluss an die UN-Konferenzen unternahm die Katholische Kirche daher große Anstrengungen, um einen Diskurs zu etablieren, der die Gläubigen aller Welt vor den Gefahren der ‚Gender-Ideologie‘ warnen sollte. Die Priorität, welche der Vatikan ab den 1990ern diesem Kampf gegen die ‚Gender-Ideologie‘ beimaß, muss als Teil eines breiteren Projekts der ‚Neuevangelisierung‘ verstanden werden, wie zahlreiche Autor:innen betonen (Kemper 2014: 17; Kuhar & Paternotte 2018: 11; Sauer & Penz 2023: 93). Dieses Projekt der Neuevangelisierung, das von den Päpsten Johannes Paul II. und Benedikt XVI. ins Leben gerufen bzw. vorangetrieben wurde, sollte dem Bedeutungsverlust der Kirche in den säkularisierten Teilen der Welt (wie allen voran Westeuropa) entgegenwirken und die dortige Bevölkerung zu einer Rückbesinnung auf den Glauben bewegen (Kuhar & Paternotte 2018: 11). Dabei wurde besonders “[t]he evangelizing role of the family and the importance of its defense by political authorities” (ebd.) hervorgehoben. Da gerade die Familie, der eine solche Bedeutsamkeit zugeschrieben wird, vermeintlich im Zentrum der Zerstörungswut steht, die

²⁰ Der Begriff *Holy See* (dt. ‚Heiliger Stuhl‘) bezeichnet das nichtstaatliche Völkerrechtssubjekt (persönlich repräsentiert vom Papst), das in internationalen Verhandlungen den Staat Vatikanstadt und die römisch-katholische Kirche vertritt (Glenz 2017).

nach religiöser Lesart von der ‚Gender-Ideologie‘ ausgeht, wird der Kampf gegen Gender vom Vatikan als elementar wichtig betrachtet – dazu ausführlicher im folgenden Abschnitt. Jedenfalls sahen der Vatikan und religiöse Intellektuelle (einflussreich sind u.a. Gabriele Kuby und Marguerite Peeters) in der Verankerung von Gender Mainstreaming auf UN-Ebene den schlagenden Beweis für die Agenda liberaler Eliten, unter dem Deckmantel von Forderungen nach Gleichheit und Freiheit eine globale sexuelle (Kuby 2012) bzw. kulturelle (Peeters 2007) Revolution zu erzwingen. Dass wenig später auch auf EU-Ebene²¹ Gender Mainstreaming als politische Zielvorgabe festgehalten wurde, bestärkte diese Ansicht, mächtige Minderheiten würden durch die Unterwanderung internationaler Institutionen und die gezielte Manipulation von Sprache an der globalen Durchsetzung ihrer radikalen Ideologie arbeiten.

Die Katholische Kirche und deren Verbündete machten es sich daher zur Aufgabe, dieser vermeintlichen „quiet revolution“ (Peeters 2007: 3) entgegenzutreten und der ‚Gender-Ideologie‘ den Kampf anzusagen. Dabei wurde es als zentral betrachtet, Menschen darüber aufzuklären, was sich hinter Begriffen wie ‚Gender‘ – entgegen den wohlklingenden Versprechungen von Gleichheit und Selbstbestimmung seitens liberaler Eliten – ‚tatsächlich‘ verberge (Kuhar & Paternotte 2018: 11). Daher wurde um die Jahrtausendwende „a whole library of anti-gender works“ (Graff & Korolczuk 2022: 39) publiziert, mit dem Ziel, die Bevölkerungen der Erde „about the true content of words, about the true reality“ (López Trujillo 2005: 7) zu informieren. Als eines der wichtigsten Werke, das einen umfassenden Überblick über zentrale Elemente der religiös begründeten Ablehnung des Gender-Konzepts liefert, gilt das „Lexicon: Ambiguous and Debatable Terms Regarding Family Life and Ethical Questions“, welches 2003 vom damaligen ‚Päpstlichen Rat für die Familie‘ (*Conseil Pontifical pour la Famille*) mit Unterstützung von der ‚Kongregation für die Glaubenslehre‘ veröffentlicht wurde (Graff & Korolczuk 2022: 40; Kuhar & Paternotte 2018: 11). Die in diesem Lexikon und anderen einflussreichen Werken wie O’Learys „The Gender Agenda“ dargelegten Ansichten über die vermeintlichen Gefahren, die von ‚Gender‘ ausgehen, werden als zentraler Ausgangspunkt für den inzwischen weit über kirchliche Kreise hinaus verbreiteten Diskurs von der gefährlichen ‚Gender-Ideologie‘ betrachtet. Daher sollen im Folgenden die wichtigsten Aspekte dieses Diskurses beleuchtet werden.

4.1.1 Gender als Gefahr für die ‚natürliche‘ Ordnung

Die elementarste Kritik an Gender richtet sich gegen die theoretischen Grundlagen des Konzepts sowie gegen die damit verbundenen dekonstruktivistischen Implikationen. Dem

²¹ Gender Mainstreaming wurde erstmals 1997 im Vertrag von Amsterdam als Richtlinie festgeschrieben und auch in späteren Verträgen wie z.B. im Lissabon-Vertrag von 2009 bekräftigt (Abels & Mushaben 2012).

Konzept von Gender liegt, wie bereits erwähnt, die zentrale These zugrunde, dass Unterschiede zwischen Männern und Frauen nicht rein biologisch bedingt, sondern zu einem großen Teil sozial konstruiert sind. Zudem wird die Binarität von Geschlecht grundsätzlich infrage gestellt²². Diese Annahmen stellen religiöse Vorstellungen von der ‚Natur des Menschen‘ fundamental infrage. Doch wie ist die ‚Natur des Menschen‘ aus religiöser Sicht beschaffen? Hierzu soll im Folgenden ein kurzer Überblick gegeben werden.

Die Überzeugung, dass Gott den Kosmos und die Menschen schuf, geht mit einem essentialistischen und naturalistischen Welt- und Menschenbild einher, wie Kuhar und Paternotte (2018: 8) betonen. Die Vorstellung von einer ‚natürlichen‘, weil gottgegebenen Ordnung beinhaltet unter anderem auch gewisse Annahmen darüber, was mit Blick auf Geschlecht und Sexualität als normal und ‚natürlich‘ gilt. Die natürliche Grundlage menschlichen Lebens wird demnach repräsentiert von einem grundsätzlichen, von der Natur (bzw. Gott) vorgegebenen Unterschied zwischen Mann und Frau, die sich gegenseitig ergänzen und im Verbund neues Leben schaffen können, womit die göttliche Schöpfung erhalten und reproduziert wird (Kongregation für das Katholische Bildungswesen, KfKB 2019). Papst Johannes Paul II., der während seiner beinahe dreißigjährigen Amtszeit (1978-2005) maßgeblich den Kampf des Vatikans gegen die ‚Gender-Ideologie‘ vorantrieb, hatte diese Ansichten bereits zuvor in mehreren Schriften dargelegt, darunter wohl am prominentesten in seiner ‚Theologie des Leibes‘ (Kuhar & Paternotte 2017: 10). Auch die auf ihn folgenden Päpste Benedikt XVI. und der aktuell amtierende Franziskus bekräftigten dieses christlich inspirierte anthropologische Grundverständnis in zahlreichen Reden und Schriften, die der Vatikan 2019 in einer Publikation mit dem vielsagenden Titel „Als Mann und Frau schuf er sie“ (KfKB 2019) zusammenfasste. So wird dort betont, es müsse bei der Frage, was menschliches Leben ausmache, „die metaphysische Wurzel der sexuellen Differenz“ (ebd., o.S.) berücksichtigt werden. Demnach seien „Mann und Frau die beiden Modalitäten, in denen sich die ontologische Wirklichkeit der menschlichen Person ausdrückt und verwirklicht“ (ebd.). Dieses Zitat ist in doppelter Hinsicht aufschlussreich. Zum einen impliziert die Gleichsetzung

²² Zu der Frage, inwieweit Geschlecht ‚natürlich vorherbestimmt‘ ist oder aber sozio-kulturell hervorgebracht wird, gibt es innerhalb der Gender Studies ebenso unterschiedliche Ansichten, wie zur Frage der (Non-)Binarität von Geschlecht (Holland-Cunz 2021: 6f). Unabhängig davon, wie diese Fragen letztlich beantwortet werden, wohnt jedoch allein der Tatsache, dass sie gestellt werden, ein dekonstruktivistisches Potenzial inne. Dieses dekonstruktivistische Potenzial wird von Anti-Gender-Aktivist:innen als größte Gefahr betrachtet, die von dem Konzept ausgeht (wie in dem obigen Abschnitt ausgeführt wird). Daher ist es für den hier beschriebenen Kontext nicht weiter von Belang, wie genau ‚Geschlecht‘ von verschiedenen Gender-Theoretiker:innen definiert wird - wichtig ist lediglich die *grundsätzliche* Infragestellung biologistischer und binärer Vorstellungen von Geschlecht.

von ‚sexueller Differenz‘ und ‚Geschlecht‘, dass Geschlecht an eine eindeutige sexuelle Orientierung gekoppelt verstanden wird²³ (Männer fühlen sich ‚natürlicherweise‘ zu Frauen hingezogen und umgekehrt). Zum anderen werden Männlichkeit und Weiblichkeit als absolute Grundlage für das Menschsein beschrieben – erst als Mann oder als Frau wird der Mensch zum Menschen. So werde nicht weniger als die „menschliche Würde [aus] der unterschiedlichen geschlechtlichen Verfasstheit“ (ebd.) geschöpft.

Wie im vorigen Unterkapitel bereits angedeutet, wird in diesem Zusammenhang auch der Familie eine zentrale Bedeutung zugeschrieben. So sei die Familie „der natürliche Ort, an dem di[e] Beziehung der Gegenseitigkeit und der Gemeinschaft zwischen dem Mann und der Frau volle Verwirklichung findet“ (ebd.). Die Kernfamilie, bestehend aus Mutter, Vater und Kindern, wird als kleinste ‚natürliche‘ Einheit menschlichen Zusammenlebens (und als Basis dessen Fortbestehens) betrachtet, ja sie sei „ein anthropologisches Faktum und folglich eine soziale, kulturelle etc. Gegebenheit“ (ebd.). Dabei kommt den Eltern nach kirchlicher Sicht die Pflicht zur Erziehung der Kinder zu, „auch was ihre Erziehung zur sexuellen Identität und zur Affektivität betrifft“ (ebd.) – eine gleichsam heilige Pflicht, „da sie mit der Weitergabe des menschlichen Lebens verbunden“ ist. Während also der Unterschied zwischen Mann und Frau als Grundlage für das Fortbestehen der göttlichen Schöpfung betrachtet wird, stellt die Familie die Verwirklichung des „weisen Plan[s] des Schöpfers“ (ebd.) dar. In der Zeugung von Kindern und deren Erziehung zu Menschen, die „den Wert und die Schönheit des sexuellen Unterschieds (...) erkennen“ (ebd.), wird die Reproduktion des Lebens vollzogen und erneut vorbereitet.

Das Gender-Konzept hat hingegen, wie bereits beschrieben, gerade den Anspruch, essentialistische und naturalistische Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität aufzubrechen (Kuhar & Paternotte 2018: 8). Dieser dekonstruktivistische Zugang macht auch vor angeblich unumstößlichen ‚Wahrheiten‘ nicht Halt und hinterfragt somit auch „die von der Schöpfung kommende Dualität von Mann und Frau“ (Benedikt XVI. in KfKB 2019) als vermeintlich selbsterklärende Tatsache. Damit stellt das Gender-Konzept in den Augen des Vatikans eine fundamentale Bedrohung für die „christliche Anthropologie“ (KfKB 2019) dar. Da eine binäre Geschlechterordnung und Heterosexualität nach religiöser Weltsicht für das menschliche Leben konstitutiv sind, kommt eine Infragestellung dieser Heteronormativität einem Angriff auf das Leben und die Menschlichkeit gleich. Gender wird daher als gefährliche Ideologie betrachtet, die „den Unterschied und die natürliche Aufeinander-Verwiesenheit von Mann und Frau leugnet“ (Franziskus in KfKB 2019) und damit die „anthropologische Grundlage der Familie“ (ebd.) untergrabe. Die ‚Gender-Ideologie‘ Sorge somit für eine allgemeine „anthropologische

²³ Dies wird an anderer Stelle auch nochmals explizit verdeutlicht. So heißt es später im Text, Sexualität sei die „strukturierende Qualifizierung der männlichen und weiblichen Identität“ (KfKB 2019).

Desorientierung“ (KfKB 2019) bzw. gar eine „anthropological revolution“ (Kuhar & Paternotte 2018: 9), welche in letzter Konsequenz zu nicht weniger führe als der Zerstörung des Menschseins, wie wir es kennen. Das Gender-Konzept wird entsprechend als menschenfeindliche Ideologie betrachtet und gilt als ideologische Wurzel von ‚lebensfeindlichen‘ Praktiken wie Abtreibung, Verhütung oder Homosexualität (Kuhar & Paternotte 2017: 4f; 253). Die ‚Gender-Ideologie‘ bedeutet in den Augen von Anti-Gender-Aktivist:innen daher eine Gefahr für den Fortbestand der göttlichen Schöpfung, ja für das Leben als solches. Exemplarisch beschrieb Jacopo Coghe, Vize-Präsident der italienischen Organisation *Pro Vita e Famiglia* (ital. „Für Leben und Familie“) Gender und die Auswirkungen der vermeintlichen Gender-Ideologie folgendermaßen: Es handle sich um

ideologies of death that destroy man and human reality. If the mother is no longer the one who gives birth and the father is no longer the one who begets, children can be bought and gender is decided within the mind, and if every desire becomes a right, this means that at stake is not only a new model of society but a new paradigm of humanity. (Zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 15)

Was bei der Formulierung „if gender is decided within the mind“ deutlich wird, ist der Vorwurf von Gegner:innen des Gender-Konzepts, dass dieses auf einem „anthropologischen Dualismus“ (KfKB 2019) beruhe, d.h. auf einer „Trennung zwischen dem – auf leblose Materie reduzierten – Leib und dem Willen, der absolut gesetzt wird und den Leib nach seinem Belieben manipuliert“ (ebd.). Dadurch werde „die menschliche Identität (...) einer individualistischen Wahlfreiheit ausgeliefert“ (Franziskus in KfKB 2019), was „dem Relativismus den Raum [bereite], wonach alles gleichwertig und undifferenziert“ sei. Bezeichnend ist hierbei, dass der durchaus richtig wiedergegebene Anspruch des Gender-Konzepts, alle Geschlechter als gleichwertig anzuerkennen, als ideologisch kritisiert wird. Zudem lassen die zitierten Aussagen erkennen, dass die ‚Gender-Ideologie‘ auch als Folge einer als problematisch betrachteten (kulturellen) Hegemonie liberaler Werte im säkular geprägten ‚Westen‘ verstanden wird (Kuhar & Paternotte 2017: 6). Der Vorwurf lautet, dass eine Überbetonung liberaler Grundwerte wie individuelle Freiheit und Gleichheit in ‚westlichen‘ Gesellschaften zu Auswüchsen von Egoismus, Hedonismus, Dekadenz und Relativismus und damit zu einem allgemeinem Moralverfall geführt hätte (ebd.). Exzessiver Individualismus, ein relativistisch ausgelegtes Gleichheitsprinzip und „falsch verstandene Freiheit“ (KfKB 2019) sowie „misconceptions of feminism“ (Kuhar & Paternotte 2017: 6) seien so zum Nährboden für die lebensfeindliche ‚Gender-Ideologie‘ geworden. Gender ist nach dieser Lesart Ausdruck einer selbstzerstörerischen Manie dekadenter liberaler, ‚westlicher‘ Eliten (Graff & Korolczuk 2022: 17). Versuche, das Gender-Konzept bzw. sexuelle und reproduktive Rechte auf institutioneller

Ebene zu verankern („if every desire becomes a right“), werden von Gegner:innen des Konzepts daher umso heftiger bekämpft. Denn mit der rechtlichen Anerkennung und Institutionalisierung des Konzepts würde die unbescholtene Mehrheit der zerstörerischen ‚Ideologie‘ einer radikalen Minderheit schutzlos ausgeliefert.

4.1.2 Moralisierung und Täter-Opfer-Umkehr

Mit Blick auf die verwendete Sprache und Begriffe wie ‚Ideologie‘, ‚zerstörerisch‘ oder ‚lebensfeindlich‘ wird ein wichtiger Aspekt des Anti-Gender-Diskurses deutlich, den die Katholische Kirche und konservative Intellektuelle wie O’Leary um die Jahrtausendwende etablierten: Eine Rhetorik, die stark auf Moralisierung und Affekte setzt. Moralisierung als Mechanismus der politischen Kommunikation „reduziert Ambivalenz zugunsten einer Polarisierung von gut und böse [sic]“ (Knobloch 2020, o.S.). Politische Auseinandersetzungen um Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit und um die Anerkennung sexueller und reproduktiver Rechte werden von den Gegner:innen des Gender-Konzepts so moralisch zugespitzt zu einem Kampf zwischen Gut und Böse. ‚Gender‘ und alles, was darunter subsumiert werden kann, wird in dieser polarisierenden Gegenüberstellung zum Symbol für das ultimative Böse, oder, im religiösen Duktus der Gender-Gegner:innen, zu einer ‚Ideologie aus der Hölle‘ (Graff & Korolczuk 2022: 40f). Der Erfolg dieser moralisierenden Strategie wird nicht zuletzt beim Blick auf das imaginäre Repertoire bei Anti-Gender-Kampagnen und -Protesten deutlich:

When confronting LGBT demonstrations, protesters often bear crosses and rosaries, as if facing a demonic force in need of being exorcised. The numbers 666 can be seen on banners in anti-gender rallies, as can images of the snail, associated in Christian iconography with sin and especially with lust (...), repeated references to “hell” (...), banners with [Judith] Butler’s face adorned with horns, as well as references to witchcraft. (Graff & Korolczuk 2022: 40f)

Die Gegner:innen von Gender können sich im Umkehrschluss als Verteidiger:innen des ‚Guten‘ und Kämpfer:innen ‚für das Leben‘ gerieren. Opposition gegen die ‚Gender-Ideologie‘ wird entsprechend zum gerechten Kampf im Namen der Verteidigung der Menschenwürde stilisiert. Dabei wird zugleich eine typische Täter-Opfer-Umkehr vollzogen. Angehörige einer Minderheit, die durch ihre Abweichung von anerkannten Normen der Mehrheitsgesellschaft unter mangelnden Rechten leiden (z.B. der oft fehlende Zugang für homosexuelle Paare zur Institution der gleichgeschlechtlichen Ehe), werden zu Tätern umgedeutet – in diesem Beispiel durch den religiös motivierten Vorwurf, die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe sei gleichbedeutend mit der ‚Zerstörung der Familie‘ (Kuhar & Paternotte 2017: 15). Die ‚normale‘ Mehrheitsgesellschaft, welche Minderheiten jene Rechte verwehrt, die sie selbst genießt, wird

in dieser Logik zum eigentlichen Opfer einer Agenda, die nach der Zerstörung derer Lebensgrundlage trachte. Forderungen, die Rechte von unterdrückten Minderheiten anzuerkennen oder die Situation von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen zu verbessern, werden durch die moralisch aufgeladene Polarisierung gleichgesetzt mit dem vermeintlichen Vorhaben, jegliche Tradition und das Leben der ‚normalen Mehrheit‘ zerstören zu wollen. Institutionen und Aktivist:innen, die sich für die Anerkennung der Rechte von Minderheiten stark machen, werden in dieser Logik zu Handlangern einer lebensvernichtenden Ideologie, einer „culture of death“ in den Worten von Papst Johannes Paul II. (zitiert nach Kuhar & Paternotte 2018: 9). Im Umkehrschluss werden all jene, die gegen eine Verbreitung der ‚Gender-Ideologie‘ kämpfen, zu heldenhaften Verteidiger:innen einer „culture of life“ (ebd.).

Auch hierbei nimmt der Topos der traditionellen Familie als zentraler Ort der Verwirklichung des schöpferischen Plans eine wichtige Stellung ein (Sauer & Penz 2023: 101ff): Als Sinnbild des ‚Guten‘, das es zu verteidigen gelte gegen die menschenfeindliche ‚Gender-Ideologie‘, die danach trachte, „die Familie zu zerstören“ (KfKB 2019). Besonders das Kind wird in seiner Schutzbedürftigkeit, Unschuld und Verletzlichkeit hervorgehoben (ebd.; Kuhar & Paternotte 2017: 6; Sauer & Penz 2023: 101ff; Schmincke 2015: 93). So verliere laut Benedikt XVI. (in KfKB 2019) „das Kind seinen bisherigen Ort und seine ihm eigene Würde“, wenn in Folge der Infragestellung der „Dualität von Mann und Frau“ die „Familie als von der Schöpfung vorgegebene Wirklichkeit“ angegriffen werde. Schmincke (2015: 94), die sich mit der strategischen Verwendung der „Chiffre Kind als moralische Waffe“ für diskursive Auseinandersetzungen beschäftigt hat, betont, die Referenz auf das Kindeswohl verleihe der eigenen Argumentation eine „unschlagbare Macht“ (ebd.: 93), welche die eigene Position moralisch erhöhe und alternative Positionen zum Verstummen bringe: „Das Argument ‚Kindeswohl‘/‘Sorge um Kinder‘ wirkt immer, es sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht“ (ebd.). Deshalb eignet sich das Bild des Kindes so hervorragend für eine moralisch aufgeladene Argumentationsstruktur, wie Bühler-Niederberger kritisch anmerkt:

Durch das Kind wird Unschuld einprägsam, anrührend und mit höchster Autorität verkörpert. Die Macht der Unschuld beansprucht Natur und Heiligkeit als ihre Referenzen. In ihrem Einsatz, ihrer Wirkung und auch in ihrer keineswegs unschuldigen Konstruktion ist sie jedoch ganz von dieser Welt: Sie ist eine gesellschaftliche Macht. (Bühler-Niederberger 2005: 9)

Anti-Gender-Mobilisierungen beruhen daher nicht nur auf der Dämonisierung von Gender und damit verbundenen Themen und Akteuren, sondern auch auf einer strategischen Betonung dessen, was sie zu verteidigen vorgeben (Grzebalska, Kováts & Pető 2017: 7): die Zukunft der Kinder und der Familie als Verkörperungen der göttlichen Schöpfung und der Unschuld.



Abbildung 2: Logos diverser Anti-Gender-Bewegungen (Kuhar & Paternotte 2017: 269)

Wie der von Kuhar und Paternotte (2017: 269) zusammengestellte Überblick über die Logos verschiedener Anti-Gender-Bewegungen in Europa (Abb. 2) veranschaulicht, nimmt das Symbol der Familie (bestehend aus Mutter, Vater und Kindern) einen großen Stellenwert in deren Selbstverständnis ein. Die beiden Logos auf der rechten Seite weisen zudem auf das häufige Narrativ von Gender-Gegner:innen hin, dass Sexualpädagogik eine

Gefährdung für das Kindeswohl darstelle (Kuhar & Paternotte 2017: 6; Sauer & Penz 2023: 101ff). Sexuelle Aufklärung an Schulen, die oft ohne das Wissen und die Zustimmung von Eltern erfolge, gleiche demnach einer „Frühsexualisierung“ (Kämpf 2015: 118) von Kindern. Davor gelte es Kinder zu schützen, die ansonsten drohten, zum Opfer einer „Homolobby“ (ebd.) zu werden. Kritik mit Blick auf die vermeintliche Indoktrination ‚wehrloser‘ Kinder im schulischen Kontext (und außerhalb der Reichweite ihrer wachsamten Eltern bzw. des schützenden Raums der Familie) gibt es nicht zuletzt an der Umsetzung einer gendersensiblen Lehre. Bei dieser werde laut Benedikt XVI. (zitiert nach KfKB 2019) „ein angeblich neutrales Bild des Menschen und des Lebens vermittelt (...), das aber in Wirklichkeit eine dem Glauben und der (...) Vernunft gegensätzliche Anthropologie“ propagiere.

Das Zitat weist auf eine weitere moralisch aufgeladene Polarisierung hin, die im Rahmen von Anti-Gender-Mobilisierungen vollzogen wird: jene zwischen Vernunft und Unvernunft. Demnach sei es nur vernünftig, ja eine Sache des ‚gesunden Menschenverstands‘, anzuerkennen, dass es in der Natur immer männlich und weiblich gebe und dass das Geschlecht biologisch vorherbestimmt sei und nicht erst in irgendeiner ‚abstrusen‘ Art und Weise ‚konstruiert‘ werde, wie es offensichtlich ideologisch verwirrte Vertreter:innen des Gender-Konzepts propagierten. Damit können sich Anti-Gender-Akteure als Stimme der Vernunft inszenieren, welche die ‚Normalität‘ gegen den „Genderwahn“ (Sauer & Penz 2023: 113) verteidigen, der von moralisch verkommenen, aber mächtigen Minderheiten (wie der ‚Homolobby‘) verbreitet werde.

Eng zusammenhängend mit diesen Prozessen der Moralisierung, der Täter-Opfer-Umkehr und der Polarisierung zwischen einer ‚normalen Mehrheit‘ und ideologisch verwirrten, jedoch einflussreichen Minderheiten, ist ein weiterer Aspekt des Anti-Gender-Diskurses, der für den Kontext der Arbeit von Bedeutung ist: Das konspirative Narrativ von einer mächtigen „Gender-Lobby“ (Hark & Villa 2015: 23), welche durch die Unterwanderung internationaler Institutionen eine globale Durchsetzung ihrer Agenda verfolge.

4.1.3 Narrativ der elitären Verschwörung

Bereits der Titel des einschlägigen Werks von O’Leary (1997) – „The Gender Agenda“ – macht deutlich, was Gender-Gegner:innen hinter Bemühungen, sexuelle und reproduktive Rechte auf internationaler Ebene anzuerkennen, vermuten: eine mehr oder minder versteckte Agenda moralisch verkommener Eliten „to remake the world“ (ebd.: 26). So wurde von konservativer Seite im Rahmen der UN-Konferenzen kritisiert, dass ein kleiner, elitärer Kreis linksliberaler Kräfte die internationalen Debatten und Verhandlungen vollständig dominieren würde: „the Gender Establishment firmly controls the UN“ (ebd.), schrieb etwa O’Leary im Anschluss an die Konferenz in Peking. Dieses ‚Gender Establishment‘ verfolge nun den Plan einer „globalen Kulturrevolution“ (Kuby 2012, o.S.) mit keinem geringeren Ziel als „einen neuen Menschen [zu] schaffen“ (ebd.). Dafür hätten sich linke, „radikalfeministisch[e]“ (ebd.) Kräfte mit einflussreichen Eliten aus Wirtschaft, Medien, Politik und Kultur zu einem gemeinsamen Kampf gegen die traditionelle Lebensweise der ‚einfachen Leute‘ verschworen (ebd.; Kuhar & Paternotte 2017: 6). Ignacio Arsuaga, Gründer der einflussreichen Stiftungen *HazteOir* und *CitizenGO*, die weltweit Initiativen u.a. gegen Abtreibung und die gleichgeschlechtliche Ehe unterstützen, warnte etwa bei einer Rede vor der Verschwörung von „Gramscians, leftists, cultural Marxists, radical feminists [and] LGBT totalitarians who want to control our sons and daughters, who want to shut us up“ (zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 18). Dass bei diesem Zitat auch ‚Gramscianer:innen‘, Linke und ‚kulturelle Marxist:innen‘ dem Lager des ‚Gender-Establishments‘ zugerechnet werden, verweist auf die Annahme vieler Gender-Gegner:innen, dass es sich bei dem Konzept um einen verkappten Neo-Marxismus handle (Anatrella 2011: 3; Graff & Korolczuk 2022: 18; Kuby 2012; Rosenkranz 2008: 90-96). So sei das eigentliche Ziel der ‚Gender Agenda‘ ein vom Marxismus inspiriertes „Niederreißen aller Unterschiede zwischen den Menschen“ (Rosenkranz 2008: 67) und die politische Umsetzung von Gender Mainstreaming letztlich nichts anderes als „ein marxistisches Projekt zur Schaffung eines ‚neuen Menschen‘ durch Zerstörung der ‚traditionellen Geschlechterrollen‘“ (ebd.: 96). Daher bezeichnen einige Gegner:innen des Konzepts Gender sogar als eine neue Form des Totalitarismus (Anatrella 2011; Kuby 2012; Kuhar & Paternotte 2018: 9). Da die ‚Gender-Ideologie‘ unter dem Deckmantel wohlklingender Versprechungen von Freiheit und Gleichheit verbreitet werde, sei sie dabei noch gefährlicher als totalitäre Ideologien der Vergangenheit wie Kommunismus oder Faschismus (ebd.). So würde die eigentliche ‚Gender Agenda‘ bewusst hinter positiv besetzten Begriffen versteckt (Kuhar & Paternotte 2018: 9; Sauer & Penz 2023: 102). Die Treiber:innen der Agenda seien dabei inspiriert vom gramscianischen Konzept der Herstellung von kultureller Hegemonie und bedienten sich zudem am Vorbild des ‚Neusprech‘-Konzepts von George Orwell (ebd.; Kemper 2014: 48; López Trujillo 2005: 8). So nähmen sie,

gleich dem totalitären Überwachungsstaat in Orwells Roman 1984, gezielte Sprachmanipulationen vor, um ihre tatsächlichen totalitären Ziele zu verschleiern und ihre Ideologie im ‚Alltagsverstand‘ der Menschen zu verankern. Kuby (2012) fasst diese Ansicht in ihrem Buch „Die globale sexuelle Revolution: Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit“ wie folgt zusammen:

Das Totalitäre hat sein Kostüm gewechselt und erscheint heute im Gewand der Freiheit, der Toleranz, der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Antidiskriminierung und der Vielfalt – ideologische Versatzstücke, die sich bei näherem Hinsehen als amputierte und pervertierte Begriffe erweisen. (Kuby 2012, o.S.)

Ähnliche Metaphern für das Bild der Verschwörung sinisterer Eliten, die ihre Agenda hinter liberal-demokratischen Werten verstecken, finden sich in zahlreichen weiteren Anti-Gender-Publikationen. Anatrella (2011: 3) und Peeters (2007: 8) verglichen Gender mit einem Trojanischen Pferd und O’Leary (1997: 21) schrieb: „the Gender Agenda sails into communities not as a tall ship, but as a submarine, determined to reveal as little of itself as possible“.

Dieses Narrativ der elitären Verschwörung wird zudem diskursiv vermengt mit Kritik an den globalen Machtverhältnissen. Die durchaus kritikwürdige Tatsache, dass westliche Interessensgruppen und westliche Länder wie allen voran die USA in internationalen Institutionen wie der UN eine dominierende Rolle einnehmen, wird von Gender-Gegner:innen als Legitimation herangezogen, um sich selbst als Sprachrohr unterdrückter Mehrheiten und vermeintlich schutzbedürftiger Menschen inszenieren zu können. So werden Anstrengungen, sexuelle und reproduktive Rechte auf internationaler Ebene zu verankern, als eine neue Form des Kolonialismus bzw. als ‚westlicher‘ Imperialismus bezeichnet (Dietze & Roth 2020: 14; Graff & Korolczuk 2022: 92-113; Kuhar & Paternotte 2017: 6f). Der Vorwurf lautet, dass dem globalen Süden im Gegenzug für die Umsetzung von Maßnahmen im Sinne der ‚Gender-Ideologie‘ finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt werde. Gerade arme Länder, in denen oft noch ‚traditionelle‘ Geschlechterverhältnisse und konservative sexuelle Normen herrschten, würden somit indirekt gezwungen, sich der ‚Gender Agenda‘ zu beugen. Dies gleiche einer ‚ideologischen Kolonialisierung‘, wie es etwa Papst Franziskus formulierte (Dietze & Roth 2020: 14; Kuhar & Paternotte 2017: 6).

Wie Graff und Korolczuk (2022: 95) kritisch anmerken, liegt diesem Diskurs die nicht näher hinterfragte Annahme zugrunde, dass die ‚authentische‘, ‚traditionelle‘ Kultur nicht-‚westlicher‘ Länder stets heteronormativ geprägt sei – eine Annahme, mit der sich die selbsternannten Kritiker:innen ‚westlicher‘ kultureller Hegemonie selbst als eurozentrisch und ignorant gegenüber kultureller Vielfalt offenbaren. Zudem wird auch hierbei wieder eine

eindeutig moralisierende rhetorische Strategie angewandt: Der globale Süden als besonders vulnerabler Teil der Weltbevölkerung wird in diesem Narrativ zum Opfer einer dekadenten Ideologie ‚westlicher‘ Eliten. Ähnlich wie bei der im vorigen Abschnitt beschriebenen Referenz auf das Kindeswohl, dient auch hier wieder die ‚Macht der Unschuld‘ und der Opferstatus anderer zur Erhöhung der eigenen moralischen Legitimität.

4.2 Vom religiösen zum politischen Projekt: Rechtspopulismus & Gender

Die Wurzeln der Anti-Gender-Bewegung liegen also in einer religiös begründeten Ablehnung anti-essentialistischer und anti-naturalistischer Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität, sowie im Kampf gegen eine vermeintliche Agenda mächtiger Minderheiten, die Menschen weltweit mit der ‚Gender-Ideologie‘ zu indoktrinieren. Die Katholische Kirche spielte hierbei als treibende Kraft eine zentrale Rolle in der Entstehung und Verbreitung des Anti-Gender-Diskurses (Kuhar & Paternotte 2017: 12). Die Anstrengungen im Kampf gegen Gender beschränkten sich dabei nicht allein auf Versuche, das Konzept auf theoretischer Ebene zu delegitimieren. Es kam darüber hinaus auch zu zahlreichen Konferenzen und zur Gründung von Institutionen wie etwa des *World Congress of Families* (WCF), der 1997 eigens mit dem Zweck, den „Kampf gegen Gender und für die Familie“ (Sauer & Penz 2023: 93) aufzunehmen, etabliert wurde (Kemper 2014: 21ff). Damit ging nicht zuletzt eine globale Vernetzung diverser Akteure aus dem kirchlichen und konservativen Spektrum einher.

Für die große Aufmerksamkeit, welche der Anti-Gender-Diskurs inzwischen weltweit erfährt, ist das globale Netzwerk der Kirche zwar wichtig, jedoch kein hinreichender Faktor, wie Kuhar und Paternotte (2017: 13) betonen. Erst im Zusammenspiel mit rechten politischen Bewegungen hätte die Anti-Gender-Bewegung wirklich an Momentum gewonnen. So sei es zu einer „opportunistic synergy“ zwischen Rechtspopulist:innen und Anti-Gender-Akteuren gekommen, wie Graff und Korolczuk (2022: 7) das mittlerweile vielfach beobachtete Phänomen beschreiben, dass Akteure der religiös motivierten Anti-Gender-Bewegung rechtspopulistische Parteien als politische Verbündete gewinnen konnten, während diese im Anti-Gender-Diskurs ein ideales Mittel für ihre affektbasierte Mobilisierungsstrategie fanden. Dieses Zusammenspiel soll im folgenden Unterkapitel näher beleuchtet werden.

4.2.1 Opportunistische Synergien zwischen Rechtspopulismus & Anti-Gender-Bewegung

Wie in der Einleitung dieses Kapitels bereits angemerkt, ist seit den 2010er Jahren eine regelrechte Obsession rechter Akteure mit dem Thema Gender zu beobachten (Dietze & Roth 2020: 16). Die in den vergangenen Abschnitten dargelegte Übersicht über die Formation und zentrale Charakteristika der globalen Anti-Gender-Bewegung lässt bereits erahnen, warum die religiös motivierte Ablehnung gegen Gender bald auch über kirchliche Kreise hinaus so viel Anklang im rechtskonservativen politischen Spektrum fand: Aufgrund von großen Überschneidungen des Diskurses von der gefährlichen ‚Gender-Ideologie‘ mit rechtspopulistischen Narrativen.

Zunächst wird deutlich, dass beide Diskurse von einer moralisch aufgeladenen Polarisierung zwischen der ‚normalen‘ Mehrheit und einer Allianz aus korrupten Eliten und ideologischen Minderheiten gekennzeichnet sind. Das Narrativ, eine von der gesellschaftlichen Mehrheit entfremdete und moralisch verkommene, globale Elite verfolge mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming ein totalitäres Projekt der Zerstörung traditioneller Verhältnisse, fügt sich ideal in die rechtspopulistische Erzählung ein. Die Notwendigkeit, die eigene Identität gegen die Globalisierung und anderweitige liberale Öffnungsbewegungen zu verteidigen, erscheint im Angesicht des Angriffs, den die von linksliberalen, globalen Eliten verbreitete ‚Gender-Ideologie‘ auf die ‚natürliche Ordnung‘ darstellt, umso dringlicher. In einer Zeit, die von multiplen Krisen gekennzeichnet ist und in der alles im Umbruch scheint, stellt das dekonstruktivistische Gender-Konzept auch noch letzte Gewissheiten infrage, wie den vermeintlich ‚natürlichen‘ Unterschied zwischen Mann und Frau. Die ‚Gender-Ideologie‘ symbolisiert daher aus Sicht der Neuen Rechten in einer Welt, in der ohnehin alles in Auflösung begriffen ist, die Gefahr, endgültig im Chaos zu versinken. Gender wird zum Signum für den ultimativen Kontrollverlust (Dietze & Roth 2020: 15; Graff & Korolczuk 2022: 17, Kuhar & Paternotte 2018: 12).

Die Implementierung von Gender Mainstreaming wird zudem in einer völkischen Denkweise als potenzieller Todesstoß für die ‚authentische‘, christlich-abendländische Kultur und als Gefahr für den Fortbestand des ‚wahren Volkes‘ betrachtet. Martin Sellner, ein einflussreicher Vertreter der Neuen Rechten und laut dem deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV 2022, o.S.) „Führungsfigur und Sprachrohr der deutschsprachigen IB [Identitären Bewegung]“, fasste diese Ansicht in einem Beitrag für das rechtsextremistische COMPACT-Magazin wie folgt zusammen:

Unter dem Deckmantel von Toleranz und Akzeptanz mobilisierte sich im Zeichen des Regenbogens eine totalitäre, familien- und kinderfeindliche Ideologie: Traditionelle Geschlechterrollen sollen ‚aufgebrochen‘ und die Identität als Mann oder Frau aberzogen werden. Die sogenannte Befreiung, die die Apostel der globalen Homogenisierung, kurz Globohomo, versprechen, bedeutet in Wirklichkeit Verwirrung und Zerstreuung. (...) Der Regenbogen-Angriff stellt damit die letzte Stufe einer Attacke auf die menschliche Identität dar. Das heimat-, kultur- und geschlechtslose Transwesen ist der neue, verflüssigte Homo migrans, den die Eliten wollen. (Zitiert nach BfV 2022, o.S.).



Abbildung 3: Compact Magazin 8/2021 (BfV 2022)

Besonders interessant ist der Begriff ‚Globohomo‘, den Sellner hier als Kurzform für eine vermeintliche globale Homogenisierung verwendet, der jedoch bewusst auch Assoziationen mit Homosexualität weckt (Sauer & Penz 2023: 103) – Stichwort ‚Homo-Lobby‘. So werden mit dem Begriff einerseits die (neo-)liberale Globalisierung, Multikulturalismus und deren angeblich identitätsbedrohenden Auswirkungen angesprochen. Andererseits wird dieses zentrale Feindbild der Neuen Rechten durch den ‚Globohomo‘-Begriff verbunden mit einer Warnung „vor einem vermeintlichen Verlust sexueller Identität“ (BfV 2022, o.S.), den eine „globale homosexuelle Organisation oder Verschwörung“ (Sauer & Penz 2023: 103) anstrebe. Gemeinsamer Tenor ist dabei die Warnung vor der „Attacke auf die menschliche Identität“ (Sellner, zitiert nach BfV 2022). Ähnlich äußerte sich Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Landesfraktion in Thüringen. In einer 2022 anlässlich des Nationalfeiertags gehaltenen Rede fügte er „die Ablehnung sexueller Diversität in das Narrativ der Dekadenz ‚des Westens‘ ein“ (Sauer & Penz 2023: 101): Der „‚globalistische neue Westen‘ sei ein ‚Regenbogenimperium‘, das ‚Mann und Frau den Kampf ansagt‘, einen ‚Angriff auf unsere Kinder‘ starte (...) und „die Zerstörung der Nation“ (zitiert nach Sauer & Penz 2023: 101) zur Folge habe²⁴.

4.2.2 Familie als Keimzelle der Nation

Das von den religiösen Urheber:innen des Anti-Gender-Diskurs hervorgehobene Bild der traditionellen Familie, die es gegen die Zerstörungswut der ‚Gender-Ideologie‘ zu verteidigen gelte, haben rechtspopulistische Akteure dabei dankbar aufgegriffen, da es ihnen erlaubt, an ihre völkischen Narrative anzuknüpfen und diesen zugleich einen moralischen Anstrich zu

²⁴ Interessanterweise betont Höcke zudem, dass im Gegensatz zu dieser dekadenten Entwicklung ‚des Westens‘ der Osten „‚alte Werte‘ bewahre“ (Sauer & Penz 2023: 101). Dieses Narrativ, demzufolge dem Osten eine besondere Rolle in der Verteidigung traditioneller Werte zukommt, nimmt auch im rechtspopulistischen Anti-Gender-Diskurs in Polen eine wichtige Stellung ein, wie in Kapitel 5.4.2 ausgeführt wird.

verleihen. Wie auch der Vatikan die Familie als kleinste, grundlegende Einheit staatlicher Ordnung hervorhebt (KfKB 2019), gilt rechten Akteuren „die heterosexuelle Kleinfamilie (...) als Keimzelle von Volk und Nation“, wie Sauer & Penz (2023: 106) mit Bezug auf den gleichnamigen Bericht des Soziologen Kemper (2014) betonen. Während nun im religiös geprägten Diskurs vor dem vermeintlichen Angriff der ‚Gender-Ideologie‘ auf die Familie als Gefahr für den Fortbestand der göttlichen Schöpfung gewarnt wird, sehen Rechte darin eine Gefährdung der Reproduktion des (‚wahren‘) Volkes (BfV 2022; Kuhar & Paternotte 2018: 12; Rosenkranz 2008: 149; Sauer & Penz 2023: 105ff). Homosexualität, Transgeschlechtlichkeit und reproduktive Rechte wie insbesondere Abtreibungen werden als Bedrohung für die „Fertilität des Volkes“ (Sauer & Penz 2023: 105) betrachtet. Die ‚Gender-Ideologie‘ und damit verbundene Aspekte werden daher für eine demografische Krise (völkischer Lesart) verantwortlich gemacht. Die Klage über niedrige Geburtenraten innerhalb des ‚wahren Volks‘ wird dabei verknüpft mit einem weiteren beliebten Thema der Rechten, der Immigration: So führe der „Geburtenmangel in der autochthonen Bevölkerung, gepaart mit der invasionsartigen Massenzuwanderung aus allen Teilen der Welt“ (FPÖ 2016: 43) letztlich zum „Großen Austausch“ (Camus 2016), wie eine von der Neuen Rechten propagierte Verschwörungstheorie lautet, nach welcher die angestammte Mehrheitsbevölkerung durch massenhafte Einwanderung ersetzt werden soll. Um den drohenden „Volkstod“ (BfV 2022) abzuwenden, gilt es aus Sicht der Neuen Rechten daher, die ‚Gender-Ideologie‘ zu bekämpfen und stattdessen eine „pronatalistische Familienpolitik“ (Sauer & Penz 2023: 107) zu verfolgen. ‚Pronatalistische Familienpolitik‘ bedeutet, die Anerkennung sexueller Diversität, Geschlechtervielfalt und reproduktiver Rechte zu verhindern und stattdessen die „heteronormative Elternschaft“ (ebd.) sowie die traditionelle Familie staatlich zu fördern und zu schützen (BfV 2022). Die Neue Rechte verfolgt damit einen inhärent homophoben, xenophoben und vor allem misogynen Kurs, da, wie Sauer und Penz (2023: 105) anmerken, damit de facto „das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über die Geburt von Kindern in einen Widerspruch zu den Interessen der Nation gesetzt“ wird.

Gerade im Angesicht dieser vielfältigen Diskriminierungsformen, die mit einer ‚pronatalistischen Familienpolitik‘ einhergehen, liefern die konservativ-religiösen Bilder der Familie und des schutzbedürftigen Kindes als Verkörperungen der ‚Unschuld‘ und des ‚Guten‘ der Neuen Rechten eine wichtige Ressource moralischer Legitimation. Die weiter oben zitierte ‚Macht der Unschuld‘ dient auch hier dazu, die eigene Position moralisch zu erhöhen und damit verbundene Argumente schwerer angreifbar zu machen. Entsprechend sind rechtspopulistische Diskurse von einem starken „focus on the child as the future of the nation“ (Kuhar & Paternotte 2018: 12) gekennzeichnet. Die Familie und insbesondere das verletzte Kind werden in ihrer

Schutzbedürftigkeit hervorgehoben und Rechtspopulist:innen inszenieren sich als diejenigen, die diesen Schutz bieten.

Wie auf einem Sticker der NPD-Jugendorganisation ‚Junge Nationalisten‘ (Abb. 4) anschaulich illustriert, stellen sie sich in einer wirkmächtigen Bildsprache als sinnbildlichen Schutzschirm gegen die Gefahr dar, die in Gestalt eines Regenbogens die Familie zu ersticken droht. Der Regenbogen als Symbol der queeren Bewegung steht dabei stellvertretend für den ‚Genderwahnsinn‘, wie es von den ‚Jungen Nationalisten‘ explizit ausbuchstabiert wird (Abb. 4). Dass der Regenbogen dabei von ‚oben‘ auf die Familie herabsinkt, zeugt auch hier wieder von einer starken Symbolik, die ganz im Zeichen des populistischen Antagonismus zwischen der ‚verkommenen Elite‘ und dem ‚moralisch reinen Volk‘ steht: ‚Die da oben‘ versuchen, der unbescholtenen Familie ihre ‚kranke‘ Ideologie in einer ‚Top-down-Politik‘ aufzuzwingen. Die Symbolkraft hinter dieser Aussage wird dadurch zusätzlich verstärkt, dass die Familie vollständig in Weiß gehalten ist, was gemeinhin mit Reinheit und Unschuld assoziiert wird.



Abbildung 4: Sticker 'Gegen den Genderwahnsinn' (BfV 2022)

Eine starke Betonung des Kindeswohls und der Familie erlaubt es rechtspopulistischen Akteuren damit, gemäß den Vorstellungen von de Benoist ‚salonfähiger‘ zu werden und sich demonstrativ ‚gemäßigt‘ zu geben, um auch Menschen zu erreichen, die zwar kein gefestigt rechtsextremes Weltbild haben, deren konservative Ansichten aber mit dem Anti-Gender-Diskurs resonieren (Graff & Korolczuk 2022: 26). Diese Taktik erscheint in doppelter Hinsicht sinnvoll: Eine äußere ‚Mäßigung‘ vergrößert sowohl die Basis der potenziellen Wähler:innenschaft, als auch den Kreis möglicher politischer Bündnispartner. So spielt die Opposition gegen Gender eine wesentliche Rolle in dem strategischen Vorhaben der Neuen Rechten, sich zu ‚modernisieren‘ und sich im politischen ‚Mainstream‘ zu etablieren, wie Graff und Korolczuk (2022: 26f) betonen: „by focusing on the “natural family” and combining it with welfare-chauvinist positions, the extreme right attracts mainstream audiences, while side-stepping explicit racism and ethno-nationalism“.

4.2.3 Affektbasierte Mobilisierung gegen die liberale Elite

Zudem wird die Polarisierung zwischen Vernunft und Unvernunft, wie sie von religiöser Seite im Zuge des Kampfs gegen Gender vorgenommen wurde, ebenfalls aufgegriffen und für den Zweck, möglichst breite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, genutzt. So wird der Begriff Gender von rechten Akteuren grundsätzlich nur in Begleitung eines pejorativen Zusatzes

verwendet („Gender-Ideologie“, „Gender-Wahn“, „Gender-Gaga“, etc.) und es wird, wie in Abbildung 4, die angebliche „Krankhaftigkeit“ des „Genderwahnsinns“ bei jeder Gelegenheit hervorgehoben (Hark & Villa 2015: 18). Kemper (2014) zitiert dafür beispielhaft aus dem Wahlprogramm der AfD Thüringen im Jahr 2014, in dem diese behauptet, die „Gender-Ideologie“ stehe „sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung“ (zitiert nach Kemper 2014, o.S.). Wichtig ist bei dieser Aussage nicht nur die Behauptung, dass das Gender-Konzept widersprüchlich zu wissenschaftlichen Erkenntnissen sei, sondern vor allem auch die Betonung der dazu gegensätzlichen „Lebenserfahrung“. Wie Sauer und Penz (2023: 89f) hervorheben, sind „Geschlecht und Sexualität (...) im Alltag der Menschen vielfältig und wie selbstverständlich – als zweite Natur – verankert und lassen sich daher gut für politische Zwecke mobilisieren“. Gerade weil Diskurse rund um Geschlecht und Sexualität die alltägliche Lebensrealität von Menschen betreffen, bieten sie „autoritär-rechten Akteur:innen geradezu perfekte Anknüpfungspunkte“ (ebd.: 91) für ihre affektbasierte Metapolitik und den Kampf um kulturelle Hegemonie (ebd.; Dietze & Roth 2020: 15). Während althergebrachte Feindbilder der Rechten (wie etwa ‚der Jude‘) außerhalb rechtsextremer Kreise kaum noch verfangen dürften, scheint es sehr viel anschlussfähiger, wenn die Infragestellung der binären Geschlechterordnung als widersprüchlich zum ‚gesunden Menschenverstand‘ kritisiert wird. Damit appellieren Rechtspopulist:innen an den ‚common sense‘, den ‚Alltagsverstand‘ der Menschen, der in einen Gegensatz zu den ideologischen Wirrungen des Gender-Establishments gesetzt wird (Grzebalska, Kováts & Pető 2017: 6; Sauer & Penz 2023: 99). Sie betonen, die ‚Gender-Ideologie‘ stünde im Widerspruch zu allem, was allgemein hin als ‚normal‘ und ‚natürlich‘ anerkannt sei und werde der ‚normalen‘ Mehrheit „gegen ihren Willen“ (Rosenkranz 2008: 22) aufgezwungen. Das erlaubt ihnen, sich selbst zu inszenieren als “defender of ordinary people and the family against the individualistic global order imposed by liberal elites” (Graff & Korolczuk 2022: 94).

Nicht zuletzt bietet nämlich das Narrativ einer globalen Verschwörung linksliberaler, elitärer Kräfte, das bereits im vergangenen Unterkapitel als wesentliches Element des Anti-Gender-Diskurses beschrieben wurde, die ideale Grundlage für das illiberale Projekt der Neuen Rechten. Aufschlussreich dafür ist die Betrachtung einer adaptierten Version des Bilds der heterosexuellen Kleinfamilie unter dem nationalkonservativen Schutzschirm (Abb. 5), die der polnische Rechtsextreme und ehemalige Priester Jacek Międlar



Abbildung 5: Familie unter dem Schutzschirm des Nationalismus (Austermann 2021)

2017 auf X (vormals Twitter) veröffentlichte. Der Regenbogen als Sinnbild für die totalitäre ‚Gender-Ideologie‘ wurde hier zusätzlich angereichert mit Symbolen, die damit als Teil der Bedrohungskulisse dargestellt werden. Neben der EU-Flagge lassen sich Embleme ausmachen, die (von links nach rechts betrachtet) für den Islam, die Frauenbewegung, die *Open Society Foundations* (OSF), die LGBTQ-Bewegung und den Marxismus stehen. Dies spiegelt zunächst, wie gesagt, das bereits im vergangenen Unterkapitel beschriebene Narrativ einer globalen Verschwörung diverser Akteure wider, die das Ziel hätten, Menschen weltweit mit ihrer totalitären Ideologie zu indoktrinieren. Ein besonderer Stellenwert kommt innerhalb dieses Narrativs, wie ebenfalls bereits angemerkt, internationalen Institutionen wie der UN oder der EU zu. Aber auch „private funders such as the Open Society or the Ford Foundation are accused of playing a central part in this process“, wie Kuhar & Paternotte (2018: 9) betonen. Hier dient der Anti-Gender-Diskurs, wie er von religiösen Akteuren etabliert wurde, abermals als Anknüpfungspunkt, um Kritik an mangelnden demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten einfacher Bürger:innen an politischen Entscheidungsprozessen mit illiberalen Narrativen zu verbinden.

Die Tatsache, dass Gender Mainstreaming auf internationaler Ebene (sowohl auf UN- als auch auf EU-Ebene) als Richtlinie festgeschrieben wurde, wird dabei von rechtspopulistischen Akteuren als Beleg für ein undemokratisches Vorgehen der Eliten gesehen (Graff & Korolczuk 2022: 18; Kuhar & Paternotte 2018: 9). So würden gesellschaftliche Mehrheiten und demokratische Entscheidungsprozesse bewusst umgangen, indem genderpolitische Maßnahmen durch die Unterwanderung internationaler Institutionen durchgesetzt würden. Da es bei supranationalen Institutionen wie der EU tatsächlich kaum direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für einfache Bürger:innen gibt, wie in Kapitel 2.4 kritisch angemerkt, verstärkt der Verweis auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming auf dieser Ebene den Eindruck, politische Maßnahmen würden ‚Top-down‘ entschieden und der mehrheitlichen Bevölkerung gegen deren Willen aufgezwungen (Rosenkranz 2008: 22-25). Um diesen Eindruck, geschlechtersensible politische Maßnahmen seien „imposed from above and from abroad“ (Kuhar & Paternotte 2017: 14), zu verstärken, würde zudem auch außerhalb des englischsprachigen Raums oft bewusst der englische Begriff ‚gender‘ anstelle einer Übersetzung in die jeweilige Landessprache verwendet, mit dem Ziel, „[to] make it resonate as foreign, strange and imposed on unsuspecting people“ (ebd.).²⁵ Mit ähnlichen Argumenten

²⁵ Der deutschsprachige Raum stellt dabei einen Sonderfall dar: hier hat sich Gender als englisches Lehnwort für die Bezeichnung der sozialen Geschlechtlichkeit allgemein etabliert, auch außerhalb diffamierender rechter Diskurse. Nichtsdestotrotz mag auch hier der Begriff Gender nach wie vor für viele fremdartig anmuten, was sich wiederum für das beschriebene rechtspopulistische Narrativ instrumentalisieren lässt.

werden auch Vorstöße, geschlechtergerechte Sprache zu fördern bzw. zu institutionalisieren abgelehnt. Sie werden als Ausdruck einer arroganten, bevormundenden Elite gewertet, welche der übrigen Bevölkerung vorschreibe, wie sie zu reden hätte. Politische Korrektheit und gendersensible Reformen (wie die Umsetzung genderneutraler Sprache in Behörden) werden damit zum Symbol für die Entfremdung der Politik von der Lebensrealität der Mehrheit: die korrupte Polit-Kaste würde sich nur noch um die Belange von Minderheiten kümmern, während sie die existenziellen Sorgen der einfachen Bürger:innen weitgehend vernachlässige. Wie Grzebalska, Kováts und Pető (2017: 6) daher rasonieren, sei die Rede von der ‚Gender-Ideologie‘ daher für Rechtspopulist:innen zu einer Metapher „for the insecurity and unfairness produced by the current socioeconomic order“ geworden. Die Kritik am ‚Gender-Wahn‘ der Eliten wird also von rechtspopulistischen Akteuren geschickt verknüpft mit einer Kritik an den bestehenden, ungerechten sozio-ökonomischen Verhältnissen.

Die starke affektive Komponente des Anti-Gender-Diskurses ermöglicht es diesen zudem, vorherrschende Sorgen und Ängste anzusprechen und diese mithilfe der Metapher der ‚Gender-Ideologie‘ im Sinne des von der Neuen Rechten ausgerufenen Kulturkampfes umzudeuten: this metaphor has enabled them to tap into people’s feelings about the world around them, and direct them towards equality issues, wie Grzebalska, Kováts und Pető (2017: 5f) betonen. Gender fungiert damit für Rechtspopulist:innen als „affective bridge“ (Dietze & Roth 2020: 16) zwischen Ängsten, die aus tatsächlichen Problemen oder auch aus Befürchtungen vor einem sozialen Abstieg resultieren und illiberalen Diskursen von der notwendigen ‚Rückbesinnung auf die wahren Werte‘ und die Verteidigung der Identität des ‚wahren Volkes‘ gegenüber der identitätsbedrohenden Globalisierung. Die große Nützlichkeit des Feindbildes der ‚Gender-Ideologie‘ besteht also darin, dass es Ängste und die vielfach vorherrschende Unzufriedenheit mit der aktuellen Gesamtsituation aufgreift und in einem einzigen „umbrella term“ (Grzebalska, Kováts und Pető 2017: 1) – Gender – bündelt, der metaphorisch für die vermeintliche Ursache für all diese tatsächlichen und imaginierten Probleme steht: die Hegemonie des Liberalismus. Die Trope der ‚Gender-Ideologie‘ wurde im rechtspopulistischen Diskurs somit zu einem Symbol für all jene Probleme, welche die liberale Demokratie derzeit tatsächlich charakterisieren und für welche globale, liberale Eliten verantwortlich gemacht werden:

‘Gender Ideology’ has come to signify the failure of democratic representation, and opposition to this ideology has become a means of rejecting different facets of the current socioeconomic order, from the prioritization of identity politics over material issues, and the weakening of people’s social, cultural and political security, to the detachment of social and political elites and the influence of transnational institutions and the global economy on nation states. (Grzebalska, Kováts & Pető 2017: 6)

Grzebalska, Kováts und Pető (2017: 5) haben daher den Ausdruck von Gender als „symbolic glue“ geprägt, da sich in der Ablehnung von Gender sowohl ungewöhnliche Allianzen ergeben (etwa zwischen verschiedenen Konfessionen oder zwischen rechtsextremen und konservativen politischen Akteuren) und die ‚Gender-Ideologie‘ zudem symbolisch für die Verkörperung einer Vielfalt an Problemen steht, die letztlich alle einem exzessiven Liberalismus zugeschrieben werden. Andere Autor:innen (Gunnarsson Payne 2020: 4; Graff & Korolczuk 2022 16f) greifen dieses Konzept auf und ergänzen die Vorstellung von Gender als ‚symbolic glue‘ unter Bezug auf Laclaus Populismustheorie:

‚Gender‘ is indeed an empty signifier in Laclau’s (...) sense of the term, as it has become the right’s rallying cry, the term that allows for collective identification by linking issues concerning family, kinship, sexuality and nation within a single chain of equivalence. (Graff & Korolczuk 2022: 16f)

Gender wird hier also zu einem negativen ‚leeren Signifikanten‘ der es ermöglicht, diverse Themen und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen im Kampf gegen einen ‚gemeinsamen Feind‘ zu einen. Es fungiert für die rechtspopulistische Konstruktion der eigenen Identität gewissermaßen als Negativbild, da sich auf den Begriff all das projizieren lässt, was laut der rechtspopulistischen Logik eine Gefahr für die eigene Identität darstellt: die Auflösung traditioneller Strukturen, der Verlust von Homogenität und ‚Reinheit‘, ein wachsender Einfluss fremder, moralisch verkommener Kräfte, etc. Gerade aus der Abgrenzung zu diesem Negativbild bezieht die rechtspopulistische Identitätskonstruktion ihren moralischen Überlegenheitsanspruch. Gender wird zum Symbol für „everything that is wrong with the current state of politics“ (Grzebalska, Kováts & Pető 2017: 3), ja für das ‚Böse‘ schlechthin, während die Gegner:innen von Gender sich zu heroischen Verteidiger:innen des ‚Guten‘ und der ‚Normalität‘ gegen den identitätsbedrohenden ‚Gender-Wahn‘ stilisieren können.

5 Fallbeispiel Polen

Die Darlegungen in den vorangegangenen Kapiteln wurden bewusst allgemein gehalten, da es sich, wie bereits zu Beginn der Arbeit betont, bei den beschriebenen Phänomenen um kontextübergreifende Entwicklungen handelt, die über länderspezifische Besonderheiten hinaus in liberalen Demokratien weltweit zu beobachten sind. Das komplexe Zusammenspiel aus Globalisierung, ökonomischer und kultureller Liberalisierung sowie der ‚Entdemokratisierung‘ politischer Prozesse als Nährboden für illiberale, rechtspopulistische Bewegungen soll im folgenden Kapitel dennoch abschließend anhand eines konkreten Fallbeispiels verdeutlicht werden. Die Wahl fiel dabei auf Polen, da die jüngere Geschichte des

Landes in mehrerlei Hinsicht besonders interessante und aufschlussreiche Perspektiven auf den gewählten Forschungsschwerpunkt verspricht, wie folgend kurz ausgeführt wird.

Während Polen um die Jahrtausendwende vielfach noch als „champion of liberalism“ (Dawson & Hanley 2016: 29) gefeiert worden war und als Musterbeispiel für eine gelungene Transformation einer vormals kommunistischen Diktatur in eine liberale Demokratie gegolten hatte, formierte sich ausgerechnet hier ab den frühen 2000er Jahren eine zunehmend wirkmächtige illiberale, rechtspopulistische Bewegung, die fortan das politische Geschehen in Polen maßgeblich beeinflussen sollte, wie in den folgenden Unterkapiteln noch ausgeführt wird. Das einst als ‚Bollwerk‘ (ebd.) gegen illiberale Tendenzen in Mittel- und Osteuropa bezeichnete Polen wandelte sich so innerhalb kurzer Zeit zum „capital of Central European illiberalism“ (Krastev 2007: 56) und wurde, wie Krastev (ebd.: 57) es bereits im Jahr 2007 formuliert hatte, zum Symbol für einen neuen, illiberalen politischen Zeitgeist. Dieser drastische Wandel vom „poster child“ (Grzymala-Busse 2018: 96) des Liberalismus in Mittel- und Osteuropa hin zum Zentrum eines neuen Illiberalismus, der sich – oberflächlich betrachtet²⁶ – in nur wenigen Jahren vollzog, stellt mit Blick auf den untersuchten Themenkomplex einen besonders spannenden Fall dar. In Kapitel 5.1 wird daher zunächst der historische Hintergrund rund um den Systemwandel vom Kommunismus zur liberalen Demokratie seit 1989 beschrieben, der für ein Verständnis dieser Entwicklungen relevant ist.

Auch hinsichtlich der zentralen Rolle des Anti-Gender-Diskurses für rechtspopulistische Narrative bietet Polen viele Anknüpfungspunkte. In Polen war der ‚Kampf gegen Gender‘ aufgrund der zentralen Stellung der Katholischen Kirche im Land (Kap. 5.1.1) besonders ausgeprägt. Da die rechtspopulistische PiS-Partei, welche diesen Diskurs aufgriff, tatsächlich knapp zehn Jahre lang regierte (Kap. 5.4), lassen sich anhand des polnischen Falls zudem konkrete Auswirkungen der Synergie zwischen der Anti-Gender-Bewegung und illiberalem Rechtspopulismus beschreiben (Kap. 5.5).

Schließlich bietet die polnische Frauenbewegung (Kap. 5.6), die sich aus Protest gegen die Beschneidung reproduktiver Rechte formierte und zu einer breiteren Widerstandsbewegung gegen die autoritäre, illiberale Politik der rechtspopulistischen PiS-Regierung wurde, ein interessantes Beispiel für Ansätze einer effektiven, liberal-demokratischen Gegenstrategie zum Erfolg des Rechtspopulismus.

²⁶ Ob dieser Wandel tatsächlich in dem Ausmaß und der Geschwindigkeit stattgefunden hat, den manche Beobachter:innen ihm attestieren, wird im Folgenden ebenso kritisch zu hinterfragen sein, wie die Frage, ob nicht bereits die zugrundeliegende Prämisse, dass Polen sich von einem liberalen ‚Vorzeigeland‘ in einen ‚Problemfall‘ gewandelt hätte, zweifelhaft ist.

5.1 Historischer Hintergrund: Post-kommunistische Transformation

Der historische Hintergrund, der den Entwicklungen in Polen zugrunde liegt, unterscheidet sich eindeutig von der Nachkriegsphase, welche dem ‚apertistischen Liberalismus‘ in den ‚westlichen‘ Ländern vorausging. Während die Nachkriegszeit im ‚Westen‘, wie in Kapitel 2.1 beschrieben, von einem sozial-korporatistischen Konsens bestimmt war, wurde Polen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs zum Satellitenstaat der Sowjetunion und damit Teil des ‚Ostblocks‘. Polen wurde damit zu einem kommunistischen Staat (der ‚Volksrepublik Polen‘), der in Abhängigkeit von der Sowjetunion von 1944 – 1989 bestand. Die gesellschaftlichen Verhältnisse während der kommunistischen Volksrepublik zu beschreiben, würde den Rahmen der Arbeit bei Weitem überschreiten und zudem vom eigentlichen Thema wegführen - der eingangs formulierten Forschungsfrage, inwiefern das Erstarken des Rechtspopulismus mit (Neo-)Liberalismus zusammenhängt und welchen Stellenwert Gender-Diskurse dabei einnehmen. Im Zusammenhang mit dieser zentralen Fragestellung ist vor allem die Transformationsphase ab 1989, in der das kommunistische Regime in Polen schrittweise in eine liberale Demokratie umgewandelt wurde, von Bedeutung. Für ein Verständnis dieser Transformationsphase ist es dennoch notwendig, kurz auf die wichtigsten Entwicklungen einzugehen, die dieser vorausgingen und die eine friedliche Transition der vormaligen kommunistischen ‚Einparteiendiktatur‘ in ein demokratisches System ermöglicht haben. Im folgenden Abschnitt werden daher die 1980er Jahre als Periode des Umbruchs in Polen kurz beschrieben. Dafür werden Schlüsselereignisse sowie die zentralen Akteure geschildert, welche den Systemwandel vorbereitet und maßgeblich umgesetzt haben.

5.1.1 Entstehung der Solidarność & Papstwahl 1978

Zunächst ist ein Akteur zu nennen, der nicht nur für die jüngere Geschichte des heutigen, demokratischen Polens von zentraler Bedeutung ist, sondern auch über Polen hinaus große Wirkmacht entfaltet hat und unter anderem mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie dem Mauerfall in Deutschland in Verbindung gebracht wird (Heyde 2012: 115; Kerski, Dudek & Domagała-Pereira 2023: 9): die polnische Gewerkschaft *Solidarność* (dt.: ‚Solidarität‘). Diese war 1980 im Zuge eines Streiks von Werftarbeiter:innen entstanden, der sich zunächst nur gegen die Entlassung einer Kranführerin gerichtet hatte, sich dann jedoch schnell zu einer landesweiten Streikbewegung gegen die totalitäre kommunistische Führung und die herrschenden sozioökonomischen Missstände auswuchs (Heyde 2012: 118f; Mudde & Kaltwasser 2017: 87f). Die *Solidarność* war folglich „nicht nur eine Gewerkschaft, sondern vor allem eine Freiheits- und Menschenrechtsbewegung“ (Kerski, Dudek & Domagała-Pereira 2023: 9). Laclau (2005: 217) führt die *Solidarność* entsprechend als Beispiel für einen ‚leeren

Signifikanten‘ an und betont, die Gewerkschaftsbewegung sei bald nach ihrer Gründung zum Repräsentanten für den Widerstand gegen diverse Formen der Ungerechtigkeit geworden. Die Bewegung konnte zunächst weitreichende Zugeständnisse vonseiten der kommunistischen Machthabenden erstreiten, bevor diese 1981 das Kriegsrecht ausriefen, die Führung der Gewerkschaft verhaften ließen und der Solidarność sämtliche Tätigkeiten untersagte bzw. sie im Jahr darauf offiziell verbot (Kerski, Dudek & Domagała-Pereira 2023: 266). Die bis dahin bereits zahlreichen Mitglieder der Gewerkschaft führten ihre Aktivitäten jedoch im Untergrund weiterhin fort (Penn 1994: 96ff). Da große Teile der Führungsriege und einflussreiche männliche Streikführer wie der Vorsitzende der Solidarność, Lech Wałęsa, lange Zeit inhaftiert waren oder unter Hausarrest bzw. unter besonderer Beobachtung standen, wurde der Widerstand in dieser Phase vorrangig von Frauen aufrechterhalten (ebd.). Frauen waren daher von entscheidender Bedeutung für den Fortbestand der antikommunistischen Bewegung, die sich um die Solidarność gebildet hatte (Sauerland 2013: 263). Diese zentrale Rolle der Frauen wurde in der historischen Rückschau jedoch weitgehend marginalisiert, wie in Kapitel 5.3.1 noch ausgeführt wird.

Unterstützung in ihrem Kampf gegen das kommunistische Regime erhielt die Solidarność von einem weiteren wichtigen Akteur: der Katholischen Kirche. Die Katholische Kirche nimmt einen bedeutenden Stellenwert in der polnischen Geschichte ein (Chołuj 2022: 144; Jabs 2019; Keinz 2008: 96; Sałek & Sztajdel 2019: 191). Sie war, wie Chołuj (2022: 144) betont, über Jahrhunderte hinweg „die einzig stabile Kraft in (...) Zeiten fundamentaler politischer Krisen“ des polnischen Staates. Von der Dreiteilung des Landes im 18. - 19. Jahrhundert²⁷, über die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs bis hin zum kommunistischen Totalitarismus – während all diesen Umbrüchen und der Abhängigkeit von fremden Großmächten stellte die Katholische Kirche eine Konstante und ein Refugium für die polnische Bevölkerung und deren Traditionen dar (ebd.). Daher ist der „Katholizismus mit der polnischen Idee von Nation“ (ebd.) eng verwoben und die Kirche repräsentiert „not just a system of beliefs or symbolic acts, but (...) is intrinsically tied to Poland’s cultural values and traditions, making it a national institution“ (Szałek & Sztajdel 2019: 191).

Die Katholische Kirche wurde während der Zeit des Kommunismus in Polen aufgrund der sozialistischen Ablehnung von Religion und Kirche in ihrem Einfluss von der kommunistischen Führung gehemmt; jedoch wusste die Führung durchaus um die Bedeutung der Kirche für die polnische Gesellschaft und konnte diese daher nicht radikal und offen bekämpfen, sondern sah

²⁷ Das polnisch-litauische Staatsgebiet wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter den damaligen Großmächten Russland, Preußen und Österreich aufgeteilt und wurde über mehr als ein Jahrhundert lang von deren Fremdherrschaft bestimmt (Heyde 2012: 49-53).

sich im Gegenteil zu gewissen Zugeständnissen genötigt, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden (Jabs 2019). Die Rolle der Kirche war deshalb in der Nachkriegszeit ambivalent – einerseits diente sie dem kommunistischen Regime in vielerlei Hinsicht als „Stabilisator“ (ebd.), der „pazifizierend auf die (...) Gesellschaft wirken sollte“ (ebd.), andererseits fungierte sie als wirkmächtiger und anerkannter „Sprecher für die Nation“ (ebd.) und unterstützte Bestrebungen nach mehr gesellschaftlicher Autonomie. Sie nahm also eine vermittelnde Position ein, die schließlich auch in den turbulenten 1980er Jahren des Umbruchs von zentraler Bedeutung war. Allein, dass es zu den landesweiten Streiks und der Entstehung der Solidarność als anti-kommunistische Oppositionsbewegung kam, wird wesentlich auf die Katholische Kirche bzw. die Folgen der Wahl des polnischen Kardinals Karol Wojtyła zum Papst Johannes Paul II. im Jahr 1978 zurückgeführt (Jabs 2019; Millard 1996: 208). So unternahm Papst Johannes Paul II. 1979 eine Pilgerreise in sein Heimatland und sorgte damit nicht nur dafür, dass Polen plötzlich im Zentrum der Weltöffentlichkeit stand, sondern dass zudem bei den Gottesdiensten erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Millionen von Pol:innen unabhängig von staatlich angeordneten Veranstaltungen zusammenkamen (Jabs 2019). Dadurch wurde das „Organisationsmonopol der [kommunistischen] Partei (...) sichtbar aufgebrochen“ (ebd., o.S.) und unter dem „Schirm der Kirche konnte sich politische, gesellschaftliche und kulturelle Selbstorganisation weiterentwickeln“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund wäre es zwar verkürzt, den Papstbesuch und den Einfluss der Kirche als einzige Gründe für die Entstehung einer starken Widerstandsbewegung zu betrachten – jedoch gelten sie unumstritten als entscheidende Faktoren: „Ohne die Papstwahl, ohne den Papstbesuch 1979 hätte es die Solidarność, beziehungsweise dann diese Streikbewegung im Jahre 1980 nicht gegeben“, resümiert der Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Dieter Bingen (in Jabs 2019, o.S.), und betont, der Niedergang des Realsozialismus in Polen und darüber hinaus sei durch das Pontifikat von Johannes Paul II. „einschneidend beschleunigt“ (ebd.) worden.

Die Katholische Kirche diente denn auch bei den Verhandlungen zwischen der erstarkenden Solidarność und der kommunistischen Führung von 1980 – 1981 als vermittelnde Instanz (Millard 1996: 208). In den Jahren des Verbots der Solidarność ab 1982 setzten die Machthabenden ebenfalls auf einen verstärkten Dialog mit der Kirche, da sie nun umso mehr auf deren Vermittlung angewiesen waren, um die polnische Bevölkerung nicht vollends gegen sich aufzubringen (Heyde 2012: 115, 120; Jabs 2019).

Da sich die sozioökonomische Lage in Polen im Lauf der 80er Jahre trotz Reformversuchen seitens der kommunistischen Führung weiter verschlechterte, sah sich diese angesichts erneut großer Streikwellen und dem weiterhin großen Einfluss des Solidarność-Netzwerks im Jahr 1988 gezwungen, Gespräche mit den oppositionellen Akteuren aufzunehmen (Heyde 2012:

119f). So kam es von Februar bis April 1989 zu einer Reihe an Verhandlungen zwischen Vertreter:innen der kommunistischen Partei, der Opposition rund um die Solidarność und der katholischen Kirche (Ziemer 1989: 959ff). Diese Debatten, die abermals nur dank der Vermittlung der Kirche zustande gekommen waren, gingen als ‚Gespräche am Runden Tisch‘ in die Geschichte ein. Gegenstand der Diskussionen war die Aushandlung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und institutioneller Reformen zur Besserung der desolaten Situation Polens (ebd.).

Den oppositionellen Kräften gelang es dabei, weitreichende Veränderungen auszuhandeln (ebd.; Heyde 2012: 120f; Michalski 2017: 3f): Das Einparteiensystem sollte schrittweise einem politischen Pluralismus mit der Zulassung verschiedener Parteien und freien Gewerkschaften weichen; es wurden freie Wahlen für eine neu geschaffene zweite parlamentarische Kammer vereinbart; die Sitze in der ersten Kammer, dem Sejm, sollten zu 35% auch oppositionellen Kräften zur Wahl offenstehen (bei 65% garantierten Sitzen für die Regierungspartei und deren Blockparteien²⁸); der Zugang zu Massenmedien sollte auch der Opposition ermöglicht werden; etc. Im Ergebnis kam es als Sofortmaßnahme zur Wiederzulassung der Solidarność und im Juni 1989 zu den ersten teilweise freien Parlamentswahlen in Polen seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei diesen semi-freien Wahlen kam es zu einem überwältigenden Wahlerfolg der Solidarność, die schließlich auch unter der Beteiligung zweier bisheriger Blockparteien eine neue Regierung unter dem katholischen Publizisten Tadeusz Mazowiecki bilden konnte (ebd.).

Spätestens damit wurde ein tiefgreifender Prozess des Systemwandels in Gang gesetzt, der in der Konsolidierung der ‚Dritten Republik‘ mündete – eine Bezeichnung, die sich für das neue Staatsgefüge durchsetzte, um damit das neue, rechtsstaatliche System von der kommunistischen ‚Volksrepublik‘ abzugrenzen und die wiedererlangte nationale Souveränität zu betonen (Heyde 2012: 121f).

5.1.2 Systemtransformation ab 1989

Ab 1989 galt es für die neuen Machteliten rund um die Solidarność, den am ‚Runden Tisch‘ ausgehandelten Übergang in eine pluralistische, liberale Demokratie mit marktwirtschaftlichen Prinzipien zu gestalten und gegenüber der Bevölkerung zu vertreten. Diese Phase war markiert von einem umfassenden Richtungsstreit innerhalb der Solidarność. Es wurde deutlich sichtbar, dass die breite Bewegung (bestehend aus diversen Akteuren) in den Jahren zuvor vor allem durch den gemeinsamen Gegner – das totalitäre kommunistische Regime – vereint gewesen

²⁸ Eine Blockpartei ist nach der Definition von Schubert und Klein (2020, o.S.) eine „[f]ormal selbstständige Partei, die sich in den Ländern des ehemaligen Staatssozialismus dem Führungsanspruch der kommunistischen Partei unterordnete“.

war (Mudde & Kaltwasser 2017: 87f). Als dieser nun mit dem Kollaps der Sowjetunion endgültig wegfiel, wurden die teils sehr unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der Ausrichtung der post-kommunistischen Transformationspolitik offenbar (ebd.). Infolgedessen kam es zu einer Aufspaltung der Solidarność in eine Vielzahl an Splitterparteien (Heyde 2012: 122), wobei sich grundsätzlich zwei wichtige, opponierende Lager bildeten, auf die an späterer Stelle (Kap. 5.3.2) noch genauer eingegangen wird.

Das Machtgefüge ab 1989 war geprägt von einer unübersichtlichen Vielzahl an Akteuren, unter denen nicht zuletzt auch Teile der vormaligen kommunistischen Elite nach wie vor einflussreich vertreten waren. In diesem turbulenten Kontext gab es jedoch abseits aller Differenzen in einer Hinsicht einen fraktionsübergreifenden Konsens: Die Überzeugung, dass Polen sich, um wieder Wohlstand, Sicherheit und Freiheit zu erlangen, am ‚Westen‘ und insbesondere an Westeuropa orientieren müsse (Dawson & Hanley 2016: 26). Die ‚Rückkehr nach Europa‘²⁹ wurde zur dominanten politischen Losung, ja zum vermeintlich alternativlosen Entwicklungspfad, den Polen einzuschlagen hatte, wenn es zum Wohlstandsniveau seiner westlichen Nachbarn aufschließen und wieder stabile Verhältnisse erreichen wollte (Bohle 2006: 76; Millard 1996: 205; Smolar 2006). Millard beschreibt dies folgendermaßen:

[A] high degree of consensus characterized the first years of post-communist government. Despite their differences, the parties shared the view that there was no alternative to the European road. All serious political parties endorsed the transition to capitalism, albeit at varying rates and with varying degrees of state interventionism. All claimed adherence to the rule of law and democratic procedures. All sought admission to European political and military structures, though often for different reasons. (Millard 1996: 211)

Während die Frage, inwieweit sich Polen auch kulturell am ‚westlichen‘, liberalen Gesellschaftsmodell orientieren sollte, zu einem der entscheidenden Streitpunkte unter den zersplitterten Post-Solidarność-Fraktionen wurde, wie in Kapitel 5.3 noch ausgeführt wird, herrschte Einigkeit darüber, dass Polen durch eine Einbindung in ‚westliche‘ Institutionen, wie die NATO und die EU, sowohl ökonomisch als auch sicherheitspolitisch profitieren würde. Grundvoraussetzung für einen Beitritt zu diesen Institutionen waren grundlegende Reformen, wie allen voran ein Umbau der sozialistischen Planwirtschaft in ein marktwirtschaftliches System. Um diesen Wandel möglichst rasch und effektiv zu gestalten, setzten die Führungskräfte der ersten post-kommunistischen Regierung auf die Anwendung einer

²⁹ Im Sinne einer Wiedereingliederung in das ‚westliche‘ Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eines demokratischen, liberalen Kapitalismus im Gegensatz zum sowjetischen bzw. russischen Modell des Staatssozialismus.

„neoliberalen Schocktherapie“ (Czech & Kassner 2021: 134f; Shields 2012: 2). Worin diese bestand und wie sie sich auf die polnische Gesellschaft auswirkte, wird im folgenden Kapitel dargelegt.

5.2 Neoliberale Schocktherapie: Beschleunigte ökonomische Liberalisierung

Polen befand sich in der Phase der Systemtransformation in einer ökonomisch äußerst angespannten Lage. Bereits die Führung des kommunistischen Regimes hatte in den 1980ern den Versuch unternommen, die wirtschaftlich prekäre Situation im Land durch eine teilweise marktwirtschaftliche Reformierung der „maroden Planwirtschaft“ (Machowski 1990: 38) zu entschärfen. Dieser Versuch war allerdings erfolglos gewesen und hatte stattdessen zu einer noch größeren makroökonomischen Instabilität geführt (ebd.; Szabó & Kurucz 2022: 247f). So war Polen zum Zeitpunkt des Systemwechsels 1989 in einer denkbar schlechten sozio-ökonomischen Ausgangslage: Hyperinflation mit Inflationsraten von über 600 %, eine massive Verschuldung gegenüber ausländischen Kreditgebern (fast 50% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)), ein drastisches Defizit an Konsum- und Investitionsgütern und das niedrigste Pro-Kopf-BIP in der gesamten zentral- und osteuropäischen Region (ebd.) sind nur einige beispielhafte Indikatoren, um die makroökonomisch desaströse Situation Polens 1989 zu beschreiben.

Vor diesem Hintergrund waren sich zu diesem Zeitpunkt sowohl intellektuelle Eliten als auch der neue politische Machtzirkel³⁰ rund um die Solidarność einig, dass es radikaler Reformen bedurfte, um die polnische Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien umzubauen und wieder Wohlstand und sozioökonomische Stabilität zu schaffen (Czech & Kassner 2021: 135). Sowohl bei der Planung als auch der Umsetzung der Reformen orientierten sie sich dafür, wie bereits angemerkt, am ‚Westen‘ und suchten von Anfang an die Zusammenarbeit mit ‚westlichen‘ Finanzinstitutionen und Netzwerken wie dem IWF oder der Weltbank (Shields 2015: 662). Dabei ist strittig, welche Gründe dieser starken Westorientierung zugrunde lagen. Ein gängiges Narrativ lautet, dass die neuen, polnischen Machthabenden auf die Unterstützung des ‚fortschrittlichen Westens‘ angewiesen gewesen seien und ihnen das Wohlstandsniveau in den ‚westlichen‘ Ländern als Vorbild gedient hätte (ebd.: 664). Als Beleg für diese Sichtweise wird etwa der Umstand betrachtet, dass Leszek Balcerowicz zum Finanzminister der ersten post-kommunistischen Regierung unter Mazowiecki ernannt wurde. Balcerowicz hatte an

³⁰ In den folgenden Abschnitten wird bewusst vor allem die Einstellung der Machteliten in Polen statt etwa die Meinung der breiteren polnischen Bevölkerung während des Transformationsprozesses thematisiert, da die Transformation vorrangig ein elitärer Prozess war, der von den post-kommunistischen Führungskräften ‚top-down‘ umgesetzt wurde (Bohle 2006: 75f), wie in Kapitel 5.4.1 noch ausgeführt wird.

‚westlichen‘ Universitäten (u.a. in den USA sowie in Deutschland) studiert und bereits in den 1970er Jahren einen stark von der (‚westlichen‘) neoliberalen Wirtschaftsschule inspirierten Plan für eine marktwirtschaftliche Reform Polens ausgearbeitet (Shields 2015: 662).

Andere weisen hingegen kritisch auf die Tatsache hin, dass die enorme Auslandsverschuldung Polens zum damaligen Zeitpunkt vor allem gegenüber ‚westlichen‘ Ländern bestanden hatte (Bohle & Greskovits 2012: 142; Szabó & Kurucz 2022: 247f). Daher hätten die ‚westlichen‘ Gläubiger ein großes Interesse an einem schnellen Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft nach ihren Vorstellungen gehabt und entsprechend Druck auf die neue post-kommunistische Regierung ausgeübt, weshalb diese gar keine wirkliche Alternative zu einer Westbindung gehabt hätte. Auch die vielversprechende Aussicht, die ein Beitritt zur NATO sowie zur EU sicherheitspolitisch sowie ökonomisch darstellte, war in diesem Zusammenhang, wie bereits angesprochen, ein wichtiger Faktor. Vor allem die EU hat, wie Shields (2015: 662f) betont, nach dem Zerfall des Ostblocks ihre Marktmacht dazu genutzt, um potenziellen Beitrittskandidaten wie Polen klare Bedingungen für eine Integration in die EU und dem damit verbundenen, ökonomisch aussichtsreichen Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu stellen. Ein zentraler Aspekt dieser Bedingungen war hierbei die Forderung, neoliberale Marktreformen umzusetzen (ebd.).

Was auch immer die konkreten Gründe gewesen sein mögen – eine wirtschaftspolitische Orientierung am ‚Westen‘ schien für die polnischen Führungskräfte in der Phase der Transformation in jedem Fall alternativlos (Millard 1996: 211; Smolar 2006). Dies bedeutete angesichts der damaligen Hegemonie des Neoliberalismus im ‚Westen‘ (wie in Kap. 2.1 – 2.2 ausgeführt), dass auch für die Eliten in Polen der Neoliberalismus zum bestimmenden Paradigma wurde (während er für Balcerowicz und einige andere vom ‚Westen‘ geprägte Führungsmitglieder bereits zuvor leitend gewesen war, wie oben angemerkt) (Millard 1996: 207). „Der [ökonomische] Liberalismus wurde so für viele Jahre unangefochtener Monopolist auf dem Ideenmarkt“, fasst Smolar (2006, o.S.) zusammen. Die hegemoniale Stellung des Neoliberalismus in der Dekade der Transformation ist nicht zuletzt daran ersichtlich, dass die umfassenden und radikalen neoliberalen Reformen, die Balcerowicz ab 1990 einleitete, auch von den zahlreichen, kurzlebigen Regierungen, die ab 1991 auf die Mazowiecki-Regierung folgten, im Wesentlichen unangetastet blieben bzw. fortgeführt wurden (Krastev 2007: 62; Millard 1996: 205f). Die sozioökonomischen Auswirkungen dieser inzwischen als ‚Balcerowicz-Reform‘ bekannten Strukturanpassungsmaßnahmen werden im Folgenden kurz skizziert, da sie als eine der entscheidenden Ursachen für den späteren Erfolg der rechtspopulistischen PiS-Partei gelten (Czech & Kassner 2021: 128f; Graff & Korolczuk 2022: 16; Grzebalska & Pető 2018: 164).

Balcerowicz verabschiedete zum Jahresbeginn 1990 ein Reformpaket, das Polens ökonomische Defizite schnellstmöglich beheben und rasch für hohes Wirtschaftswachstum sorgen sollte (Shields 2015: 662). Er ging dabei nach dem Konzept einer ‚neoliberalen Schocktherapie‘ vor, welches Vertreter:innen der neoliberalen Wirtschaftsschule nach Milton Friedman entwickelt hatten (Brown 2015). Der Grundgedanke dieses Konzepts ist es, wie der Name bereits deutlich macht, eine lahmende Volkswirtschaft mittels bewusst drastischer Maßnahmen wieder zu ‚gesunden‘ – die Wirtschaft, hier gleichgesetzt mit einem Patienten, soll demnach durch eine ‚Schockbehandlung‘ (d.h. durch eine vom Staat rabiart durchgesetzte Liberalisierung) innerhalb kürzester Zeit wieder angekurbelt wurden.

Die Balcerowicz-Reform bestand denn auch aus einer Reihe harter Maßnahmen, wie der sofortigen Liberalisierung von Preisen, dem Abbau zahlreicher staatlicher Subventionen, einer Liberalisierung des Handels, der Privatisierung vormaliger Staatsbetriebe und der Öffnung der polnischen Volkswirtschaft für internationale Investitionen (Czech & Kassner 2021: 134f; Shields 2012: 1f, 2015: 662). In diesen Prozess waren, wie bereits bemerkt, von Beginn an externe, westliche Akteure stark involviert, allen voran Finanzexpert:innen vom IWF sowie der Weltbank (ebd.; Bohle 2006: 76). Eine zentrale Rolle spielte dabei Jeffrey Sachs, ebenfalls ein Verfechter der neoliberalen Schocktherapie und als äußerst einflussreicher internationaler Entwicklungsberater wesentlich an den Transformationen vieler post-kommunistischer Staaten in Mittel- und Osteuropa beteiligt (Shields 2015: 662). Sachs‘ Mitwirken an der Umsetzung der Maßnahmen in Polen könne gar nicht überschätzt werden, schreibt etwa der polnische Politologe Smolar (2006), der selbst als Berater der Mazowiecki-Regierung an der Transformation beteiligt war. Ähnlich äußert sich Shields (2015: 674), der statt der gängigen Referenz der ‚Balcerowicz-Reform‘ daher vom „Sachs-Balcerowicz Plan“ spricht, um damit zu betonen, „just how deeply Poland’s Shock Therapy was embedded in the neoliberal orthodoxy“.

Obwohl der historische Hintergrund der Nachkriegszeit in Polen sich zweifelsohne deutlich von jenem der ‚westlichen‘ Staaten (wie in Kap. 2.1 beschrieben) unterscheidet, wurde also auch hier im Zuge der Systemtransformation ab 1989 der Neoliberalismus zum vorherrschenden ökonomischen Paradigma. Wenngleich die Durchsetzung einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Polen und darauffolgend auch in den übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten unter anderen Vorzeichen stattfand, erfolgte sie dafür umso radikaler und in beschleunigter Weise – eben im Sinne einer ‚Schocktherapie‘. So betont Altvater (2008: 50), die ehemals ‚realsozialistischen‘ Länder seien „in einer brutal kurzen Zeit in die ‚offensten‘ Wirtschaften und Gesellschaften der Welt verwandelt“ worden. Der ‚apertistische‘ Liberalismus setzte sich nach dem Zusammenbruch des ‚Ostblocks‘ also in ökonomischer

Hinsicht auch in Mittel- und Osteuropa durch und sorgte dort ebenfalls für rigorose Öffnungsprozesse. Allen voran gilt Polen dabei, wie bereits erwähnt, als absolut mustergültig, was die schnelle und konsequente Umsetzung neoliberaler Reformen nach 1989 betraf. Entsprechend drastisch waren auch die sozio-ökonomischen Auswirkungen, die in den folgenden Abschnitten kurz skizziert werden.

Die ‚neoliberale Schocktherapie‘ zeigte schnell Wirkung und kann mit Blick auf die angestrebte makroökonomische Stabilisierung durchaus als in vielerlei Hinsicht erfolgreich beurteilt werden: Die Hyperinflation konnte eingedämmt, die hohe Auslandsverschuldung (nicht zuletzt auch dank umfangreicher Schuldenerlässe seitens ‚westlicher‘ Länder) teilweise abgebaut und das Wirtschaftswachstum nach einem anfänglichen Einbruch ab 1991 kontinuierlich gesteigert werden (Dawson & Hanley 2016: 29; Salek & Sztajdel 2019: 197). Damit verschaffte Polen sich internationale Anerkennung und erarbeitete sich den angesprochenen Ruf als Aushängeschild für gelungene Marktreformen. Der Eindruck der polnischen Erfolgsgeschichte schien sich nicht zuletzt 2008 – 2009 nochmals zu erhärten, als es Polen als einzigem Land der EU gelang, relativ unbeschadet durch die globale Finanzkrise zu kommen (ebd.; Czech & Kassner 2021: 135). Während alle anderen EU-Mitgliedsstaaten in diesen Jahren von einer Rezession betroffen waren, konnte Polen nach wie vor einen Zuwachs des BIP verzeichnen (Woś 2011: 2). Polen wurde daher in der internationalen Presse als „Insel der Stabilität“ (ebd.) gefeiert und für seine robuste Volkswirtschaft bewundert.

Die sozialen Kosten dieser erfolgreichen Stabilisierung waren jedoch enorm. Der neoliberal geprägte Strukturwandel ab 1990 sorgte für massenhafte Arbeitslosigkeit und die umfangreichen Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen bedeuteten für die Mehrheit der Bevölkerung eine Senkung ihres Lebensstandards (Ramme 2022: 40; Shields 2015: 660ff; Smolar 2006; Woś 2011: 4). Allen voran Frauen waren davon massiv betroffen – die Gründe hierfür werden in Kapitel 5.3.1 gesondert erläutert. Was soziale Schichten anbelangt, traf die Transformation vor allem Arbeiter:innen und die ärmsten Teile der Bevölkerung besonders hart, da diese sich angesichts eines drohenden Jobverlusts vielfach gezwungen sahen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen (Czech & Kassner 2021: 136). Während demgegenüber die vermögenden Eliten sowie ein kleiner Teil der gebildeten Mittelschicht von den Reformen profitieren konnte, kam es entsprechend insgesamt zu einem starken Anstieg der sozio-ökonomischen Ungleichheit (Shields 2015: 660; Smolar 2006). Nicht zuletzt führte die ‚Schocktherapie‘ zu einer umfassenden sozialen Desintegration: Shields (2012: 1) konstatiert eine „growing economic, political and social fragmentation and dislocation“ im post-kommunistischen Polen und Smolar (2006, o.S.) spricht von einer „Atomisierung der Gesellschaft“.

5.3 Kulturelle Dimension der Transformation: Aushandlung einer neuen polnischen Identität

Im Hinblick auf die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Transformation werden damit klare Parallelen zu den Entwicklungen im ‚Westen‘ (Kap. 2.3.1) nach der dortigen Umsetzung neoliberaler Maßnahmen ersichtlich. Etwas anders gestaltet sich dies mit Blick auf den kulturellen Aspekt: Während in den ‚westlichen‘ Ländern, wie in Kapitel 2.2.2 beschrieben, im Gefolge der Emanzipationsbewegungen auch kulturelle Liberalisierungsprozesse ab den 1970er Jahren prägend waren und für eine umfangreiche gesellschaftliche ‚Öffnung‘ sorgten, hatte der Transformationsprozess in Polen ambivalente Auswirkungen auf die soziokulturellen Strukturen des Landes. Einerseits kam es auch hier zu liberal geprägten ‚Öffnungsprozessen‘, die in Kapitel 5.3.3 noch ausführlicher beschrieben werden. Andererseits führten gerade der Prozess der Liberalisierung und die damit verbundenen tiefgreifenden Umwälzungen von Anfang an zu einer Retraditionalisierung gesellschaftlicher Strukturen, wie allen voran des Geschlechterverhältnisses (Graff & Korolczuk 2022: 33; Keinz 2008: 89). Um diese zunächst paradox erscheinende Entwicklung nachvollziehen zu können, müssen zwei Aspekte der Transformation genauer betrachtet werden: Der wachsende politische Einfluss der Katholischen Kirche sowie die Spaltung der Solidarność-Bewegung.

5.3.1 Katholische Kirche als moralische Autorität und politischer Akteur – Frauen als Verliererinnen

Im Rahmen der tiefgreifenden Umwälzungen der Transformation nach 1989 und den damit verbundenen Unsicherheiten gewann jene Institution an Bedeutung, die in Polen, wie zuvor beschrieben, traditionell für Sicherheit, Zuflucht und Stabilität in Zeiten des Umbruchs stand: die Katholische Kirche (Mishtal 2015; Ramme 2020). Die Kirche, die im Widerstand gegen den Kommunismus entscheidend zum Erfolg des Systemwandels beigetragen hatte, bot der polnischen Bevölkerung in der turbulenten Umbruchsphase nach 1989 in zweierlei Hinsicht Sicherheit. Einerseits, indem sie staatliche Versorgungsstrukturen, die im Zuge der ‚neoliberalen Schocktherapie‘ abgebaut worden waren, „teilweise ersetzte oder ergänzte“ (Ramme 2020, o.S.). So übernahm die Kirche viele soziale Einrichtungen wie „Altersheime, Krankenhäuser, medizinische Notaufnahmen, Kindergärten, Obdachlosenhilfe, Schulen, Universitäten“ (ebd.) und dergleichen, die der Staat zwar zum Teil noch subventionierte, dabei jedoch der Kirche die Hauptverantwortung dafür überließ (ebd.). Andererseits versprach die kirchliche Lehre klare, moralische Orientierung in einer Zeit, die nicht nur in sozioökonomischer Hinsicht von drastischen Umbrüchen gekennzeichnet war, sondern die

auch eine tiefgreifende „gesellschaftliche und kulturelle Neuorientierung“ (Keinz 2008: 18) erforderte. Nach jahrzehntelanger Prägung des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch einen autoritären Sozialismus ging es ab 1989 nicht nur um die Veränderung ökonomischer und politischer Strukturen, sondern ebenso um die Aushandlung neuer „kultureller und sozialer Werteorientierungen“ (ebd.). Da die Solidarność-Bewegung an der Frage, an welchen Idealen das post-kommunistische Polen ausgerichtet werden sollte, in gegnerische Lager zerbrach, wie in den folgenden Kapiteln (5.3.2 & 5.3.3) noch ausgeführt wird, füllte die Katholische Kirche das entstandene „vacuum of values“ (Ramme 2022: 40) mit christlichen Werten (Mishtal 2015). In ihrer Rolle als moralische Autorität und historische ‚Beschützerin der Nation‘ propagierte sie – getreu dem in Kapitel 4.1 dargelegten, christlichen Anthropologieverständnis – vor allem das Ideal der traditionellen Kernfamilie als vermeintlich ‚natürlicher‘ Ort der Bewahrung von Werten, sowie der (Re-)Produktion polnischer Kultur und Identität (ebd.).

Die kirchliche Morallehre, die der Familie eine zentrale Bedeutung zuschreibt, fügte sich dabei ideal in die sozioökonomischen Gegebenheiten der Transformationsphase. So kamen der Familie im Zuge des Abbaus sozialstaatlicher Unterstützung ebenso wie der Kirche „wichtige soziale Funktionen eines Sicherheitsnetzes“ (Ramme 2020, o.S.) zu. Der familiäre Kontext versprach Beistand für Menschen, die im Rahmen des Strukturwandels arbeitslos wurden und aufgrund mangelnder staatlicher Arbeitslosenhilfe auf private Netzwerke angewiesen waren. Gleiches galt für die Kinderbetreuung, für die „zu Zeiten des Kommunismus der Staat als [autoritärer] ‚Eltern-Staat‘“ (Ramme 2020, o.S.) gesorgt hatte, die nun jedoch wieder vermehrt in den privaten Bereich ausgelagert wurde. Davon betroffen waren vor allem Frauen: Die Auslagerung von Sorgearbeit aus der staatlichen Sphäre in den privaten Bereich führte in Zusammenhang mit der „Revitalisierung“ (Keinz 2008: 89) des hohen Stellenwerts der Familie zu einer „Retraditionalisierung der Geschlechterrollen“ (ebd.). Die Abschaffung staatlicher Kinderbetreuung erschwerte es Frauen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, weshalb sie stattdessen vor allem unbezahlte Sorgearbeit leisteten. Dies hatte eine verstärkte Feminisierung von Armut zur Folge (Pető 2017: 130f).

Die strukturellen Veränderungen sorgten zugleich für eine weitgehende Exklusion von Frauen aus dem institutionalisierten politischen System (ebd.). Diese Exklusion hatte bereits zuvor begonnen: Zu den Gesprächen am ‚Runden Tisch‘, an dem die Zukunft des postkommunistischen Polens ausgehandelt worden war, waren nur wenige Frauen geladen worden und wichtige Entscheidungen waren dabei während der „rein symbolische[n] Teilnahme einer einzigen Frau“ (Walczevska 2017: 137) gefällt worden. Dies wird von Autor:innen, die sich mit der oft vernachlässigten Rolle der Frauen während der Transformation beschäftigen, im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückgeführt.

Erstens hätte in der polnischen Gesellschaft in den Jahren des Umbruchs ab den 1980er Jahren ein breitflächiger Konsens darüber geherrscht, dass das vorrangige Ziel darin bestehen müsse, das kommunistische Regime zu überwinden und mit der Etablierung einer freien, demokratischen Marktwirtschaft wieder Wohlstand für Alle zu schaffen (Graff & Korolczuk 2022: 140). Alle anderen Anliegen, wie eben auch die Gleichstellung der Geschlechter, seien im Vergleich dazu als nachrangig betrachtet und entsprechend dem Primat einer erfolgreichen systemischen Transformation untergeordnet worden. Dieser Konsens sei selbst von vielen Frauen geteilt worden, wie Sauerland (2013: 274) und Penn (1994) betonen – was wiederum deutlich macht, wie sehr der Wunsch nach einem Systemwandel alles andere dominierte.

Ein anderer, entscheidender Faktor war auch in diesem Fall der große politische Einfluss der Kirche. Die Kirche hat, im Wissen um ihre gewichtige gesellschaftliche Rolle, während der Verhandlungen am ‚Runden Tisch‘ sowohl den kommunistischen Führungskräften als auch den Solidarność-Vertreter:innen Bedingungen für ihre Kooperation gestellt (Graff & Korolczuk 2022: 139f). Im Gegenzug für politische Unterstützung und die Vermittlung der ausgehandelten Kompromisse gegenüber der Bevölkerung forderte die Kirche Zugeständnisse vonseiten potenzieller künftiger politischer Entscheidungsträger:innen (Keinz 2008: 90). Ein zentrales Anliegen war ihr dabei das Verbot von Abtreibungen, da Abtreibungen nach Auffassung der katholischen Kirche lebensfeindlich sind und damit fundamental gegen die göttliche Ordnung verstoßen, wie in Kap. 4.1 ausgeführt wurde. Vor diesem Hintergrund wurde dem Sejm bereits 1989 ein erster Gesetzesentwurf für die Verschärfung des bis dato in Polen ungewöhnlich liberalen Abtreibungsrechts vorgelegt, den das polnische Episkopat in Auftrag gegeben hatte (Chołuj 2022: 144). Vier Jahre später wurden die Abtreibungsrechte tatsächlich massiv eingeschränkt: Durch die neue Gesetzesregelung, die 1993 in Kraft trat, wurde Abtreibung nahezu vollständig verboten (ebd.; Graff & Korolczuk 2022: 139f).

Wenn die Situation von Frauen seit 1989 nicht ausgeblendet wird, wie es in zahlreichen Publikationen geschieht, welche die polnische Transformation als Triumph des Liberalismus und der Demokratie beschreiben, ergibt sich somit ein weitaus weniger positives Gesamtbild. So kann festgehalten werden, „dass zu einem Zeitpunkt der vermeintlichen Befreiung Gesetze geschaffen wurden, die Frauen die Rechte nahmen, die sie während des Sozialismus genossen hatten“ (Keinz 2008: 90)³¹. Die Entwicklungen nach 1989 bedeuteten für Frauen demnach vor allem „Verlust“ (ebd.: 92) und waren durch eine „krasse Marginalisierung von Frauen“ (Walczewska 2017: 137) aus dem öffentlichen und politischen Raum charakterisiert. Die Marginalisierung umfasste dabei nicht zuletzt auch die Geschichtsschreibung: Die maßgebliche

³¹ Die Situation von Frauen war auch während des Kommunismus alles andere als unproblematisch, verschlechterte sich jedoch nach 1989 in vielerlei Hinsicht noch weiter, wie Pető (2017: 130) betont.

Rolle, die Frauen im Widerstand gegen das autoritäre kommunistische Regime und in der Solidarność gespielt hatten, wurde in der historischen Rückschau und der nationalen Erinnerungskultur systematisch „unsichtbar gemacht“ (Keinz 2008: 89), wie etwa Penn (1994) in ihrem Buch „Solidarity’s Secret: The Women Who Defeated Communism in Poland“ aufzeigt. Frauen können damit wohl zurecht als „the biggest losers of the political regime chang[e]“ (Pető 2017: 130) bezeichnet werden. Sie bezahlten den Preis für den friedlichen Übergang, der auf Basis des am ‚Runden Tisches‘ ausgehandelten, historischen Kompromisses zwischen der kommunistischen Führung, der Opposition rund um die Solidarność und der Katholischen Kirche gelingen konnte: „women’s silence was viewed as a necessary price for the peaceful coexistence of political elites and the Catholic Church“, fassen Graff und Korolczuk (2022: 140) zusammen.

Diese ‚friedliche Koexistenz‘ politischer Eliten und der Katholischen Kirche prägte die Anfangsjahre der Transformation. Neben dem großen Einfluss der Kirche war ein weiterer Aspekt von zentraler Bedeutung für die Nachwendezeit seit 1989: Ein Teil der politischen Elite wandte sich gegen den Konsens des Runden Tisches, kritisierte fortan die liberale Transformation als illegitimes, elitäres Projekt sowie als einen ‚Verrat am polnischen Volk‘ und setzte stattdessen auf einen religiös inspirierten, nationalkonservativen Populismus. Im nächsten Abschnitt wird daher die Spaltung der Solidarność-Bewegung nach 1989 kurz anhand der wichtigsten Konfliktlinien nachgezeichnet, um den Hintergrund zu vervollständigen, welcher der spezifischen Form des Rechtspopulismus in Polen zugrunde liegt.

5.3.2 Spaltung der Solidarność I: Friedlicher Übergang und eine Politik des ‚Dicken Strichs‘ vs. Radikaler Anti-Kommunismus

Die Solidarność, vormals noch eine milieuübergreifende Bewegung, die praktisch die gesamte gesellschaftliche Opposition gegen das kommunistische Regime in sich vereinte (Kap. 5.1.1), zerfiel nach 1989 im Wesentlichen in zwei opponierende Lager³² (Sałek & Sztajdel 2019: 190). Ein zentraler Streitpunkt, der zu dieser Aufspaltung der Solidarność-Bewegung in den 1990er Jahren führte, war die Frage, inwiefern ehemaligen Mitgliedern des kommunistischen Führungszirkels erlaubt werden sollte, weiterhin politische Ämter auszuüben und sich an der post-kommunistischen Transformation zu beteiligen. Auf der einen Seite standen hierbei Solidarność-Mitglieder der neuen Führungsriege, die es für notwendig hielten, der ‚alten‘, kommunistischen Machtelite ein Mitspracherecht einzuräumen und weiterhin wichtige

³² Da die ehemalige Solidarność-Bewegung in knapp 30 verschiedene Parteien zerbrach, ist die hier beschriebene Aufspaltung aus Gründen der Komplexitätsreduktion stark vereinfacht. Sie folgt dabei jedoch gängigen Einordnungen der politischen Landschaft in Polen nach 1989.

Positionen zuzugestehen, um damit einen friedlichen und geordneten Übergang zu garantieren. Diese Fraktion wird meist als das Lager der ‚Post-Kommunist:innen‘ bezeichnet (Heyde 2012: 123; Sałek & Sztajdel 2019: 190f). Auf der Gegenseite formierte sich aus Teilen der Solidarność-Bewegung eine Gruppierung, die sich stattdessen für einen radikalen Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit aussprach – die ‚Anti-Kommunist:innen‘ (ebd.). Nach deren Überzeugung war es für das Gelingen des Systemwandels unerlässlich, eine radikale ‚Lustration‘ im Sinne einer ‚politische Säuberung‘ durchzuführen (Sałek & Sztajdel 2019: 191): Sie forderten, sämtliche ehemalige kommunistische Führungskader aus politischen Machtpositionen zu entfernen und deren Verbrechen lückenlos aufzuarbeiten. Diesem Lager der ‚Anti-Kommunist:innen‘ gehörten auch die Zwillingsbrüder Lech und Jarosław Kaczyński an, die etwa ein Jahrzehnt später die rechtspopulistische PiS-Partei gründen sollten (Smolar 2006).

Durchsetzen konnte sich in den Anfangsjahren der Transformation das Lager der ‚Post-Kommunist:innen‘, wie die Beteiligung zweier vormaliger kommunistischer Blockparteien an der ersten Regierung nach 1989 unter Mazowiecki illustriert. Mazowiecki bekräftigte in seiner später vielzitierten Antrittsrede das Bestreben, einen friedvollen Übergang zu gestalten, indem ein ‚dicker Strich‘ unter die Vergangenheit gezogen und fortan in die Zukunft geblickt werden sollte (Heyde 2012: 121; Smolar 2006). Diese Politik eines Schlusstrichs unter die Vergangenheit wurde zum Leitsatz der Transformationspolitik der 1990er Jahre. Sie bedeutete zwar keine Generalamnestie für die Verbrechen des kommunistischen Regimes, erlaubt es jedoch einigen ehemaligen Funktionären des kommunistischen Führungskaders, ihren Einfluss auch in der post-kommunistischen Neugestaltung Polens beizubehalten (Stasiński 2009).

Angesichts der heftigen Auswirkungen der ‚neoliberalen Schocktherapie‘ wuchs in den Jahren der Transformation der Widerstand gegen diesen Konsens, der 1989 als „Schlusstrich und Neuanfang“ (Stasiński 2009, o.S.) am Runden Tisch ausgehandelt worden war. In den Augen der ‚Anti-Kommunist:innen‘ machten sich die neuen Führungskräfte aus dem Lager der ‚Post-Kommunist:innen‘, die den liberalen Systemwandel vorantrieben, des ‚Verrats am polnischen Volk‘ schuldig (Michalski 2017: 4; Smolar 2006). Da sie es duldeten, dass ehemalige kommunistische Eliten ihre Privilegien weiterhin behalten konnten, während weite Teile der polnischen Bevölkerung unter der Transformation zu leiden hatten, wurden sie nach dieser Ansicht zu Kollaborateuren einer elitären Verschwörung (bestehend aus der ‚alten‘ Elite der Ex-Kommunist:innen sowie der ‚neuen‘ Elite des ‚post-kommunistischen‘ Lagers) gegen das ‚gemeine Volk‘ (Krastev 2007: 60). Hierbei wird bereits die populistische Tendenz des Narrativs sichtbar, mit dem Teile der vormaligen Solidarność-Bewegung rund um die

Kaczyńskis sich im Lauf der 90er Jahre zunehmend von ihren ehemaligen Mitstreiter:innen abgrenzten.

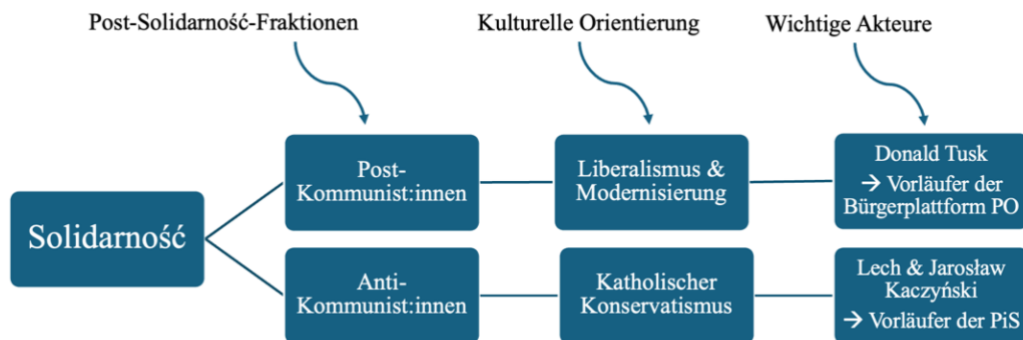


Abbildung 6: Übersicht zu Spaltung der Solidarność (Eigene Darstellung)

5.3.3 Spaltung der Solidarność II: Kulturelle Modernisierung im Zeichen des Neoliberalismus vs. Zuwendung zu Tradition und Katholizismus

In der einschlägigen Literatur zur Transformationsphase in Polen (Keinz 2008: 189ff; Salek & Sztajdel 2019: 190ff; Smolar 2006) wird in diesem Zusammenhang eine weitere Konfliktlinie³³ hervorgehoben, entlang derer sich die Spaltung der politischen Post-Solidarność-Fraktionen verstärkte: Die Frage, inwieweit sich Polen auch kulturell am Vorbild des ‚Westens‘ orientieren sollte. Auf der einen Seite standen Befürworter:innen einer umfassenden kulturellen ‚Modernisierung‘ nach ‚westlichem‘ Vorbild, auf der anderen Seite jene, die sich für eine stärkere Bewahrung der traditionellen, polnischen Kultur aussprachen. Um es mit den in Kapitel 2 verwendeten Begrifflichkeiten auszudrücken, ging es bei diesem Richtungsstreit sozusagen um eine Aushandlung des Ausmaßes an kultureller Öffnung.

Die dominanten Kräfte der Transformationsphase (das Lager der ‚Post-Kommunist:innen‘ nach Smolar) traten dabei mehrheitlich für eine am ‚Westen‘ orientierte Modernisierung und Liberalisierung ein. Daher werden sie häufig auch als das Lager der ‚Liberalen‘ bezeichnet, wenn es um die Differenzierung der Post-Solidarność-Kräfte geht (Grzebalska & Pető 2018: 167; Krastev 2007: 58; Ost 2005: 5; Shields 2015: 664). Die ‚Post-Kommunist:innen‘ bzw. die ‚Liberalen‘ plädierten also, mit Reckwitz gesprochen, für einen ‚apertistischen‘ Liberalismus, das heißt sie sahen nicht nur eine ökonomische Liberalisierung vor, sondern hielten auch eine kulturelle ‚Öffnung‘ für notwendig, um die Transformation in eine liberale Demokratie erfolgreich zu gestalten (Smolar 2006). Im Fokus der kulturellen Liberalisierung standen hierbei vor allem marktkonforme bzw. ‚wirtschaftsfördernde‘ Ideale und Werte neoliberaler Prägung wie Individualismus, Unternehmertum und Eigenverantwortung (Grzebalska & Pető

³³ Auch diese Beschreibung verkürzt diverse Richtungsstreits auf zwei grundlegende Richtungen, um ein besseres Maß an Übersichtlichkeit zu gewähren. Zur generellen Orientierung dient die Übersicht in Abbildung 6.

2018: 165; Keinz 2008: 95). Der Emanzipationsbegriff blieb im Zuge dieser Liberalisierung entsprechend auf seine neoliberale Lesart (als ‚Empowerment‘ zum individuellen, beruflichen Erfolg) beschränkt (ebd.).

Eine wirkliche Emanzipation marginalisierter Bevölkerungsgruppen, wie sie im ‚Westen‘ infolge der ‚68er-Bewegung‘ stattfand (Kap. 2.1.2 & 2.2.2), blieb in Polen daher, trotz der Bekenntnisse der neuen Eliten zu Liberalismus und Modernisierung, weitgehend aus (Dawson & Hanley 2016: 26). Dies hängt wesentlich mit der wichtigen Stellung der Kirche zusammen, auf deren Unterstützung, wie zuvor beschrieben, alle politischen Kräfte dringend angewiesen waren. Die liberalen Eliten konnten sich mit Blick auf ihre Zurückhaltung hinsichtlich emanzipatorischer Politik und den gesellschaftspolitischen Kompromissen mit der Kirche (inklusive der durchgesetzten Verschärfung des Abtreibungsrechts) auf das Argument berufen, dass einer erfolgreichen Systemtransformation zunächst alle anderen Anliegen untergeordnet werden müssten, bevor man sich nach einer Phase der Stabilisierung auch diesen widmen könne. Da dieses Argument, wie in Kapitel 5.3.1 erwähnt, in den Anfangsjahren der Transformation in Polen weitgehend akzeptiert wurde, konnte das liberale Lager Rücksicht auf die konservativen Wertvorstellungen der Kirche nehmen und die kulturelle Modernisierung vor allem am Primat der Ökonomie ausrichten (Dawson & Hanley 2016: 26).

Es ging den liberalen Reformier:innen daher primär darum, neben der Etablierung der strukturellen Grundvoraussetzungen für eine stabile Marktwirtschaft auch die nötige „mentale Infrastruktur“ zu schaffen, um es mit einem Begriff des Soziologen Welzer (2013: 64) auszudrücken: Die polnische Bevölkerung sollte nach Jahrzehnten, in denen der kommunistische Staat ihre Grundversorgung sichergestellt hatte (Ramme 2020), wieder zu mehr Eigenleistung ‚aktiviert‘ werden – und das möglichst rasch, Stichwort ‚Schocktherapie‘. In diesem Zusammenhang etablierte sich im öffentlichen Diskurs die Figur des ‚Homo Sovieticus‘ – eine despektierliche Bezeichnung für Menschen, die sich angeblich während des Kommunismus angewöhnt hätten, dem Staat jegliche Verantwortung zu überlassen und die daher nun unfähig seien, sich den neuen Gegebenheiten durch Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft anzupassen (Czech & Kassner 2021: 137; Graff & Korolczuk 2022: 28; Smolar 2006). Darin schwang implizit der Vorwurf mit, dass all jene polnischen Bürger:innen, die in der Umbruchsphase mit den oben beschriebenen negativen Folgen zu kämpfen hatten, selbst für ihre Probleme verantwortlich seien.

Diese Haltung trug den liberalen Träger:innen der Transformation viel Kritik ein. Die umfassenden Modernisierungsprozesse wurden von vielen Bürger:innen „as a destruction of community and tradition“ (Graff & Korolczuk 2022: 33) wahrgenommen. Dass die politische Führung vor diesem Hintergrund über die ‚Homo-Sovieticus‘-Mentalität spottete und keine

soziale Abfederung für die heftigen Folgen der Transformation bereitstellte, verlieh ihr den Anschein von Arroganz und Ignoranz (Michalski 2017: 7; Smolar 2006). Die Tatsache, dass unter dem Systemwandel neben Bäuer:innen allen voran Arbeiter:innen zu leiden hatten, nährte zudem das Narrativ des ‚Verrats‘, verdankte doch die neue Elite, die sich nun so ignorant gegenüber den Sorgen und Nöten der ‚einfachen Bevölkerung‘ verhielt, ihre Macht der Solidarność-Bewegung, die aus der Streikbewegung der Arbeiter:innen hervorgegangen war. Die machthabenden Modernisierungsbefürworter:innen verteidigten dagegen ihre Politik grundsätzlich mit dem Argument, dass der Wandel nach einer schmerzhaften, aber unumgänglichen Übergangsphase letztlich allen zugute kommen werde. Probleme wurden, wie gesagt, von den ‚Liberalen‘ eher auf einen angeblich mangelnden Anpassungswillen und ein nostalgisches Beharren traditionsverwurzelter Pol:innen auf überholte Lebensmodelle zurückgeführt als auf die umgesetzten Strukturreformen (Keinz 2008: 92).

Führende Mitglieder des radikal anti-kommunistischen Lagers wie Jarosław Kaczyński vertraten dagegen die Überzeugung, dass der Systemwandel nur gelingen könne, wenn die harten Wirtschafts- und Sozialreformen – die sie ebenfalls für unumgänglich hielten – von einer Gesellschaftspolitik begleitet würden, welche die Menschen auf einer emotionalen Ebene anspricht (Smolar 2006). Der Frustration, die sich angesichts der Umbrüche unvermeidlich einstellen werde, müsse die Aussicht auf Gerechtigkeit gegenübergestellt werden (ebd.). Kaczyński betonte so 1994 in einem Interview, die Politik müsse „der Gesellschaft im Rahmen der laufenden Maßnahmen möglichst rasch und möglichst viel in der moralischen Sphäre anbieten“ (zitiert nach Smolar 2006, o.S.). Es ging in diesem Sinne um eine Form von ‚Metapolitik‘, welche der Systemtransformation die nötige „gesellschaftliche Legitimität“ (Smolar 2006, o.S.) verschaffen sollte. Die herablassende Haltung und das technokratische Vorgehen der liberalen ‚Modernisierer:innen‘ wurden entsprechend scharf kritisiert. Sie lieferten den ‚Anti-Kommunist:innen‘ einen Vorwand, um sich von der ‚abgehobenen politischen Elite‘ abzugrenzen und sich selbst als Vertreter:innen des ungerecht behandelten Volkes sowie als ‚wahre Erben‘ der Solidarność präsentieren zu können. Da die Ansicht, ein radikaler Umbau des ökonomischen Systems sei unbedingt notwendig, lagerübergreifend geteilt wurde, vermieden die Kritiker:innen der liberalen Transformation es dabei, die sozioökonomische Ursachen der damit verbundenen sozialen Härten direkt anzusprechen. Stattdessen verlagerten sie den politischen Konflikt bewusst in die Sphäre eines moralisch aufgeladenen Kulturkampfes (Graff & Korolczuk 2022: 109; Kubik 2012: 6; Sałek & Sztajdel 2019: 189-192).

Die Forderung nach einer radikalen „Dekommunisierung“ (Smolar 2006, o.S.) stellte einen wichtigen Aspekt dieser Strategie dar: Eine Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit

und ein klarer Bruch mit allem, was der Kommunismus verkörperte, würde es nach der Überzeugung der Anti-Kommunist:innen ermöglichen, „den bitteren Erfahrungen von Generationen einen Sinn zu verleihen“ sowie „die moralische Ordnung der Welt und die klare Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge, Gut und Böse“ (ebd.) wiederherzustellen. Für die negativen Begleiterscheinungen der Transformation wurde das Erbe der kommunistischen Vergangenheit ebenso verantwortlich gemacht, wie die von den liberalen Reformer:innen geduldete Beteiligung vormaliger kommunistischer Führungsmitglieder am neuen System. Damit wurden vermeintlich klare Schuldige für die Probleme ausgemacht, die mit der Transformation einhergingen: Einflussreiche (Ex-)Kommunist:innen und all jene ‚liberalen Eliten‘, die es diesen verbrecherischen Individuen aus egoistischem Machtkalkül erlaubten, sich weiterhin auf Kosten des ‚einfachen‘ Volkes zu bereichern. Hierbei kommt die für Populismus charakteristische Herstellung eines moralischen Antagonismus zwischen dem moralisch einwandfreien, ‚wahren‘ Volk und unmoralischen ‚Eliten‘ deutlich zum Tragen. Ein zweiter, zentraler Aspekt dieser strategischen Herstellung einer moralischen Trennlinie zwischen ‚bösen‘ (Ex-)Kommunist:innen, deren liberalen Kollaborateuren und ‚guten‘ anti-kommunistischen Freiheitskämpfer:innen bestand darin, die Nähe zur Katholischen Kirche und der christlichen Morallehre zu suchen (Keinz 2008: 190f). Da die Kirche sich, wie zuvor ausgeführt, im Widerstand gegen den Kommunismus als wichtige, vor allem moralische Instanz verdient gemacht hatte, stellte sie in diesem Zusammenhang den idealen Verbündeten dar: Sie war als moralische Autorität in der Bevölkerung anerkannt und zudem durch ihr Netzwerk, ihre historische Bedeutung für das polnische Nationalgefühl (vgl. Kap. 5.1.1) sowie das soziale Engagement nach 1989 tief und unmittelbar im gesellschaftlichen Leben verwurzelt. Jener Teil der Solidarność, der sich von dem liberal-postkommunistischen Flügel aufgrund deren Politik des ‚dicken Strichs‘ distanziert hatte, wandte sich daher in den 90er Jahren verstärkt der Kirche zu und betonte den Wert und die historische Bedeutung des Katholizismus für Polen im Widerstand gegen Fremdherrschaft und gegen die damit verbundenen Ungerechtigkeiten (ebd.). Statt kultureller Modernisierung plädierten die Anti-Kommunist:innen, rund um die Kaczyńskis, für eine Besinnung auf die nationale Tradition und Geschichte sowie auf vermeintlich ‚authentisch polnische‘ Werte wie den katholischen Glauben (ebd.). Damit einher ging die ebenfalls klassisch rechtspopulistische Konstruktion einer angeblich ‚authentischen Identität‘ des ‚wahren polnischen Volkes‘: ‚Wahre Pol:innen‘ sind nach diesem Konstrukt katholisch, konservativ und anti-kommunistisch (Grzymala-Busse 2018: 96). Die kulturelle Modernisierung, welche das ‚liberale Lager‘ forcierte, wurde dagegen als Verrat an der polnischen Nationalgeschichte verurteilt und als Beleg für die zunehmende Entfremdung der neuen Machtelite vom ‚wahren‘ Wesen Polens betrachtet (Smolar 2006). Die heftigen sozialen

Auswirkungen der (neo-)liberal geprägten Transformation boten dabei eine ideale Angriffsfläche: Die angesprochene Prekarisierung der Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung (Kap. 5.2) und die soziale Desintegration, die aus der radikalen Umstrukturierung der Wirtschaft sowie der Gesellschaft resultierten, wurden auch als Ergebnis einer Orientierung der liberalen Eliten an dem kulturellen Modell des ‚Westens‘ interpretiert. Das liberale, kulturelle westliche Modell bestand nach Ansicht des nationalkonservativen Post-Solidarność-Lagers und der Kirche vor allem aus einer fatalen Mischung aus Individualismus und Globalisierung und musste daher zwangsläufig in einer Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der nationalen, kulturellen Identität münden (Keinz 2008: 14f).

Vor diesem Hintergrund schuf der anti-kommunistische Post-Solidarność-Flügel das Narrativ einer angeblichen Verschwörung kommunistischer und liberaler Eliten, die sich im Sinne einer modernen Form von Kolonialismus an dem Systemwandel bereichern und die Identität der polnischen Nation unterdrücken bzw. Kapital- und Machtinteressen opfern würden (Grzymala-Busse 2018: 96; Michalski 2017: 4f). Der stellvertretende Vorsitzende der von Jarosław Kaczyński 1990 mitgegründeten ‚Zentrumsallianz‘, Adam Glapiński, brachte diesen Vorwurf gegenüber der liberal geprägten Transformationspolitik exemplarisch auf den Punkt, indem er behauptete: „Die dritte Besatzung – nach der deutschen und der sowjetischen – hält an. Die Besatzung der geheimen und offenen Agenten der kommunistischen politischen Polizei“ (Rede aus 1993, zitiert nach Smolar 2006, o.S.). Die ‚geheimen und offenen Agenten‘ dieser angeblichen ‚Besatzung‘ der neuen polnischen Republik waren demnach neben den (Ex)-Kommunist:innen vor allem die „‘verräterischen Eliten‘ des eigenen Lagers“ (Michalski 2017: 5) – sprich, die Mitglieder des liberal-post-kommunistischen Flügels der ehemaligen Solidarność-Bewegung. Somit wurden die liberalen und post-kommunistischen Eliten der Transformation, welche angeblich „die Helden der polnischen Solidarność-Revolution nicht nur ihrer Arbeit sondern auch ihrer Würde beraubt“ (Smolar 2006, o.S.) hätten, zu einem einheitlichen Feindbild verschmolzen. Es handelte sich bei dem „post-1989 elite establishment“ (Grzymala-Busse 2018: 96) laut diesem Narrativ um ein korruptes Kartell, ja um eine „self-serving, criminal, anti-Polish, liberal-communist mafia“ (ebd.).

Dieses populistische Narrativ und der bewusst gesuchte Schulterchluss mit der Katholischen Kirche diente den selbsternannten anti-kommunistischen Verteidiger:innen des polnischen Volkes als Teil einer umfassenden Strategie der politischen Machtgewinnung (Michalski 2017: 4f). Wie in zahlreichen Analysen der Transformationsphase kritisch angemerkt wird, waren die Führungskräfte des ‚anti-kommunistischen‘ Lagers de facto selbst Teil jener Elite gewesen, welche den Kompromiss am ‚Runden Tisch‘ ausgehandelt hatte. Zudem pflegte auch Kaczyński abseits seiner radikal anti-kommunistischen und konservativ-katholischen Rhetorik

durchaus zahlreiche Kontakte zu Post-Kommunist:innen und liberalen Politiker:innen, wenn es um das Knüpfen aussichtsreicher Bündnisse ging (ebd.). Das Kalkül, das hinter der harschen Kritik an der liberalen Transformation und allen voran an der kulturellen Liberalisierung steckte, war, sich vom ‚abgehobenen Establishment‘ abzugrenzen und sich als vermeintlich alleiniger Vertreter der Interessen des ‚wahren Volks‘ und als Verteidiger der spezifisch polnischen Kultur inszenieren zu können (Grzymala-Busse 2018: 96).

5.3.4 Geschlechterrollen als Instrument nationalkonservativer Metapolitik

Eine essenzielle Komponente der rechtspopulistischen Metapolitik, die Kaczyński und seine Mitstreitenden verfolgten, war von Beginn an die Instrumentalisierung historisch und katholisch geprägter Geschlechterrollen für die Konstruktion einer ‚nationalen Identität‘ (Ramme 2020; Keinz 2008: 18). Einen besonderen Stellenwert nahm dabei der Mythos der *Matka Polka* (dt.: ‚Mutter Polin‘) ein. Dieser geht zurück auf ein Gedicht des polnischen Dichters Adam Mickiewicz aus dem 19. Jahrhundert, in dem er die Rolle von Frauen während der Teilung Polens „[w]ürdigt bzw. verherrlicht“ (Keinz 2008: 97). So kam Frauen bzw. Müttern in der über ein Jahrhundert andauernden Phase der Dreiteilung des Landes im 18. - 19. Jahrhundert eine zentrale Bedeutung in der Bewahrung der nationalen, polnischen ‚Identität‘ zu (ebd.). Ein Beispiel hierfür ist die polnische Sprache, die von den herrschenden, fremden Großmächten während der Okkupation teilweise verboten worden war und daher nur im privaten Raum „durch die Mütter an die Kinder weitergegeben wurde, während Väter/Männer im Widerstand tätig oder inhaftiert waren“ (ebd.). Dass Mickiewicz in seinem Gedicht die Frau „als Bewahrerin und Erhalterin der polnischen Kultur, Tradition und Nation“ (ebd.) zelebriert, sei demnach im historischen Entstehungskontext des Werkes weniger eine metaphorische Figur gewesen, als vielmehr eine Beschreibung der tatsächlichen, zentralen Rolle, die Frauen und insbesondere Mütter während der Teilung Polens für das Fortbestehen einer spezifisch polnischen Nationalidentität gespielt haben, wie Keinz (ebd.) anmerkt. Ausgehend hiervon hat sich im Lauf der Geschichte des Landes jedoch rund um das Bild der ‚Matka Polka‘ als aufopferungsvolle Mutter, die sich für das Wohl der Nation vollständig der Familie widmet, ein Mythos gebildet, der Frauen losgelöst von einem konkreten historischen Kontext die bedeutsame Lebensaufgabe zumisst, für „die ‚geistige‘ und ‚biologische‘ Reproduktion der polnischen Nation“ (Ramme 2020, o.S.) zu sorgen. Der Mythos der ‚Matka Polka‘ wurde somit zu einem wichtigen „Baustein nationaler Identität“ (ebd.) und gilt „bis heute [als] ein moralischer Leitfaden“ (ebd.) für polnische Frauen.

Die Allianz aus anti-kommunistischen politischen Kräften und der Katholischen Kirche griff diesen Mythos auch in den Jahren der Transformation ab 1989 auf: Angesichts der angeblichen

‚dritten Besatzung‘ Polens durch liberal-kommunistische Eliten kam der Familie demnach abermals eine herausragende Bedeutung zu, um die ‚wahre‘ Identität Polens zu schützen und zu bewahren. Das Bild der ‚Familie als Keimzelle der Nation‘ (Kap. 4.2.2) entfaltete durch die historische Referenz auf vergangene Unterdrückungserfahrungen damit in Polen eine besondere Wirkmacht. Dies ging einher mit einer Idealisierung des „Frauentypus der Mutter Polin“ (Ramme 2020, o.S.), der „mit weiblichen Lebensentwürfen und Frauenrollen kontrastiert [wurde], die diesem Bild nicht entsprachen“ (ebd.) – feministische Bestrebungen nach Emanzipation und Forderungen nach einer kulturellen Liberalisierung liefen damit Gefahr, als „Verrat am Vaterland“ (ebd.) denunziert zu werden.

5.4 Illiberaler Populismus als Reaktion auf die neoliberal geprägte Transformation

Die illiberale Stoßrichtung des katholisch-nationalen Lagers der Anti-Kommunist:innen stieß in der ersten Dekade der Transformation nur auf wenig Zuspruch in der polnischen Bevölkerung (Smolar 2006). Die 1990er sowie die frühen 2000er Jahre wurden, wie bereits bemerkt, vom (neo-)liberalen Lager dominiert (Kubik 2012: 9). Dass sich in dieser Phase trotz der drastischen sozioökonomischen Auswirkungen des Systemwandels weiterhin Mehrheiten für das liberale Projekt der Modernisierung und eine Politik des Schlussstrichs unter die Vergangenheit fanden, schreiben Expert:innen vor allem dem Wunsch nach einer friedlichen Transition zu, sowie der Hoffnung auf eine zukünftige Verbesserung der Lebensumstände, die mit der Aussicht auf einen baldigen Beitritt zur EU verbunden wurde (Smolar 2006). Der Weg, den die ‚Anti-Kommunist:innen‘ vorschlugen, hätte dagegen „unvermeidlich zurück in die Vergangenheit, zu Konflikten und zur Infragestellung oder zumindest Verzögerung der Transformation geführt“ (ebd.). Dies war in einer Phase, in der „die Menschen sich auf den täglichen Existenz- und Überlebenskampf konzentrierten [und] davon träumten, die Wunden der Vergangenheit verheilen zu lassen“ (ebd.) offensichtlich kein überzeugendes politisches Gegenangebot zum liberalen Transformationsprojekt der ‚Post-Kommunist:innen‘.

Mit der zweiten Hälfte der 2000er Jahre änderten sich jedoch die politischen Verhältnisse. Von 2005 – 2007 regierte eine Koalition aus drei rechtspopulistischen, katholisch-nationalkonservativen Parteien unter Führung der PiS. Die zahlreichen Verstöße der PiS-geführten Regierung gegen die liberale, rechtsstaatliche Ordnung sorgten für internationale Aufmerksamkeit und veranlassten Krastev bereits im Jahr 2007 zu seiner eingangs zitierten Aussage, Polen sei das neue Zentrum des Illiberalismus in Mittel- und Osteuropa. Bevor die damit verbundenen Entwicklungen näher erläutert werden, werden zunächst einige wichtige

Faktoren angeführt, die zu dieser „politischen Wende vom Herbst 2005“ (Smolar 2006, o.S.) geführt hatten.

5.4.1 Legitimitätskrise der ‚Dritten Republik‘

Ein wesentlicher Faktor, der in der Literatur häufig angeführt wird, ist die bereits angesprochene elitäre Natur des Transformationsprozesses seit 1989: „The transition period was marked by excessive elite control over political processes“, merkt Krastev (2007: 58) kritisch an. Dies sei unter anderem den unter politischen Führungskräften verbreiteten Befürchtungen geschuldet gewesen, dass die breite Masse der Bevölkerung nicht die erforderliche Entschlossenheit aufbringen würde, die in den Augen der Modernisierer:innen dringend notwendigen, radikalen Reformen in angemessener Härte und Geschwindigkeit umzusetzen (ebd.). Wichtige Entscheidungsprozesse wurden daher bewusst entpolitisiert (Shields 2015: 663; Smolar 2006). Die im Rahmen des Systemwandels umgesetzten Reformen waren entsprechend „nicht das Ergebnis einer breiten gesellschaftlichen Debatte, in der (...) verschieden[e] Gruppeninteressen verhandelt und die unterschiedlichen politischen Kräfte miteinander konfrontiert worden wären“ (Smolar 2006, o.S.). Vielmehr waren es „Resultate einer voluntaristischen Politik der Elite, die von westlichen Experten beraten wurde“ (ebd.). Gerade in der Anfangsphase glich die Transformationspolitik daher, in den Worten Smolars (ebd.), eher einem „demokratischen Theater“ der Elite“ als einem tatsächlich demokratisch beschlossenen Gesellschaftsprojekt. Hierbei werden klare Parallelen zu der in Kapitel 2.4 beschriebenen Kritik an der Entwicklung der ‚westlichen‘ Demokratien in den vergangenen Jahrzehnten deutlich: Während Smolar (ebd.) mit Blick auf den polnischen Systemwandel von einem ‚demokratischen Theater‘ spricht, beschreiben besonders scharfe Kritiker:innen den ‚westlichen Post-Demokratien‘ ebenfalls, dass politische Auseinandersetzungen dort nurmehr ein öffentlich inszeniertes Spektakel seien, während tatsächliche Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfänden (vgl. Kap. 2.4).

An dieser Stelle scheint es wichtig zu betonen, dass die politischen Eliten, welche den Transformationsprozess in Polen lenkten, die Demokratie nicht infrage stellten oder demokratische Institutionen angriffen – sie sorgten im Gegenteil für einen Ausbau und die rechtsstaatliche Verankerung demokratischer Prinzipien und Institutionen (Smolar 2006). Jedoch war die institutionalisierte politische Sphäre zu Beginn des Systemwandels noch unterentwickelt. Die Parteienlandschaft war stark fragmentiert und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie soziale Bewegungen und Interessensgruppen waren nur schwach ausgeprägt (ebd.; Sałek & Sztajdel 2019: 194). Dies verschaffte „den Mächtigen in den neuen Demokratien [wie Polen] einen enormen Spielraum“, wie Smolar (2006, o.S.) resümiert. Daher

lag, „solange der demokratische Gehalt der demokratischen Institutionen schwach war, (...) die tatsächliche Macht und Initiative bei der modernisierenden, pro-westlichen neuen Elite“ (ebd., o.S.).

Problematisch war in diesem Kontext vor allem der von dieser Elite geführte Diskurs einer vermeintlichen Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen, der abermals Ähnlichkeiten zu den in Kap. 2.4 beschriebenen Entwicklungen in Westeuropa aufweist. Die liberalen Reformers:innen in Polen stellten ihre Transformationspolitik als einzig denkbare Option dar und verwiesen dabei auf angebliche Sachzwänge, durch die sie in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt seien (Smolar 2006; Krastev 2007: 58f). Durch diese Haltung delegitimierten sie selbst konstruktive Kritik an ihrer Politik von vornherein als irrational, wie Ost (zitiert nach Krastev 2007: 58) betont: “[B]y presenting their policies not so much as ‘good’ ones but as ‘necessary’ ones, not as ‘desirable’ but as ‘rational,’ liberals left their supporters no acceptable way to protest or express dissatisfaction”. Das Narrativ der äußeren Sachzwänge wurde durch den angestrebten und schließlich 2004 realisierten EU-Beitritt weiter verstärkt: Die Aufnahmebedingungen sowie das *Acquis communautaire*³⁴ der EU mussten von Polen erfüllt werden, um Mitglied bei der Union werden zu können. Diese Tatsache wurde vonseiten der politischen Führungskräfte als Argument herangezogen, um ihre Reformpolitik als objektive Notwendigkeit darzustellen. Krastev (ebd.: 58f) kritisiert daher, dass in Polen mit dem Beitritt zur EU endgültig eine „elite hegemony over the democratic process“ institutionalisiert worden sei. Das Parlament sei dabei vom zentralen Ort entscheidender politischer Debatten zu einer Institution reduziert worden, die vornehmlich mit der Umsetzung des EU-*Acquis* betreut wurde. Aus diesen Entwicklungen resultierte im Lauf der Transformation ein „tiefsitzendes Gefühl gesellschaftlicher Entfremdung“ (Smolar 2006, o.S.), wie viele Beobachter:innen konstatieren. Weite Teile der ‚einfachen Bevölkerung‘ nahmen demnach die neue, liberal-demokratische Ordnung als ein System war, „where voters could change governments but could not change policies“ (Krastev 2007: 58). Entsprechend fühlten sie sich vom politischen Geschehen und der tatsächlichen Entscheidungsfindung exkludiert (Kubik 2012: 10). Dies führte in Verbindung mit den sozialen Härten der Transformation zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit den politischen Entscheidungsträger:innen und einem Vertrauensverlust in das liberal-demokratische System (Krastev 2007: 56; Sałek & Sztajdel 2019: 198; Smolar 2006). Der Vertrauensvorschuss, den auch jene Bürger:innen den liberalen Modernisierer:innen mit Blick auf das Versprechen einer besseren Zukunft gewährt hatten, die in den frühen 1990ern besonders unter den radikalen Reformen gelitten haben, schien um die Jahrtausendwende nach

³⁴ Das *Acquis Communautaire* der EU (dt. der ‚gemeinschaftliche Besitzstand der EU‘) umfasst „alle Rechte und Pflichten, die für jedes EU-Mitglied verbindlich sind“ (Möller 2020).

über einer Dekade der Transformation zunehmend aufgebraucht. Angesichts der Tatsache, dass die Politik der vergangenen Jahre neben einigen ‚Transformationsgewinnern‘ auch etliche ‚Verlierer:innen‘ geschaffen hatte, machte sich ein „growing social disillusionment with the ruling elite, political institutions and, more generally, the state of democracy in the country“ (Salek & Sztajdel 2019: 198) breit. Vor allem unter den ‚Verlierer:innen‘ mehrten sich mit Blick auf die Transformation Anzeichen einer „fatigue“ (ebd.: 200) und es wuchs die Aversion gegen die „Machtarroganz der politischen Elite der Dritten Republik“ (Michalski 2017: 7). Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass verschiedene Faktoren zu einem wachsenden Legitimationsverlust der herrschenden Machtverhältnisse beitrugen: Die elitäre Natur des Transformationsprozesses, der Diskurs einer vermeintlichen Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen, eine gewisse „transformational exhaustion“ (Kubik 2012: 9) nach Jahren der Reformen, sowie die heftigen sozioökonomischen Auswirkungen wie allen voran die drastisch gestiegene soziale Ungleichheit, denen die federführenden, liberalen Eliten – Stichwort ‚Homo Sovieticus‘ – oftmals mit Ignoranz und Herablassung begegneten. Durch diesen Legitimationsverlust bildete sich ein Gelegenheitsfenster für politische Kräfte, die sich gegen den ‚Status Quo‘ aussprachen und Alternativen zu dem vermeintlich alternativlosen Konsens der bisherigen politischen Eliten präsentierten. Auch Polen durchlebte also, um den in Kap. 2.5 verwendeten Begriff wieder aufzugreifen, einen ‚populistischen Moment‘.

5.4.2 Der populistische Moment in Polen: Neusortierung der Parteienlandschaft um die Jahrtausendwende

Der ‚populistische Moment‘, der aus einer grundlegenden Legitimitätskrise resultiert, geht, wie in Kap. 2.5 bereits ausgeführt, mit der Entstehung einer Vielzahl an politischen Bewegungen einher, die sich von den etablierten Akteuren abgrenzen und die herrschenden Verhältnisse kritisieren bzw. neu interpretieren. Die Legitimitätskrise in Polen betraf vor allem diejenigen liberalen Reformers:innen, „die seit den Tagen des ‚Runden Tisches‘ die Modernisierung des Landes vorangetrieben“ (Smolar 2006, o.S.) hatten. Dies spiegelte sich in einer sinkenden Zustimmung zum vorherrschenden Modell der Demokratie wider (Krastev 2007: 57). Zudem kam es zu einer deutlichen Veränderung der Parteienlandschaft um die Jahrtausendwende. Die ‚Wahlaktion Solidarność‘ (AWS), die von 1997 – 2001 in einer Koalition mit der liberalen ‚Freiheitsunion‘ (UW) regiert und in dieser Amtszeit den NATO-Beitritt realisiert sowie den EU-Beitritt intensiv vorbereitet hatte (Salek & Sztajdel 2019: 194f), zerbrach an innerparteilichen Auseinandersetzungen über diese verstärkte Anbindung an den ‚Westen‘. Nachdem viele ihrer wichtigsten Mitglieder die Partei in diesem Kontext verlassen hatten, verlor sie bei der Parlamentswahl im September 2001 im Vergleich zu den vorangegangenen

Wahlen massiv an Stimmen (von 33,8 % im Jahr 1997 auf 5,6 % im Jahr 2001) und verpasste damit den erneuten Einzug in den Sejm.

Im selben Kontext kam es im Jahr 2001 zur Neugründung zweier Parteien, die heute das politische Geschehen in Polen derart dominieren, dass sich Mehrheitsverhältnisse in den vergangenen beiden Dekaden nur noch entlang des zwischen diesen beiden Parteien entstanden ‚Duopols‘ formieren ließen (Sałek & Sztajdel 2019: 195, 202f): die ‚Bürgerplattform‘ (PO) sowie die Partei ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PiS). Beide Parteien gingen im Wesentlichen aus der zerfallenen AWS hervor, wobei die PO auch einige ehemalige Führungsmitglieder der liberalen ‚Freiheitsunion‘ (UW) gewinnen konnte (wie unter anderem Donald Tusk), während die PiS sich zu Teilen aus katholisch-nationalistisch orientierten Parteien rekrutierte. Die inhaltlichen Überschneidungen der beiden Parteien waren in ihren Anfangsjahren dennoch relativ hoch und sie streben im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2005 sogar ein gemeinsames Regierungsbündnis an (das letztlich scheiterte). Jedoch entfernten sich ihre jeweiligen Programme und Narrative im Lauf der Jahre zunehmend voneinander: Vor allem in kultureller Hinsicht wurden sie, wie Sałek und Sztajdel (2019: 189-192) betonen, zu einem kontrastierenden Duopol, bei dem die PO unter der Führung von Tusk für einen liberalen, pro-‚westlichen‘ und globalisierungsfreundlichen Modernismus steht und die PiS unter den Kaczyńskis für einen katholisch-nationalen, EU-skeptischen Konservatismus. In den Begrifflichkeiten der vorangegangenen Kapitel könnte man daher sagen, dass die PO bis zu einem gewissen Grad³⁵ für einen ‚apertistischen‘ Liberalismus (‚Öffnung‘) steht, während die PiS sich klar für eine stärkere nationale ‚Schließung‘ und die Besinnung auf traditionelle Werte ausspricht.

Die Spaltung der Parteienlandschaft in zwei sich gegenüberstehende Lager, die sich vor allem entlang einer soziokulturellen Trennlinie voneinander abgrenzen, spiegelt eine grundsätzlichere Spaltung der polnischen Gesellschaft wider, die sich seit 1989 vollzog: Während Teile der Bevölkerung nach individueller Emanzipation, säkularen Verhältnissen und einer grundsätzlichen Modernisierung strebten, suchten andere angesichts der einschneidenden Umbrüche Zuflucht im Katholizismus und in nationalen Traditionen (Keinz 2008: 18; Ramme 2020). Dies lässt sich als ‚polnische Variante‘ der Spaltung in Kosmopolit:innen versus Kommunitarist:innen (Kap. 2.3.3) interpretieren. Dieser „tiefgreifend[e] Dissens“ (Keinz 2018:

³⁵ Die Aussage ist insofern zu relativieren, als die PO im Vergleich zum kulturellen Liberalismus, der den ‚Westen‘ seit den 1970ern prägte, vor allem in ihrer anfänglichen Ausrichtung deutlich konservativere Werte vertrat. Dies änderte sich jedoch im Lauf der Jahre, da die PO, nicht zuletzt, um sich vom Illiberalismus der PiS abzugrenzen, sich auch gesellschaftspolitisch immer stärker für liberale Emanzipation (u.a. etwa auch für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts) aussprach (Sałek & Sztajdel 2019: 191f, 201, 207ff).

18) markiert bis heute viele gesellschaftspolitische Konflikte in Polen und wird parteipolitisch durch das Duopol von PO (liberal) und PiS (anti-liberal) repräsentiert (Sałek und Sztajdel 2019: 195). Entsprechend den umkämpften Verhältnissen haben die Parteien seit 2005 im Wechsel regiert (PiS: 2005 - 2007 und 2015 - 2023; PO: 2007 – 2015 und erneut seit 2023). Da in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf der PiS und deren rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategie liegt, stehen im Folgenden vor allem deren Regierungsphasen im Fokus.

5.4.3 Rechtspopulismus als alternatives Modell: Der Aufstieg der PiS

Angeichts des wachsenden Legitimationsverlusts der Eliten, welche seit 1989 die Transformation Polens gestaltet hatten, gelang der PiS mit einer Programmatik, die einen klaren Bruch mit der bisherigen postkommunistischen Transformationspolitik versprach, bei den Wahlen im Jahr 2005 ein großer Erfolg: Der Kandidat der PiS für die Präsidentschaftswahl, Lech Kaczyński, wurde zum Staatspräsidenten gewählt und aus der Parlamentswahl ging die PiS unter der Führung von Jarosław Kaczyński als stärkste Kraft hervor (Sałek und Sztajdel 2019: 195). Sie bildete nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der PO schließlich eine Koalition mit der ebenfalls 2001 neugegründeten, katholisch-nationalistischen ‚Liga Polnischer Familien‘ (LPR) sowie der bäuerlich-populistischen, konservativen ‚Samobrona‘ (dt. ‚Selbstverteidigung‘). Die Kaczyński-Zwillinge, welche die PiS von Beginn an stark auf sich zugeschnitten hatten, diktierten hierbei die inhaltliche Ausrichtung sowie die Narrative der neuen Regierung. Dabei führten sie ihren rechtspopulistischen, katholisch-nationalen Kurs eines moralisierenden Kulturkampfs fort, den sie in den 1990er Jahren eingeschlagen hatten. Entsprechend lassen sich viele Elemente, die in Kapitel 3 als zentrale Merkmale von (Rechts-) Populismus theoretisch beschrieben wurden, anhand des empirischen Fallbeispiels der PiS verdeutlichen, wie in den folgenden Abschnitten aufgezeigt wird.

Neben zentralen Wahlkampfversprechen wie der Bekämpfung von Korruption und einer stärkeren sozialen Abfederung des Strukturwandels, bestand das erklärte Ziel der Kaczyńskis in der Errichtung der ‚Vierten Republik‘ (ebd.: 191). Mit diesem Begriff grenzten sie sich dezidiert von der Transformationspolitik der vergangenen 16 Jahre ab: Da die aus den Verhandlungen am Runden Tisch 1989 hervorgegangene ‚Dritte Republik‘ unter der Beteiligung ehemaliger kommunistischer Kader entstanden war, stellte sie nach Ansicht der Anti-Kommunist:innen von Beginn an ein illegitimes Konstrukt dar (Bazydło 2016). Die rechtsstaatliche Ordnung, die nach der Wende etabliert wurde, war nach ihrer Auffassung demnach eigentlich ein Unrechtsstaat, da mit „der Anerkennung des bestehenden Rechts (...) das vom alten System ererbte Unrecht“ (zitiert nach Smolar 2006, o.S.) fortgesetzt worden sei. Mit dem Ziel, in Abgrenzung hierzu die ‚Vierte Republik‘ zu begründen, verliehen die

Kaczyńskis auf plakative Art und Weise ihrem Vorhaben Ausdruck, die polnischen Bürger:innen aus der erneuten ‚Besatzung‘ durch entfremdete und von Kommunist:innen unterwanderte Eliten zu befreien. Die korrupte, ‚liberal-kommunistische‘ Elite, die das ‚wahre polnische Volk‘ laut dem Narrativ der Rechtspopulist:innen 1989 ‚verraten‘ hatte und seitdem systematisch ausbeutete, sollte zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür richtete die PiS-geführte Regierung eine eigene ‚Anti-Korruptions-Behörde‘ ein, die mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet wurde (Bazydło 2016; Smolar 2006). Die Behörde diente dazu, das bereits in den 1990er Jahren von den Anti-Kommunist:innen formulierte Vorhaben der Lustration (Kap. 5.3.2) in die Tat umzusetzen. In öffentlichkeitswirksam vollzogenen³⁶ Festnahmen und Verurteilungen inszenierte sich die PiS als ‚Law and Order‘-Partei, die im Namen des ‚wahren Volkes‘ die Verfehlungen der Vergangenheit korrigierte und wieder für Recht und Gerechtigkeit sorgte. Dabei ging sie recht willkürlich vor und bezichtigte vielfach auch einflussreiche Personen öffentlich der Korruption, die sich bei späteren Untersuchungen als unschuldig erwiesen (ebd.; Michalski 2017: 4f).

Hierbei lassen sich einige ‚typische‘ Elemente (rechts-)populistischer Mobilisierung ausmachen. Zunächst spiegelt das Vorgehen der PiS, sich als ‚Sprachrohr‘ der polnischen Bevölkerung zu präsentieren, die zentrale populistische Strategie wider, einen Alleinvertretungsanspruch auf das zu erheben, was ‚das (wahre) Volk‘ angeblich will (Kap. 3). Dem liegt die ebenfalls ‚klassisch‘ populistische Grundannahme zugrunde, dass es einen homogenen und eindeutig zu identifizierenden ‚Volkswillen‘ gebe – in diesem Fall etwa die Annahme, die gesamte polnische Bevölkerung sehne sich nach einer radikalen Lustration. Die Bezeichnung der liberalen, institutionellen Ordnung der ‚Dritten Republik‘ als illegitimes Konstrukt und die bewusste Umgehung rechtsstaatlicher Mechanismen (wie z.B. im angeblichen ‚Kampf gegen Korruption‘) ist weiters ein eindrückliches Beispiel für die populistische Ablehnung von ‚vermittelnden Instanzen‘, die als Hindernis einer unmittelbaren Verbindung zwischen dem Volkswillen und dem ‚wahren Volksvertreter‘ (der PiS) betrachtet werden. Die Praxis, mit demonstrativer Härte gegen (vermeintliche) Korruption vorzugehen, diente der PiS zudem dazu, politische Gegner durch die Verwicklung in „künstlich erzeugte Korruptionsskandale“ (Bazydło 2016, o.S.) moralisch zu diskreditieren und sich zugleich selbst als Stimme und ‚Rächerin‘ des angeblich seit 1989 abermals unterdrückten Volkes moralisch zu erhöhen. Die politische Strategie der PiS war also nicht zuletzt von Moralismus – einem Kernmerkmal populistischer Bewegungen (Kap. 3) – geprägt. Der Moralismus wurde dabei

³⁶ Oft wurden Festnahmen von Polizeibeamt:innen gefilmt und „zur besten Sendezeit im Fernsehen ausgestrahlt“ (Bazydło 2016, o.S.). Zudem gab der Justizminister häufig Pressekonferenzen, auf denen er erfolgreiche Festnahmen verkündete und dabei „Requisiten vom ‚Tatort‘ präsentierte“ (ebd.).

durch eine starke Fundierung der eigenen Politik im Katholizismus bekräftigt, wie folgend ausgeführt wird.

Es ging der seit 2005 amtierenden PiS-Regierung nicht nur darum, die angeblich von Kommunist:innen und deren Verbündeten ‚besetzten‘, zentralen Institutionen wie die öffentliche Verwaltung, das Justizwesen, die Polizei und die öffentlich-rechtlichen Medien, ‚zurückzuerobern‘ (in den Worten Jarosław Kaczyńskis, sh. Smolar 2006), sondern der Anspruch war letztlich, Polen einer „moralischen Rundum-Erneuerung“ (Bazydło 2016, o.S.) zu unterziehen. Zu diesem Zweck brachte die Regierung unter anderem auch den ‚Landesrat für Hörfunk und Fernsehen‘ unter ihre Kontrolle, indem sie die „Aufsichtsräte der Fernseh- und Radiosender (...) ausschließlich mit regierungsnahen Kandidaten besetzt[e]“ (ebd.) und massiv Einfluss auf die Redaktionen ausübte, die ihre Berichterstattung fortan an den katholisch-nationalen Idealen der PiS ausrichten sollten. Auch im Bereich der Bildung setzte die Regierung auf einen Kurs, der „die polnische Jugend unter anderem zu mehr Patriotismus“ (ebd.) erziehen sollte. Dafür sollte die Nationalgeschichte eine größere Rolle in den Lehrplänen eingeräumt bekommen und vermehrt polnische Literatur Einzug in den Unterricht halten, „insbesondere die Kündler der nationalen Idee, [wie zum Beispiel] Adam Mickiewicz“ (ebd.) – der Autor des Gedichts an die ‚Mutter Polin‘. Damit wird deutlich, dass die PiS mit ihrer Bildungspolitik nicht nur den „Mythos der glorreichen polnischen Vergangenheit“ als Element ihres nationalkonservativen Diskurses stärken wollte, sondern zudem „in Sachen Weltanschauung und Moral“ (ebd.) verstärkt auf die Vermittlung christlicher Werte setzte.

Bei diesem Vorgehen spielte das Narrativ des Anti-Kommunismus zwar nach wie vor eine wichtige Rolle, jedoch verlagerte sich der Schwerpunkt auf einen weiter gefassten „Fremdherrschaftsdiskurs“ (Keinz 2008: 190), der sich nun stärker gegen den globalen Einfluss des ‚Westens‘ und dessen kulturellen Liberalismus als vermeintliche „Bedrohung polnischer und religiöser Tradition“ (ebd.: 189) richtete. So fand eine „Akzentverschiebung“ (Smolar 2006, o.S.) des Okkupationsdiskurses „in Richtung Antimodernismus“ (ebd.) statt. Die größte Gefahr für die nationale Souveränität stellte laut der PiS-geführten Regierung inzwischen die „Vorherrschaft des Westens mit seinen postmodernen, relativistischen, postchristlichen Werten“ (ebd.) dar. Hierbei wird deutlich, dass die PiS über die beschriebenen populistischen Grundmerkmale hinaus eindeutig als *rechtspopulistische* Partei zu beurteilen ist – das Narrativ, die nationale ‚Identität‘ müsse vor dem Einfluss des liberalen, modernen ‚Westens‘ geschützt werden, entspricht der in Kapitel 3.2 angeführten Definition von Rechtspopulismus, in deren Zentrum die Idee steht, dass eine exklusiv verstandene Identität gegen die Globalisierung verteidigt werden müsse (Priester 2016: 538).

Besonders im Angesicht des 2004 vollzogenen EU-Beitritts wurde vor einer zu weitgehenden europäischen Integration gewarnt, wobei besonders der angebliche Sittenverfall hervorgehoben wurde, der die westeuropäischen Länder durch den dort vorherrschenden kulturellen Liberalismus erfasst hätte. Adam Michnik, seit 1989 Chefredakteur der einflussreichen, liberalen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* und entschiedener Unterstützer eines wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Liberalismus, fasste das Narrativ der Kaczyńskis folgendermaßen zusammen: „Europe [according to them] is relativism, atheism, drugs, pornography, abortion, divorces, homosexuality – in short: Sodom and Gomorrha“ (zitiert nach Keinz 2008: 189f). Michniks Äußerung hat zwar einen eindeutig zynischen Unterton, jedoch weist er damit in treffender Weise auf den „Verbalradikalismus“ (Smolar 2006, o.S.) und die drastischen Moralisierung hin, die den Kommunikationsstil der PiS-Regierung kennzeichneten.

Als Beispiel hierfür mögen etwa Äußerungen des damaligen Bildungsministers Roman Giertych dienen, der die in vielen westeuropäischen Ländern vergleichsweise liberalen Abtreibungsregeln bei einer EU-Konferenz als „neue Form der Barbarei“ (zitiert nach Keinz 2008: 14) verurteilte und dabei nach dem in Kap. 4.2.2 beschriebenen ethnonationalistischen Argumentationsmuster der Neuen Rechten vor dem ‚Großen Austausch‘ der autochthonen Bevölkerungen Europas warnte: „Eine Nation, die ihre eigenen Kinder umbringt, ist eine Nation ohne Zukunft. Ein Kontinent von Menschen, die ihre eigenen Kinder ermorden, wird von jenen ersetzt werden, die sie nicht umbringen“ (ebd.). An anderer Stelle bezeichnete er Abtreibungen als eine „Todeskultur (...), die in letzten Jahrzehnten zum Mord an Millionen von Europäern geführt“ (zitiert nach Keinz 2008: 15) habe und behauptete, dass ein „solches Morden und diese Grausamkeit“ (ebd.) in der europäischen Geschichte beispiellos seien. Die implizite Relativierung des Holocaust knüpfte dabei, wie Keinz (ebd.) betont, an frühere Diskurse an, da bereits Ende 2005 eine polnische Abordnung des rechten Regierungslagers im EU-Parlament eine (später verbotene) Ausstellung organisiert hatte, die „Fotos zweier Kinder hinter Stacheldraht [zeigte], eines davon in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager“, wobei ein „die Fotos begleitender Schriftzug (...) einen Vergleich zwischen Abtreibung und der Shoa“ zog.

Auch die PiS und ihre Verbündeten nutzten also das Bild des bedrohten Kindes und die damit verbundene ‚Macht der Unschuld‘ (Kap. 4.1.2) und verstärkten diese in Fällen wie dem oben angeführten noch durch makabre Assoziationen mit dem Holocaust, um sich und ihren Narrativen moralische Autorität zu verleihen. Dadurch schufen sie die für Rechtspopulismus charakteristische Trennlinie vertikaler und horizontaler Art (Kap. 3.2) zwischen ‚gut‘ und ‚böse‘: Auf der ‚guten‘ Seite das ‚wahre polnische Volk‘ (katholisch, traditionsverwurzelt, national) und auf der ‚moralisch verkommenen‘ Gegenseite die liberalen, pro-westlichen,

globalisierungsfreundlichen Eliten (vertikal) sowie sexuelle Minderheiten, Feminist:innen und Abtreibungsbefürworter:innen (horizontal).

Dem anti-liberalen Narrativ, das dieser konstruierten Moralisierung innewohnte, verschafften sie dabei weitere scheinbare Legitimität, indem sie den kulturellen Anti-Liberalismus mit einer Kritik an den bestehenden sozioökonomischen Problemen in Zusammenhang stellten. Grzebalska und Pető (2018: 165) betonen daher: „the articulation of the opposition to the liberal project (...) would not have been so successful, if it had not been grounded in very real inequalities and contradictions created by the globalized, neoliberal model“. Hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Ungleichheit und die Prekarisierung von Lebensverhältnissen wurden zurückgeführt auf das liberale „Entwicklungsmodell eines egoistischen Kapitalismus“ (Smolar 2006, o.S.), das „der Volksgemeinschaft geschadet, den Gemeinsinn zerstört und zur Verbreitung antisozialer Haltungen beigetragen“ (ebd.) habe. Liberalismus wurde damit einerseits in Form einer „reactionary critique of neoliberalism“ (Graff & Korolczuk 2022: 176) in seiner ökonomischen Dimension kritisiert; im Vordergrund stand jedoch die Kritik am kulturellen Liberalismus ‚westlicher‘ Ausprägung und den damit assoziierten Eigenschaften wie Individualismus und Egoismus. Die Ablehnung richtete sich also gegen das Paradigma des apertistischen Liberalismus, das in Polen seit 1989 in den liberalen Reformen Ausdruck gefunden und damit für umfassende Öffnungsprozesse gesorgt hatte.

Dem stellte die PiS die „Vision eines ‚solidarischen Polen‘ gegenüber“ (Smolar 2006, o.S.). Sie versprach die Einführung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, mehr soziale Gerechtigkeit und die Stärkung von „Gemeinschaft und Sicherheit“ (ebd.). Den sozioökonomischen Problemen und der soziokulturellen ‚Desintegration‘ sollte durch eine stärker national orientierte Politik sowie die Besinnung auf nationale Traditionen und die ‚wahre‘ polnische Kultur und ‚Identität‘ (eine ‚Schließung‘ auf nationaler Ebene) entgegengewirkt werden. Da hierbei christliche Werte im Zentrum standen, bestand die wohlfahrtsstaatliche Unterstützung, welche die PiS versprach, vor allem in der Förderung kinderreicher Familien, was eine Stärkung des ‚traditionellen‘ Familienmodells und die Anhebung der Geburtenrate bezwecken sollte – beides Maßnahmen, die der angeblich drohenden ‚Entvölkerung‘ des ‚wahren Polens‘ entgegenwirken sollten (Keinz 2008: 15). Gestärkt werden sollte durch die Wiederbelebung von Patriotismus und Kulturtraditionalismus auch die nationale Identität und ein nationales Selbstbewusstsein, das in den Transformationsjahren gelitten hatte: Einige Pol:innen hatten, wie Smolar (2006, o.S.) bemerkt, die von den Modernisierer:innen propagierte Aufholjagd gegenüber dem ‚Westen‘ als „Demütigung“ empfunden, da die Orientierung am ‚westlichen‘ Vorbild ja impliziert hatte, dass Polen im Vergleich dazu rückständig und defizitär war. Vor diesem Hintergrund wiederholte Jarosław Kaczyński immer wieder, dass es höchste Zeit sei, dass die Pol:innen sich ‚von ihren

Knien erheben‘ würden und sich nicht länger von den liberalen, ‚westlichen‘ Eliten ‚beschämen‘ lassen sollten (zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 108). Während der ‚liberale Westen‘ in der Argumentationsstruktur der PiS als moralisch korumpiert galt, konnte man in Polen stolz auf die tiefe Verwurzelung der nationalen Tradition im Katholizismus und der christlichen Morallehre verweisen. In dieser Hinsicht hatte Polen dem ‚Westen‘ etwas voraus und konnte diesem in seiner moralischen ‚Rückständigkeit‘ ein Vorbild sein. Wenn sich die polnische Gesellschaft also wieder auf ihre eigene Tradition und ihre ‚wahre Identität‘ als zutiefst katholisches Land besinnen würde, würde sie auch ihren Nationalstolz und ein Gefühl der Würde zurückerlangen, so das Narrativ von Kaczyński, mit dem er sich vornehmlich an die ‚Transformationsverlierer:innen‘ richtete.

5.5 Der Anti-Gender-Diskurs in Polen

Nachdem die PiS-geführte Regierung 2007 aufgrund von Konflikten innerhalb der Koalition zerbrach, kam es zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die PiS nur noch zweitstärkste Kraft hinter der PO wurde und daher als regierende Partei abgelöst wurde. Von 2007 – 2015 regierte die PO unter Donald Tusk.

In dieser Phase verschärfte die PiS unter der Führung von Jarosław Kaczyński³⁷ ihre anti-liberale und katholisch-nationalkonservative Rhetorik. Zudem verstärkte sie ihre Beziehungen „zum national-konservativsten Teil der katholischen Kirche“ (Smolar 2006, o.S.) und wurde unter anderem massiv von dem einflussreichen Radiosender ‚Radio Maryja‘ unterstützt, mit dem sie seit 2005 ein enges Verhältnis pflegte (Sałek & Sztajdel 2019: 191). ‚Radio Maryja‘ hat mit über zwei Millionen Hörer:innen in Polen nicht nur eine enorme Reichweite, sondern ist, wie Graff und Korolczuk (2022: 69) es formulieren, „in fact a powerful social movement“, das sich in vielen Bereichen der Gesellschaft für Katholizismus und einen radikalen Nationalkonservatismus stark macht. Es ist zudem nur Teil eines größeren Netzwerks des Redemptoristen-Priesters Tadeusz Rydzyk, der als Medienunternehmer unter anderem einen TV-Sender, eine Tageszeitung sowie eine eigene Hochschule für Medien betreibt und der die PiS mit diesem Netzwerk breitflächig unterstützt (ebd.: 69f).

Da während der Regierungszeit der PO auch diverse Gleichstellungsmaßnahmen entsprechend den EU-Richtlinien zu Gender Mainstreaming umgesetzt wurden, formierte sich besonders in diesem konservativ-katholischen Unterstützungsumfeld der PiS in diesen Jahren erster Widerstand gegen die befürchtete Verbreitung der ‚Gender-Ideologie‘. Als zentrales Ereignis, das den Beginn der Anti-Gender-Kampagnen in Polen markiert, nennen Graff und Korolczuk (2022: 72) politische Auseinandersetzungen rund um die Ratifikation des ‚Übereinkommens

³⁷ Lech Kaczyński kam 2010 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben (Sałek & Sztajdel 2019: 199).

des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt‘, meist nach dem Ort seiner Entstehung kurz als ‚Istanbul-Konvention‘ bezeichnet. Die Konvention wurde 2011 von einigen Mitgliedsstaaten des Europarates als „völkerrechtlich bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ (UN Women Deutschland 2023, o.S.) verabschiedet. Neben der Prävention und der strafrechtlichen Verfolgung von häuslicher Gewalt sowie von geschlechtsspezifischer Gewalt generell, sieht die Konvention unter anderem „die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter“ (ebd.) vor. Das Vorhaben der liberalen Regierung unter Tusk, die Istanbul-Konvention Ende 2012 ebenfalls unterzeichnen zu wollen, sorgte in einigen konservativ-katholischen Kreisen für Kritik: Die Organisation *Save the Little Ones*, die von Eltern 2009 aus der Sorge heraus gegründet worden war, dass sexuelle Aufklärung in Schulen für eine ‚Frühsexualisierung‘ der Kinder sorgen würde, lehnte die Istanbul-Konvention etwa mit der Begründung ab, dass die vorgesehenen Maßnahmen gegen häusliche Gewalt die elterliche Autorität untergraben würden (Graff & Korolczuk 2022: 70). Ähnlich äußerten sich andere Bewegungen ‚besorgter Eltern‘ und Organisationen, die ‚traditionelle Familienwerte‘ vertraten (ebd.).

Für besonderes Aufsehen sorgte jedoch eine Äußerung des damaligen Justizministers Jarosław Gowin, der sich im April 2012 öffentlich gegen das Vorhaben seiner Regierung stellte, die Konvention zu unterzeichnen. Er nannte das Übereinkommen „a ‚carrier of gender ideology““ (zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 72) und griff damit die von der Katholischen Kirche konstruierte Metapher von ‚Gender‘ als Trojanischem Pferd (Kap. 4.1.3) auf: Unter dem Deckmantel des Schutzes von Frauen vor Gewalt versteckte sich nach Gowins Ansicht die Agenda, die Institution der traditionellen Familie anzugreifen (Graff & Korolczuk 2022: 72). Die Tatsache, dass der Text der Konvention das Wort ‚Gender‘ beinhaltete, sah er dabei als klares Indiz für den sozialkonstruktivistischen Anspruch (die polnische Gesellschaft neu zu gestalten), der sich demnach eigentlich hinter dem Vertrag verbarg. Damit legte er den Grundstein für einen Anti-Gender-Diskurs, dem sich bald viele katholische und nationalkonservative Gruppierungen anschlossen. Grundtenor des Diskurses war dabei, Feminist:innen, Sexualpädagog:innen und andere Unterstützer:innen der Istanbul-Konvention als Verräter:innen darzustellen, die Polen einer globalen Verschwörung der Gender-Agenda der ‚liberalen Eliten‘ ausliefern würden (ebd.). Auch das Vorhaben der Tusk-Regierung, eingetragene Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare zu ermöglichen, rief ähnliche Kritik hervor und wurde etwa von dem Vertreter des ‚Rates für die Familie‘ des polnischen Episkopats, Bischof Stanisław Stefanek, als vermeintlicher Beweis dafür betrachtet, „that the ruling party implements global directives, dressing them up in trendy words, claiming that this is what progress and freedom are about““ (zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 72), während

sie eigentlich die Abschaffung der traditionellen Ordnung bewirke und die Entwicklung der Kinder gefährde.

Auch die ‚polnische Version‘ des Anti-Gender-Diskurses, der sich aus dem Widerstand gegen die Istanbul-Konvention ab 2012 entfaltete, ist gekennzeichnet von den Merkmalen, die in Kapitel 4.1 beschrieben wurden: Die Stilisierung von ‚Gender‘ als gefährliche Ideologie, welche die ‚natürliche Ordnung‘ gefährde und vermeintlich ‚gottgewollte‘ Normen von Geschlecht und Sexualität bewusst angreife; eine stark moralisierende Rhetorik, in der das Kind in seiner Schutzbedürftigkeit hervorgehoben wird und die ‚traditionelle Kernfamilie‘ als Schutzraum gegen den ‚Gender-Wahn‘ verteidigt werden soll; sowie das Narrativ einer angeblichen globalen Verschwörung diverser Kräfte, kulturelle und religiöse Traditionen auflösen zu wollen. Auch hinsichtlich Symbolik und Bildsprache greifen die polnischen Anti-Gender-Aktivist:innen auf das ‚Standardrepertoire‘ des globalen Anti-Gender-Diskurses zurück, wie etwa eine Grafik (Abb. 7) der ultrakonservativen Ordo Iuris Bewegung aus einer Kampagne für den ‚Schutz von Kindern‘ illustriert: Der Regenbogen als Symbol der LGBTQ*-Bewegung, hier als angreifende Faust bzw. als ominöse Bedrohung ‚von oben‘ dargestellt, findet sich ebenso wieder, wie das beliebte Bild der Familie, die vor ebendieser Bedrohung Schutz sucht. Unter der Grafik erfolgt der Aufruf der gleichnamigen Kampagne: ‚Schützen wir unsere Kinder!‘.



Abbildung 7: Ordo Iuris Kampagne 'Schützen wir unsere Kinder' – 2018 (Ordo Iuris 2018)

Da die typischen Merkmale von Anti-Gender-Kampagnen bereits beschrieben wurden, wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung des Diskurses in Polen verzichtet. Stattdessen werden im Folgenden jene Aspekte hervorgehoben, die als landesspezifische Besonderheiten gelten können.

5.5.1 Gender als kommunistische Ideologie und fremde Invasion

Ein Aspekt, der zwar auch in anderen Ländern teilweise zu beobachten ist (4.1.3.), der jedoch in Polen aufgrund der kommunistischen Vergangenheit besonders stark ausgeprägt ist, ist der Ansatz, Gender als modernen Ausdruck ‚marxistischer Ideologie‘ zu werten. Eine Erklärung der polnischen Bischofskonferenz im Jahr 2013 macht beispielhaft deutlich, wie die Katholische Kirche und andere Akteure, die sich in Polen gegen die ‚Gender-Ideologie‘ engagieren, durch die Verknüpfung der Gender-Thematik mit ‚Marxismus‘, Erinnerungen an

die dunkle Vergangenheit des kommunistischen Regimes wachrufen und damit feministische Bestrebungen und sexuelle Freiheit diskreditieren:

Gender ideology is the product of many decades of ideological and cultural changes that are deeply rooted in the Marxism and neo-Marxism endorsed by some feminist movements, and also the sexual revolution. (...) The danger of gender ideology lies in its very destructive character both for mankind, personal contact and social life as a whole. (Zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 73f)

Vor allem mit Blick auf sexuelle Bildung wird von polnischen Anti-Gender-Aktivist:innen oft der Vergleich mit Praxen der totalitären Vergangenheit bemüht: ‚Gender-Ideolog:innen‘, die bereits Kinder mit ihrer krankhaften ‚Ideologie‘ konfrontierten, indem sie in Kindergärten und Schulen Bücher mit gendergerechter Sprache und nicht-heteronormativen Inhalten verbreiteten, verfolgten demnach, wie früher die kommunistische Führung, das langfristige Ziel, die totale Kontrolle über die Erziehung, das Denken und das Privatleben der Menschen zu erlangen (Graff & Korolczuk 2022: 77).

Die Assoziationen mit Unterdrückungserfahrungen in der nationalen Vergangenheit beschränken sich dabei nicht nur (jedoch hauptsächlich) auf den Kommunismus, sondern umfassen häufig auch Referenzen auf die deutsche Besatzung während des Nationalsozialismus. Der polnische Bischof Tadeusz Pieronek stellte in diesem Zusammenhang etwa die Behauptung auf: „Gender ideology is worse than communism and Nazism put together“ (Kuhar & Paternotte 2017: 176). Die Tatsache, dass zu den Voraussetzungen, die Polen im Rahmen des EU-Beitritts erfüllen musste und zu denen es als Mitglied der EU gemäß dem Aquis Communautaire verpflichtet war, auch die Umsetzung von Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung zählten, wurde von nationalkonservativen Gender-Gegner:innen als moderne Form der ‚Kolonisierung‘ verurteilt: Polen werde von liberalen Eliten des moralisch verkommenen ‚Westens‘, welche die EU-Institutionen in Brüssel durch ihr globales Lobbynetzwirk – die „homo/ feminist/ anti-Church lobby“ (Graff & Korolczuk 2022: 75) – unterwandert hätten, ‚kulturell kolonisiert‘. Der polnischen Bevölkerung würden so durch rechtliche Verordnungen Werte aufgezwungen, die im Widerspruch zur lokalen Kultur und Tradition stünden und welche letztlich zur Zerstörung des ‚wahren‘ Polens führen würden (ebd.). Als bildhaftes Beispiel führen Graff und Korolczuk (2022: 102f) ein Foto an, das sie auf einer Demonstration gegen Sexualpädagogik in Warschau im Jahr 2015 aufgenommen haben: Die Aufnahme (Abb. 8) zeigt ein Plakat, auf dem Teilnehmende der Demonstration ‚Gender‘



Abbildung 8: Gender als Ebola aus Brüssel (Graff & Korolczuk 2022: 102)

und die Istanbul-Konvention als ‚Ebola aus Brüssel für Polen‘ bezeichnen und dabei die angeblich drohende Gefahr mit Symbolen wie Särgen und einem Totenkopf untermalen. Die Assoziation der Gleichstellungsgesetzgebung der EU (wie u.a. die in Polen so umstrittene Istanbul-Konvention) mit dem Ebola-Virus, einer tödlichen Infektionskrankheit, die vor allem in Westafrika verbreitet ist, ist hierbei wohl nicht zufällig gewählt, wie Graff und Korolczuk (2022: 102) betonen: Ebola signifiziert in diesem Kontext das bedrohliche Fremde und die Angst vor dem ‚Anderen‘ ebenso wie es als Metapher für Ansteckung und Kontaminierung steht. Damit werden „moral panics“ (ebd.) vor der raschen und unkontrollierbaren Ausbreitung der unmoralischen ‚Gender-Ideologie‘ zum Ausdruck gebracht. Ebenso erlaubt der geographische Ursprung des Virus‘ Verknüpfungen zu rassistischen Diskursen rund um eine befürchtete ‚Massenzuwanderung‘, die 2015 auch in Polen präsent waren, maßgeblich vorangetrieben von der PiS und anderen rechtsgerichteten, nationalkonservativen Kräften. Hierbei werden die vielen Anknüpfungspunkte deutlich, die sich zwischen den Narrativen der PiS und dem Anti-Gender-Diskurs ergaben und die auch in Polen zu der ‚opportunistischen Synergie‘ zwischen illiberalen Rechtspopulist:innen und Akteuren aus der Anti-Gender-Bewegung führten, wie im folgenden Abschnitt kurz beschrieben werden soll.

5.5.2 Opportunistische Synergie zwischen illiberalem Rechtspopulismus und der Anti-Gender-Bewegung

Angesichts der nationalkonservativen, ohnehin stark von der Katholischen Kirche beeinflussten Programmatik der PiS resonierte der Anti-Gender-Diskurs, der sich in Polen ab 2012 entfaltete, wenig überraschend von Beginn an mit deren Narrativen. Die vonseiten der PiS stets besonders hervorgehobene Bedeutung der Rolle der ‚klassischen‘ Familienmutter (der ‚Matka Polka‘) für die nationale Identität und der Fokus auf die ‚traditionelle‘ Kernfamilie als historische ‚Keimzelle‘ des souveränen, polnischen Staates ließen sich nahtlos anknüpfen an das Bild der vermeintlich durch die ‚zerstörerische Gender-Ideologie‘ bedrohten Familie. Die PiS als selbsternannte Stimme des ‚wahren‘ (traditionellen und katholischen) Volkes und als Verteidigerin der angeblich vor allem auf traditionellen Familien basierenden Nation schloss sich folgerichtig umgehend dem Kampf gegen Gender an und inszenierte sich als diejenige politische Kraft, die Polen vor der angeblichen Zerstörungswut der ‚Gender-Lobby‘ beschützen würde (Graff & Korolczuk 2022: 70). In einer Verbildlichung dieses Versprechens postete der PiS-Politiker Stanisław Karczewski 2019 im Zuge des Wahlkampfs auf X eine Abwandlung

des wiederkehrenden Motivs der Familie, die unter einem Schirm vor dem bedrohlich herabtropfenden Regenbogen Schutz sucht (Abb. 9). Den Schirm ziert dabei das Logo der PiS und er ist im dunkelblauen Farbton der Partei gehalten. Im Begleittext der Grafik zitiert Karczewski eine Äußerung Jarosław Kaczyńskis, welche dieser in Ablehnung der Durchführung einer ‚Pride Parade‘ in Rzeszów getätigt hatte, um die intendierte Aussage des Bildes unmissverständlich deutlich zu machen: „Wir sagen Nein! zum Angriff auf Kinder. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden die polnische Familie schützen“ (Übersetzung zitiert nach Austermann 2021).



Abbildung 9: PiS als Schutzschirm gegen die 'Gender-Ideologie' (Austermann 2021)

Die Diffamierung von Gender als angebliche marxistische Ideologie fügte sich ebenso hervorragend in das anti-kommunistische Narrativ der PiS und wurde daher von Kaczyński und seinen Anhänger:innen aufgegriffen und verstärkt. Dies stand dabei nicht im Widerspruch zu der angesprochenen Verschiebung des Fremdherrschaftsdiskurses in Richtung des ‚liberalen Westens‘ als neuem Hauptfeindbild. Obschon es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag, die ‚Gender-Ideologie‘ einerseits als „left-over from communism“ (Graff & Korolczuk 2022: 106) bzw. als Produkt eines „cultural Marxism“ (ebd.) zu betrachten und andererseits als Instrument des postmodernen, liberalen ‚Westens‘ zur globalen Durchsetzung seiner Herrschaft, lassen sich beide Narrative zu einer konsistenten Verschwörungserzählung einer angeblich angestrebten ‚Kolonisierung‘ Polens verknüpfen, wie Graff und Korolczuk (ebd.) deutlich machen: „The colonizer [according to this narrative] is not the West as such but a West whose healthy (Christian) core has been destroyed by neo-Marxism and feminism already in the 1960s“.

Auch hier fungiert Gender als ‚symbolic glue‘, der es erlaubt, anti-kommunistische mit anti-liberalen Ressentiments sowie Kritik an einer undemokratischen und ungerechten Modernisierungspolitik zu einem einheitlichen, nationalkonservativen Diskurs zu verknüpfen. So wie die Kommunist:innen nach 1989 unter Duldung der ‚post-kommunistischen, liberalen Eliten‘ angeblich die zentralen Institutionen der ‚Dritten polnischen Republik‘ unterwandern konnten, hat laut dieser Erzählung die vom Marxismus beeinflusste ‚Gender-Lobby‘ zentrale Machtzentren des globalisierten ‚Westens‘ erobert – wie etwa, für Polen besonders bedeutsam, die ‚westeuropäisch-liberal‘ geprägten Institutionen der EU. Die Institutionalisierung von Gender-Politik auf EU-Ebene in rechtlichen Vereinbarungen wie der ‚Istanbul-Konvention‘ wird als Beleg für diese vermeintliche Verschwörung liberaler Eliten und mächtiger

Minderheiten (Feminist:innen, LGBTQ*-Aktivist:innen, etc.) interpretiert. Der Umstand, dass Maßnahmen im Zuge des EU-Beitritts tatsächlich oftmals ohne wirklichen Einbezug der Gesellschaft und unter Verzicht auf eine öffentliche politische Debatte umgesetzt wurden (Kap. 5.4.1), verleiht diesem Narrativ dabei zumindest hinsichtlich des Vorwurfs, dass das Vorgehen der ‚liberalen Modernisierer:innen‘ in Polen häufig „undemocratic und top down“ sei, eine nicht zu leugnende Argumentationsbasis, wie auch Graff und Korolczuk (2022: 75) eingestehen.

Von sachlicher Kritik an elitären, bürgerfernen und entpolitisierten Prozessen der Entscheidungsfindung und der Implementierung von Gesetzen – die auch von kritischen Feminist:innen durchaus geäußert wird, wie die Autorinnen anmerken – unterscheidet sich der rechtspopulistisch geprägte Anti-Gender-Diskurs der PiS jedoch insofern, als er stark auf Emotionalisierung und Moralisierung setzt. Dabei wird berechtigte Kritik mit unbelegten, verschwörungstheoretischen Annahmen vermengt bzw. komplexe Zusammenhänge auf die vermeintliche simple ‚Wahrheit‘ verkürzt, eine mächtige, globale ‚Gender-Lobby‘ verfolge den sinistren Plan, sich die Welt zu unterwerfen (Graff & Korolczuk 2022: 91). Exemplarisch zeigt sich dies in einem 2019 auf X veröffentlichten Post der damaligen Parlamentsabgeordneten der PiS, Krystyna Pawłowicz, die damit auf die Unterzeichnung einer Charta für LGBTQ*-Rechte des Warschauer Bürgermeisters reagierte, indem sie schrieb:

This is war! On Polish children and families. On Polish villages and cities. ON POLAND AND EUROPE, which AWAITS our HELP! On Polish identity and culture. [...] We HAVE to win this culture WAR! Proponents of Soros and leftist pathological ways – HANDS OFF POLAND AND EU! (Zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 67)

Was bei diesem Zitat neben der drastischen Moralisierung deutlich wird, ist die besondere Rolle, die Polen von der PiS im europäischen Kontext zugeschrieben wird: Europa erhoffe sich ‚Hilfe‘ von Polen, schreibt Pawłowicz und rekurriert damit auf den in Kapitel 5.4.3 beschriebenen Diskurs, demzufolge Polen durch seine tiefe Verwurzelung im Katholizismus dem inzwischen sittlich ‚verwahrlosten Westen‘ in moralischer Hinsicht überlegen sei und dem dadurch die historische Aufgabe zukomme, den ‚wahren (christlich-traditionellen) Westen‘ wieder vom ‚Virus‘ der ‚Gender-Ideologie‘ zu befreien. Polen sei, so das Narrativ, durch seine Historie im Vergleich zu Westeuropa wachsamer und resistenter gegenüber der Gefahr, die von ‚marxistischem Gedankengut‘ wie der ‚Gender-Ideologie‘ ausgehe. Daher liege es an Polen, den Kampf mit den „global colonizers“ (Graff & Korolczuk 2022: 106) aufzunehmen und in einem heroischen Akt zum ‚Retter‘ Europas und des Christentums zu werden. Hierbei wird deutlich, wie die PiS Geschichtspolitik für ihre Mobilisierungsstrategie nutzt – exemplarisch ersichtlich wird das in einem Zitat der bekannten polnischen Anti-Gender-Autorin Marzena

Nykiel, die eine historische Parallele zwischen dem ‚Krieg gegen Gender‘ und der ruhmreichen Verteidigung Wiens gegen die ‚Zweite Türkenbelagerung‘ durch den polnischen König Jan Sobieski³⁸ zog:

It is Poland's calling to save the West. Jan Sobieski came to Vienna with his cavalry and thus saved the West and saved Christianity. Now there is a new enemy at our gates. The new enemy is Wilhelm Reich³⁹ and sexual education. The world looks to Poland with hope that Poland shall save the West once again. (Zitiert nach Graff & Korolczuk 2022: 106f).

Die Opferrolle und die Demütigungen die Polen seit 1989 laut Kaczyński erleiden musste, können laut diesem Narrativ ein Ende nehmen und Polen kann sich im Gegenteil wieder seiner Würde und seiner herausgehobenen Stellung als ‚letzte Bastion des Christentums‘ und der Moral bewusstwerden. Polen wird so vom Opfer des von der marxistisch inspirierten ‚Gender-Lobby‘ unterwanderten, kolonisatorisch auftretenden ‚Westens‘ zum heldenhaften Retter des ‚wahren‘ Europa und zum Bewahrer der christlich-abendländischen Tradition. Mit diesem ‚positiven Gegenentwurf‘ zu der als ‚Verrat am Volk‘ verurteilten Regierungspolitik der liberalen PO trat die PiS 2015 zu den Wahlen an und gewann diese mit deutlicher Mehrheit. Welche praktischen Konsequenzen dies für die folgenden acht Jahre bedeutete, in denen die PiS anschließend regierte, wird im folgenden Abschnitt kurz beschrieben.

5.5.3 ‚War on Gender‘ als Regierungspraxis der PiS (2015 – 2023)

Nachdem der PiS bei den Parlamentswahlen von 2015 mit der Unterstützung nationalkonservativer und katholischer Akteure ein großer Erfolg gelang und sie die absolute Mehrheit in beiden Kammern (Sejm und Senat) erlangte und zudem der PiS-Kandidat Andrzej Duda zum Präsidenten gewählt wurde, konnte sie fortan als Alleinregierung weitgehend ungehindert ihre Programmatik durchsetzen (Bazydło 2016). Unmittelbar nach Regierungsantritt begann die PiS mit einem zügig und systematisch vorangetriebenen Umbau des rechtsstaatlichen Systems, das sie sich noch grundlegender unterordnete als in ihrer ersten Regierungsphase von 2005 – 2007 (ebd.; Grzebalska & Pető 2018: 165). Zudem bestand ein essenzieller Bestandteil ihrer Politik nun auch in einem „erklärten Krieg gegen freizügige Sitten“ (Smolar 2006, o.S.) und gegen all jene Elemente, die nach Ansicht der Regierung die polnische ‚Identität‘ als konservativ-katholisches Land und die damit verbundene moralische Hoheit zu untergraben drohten (Ramme 2020). Dazu zählten sexuelle Bildung für Kinder,

³⁸ Der polnische König Jan Sobieski III. besiegte 1683 bei Wien das Osmanische Heer, was zu einem wichtigen Teil der nationalen Erinnerungskultur Polens wurde (Heyde 2012: 80).

³⁹ Wilhelm Reich prägte mit seiner Schrift mit dem Titel „Die sexuelle Revolution“ emanzipatorische Bewegungen wie u.a. die 68er-Bewegung.

Verhütung, Abtreibung und andere reproduktive Rechte ebenso wie Abweichungen von heteronormativen Vorstellungen von Sexualität und Geschlecht, die gleichgeschlechtliche Ehe, die als ‚Pseudowissenschaften‘ verurteilten Gender Studies, Feminismus, Säkularismus, etc. – kurz, alles, was die vermeintlich ‚natürliche Ordnung‘ und das ‚wahre‘ Polen gefährdet (Grzebalska & Pető 2018: 165). Der daher ausgerufenen „war on gender“ (Graff & Korolczuk 2022: 75) machte sich in einer zutiefst feindseligen Rhetorik gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten wie etwa Angehörigen der LGBTQ*-Community bemerkbar. Dies gipfelte, um ein besonders drastisches Beispiel anzuführen, in der Ausrufung ‚LGBT-ideologiefreier Zonen‘, zu denen sich – Stand April 2020 – über 80 Kommunen und Gemeinden (und damit ein Drittel des Landes) in Polen erklärt hatten (Graff & Korolczuk 2022: 53). Diese Deklarationen sorgten für internationale Kritik, unter anderem auch vonseiten der EU, die den betreffenden Kommunen in einer Verurteilung der Praxis teilweise die finanzielle Förderung entzog (Graff & Korolczuk 2022: 71). Die PiS hingegen duldet die Deklarationen nicht nur, sondern unterstützte sie sogar aktiv, indem sie etwa symbolisch Medaillen an Ortsvorstände von ‚LGBT-freien Zonen‘ überreichte (Washington Post 2019) oder den von EU-Sanktionen betroffenen Gemeinden finanzielle Entschädigungen anbot (Graff & Korolczuk 2022: 71).

Der ‚Krieg gegen Gender‘ blieb jedoch nicht auf verbale Angriffe oder vornehmlich symbolische Akte wie die Deklarationen beschränkt, sondern umfasste auch konkrete Gesetzesvorhaben. Ein zentrales, stark polarisierendes Vorhaben war in diesem Zusammenhang die im Jahr 2016 geplante, weitere Verschärfung des ohnehin seit 1993 bereits sehr restriktiven Abtreibungsrechts. Dass das Gesetzesvorhaben letztlich trotz der absoluten Mehrheit der PiS in beiden parlamentarischen Kammern nicht umgesetzt wurde, wird vor allem dem massiven Protest zugeschrieben, der sich im Widerstand gegen eine weitere Verschärfung des Abtreibungsrechts formierte (Graff & Korolczuk 2022: 146). Die starke Frauenbewegung, die sich rund um diese Proteste von 2016 herausbildete, wird in einem abschließenden Abschnitt genauer beschrieben und im Hinblick auf ihr Potenzial als Vorbild für erfolgreichen Widerstand gegen illiberalen Rechtspopulismus beleuchtet. Wie folgend gezeigt wird, lässt sich die Bewegung innerhalb des in dieser Arbeit verwendeten theoretischen Rahmens als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte verorten, die den ‚apertistischen‘ Liberalismus (vor allem in kultureller Hinsicht) bis zu einem gewissen Grad verteidigen, während sie einige Elemente davon (wie allen voran die daraus resultierende sozioökonomische Ungleichheit) ebenfalls kritisieren.

5.6 Frauenbewegung als liberale Widerstandsbewegung

Nach acht Jahren an der Macht, in denen die PiS mithilfe ihrer Verbündeten den Rechtsstaat und die liberale Demokratie in Polen zunehmend ausgehöhlt hatte, konnte sie bei den Wahlen von 2023 keine regierungsfähige Mehrheit mehr erzielen und wurde durch ein von Donald Tusk angeführtes, liberales Bündnis dreier Parteien als Regierung abgelöst (Sieradzka 2023). Das „entscheidende Element“ (Morgenstern 2024: 5) für den Ausgang der Wahlen war, diversen Analysen zufolge, die „Mobilisierung von Frauen und jungen Menschen“ (ebd.). Der Stimmenverlust der PiS sowie der Zugewinn an Stimmen, den linksliberale Parteien verzeichnen konnten, ging demnach wesentlich auf das Wahlverhalten der jungen Bevölkerung sowie die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung von Frauen zurück – junge und weibliche Wähler:innen unterstützten vor allem Parteien, die sich klar von der Programmatik der PiS abgrenzten und stattdessen eine liberale, pro-europäische, egalitäre Haltung vertraten (Sieradzka 2023). Bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen hatte sich abgezeichnet, dass Auseinandersetzungen rund um Frauenrechte dabei ein zentrales Thema darstellen würden. Dies spiegelt sich deutlich in einem Statement von Donald Tusk wider, der im März 2023 in seiner damaligen Rolle als Oppositionsführer betonte: “I cannot imagine that today someone on the democratic side, striving for electoral success, would not recognise the issue of women’s rights as an absolute priority and the number one issue [in Poland]” (zitiert nach Tilles 2023a, o.S.). Die Aussage mutet erstaunlich an, wenn man bedenkt, dass die Anliegen von Frauen seit dem Systemwandel von 1989, wie beschrieben, über Jahrzehnte hinweg vor allem marginalisiert worden waren – nicht zuletzt auch von Tusk selbst, der in den acht Jahren seiner Zeit als Regierungschef von 2007 – 2014 den Rechten von Frauen und sexuellen Minderheiten keinen hohen Stellenwert eingeräumt hatte.⁴⁰ Die Tatsache, dass sie bei den Wahlen von 2023 nun solch eine zentrale Rolle gespielt haben, muss vor dem Hintergrund der Entstehung einer wirkmächtigen Frauenbewegung betrachtet werden, die sich 2016 herausgebildet hatte. Diese Bewegung wurde, wie Gunnarsson Payne (2020: 9) bereits drei Jahre vor den Wahlen festgestellt hatte, zu „one of the most powerful examples of a democratic countermovement against (...) illiberal populism to date, not just in Poland but also far beyond”. Als solches Beispiel für eine demokratische Bewegung, die in ihrem Kampf gegen illiberalen Rechtspopulismus und für die Bewahrung liberaler Werte eine breite gesellschaftliche

⁴⁰ “When [Tusk] and his party were in power before PiS, they didn't do anything to liberalize abortion, they totally ignored this, and all sorts of women's rights, LGBTQ rights” (zitiert nach Guillot & Brzeziński 2023, o.S.) – so äußert sich etwa Agnieszka Kościńska, Professorin für Gender Studies an der Universität Warschau.

Unterstützung mobilisieren konnte, wird die polnische Frauenbewegung abschließend kurz beschrieben und theoretisch eingeordnet.

5.6.1 Der ‚Schwarze Protest‘ – Feministischer Widerstand

Im März 2016 wurde dem polnischen Parlament ein Gesetzesvorschlag vorgelegt, der eine weitere Verschärfung des seit 1993 ohnehin bereits äußerst restriktiven Abtreibungsrechts vorsah (Graff & Korolczuk 2022: 144). Nach der Regelung von 1993 waren Schwangerschaftsabbrüche in drei Fällen erlaubt: Erstens, falls die betroffene Frau durch die Schwangerschaft lebensbedrohlich gefährdet wurde, zweitens, wenn nachgewiesen werden konnte, dass die Schwangerschaft aus einer Vergewaltigung oder einer anderen Straftat resultierte und drittens, falls der Fötus schwere gesundheitliche Schäden aufwies (Mieńkowska-Norkiene 2020: 3). Der von der ultrakonservativen Ordo Iuris Organisation verfasste und von der Kirche unterstützte Gesetzesentwurf, den die Bürgerinitiative *Stop Aborcji* (dt.: ‚Stoppt Abtreibungen‘) im Sejm eingereicht hatte, sah nun vor, Schwangerschaftsabbrüche nur noch im ersten Fall – der lebensbedrohlichen Gefährdung der Schwangeren – zu erlauben (Graff & Korolczuk 2022: 144). Da jedoch vor allem der dritte Fall, eine schwere Schädigung des Fötus, seit 1993 der überwiegende Grund für legal durchgeführte Abtreibungen in Polen war – er stellte die rechtliche Grundlage für über 95 Prozent der offiziell registrierten Schwangerschaftsabbrüche dar (Mieńkowska-Norkiene 2020: 3) –, hätte eine weitere Beschränkung des Abtreibungsrechts, wie im Gesetzesvorschlag vorgesehen, de facto ein nahezu vollständiges Verbot von Abtreibungen bedeutet. Frauen wären im Falle der Verabschiedung des Gesetzes künftig auch dann zur Austragung von Kindern gezwungen worden, wenn absehbar war, dass diese kurz nach der Geburt sterben würden (Graff & Korolczuk 2022: 144). Bei einem Verstoß gegen das nahezu vollständige Abtreibungsverbot sah der Entwurf zudem bis zu fünf Jahre Haft für die betroffenen Frauen vor (ebd.).

Die PiS-Regierung genehmigte im September 2016 diesen Gesetzesvorschlag nach einer ersten Lesung im Sejm und gab ihn mit dem Ziel der Umsetzung des Gesetzes für eine zweite Lesung frei. Das Vorhaben stieß jedoch auf massiven Widerstand: Innerhalb weniger Tage nach der ersten Lesung formierte sich durch die Vernetzung über soziale Medien eine landesweite Protestbewegung, die sich gegen die weitere Verschärfung des Abtreibungsrechts aussprach. Neben einer Vielzahl an lokalen Kundgebungen und Protestmärschen kam es am 3. Oktober 2016 zum ‚Landesweiten Polnischen Frauenstreik‘, bei dem in über 100 Städten in Polen zehntausende Menschen gegen das Gesetzesvorhaben demonstrierten (Graff & Korolczuk 2022: 137). Die verschiedenen Initiator:innen und Unterstützer:innen des ‚Frauenstreiks‘ hatten im Vorfeld dazu aufgefordert, sich am Tag des Protests Schwarz zu kleiden und die

Großdemonstrationen fanden unter dem Motto *Czarny Protest* (dt. ‚Schwarzer Protest‘) statt. Die schwarze Kleidung sollte der Trauer um fundamentale Frauenrechte Ausdruck verleihen und stellte zudem, wie Graff und Korolczuk (ebd.: 145) anmerken, eine historische Referenz auf den Widerstand von Frauen in der polnischen Geschichte dar: Bereits im Jahr 1861 hatten Frauen bei einem Aufstand gegen die russische Fremdherrschaft Schwarz getragen. Am Tag des ‚Frauenstreiks‘ kleideten sich nun 2016 abermals zahlreiche Frauen (sowie Männer und Kinder) in Schwarz. Das betraf nicht nur Teilnehmende an den Großdemonstrationen, sondern viele Menschen gingen auch in Schwarz gekleidet zur Arbeit, um sich mit den Protesten solidarisch zu zeigen. Zudem bekundeten über Online-Plattformen wie X und Facebook unter dem Hashtag #BlackMonday Tausende ihre Unterstützung und teilten Bilder von den Demonstrationen. Der Umstand, dass es am Tag des Protests vielerorts geregnet hat, sorgte dabei für besonders ausdrucksstarke Bilder: Luftaufnahmen der Proteste in Warschau zeigten „a sea of umbrellas“ (Graff & Korolczuk 2022: 137) und „thousands of women dressed in black, soaking wet and visibly exhilarated“ (ebd.: 145). Besonders diese eindrucksvollen Bilder sorgten für internationale Aufmerksamkeit und verschafften dem ‚Schwarzen Protest‘ in Polen und darüber hinaus schnell einen „iconic status“ (Graff & Korolczuk 2022: 145). Der Regenschirm wurde infolge der Proteste zu einem populären Symbol für die Anliegen der polnischen Frauen und verlieh damit „one of the core myths of Polish women’s history“ (Graff & Korolczuk 2022: 146) eine neue Bedeutung: Laut einer bekannten Legende hatte sich 1918 eine Gruppe von Suffragetten vor dem Wohnsitz des damaligen Staatsoberhauptes Polens versammelt und mit Regenschirmen an die Fenster geklopft, um im Zuge der Wiedererrichtung eines souveränen polnischen Nationalstaates (der ‚Zweiten Polnischen Republik‘) die Einführung des Frauenwahlrechts einzufordern – mit Erfolg (ebd.). Die Ikonographie des Regenschirms als Symbol für die erfolgreiche Behauptung mutiger polnischer Frauen gegenüber dem Staat wurde durch den ‚Schwarzen Protest‘ revitalisiert: Infolge der Proteste wurde der Gesetzesentwurf in der zweiten Lesung im Sejm am 6. Oktober von der überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt (Graff & Korolczuk 2022: 146).

5.6.2 Polnische Frauenbewegung als linker Populismus?

Die große Resonanz der Proteste, die nicht nur die PiS, sondern laut Aussage vieler Beteiligter auch die Organisator:innen selbst überrascht hatte, demonstrierte ebenso wie der unmittelbare, konkrete Erfolg, die Umsetzung eines noch strikteren Abtreibungsgesetzes zu verhindern, die große Mobilisierungskraft, welche die Frauenbewegung innerhalb kürzester Zeit entfaltet hatte (Druciarek 2016; Graff & Korolczuk 2022: 151). Im Folgenden soll daher abschließend der Frage nachgegangen werden, warum die Bewegung so erfolgreich war und was sie in den

Augen vieler Beobachter:innen (Gunnarsson Payne 2020: 9; Graff & Korolczuk 2022: 163; Grzebalska & Pető 2018: 171) zu einem Vorbild für widerständige Strategien gegen illiberalen Rechtspopulismus macht.

In der Literatur finden sich viele verschiedene Erklärungsansätze für den beachtlichen Erfolg der ‚Schwarzen Proteste‘ und der daraus resultierenden Frauenbewegung, bei denen, abhängig vom disziplinären Hintergrund und dem theoretischen Zugang, jeweils unterschiedliche Faktoren besonders hervorgehoben werden (Graff & Korolczuk 2022: 151). Graff und Korolczuk (ebd.), welche die diversen Erklärungsansätze einschlägiger wissenschaftlicher Arbeiten zum Thema miteinander abgeglichen haben, beobachten trotz der vielfältigen Schwerpunkte einige Gemeinsamkeiten: „all studies emphasize the protest’s egalitarianism [and] emotional intensity“ (ebd.). Die große Mobilisierungskraft der polnischen Frauenbewegung liegt demnach vor allem darin begründet, dass es ihr gelang, viele Menschen emotional zu erreichen und dass sie dabei trotz des dezidierten Schwerpunkts auf Frauenrechte anschlussfähig für einen breiten Teil der Bevölkerung war, wie folgend ausgeführt wird.

Die Bewegung versiegte nicht mit der einstweiligen Verhinderung des Gesetzes. Stattdessen wurde der ‚Schwarze Protest‘ zur Inspiration für unzählige weitere Initiativen und markierte damit nicht das Ende eines erfolgreichen, aber kurzlebigen zivilgesellschaftlichen Protests zu einem spezifischen Thema, sondern vielmehr den Beginn einer breiten, gesellschaftlichen Bewegung, die sich nicht nur gegen die Missachtung von Frauenrechten, sondern bald auch gegen die illiberale Politik der PiS im Allgemeinen richtete (Gunnarsson Payne 2020: 13; Graff & Korolczuk 2022: 139, 146f): „Innerhalb weniger Tage erhielten die [fortgesetzten] Proteste eine zusätzliche, gegen die Regierung, die Kirche und Diskriminierung gerichtete, breitere Bedeutung“, beschreibt Mieńkowska-Norkiene (2020: 3) die Entwicklungen, die auf den 3. Oktober 2016 folgten.

Die offene Kritik an der Katholischen Kirche, die in ihrer Deutlichkeit ein Novum in Polen darstellte (Graff & Korolczuk 2022: 139; Mieńkowska-Norkiene 2020: 3), stieß gerade in der jungen Bevölkerung auf viel Resonanz. Seit Beginn der 2010er Jahre waren mehrere Fälle von Missbrauch innerhalb der Strukturen der polnischen Kirche aufgedeckt worden, bei denen Kinder Opfer von pädophilen Übergriffen durch Geistliche geworden waren (Graff & Korolczuk 2022: 72f). Die Missbrauchsfälle selbst sowie der Umgang der Kirche mit dem Missbrauchsskandal – der von Vertuschung und Verleugnung über Verharmlosung bis hin zu strategischen Ablenkungsmanövern wie den Anti-Gender-Kampagnen gereicht hatte (ebd.) – hatten für einen deutlichen Ansehensverlust der Kirche in der Bevölkerung gesorgt. Dazu trug neben dem Missbrauchsskandal auch die Tatsache bei, dass die Kirche sich mit ihrer Unterstützung der immer offener autoritär auftretenden PiS zunehmend von liberal-

demokratischen Werten abwandte (Graff & Korolczuk 2022: 139). Die Katholische Kirche, die in der Phase der Transformation noch als „stabilizing force of (...) liberal democracy“ (ebd.) gegolten hatte, büßte so vor allem bei der verstärkt säkular orientierten Jugend (aber auch bei liberalen Katholik:innen im Allgemeinen) immer mehr an Legitimität ein (Graff & Korolczuk 2022: 40). Die heftige Kritik, die von der Frauenbewegung gegenüber der Kirche geäußert wurde, stieß daher auf eine für polnische Verhältnisse ungewöhnlich hohe Zustimmung (Graff & Korolczuk 2022: 147; Mieńkowska-Norkiene 2020: 3). Auch die Ausweitung der Proteste auf Themen, die über die spezifischen Anliegen von Frauen hinausgingen, wie etwa Kritik an den Versuchen der PiS, die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben, machte die von Frauen angeführte Bewegung anschlussfähig für eine Vielzahl von Menschen außerhalb ‚typisch‘ feministischer Kreise: So sorgte der ‚Schwarze Protest‘ dafür, „dass Frauen (sowie auch Männer und Kinder) in verschiedenen Regionen Polens auf die Straße gingen, Frauen, die sich in Alter, Ausbildung, sozioökonomischem Status und Weltanschauungen unterschieden“ (Druciarek 2016, o.S.).

In den darauffolgenden Monaten und Jahren schlossen sich daher immer mehr Menschen der Bewegung an: Im Jahr 2016 nahmen so viele Menschen an öffentlichen Demonstrationen teil, wie zuletzt bei den von der Solidarność angeführten Protesten gegen das kommunistische Regime im Vorfeld des Umbruchs von 1989 (Graff & Korolczuk 2022: 146); im März 2017 folgte die größte Demonstration für Frauenrechte in der polnischen Geschichte (ebd.: 147). Die Bewegung verstand sich trotz der Öffnung für weitere Themen und Akteure dabei nach wie vor ausdrücklich primär als ‚Frauenbewegung‘, was von vielen prominenten ‚Anführer:innen‘ der Proteste wiederholt verdeutlicht wurde: „Women refused to give up on their women’s-rights-centered agenda. They refused to be shamed, silenced or marginalized, neither by their opponents (the populist right and Catholic clergy) nor by allies (the broader movement of anti-PiS resistance)“, so fassen Graff und Korolczuk (2022: 140) den entschiedenen Willen der beteiligten Frauen zusammen, ihre Anliegen nicht wieder einem vermeintlich ‚höheren Ziel‘ unterzuordnen, wozu sie in der Vergangenheit sowohl von illiberalen als auch von ‚liberalen‘ Akteuren wie den ‚Modernisier:innen‘ für das angebliche ‚Wohl der Nation‘ genötigt worden waren. Stattdessen stellten sie Frauenrechte und Gleichberechtigung ins Zentrum einer inklusiven Bewegung gegen verschiedene Formen von Unterdrückung. Es entstand eine „neue gesellschaftliche Bewegung“ (Mieńkowska-Norkiene 2020: 2), die von „plurality, intersectionality and (...) solidarity“ (Korolczuk 2020: 92) geprägt war.

Ein Urteil des polnischen Verfassungstribunals im Oktober 2020 verlieh der Bewegung eine zusätzliche Dynamik: Das Tribunal befand darin, dass Abtreibungen „aufgrund schwerer und unheilbarer Schäden des Fötus“ (Mieńkowska-Norkiene 2020: 3) nicht mit der Verfassung zu

vereinbaren seien. Damit wurde der dritte Ausnahmefall, der Frauen in Polen nach der Regelung von 1993 bislang einen Schwangerschaftsabbruch ermöglicht hatte, nun ebenfalls verboten. Das Urteil bedeutete somit, dass Frauen de facto die letzte relevante Möglichkeit entzogen wurde, um auf legalem Wege Zugang zu Abtreibungen zu erhalten. Das Verfassungstribunal war infolge der autoritären Vorgehensweise Kaczyńskis, sich seit 2015 sämtliche rechtsstaatliche Institutionen systematisch unterzuordnen, zu diesem Zeitpunkt praktisch vollständig unter der Kontrolle der PiS (Mieńkowska-Norkiene 2020: 3). Daher war klar, dass die PiS auf Druck ihrer konservativ-katholischen Bündnispartner das von ihr kontrollierte Verfassungstribunal dazu genutzt hatte, um unter Umgehung demokratischer Mechanismen und unter Missachtung des Willens der Bevölkerung – eine klare Mehrheit war gegen eine weitere Verschärfung des geltenden Rechts (Tilles 2023b) – dennoch das Abtreibungsverbot durchzusetzen. Das Urteil sorgte abermals für Proteste, bei denen sich trotz der COVID19-Pandemie erneut Zehntausende beteiligten und bei denen nicht nur das Abtreibungsverbot, sondern vor allem auch das eindeutig illiberale und autoritäre Vorgehen der PiS kritisiert wurde.

Daher sehen einige Autor:innen (Gunnarsson Payne 2020: 10; Graff & Korolczuk 2022: 155f; Snochowska-Gonzalez & Ramme 2018) in der Bewegung ein Beispiel für einen linken Populismus nach der Lesart von Mouffe (2018) und Laclau (2005). Linkspopulismus ist, um zentrale Aspekte der ausführlicheren Darlegungen in Kapitel 3.1 kurz zu wiederholen, zunächst gekennzeichnet durch die Abgrenzung einer imaginierten Gemeinschaft, der sich Menschen zugehörig fühlen (,Wir‘), von einem gemeinsamen Gegner. Dieser Antagonismus hat, der populistischen Logik folgend, eine starke moralische Komponente, die im Linkspopulismus vor allem von sozialen Faktoren geprägt ist: Dem linkspopulistischen Narrativ zufolge geht es um „the struggle of an ‚underdog‘ against an oppressive regime“ (Gunnarsson Payne 2020: 10). Im Vordergrund steht vor allem das Machtgefälle, das zwischen den ‚Unterdrückten‘ und den ‚Unterdrücker:innen‘ besteht und im Zentrum der Kritik steht die Ungerechtigkeit, die aus diesem Unterdrückungsverhältnis resultiert. Dabei ist die linkspopulistische Konstruktion eines ‚Wir‘ inklusiv, indem sie alle ‚Unterdrückten‘ (sexuelle und ethnische Minderheiten sowie Menschen, die sich in einer prekären Lebenssituation befinden) dazu auffordert, sich im Widerstand gegen den gemeinsamen Gegner (den ‚Unterdrücker‘) zu vereinen.

Die polnische Frauenbewegung folgte in vielerlei Hinsicht diesem Muster. In Abgrenzung von den katholisch-rechtskonservativen Kräften, die seit dem Triumph der PiS bei den Wahlen 2015 das politische Geschehen in Polen dominierten, bildete sich, beginnend mit den ‚Schwarzen Protesten‘, ein ‚Wir‘-Gefühl unter den Demonstrierenden und deren Unterstützer:innen heraus. Das exklusiv konstruierte ‚Wir‘ des vermeintlich ‚wahren‘ polnischen Volkes, das laut dem

rechtspopulistischen Narrativ der PiS nur anti-kommunistische, katholische und nationalkonservative Pol:innen umfasste, wurde bei den ‚Schwarzen Protesten‘ herausgefordert. Es formierte sich „an alternative collective identity – another, feminist and transnational version of ‚the people““ (Gunnarsson Payne 2020: 9). Das, was den Protestierenden ein ‚Wir‘-Gefühl verschaffte, war vor allem die geteilte Erfahrung von Vulnerabilität: „Solidarity was felt and demonstrated with the most vulnerable and least privileged women: e.g. those who could not afford abortion abroad, rape victims, single mothers, mothers of children with disabilities“ (Graff & Korolczuk 2022: 157). Wie eine von Snochowska-Gonzalez und Ramme (2018: 95-99) durchgeführte Studie mit knapp 100 Organisator:innen von Frauenstreiks ergab, verstanden sich die Aktivist:innen in ihrer Selbstwahrnehmung als ‚ganz gewöhnliche‘, ‚einfache‘ Frauen („ordinary women“), die sich im Bewusstsein ihrer individuellen Schwäche und Verletzlichkeit zusammenschlossen, um die Beschneidung ihrer fundamentalen Rechte durch das übermächtige Bündnis aus politischer Elite (PiS) und geistlicher Elite (Katholische Kirche) zu verhindern (Graff & Korolczuk 2022: 156f). Hierbei wird die für Populismus charakteristische Konstruktion eines moralischen Antagonismus deutlich: ‚ordinary women‘ (und deren männliche Verbündete) sahen sich illiberalen Eliten gegenübergestellt, die als „well-funded, well-connected, cruel and manipulative“ (ebd.) galten. Dieses Narrativ wurde schließlich ausgeweitet, indem sich die Bewegung mit anderen unterprivilegierten Gruppierungen solidarisierte.

Ein auffallendes Merkmal der Proteste war zudem eine stark affektbasierte Mobilisierungsstrategie (Gunnarsson Payne 2020: 10ff; Graff & Korolczuk 2022: 157-161; Mieñkowska-Norkiene 2020: 3) – abermals ein klares Kennzeichen für populistische Bewegungen. So unterschieden sich die ‚Schwarzen Proteste‘ von früheren Demonstrationen für Frauenrechte dahingehend, dass sie weniger auf den „established liberal discursive frame of human rights“ (Graff & Korolczuk 2022: 161) und den „liberal talk of individual choice, autonomy and the right to privacy“ (ebd.: 158) zurückgriffen, sondern stattdessen stark auf die Mobilisierung von Emotionen setzten. Es ging nicht darum, den politischen Gegner bzw. die übrige Bevölkerung auf die eigenen individuellen Rechte hinzuweisen und auf deren Einhaltung zu bestehen, sondern im Vordergrund stand, den eigenen Emotionen Ausdruck zu verleihen und andere Menschen ebenfalls auf einer emotionalen Ebene zu erreichen. Bei Demonstrationen taten Teilnehmende ihre Wut auf Plakaten kund, die oft bewusst „provocative and confrontational“ (Graff & Korolczuk 2022: 159) formulierte Sprüche enthielten und „auch viele Vulgarismen“ (Mieñkowska-Norkiene 2020: 3) enthielten – einer der wichtigsten Slogans wurde *Wypierdalać*, was in der englischsprachigen Literatur mit ‚Fuck off!‘ übersetzt wird (Wądołowska 2020). Im Internet teilten Frauen traumatische persönliche Erlebnisse, die sie bei

(notgedrungen) illegal durchgeführten Abtreibungen erlitten hatten oder auch schlicht die demütigenden Erfahrungen, denen sich Frauen in Polen selbst bei routinemäßigen Vorsorgeuntersuchungen oft ausgesetzt sehen (Graff & Korolczuk 2022: 158). Die geteilten individuellen Schicksale riefen „strong collective affects“ (ebd.: 159) hervor und viele Pol:innen, die entweder selbst ähnliche Erfahrungen gemacht hatten oder Betroffene in ihrem Umfeld kannten, konnten sich damit identifizieren. Nicht zuletzt sorgte die Verwendung von ‚affektiv aufgeladenen‘ (Gunnarsson Payne 2020: 11) Begriffen, Bildern und Symbolen für weitere Identifikationsmöglichkeiten: Neben Anspielungen auf historische Vorbilder der Frauenbewegung wie durch das Tragen von schwarzer Kleidung und Regenschirmen knüpfte der führende Initiator der Proteste, das Netzwerk ‚Landesweiter Frauenstreik‘ mit seiner Namensgebung und dem regelmäßigen Aufruf zum ‚Streik‘ (statt etwa zu ‚Demonstrationen‘) an die „heroic tradition“ (Graff & Korolczuk 2022: 154) der Solidarność-Streiks an.

Die Parallele zum historischen Widerstand der Solidarność wurde auch vielfach künstlerisch aufgegriffen und verstärkt, indem der Slogan *Wypierdalać* im Stil des Solidarność-Logos verwendet wurde. Beispielsweise wurde eine berühmte Kampagne der Solidarność aus dem Vorfeld des Wahlkampfs für die ersten semi-freien Wahlen 1989 (Abb. 10) stilgetreu nachgestellt – nun mit einer Frau in der Rolle der ikonischen Widerstandskämpferin (Abb. 11). Auch einige Abgeordnete des Sejms griffen dieses Bild auf und zeigten sich so solidarisch mit den Protesten (Abb. 12).



Abbildung 11: Kampagne der Solidarność aus dem Jahr 1989 (Sarnecki 1989)



Abbildung 10: Adaption der Solidarność-Kampagne (Wądołowska 2020)



Abbildung 12: Adaption durch Abgeordnete des Sejms (Wądołowska 2020)

Damit strebte die Frauenbewegung auch eine Wiederaneignung von „patriotic symbols“ (Graff & Korolczuk 2022: 152) und eine Neuinterpretation der nationalen Historie an, über welche die PiS mit ihren rechtspopulistischen, katholisch-nationalkonservativ geprägten Narrativen die

Deutungshoheit reklamiert hatte. Auch diese historische Referenz auf eine Zeit, in der sich die unterdrückten polnischen Bürger:innen in ihrem Widerstand gegen ein repressives Regime solidarisierten, machte die Bewegung anschlussfähig für viele Menschen über das feministische Spektrum hinaus.

Die Tatsache, dass die Frauenbewegung derart viele Menschen mobilisieren konnte und die Diskussion um Frauenrechte ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Debatten in Polen rückte, kann nach dieser Lesart also als Beleg für „the movement’s capacity to capture the logic of populism for a progressive political project“ (Graff & Korolczuk 2022: 161) betrachtet werden. Indem sie mit ihrer linkspopulistischen Mobilisierungsstrategie die Grundlage für ein pluralistisches, heterogenes und dennoch im Kampf gegen die autoritäre PiS-Regierung vereintes ‚Wir‘ schuf, gelang es der Frauenbewegung, sich als die führende Kraft einer breiteren politischen Bewegung zu etablieren, die für mehr demokratische Teilhabe und liberale Grundwerte einstand (Gunnarsson Payne 2020: 9). Dem exklusiven und katholisch-nationalkonservativ geprägten Verständnis von Gemeinschaft der Rechtspopulist:innen stellte sie einen inklusiven Gemeinschaftsbegriff gegenüber, bei dem die Solidarität der sozial Schwachen im Zentrum stand. Statt den Liberalismus radikal abzulehnen und dagegen zu polemisieren, wie es rechtspopulistische Akteure tun, verband die Frauenbewegung so eine ausdrückliche Befürwortung liberaler Grundwerte mit einer linkspopulistisch geprägten Kritik an den Auswirkungen des (Neo-)Liberalismus (wie der sozialen Ungleichheit).

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Frauenbewegung in dem dargelegten theoretischen Rahmen als potenzieller Vorläufer eines neuen politischen Paradigmas begreifen, das Reckwitz (2019: 285) als „einbettender Liberalismus“ beschreibt. Demnach würden sich derzeit neben dem destruktiven Rechtspopulismus auch „die Konturen eines *regulativen* oder *einbettenden Liberalismus*“ (ebd.) abzeichnen, der konstruktiv auf die multiple Krise der liberalen Demokratie reagiere. Ein ‚einbettender‘ Liberalismus nach Reckwitz zeichnet sich dadurch aus, dass die problematischen Auswirkungen des ‚apertistischen‘ Liberalismus (wie die soziale und kulturelle Desintegration, sh. Kapitel 2.3) anerkannt und adressiert werden, während gleichzeitig entschieden „am institutionellen Rahmen der liberalen Demokratie und ihres Pluralismus“ (ebd.: 286) festgehalten wird. So gehe es nicht darum, die „Dynamik der Identitäten und der Märkte, [sowie] die Dynamik der Globalisierung“ (ebd.) umzukehren oder gar zu *eliminieren*, „sondern in neu zu schaffende Rahmenbedingungen“ (ebd.) *einzubetten*. Entsprechend bestehe das Ziel „in der Konstitution eines gesellschaftlichen Allgemeinen, das sich *inmitten* der sozialen Unterschiede und kulturellen Heterogenitäten zu behaupten vermag“ (Reckwitz 2019: 290). Die polnische Frauenbewegung scheint (im Ansatz) genau dies erreicht zu haben: Die Schaffung eines neuen ‚Wir‘-Gefühls zwischen diversen gesellschaftlichen

Gruppierungen (bei gleichzeitiger Anerkennung und Bejahung dieser Diversität) durch eine Kritik an bestehenden sozialen Ungleichheiten. Liberale Grundwerte wurden damit wieder stärker in eine kritische Auseinandersetzung mit sozialen Fragen und der alltäglichen Lebensrealität vieler polnischer Bürger:innen ‚eingebettet‘.

Ein solcher Ansatz scheint vielversprechend, wenn es darum geht, den diffamierenden und exkludierenden politischen Mobilisierungsstrategien der Rechtspopulist:innen eine überzeugende, liberal-demokratische Alternative gegenüberzustellen. Mieńkowska-Norkiene (2020: 2) mutmaßte so bereits im Jahr 2020, die Frauenbewegung könne in naher Zukunft der „wichtigste Faktor sein, der dem Regierungslager der Vereinigten Rechten⁴¹ (...) in den kommenden Wahlen die Macht entzieht“. Diese Prognose scheint sich mit Blick auf die Wahl von 2023 bewahrheitet zu haben.

6 Fazit & Ausblick

Wie in der eingangs formulierten Forschungsfrage zum Ausdruck gebracht wurde, bestand das zentrale Forschungsinteresse der Arbeit darin, Zusammenhänge zwischen (Neo-)Liberalismus und dem aktuellen Erfolg rechtspopulistischer Parteien herauszuarbeiten und dabei insbesondere auf die Rolle der Gender-Thematik einzugehen.

Dafür wurde in Kapitel 2 zunächst eine grundlegende Analyse der verschiedenen Krisendimensionen der liberalen Demokratie vorgenommen. Ausgehend von der Beobachtung, dass Rechtspopulist:innen vor allem die liberalen Elemente des ‚westlichen‘ Modells der liberalen Demokratie ablehnen, lag der Schwerpunkt dabei entsprechend auf einer Untersuchung jener Form des Liberalismus, die in den ‚westlich‘ geprägten, liberalen Demokratien etwa in den 1980er Jahren zum vorherrschenden Paradigma wurde. Der theoretische Aufbau folgte dabei zwei grundsätzlichen Prämissen, die auf Basis der verwendeten Grundlagenliteratur formuliert wurden: Erstens die Annahme, dass die seit den 1980er Jahren dominante Ausprägung des Liberalismus sowohl in sozioökonomischer als auch in soziokultureller Hinsicht tiefgreifende Auswirkungen und Spannungen nach sich zog. Und zweitens, dass das wesentliche Charakteristikum dieser modernen Form des Liberalismus in einem Ideal der ‚Öffnung‘ besteht. Daher wurde in der Arbeit zur Bezeichnung dieser spezifischen Form des Liberalismus der von Reckwitz geprägte Begriff des ‚apertistischen‘ (öffnenden) Liberalismus verwendet.

⁴¹ Durch eine Besonderheit des polnischen Wahlsystems ist es üblich, dass Parteien in Bündnissen zur Wahl antreten. Die PiS führt seit 2015 das Wahlbündnis *Zjednoczona Prawica* (dt. ‚Vereinigte Rechte‘) an (Matthes 2023).

Wie gezeigt wurde, sorgte der ‚apertistische‘ Liberalismus in ökonomischer Hinsicht für eine umfassende wirtschafts- und sozialpolitische Deregulierung sowie für eine Öffnung nationaler Marktwirtschaften gegenüber zunehmend globalen Finanz- und Handelsströmen. Dieser ökonomische Öffnungsprozess, welcher nach den Prinzipien der neoliberalen Wirtschaftsschule vorangetrieben wurde, zog einige problematische Auswirkungen nach sich. So führte er zu einer breitflächigen Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, sozialen Desintegrationsprozessen und einer starken Zunahme der sozioökonomischen Ungleichheit.

Kulturell wirkte sich der ‚apertistische‘ Liberalismus in einem Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern und Wertvorstellungen und der Ausweitung (‚Öffnung‘) individueller Lebensmodelle aus. Konservative Normen und die bis dato in vielerlei Hinsicht erzwungene Homogenität (bzw. unterdrückte Heterogenität) gesellschaftlicher Strukturen wurden zunehmend infrage gestellt. Stattdessen forderten bislang unterdrückte Minderheiten sowohl die Anerkennung als auch den besonderen Schutz ihrer nun positiv hervorgehobenen Andersartigkeit ein – die Forderung nach Gleichheit wurde also gewissermaßen ersetzt durch die Forderung, die *Gleichwertigkeit* unterschiedlicher individueller Identitäten und Lebensentwürfe anzuerkennen. Diese kulturelle Öffnung führte einerseits zu einem deutlichen Zuwachs an individueller Selbstbestimmung und zu einer Ausweitung von Teilhabechancen für bislang benachteiligte gesellschaftliche Gruppierungen. Andererseits ging sie mit neuen Konflikten um gesellschaftliche Werte und Strukturen einher und sorgte für identitätspolitische Polarisierungen. Die grundsätzliche Infragestellung von Normen, die bislang das Zusammenleben strukturiert hatten, hatte so einen Verlust des ‚Allgemeinen‘ und eine ‚kulturelle Desintegration‘ zur Folge.

Vor diesem Hintergrund entstand eine neue, zentrale Konfliktlinie zwischen Befürworter:innen und Gegner:innen des ‚apertistischen‘ Liberalismus. Erstere halten eine weitere Globalisierung, Dynamisierung und Individualisierung – d.h. eine weitere ‚Öffnung‘ – für wünschenswert, empfinden die Prozesse der Entgrenzung als Zugewinn an individuellen Entfaltungsmöglichkeiten und bewerten gesellschaftliche Vielfalt und Heterogenität als positiv. Zweitere betonen vor allem die Verlusterfahrungen, welche mit den Liberalisierungs- bzw. Öffnungsprozessen einhergehen, empfinden gesellschaftliche Heterogenität und die Globalisierung als Bedrohung und fordern stattdessen eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Strukturen sowie eine stärker auf Sicherheit und Stabilität ausgerichtete Politik – d.h. eine gesellschaftspolitische ‚Schließung‘. Rechtspopulismus kann in diesem Kontext als Ausdruck eines politischen Angebots für all jene gewertet werden, welche sich für eine stärkere

‚Schließung‘ aussprechen, da sie in den liberalen Öffnungsprozessen vor allem einen umfassenden Kontrollverlust sehen, wie in Kapitel 3 ausführlicher beschrieben wurde.

Zunächst wurde jedoch im letzten Abschnitt des zweiten Kapitels noch auf einen Aspekt eingegangen, der überhaupt erst den Boden für populistische Narrative bereitete: die ‚Entdemokratisierung‘ der liberalen Demokratie. Die Dominanz des liberalen Paradigmas und die damit verbundenen Entwicklungen wirkten sich demnach auch auf Mechanismen der politischen Entscheidungsfindung und Regulierung aus. Der ökonomische Prozess der Liberalisierung und der Öffnung und die dadurch verstärkte Globalisierung sorgten für einen wachsenden Einfluss internationaler Organisationen und privatwirtschaftlicher Akteure – d.h. nicht demokratisch legitimierter Instanzen – auf nationale Gesetzgebungsprozesse. Die kulturelle Liberalisierung und der Fokus emanzipatorischer Bewegungen auf den Menschenrechtsdiskurs sowie auf das Wissen von Expert:innen verlieh wiederum Gleichstellungsmaßnahmen einen technokratisch anmutenden Charakter, bei denen es scheinbar nicht mehr um gesellschaftspolitische Anliegen, sondern um die rein sachliche Umsetzung von Rechten ging. Problematisch war nicht zuletzt der Diskurs einer vermeintlichen Alternativlosigkeit von Entscheidungen seitens politischer Führungskräfte: Der aus der neoliberal geprägten Globalisierung resultierende internationale Konkurrenzdruck wurde vielfach als Sachzwang angeführt, vor dessen Hintergrund bestimmte Maßnahmen angeblich unumgänglich seien, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können. In Summe haben diese Entwicklungen, der Analyse der verwendeten Literatur zufolge, zu einer wachsenden Entfremdung zwischen Bürger:innen und politischen Entscheidungsträger:innen, Politikverdrossenheit und einer schwindenden Legitimität bestehender liberal-demokratischer Institutionen geführt. Dies kann als wichtiger Nährboden für das Erstarken populistischer Bewegungen interpretiert werden.

In Kapitel 3 ging es darum, zu zeigen, inwiefern Populismus eine Reaktion auf die verschiedenen Krisendimensionen der liberalen Demokratie darstellt und warum gerade Rechtspopulismus derzeit so erfolgreich ist. Dafür wurden zunächst zentrale Charakteristika von Populismus definiert, wie allen voran die Herstellung eines Antagonismus zwischen ‚Volk‘ und ‚Elite‘. Demnach kann Populismus vorrangig als Symptom bzw. Antwort auf die demokratischen Defizite der liberalen Demokratie verstanden werden: Populist:innen kritisieren die schwindenden Einflussmöglichkeiten des demokratischen Souveräns (des ‚Volkes‘) auf politische Entscheidungsprozesse und fordern stattdessen wieder eine unmittelbare ‚Volksherrschaft‘. Eine kurze Abgrenzung von Links- und Rechtspopulismus machte weiterhin deutlich, dass Rechtspopulismus neben den demokratischen Krisenaspekten zudem mit dezidiert anti-liberalen Narrativen die sozioökonomischen und soziokulturellen

Krisenaspekte der liberalen Demokratie ebenfalls adressiert. Die sozioökonomischen Probleme, welche mit der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik einhergingen, sollen durch einen verstärkten nationalen Protektionismus gelöst werden und der kulturellen Desintegration, die aus den Prozessen der Individualisierung und dem Verlust klarer Normen und Strukturen resultierte, soll durch eine Rückbesinnung auf die ‚wahre nationale Identität‘ entgegengewirkt werden.

Damit lässt sich der erste Teil der Forschungsfrage beantworten. Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit der analysierten Thematik kann die Antwort nicht alle Facetten des Verhältnisses von (Neo-)Liberalismus und Rechtspopulismus berücksichtigen, sondern beschränkt sich auf den Rahmen, der mit dem konkreten theoretischen Zugang gewählt wurde. Zudem gilt es je nach konkretem Untersuchungskontext länderspezifische Besonderheiten zu beachten, was generalisierbare Aussagen erschwert. Dennoch lassen sich auf Basis der vorgenommenen theoretischen Betrachtung einige grundlegende Erkenntnisse formulieren, die kontextübergreifend zu beobachten sind und damit auf wesentliche Zusammenhänge zwischen dem Erfolg von Rechtspopulismus und (Neo-)Liberalismus hinweisen. Rechtspopulismus ist demnach aus den folgenden Gründen derzeit besonders erfolgreich.

Erstens benennt er treffend verschiedene problematische Aspekte, von denen liberale Demokratien derzeit betroffen sind: Er kritisiert demokratische Defizite ebenso wie die breitflächige sozioökonomische Prekarisierung sowie soziokulturelle Desintegrationsprozesse. *Zweitens* macht er zurecht den ‚apertistischen‘ Liberalismus als zentrale paradigmatische Wurzel dieser Entwicklungen aus: Das Streben nach ‚Öffnung‘, das im Mittelpunkt des (neo-) liberalen Paradigmas steht, ist sicherlich nicht allein für die Polykrise der liberalen Demokratie verantwortlich zu machen, jedoch hat es – wie in Kapitel 2 ausgeführt – in vielerlei Hinsicht für neue Spannungen gesorgt und bestehende, potenziell problematische Tendenzen (wie etwa die Globalisierung und deren Folgen) zum Teil verstärkt. Dieser grundlegenden Problemanalyse folgen bis zu einem gewissen Grad auch viele politisch eindeutig links zu verortende Theoretiker:innen, wie jene, auf welche sich der theoretische Zugang dieser Arbeit stützt. Rechtspopulismus unterscheidet sich jedoch in entscheidenden Aspekten von sachlicher Kritik am (Neo-)Liberalismus: Er setzt stark auf Moralisierung, Emotionalisierung und vermeintlich simple Lösungen für die benannten Probleme, deren Komplexität dabei drastisch verkürzt wird. Vor diesem Hintergrund offeriert der Rechtspopulismus, *drittens*, ein radikales Gegenprogramm zum ‚apertistischen‘ Liberalismus: Alle benannten Probleme sollen durch eine dezidiert anti-liberale Politik gelöst werden. Dem Kontrollverlust, der einem Exzess an ‚Öffnung‘ zugeschrieben wird, kann der rechtspopulistischen Logik zufolge nur durch eine Gegenbewegung der ‚Schließung‘ effektiv entgegengewirkt werden. Damit geht, *viertens*, die

Konstruktion eines Feinbilds einher, das es erlaubt, vermeintlich klare Schuldige für die derzeitigen Missstände auszumachen: die ‚liberale Elite‘. Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass der Rechtspopulismus seine Stärke wesentlich daraus bezieht, bestehende Probleme sowie die Schwächen des (Neo-)Liberalismus hervorzuheben, zu dramatisieren und sich durch eine radikale Abgrenzung von der angeblichen Verschwörung der ‚liberalen Eliten‘ als einzigwahre Alternative zu präsentieren.

Im Zentrum der rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategie steht dabei ein stark affektbasierter Aufruf zum Kampf gegen ‚das Böse‘: All jene, die nach rechtspopulistischen Identitätsvorstellungen zum ‚wahren Volk‘ gehören, sollen sich zusammenschließen, um der ‚globalen Verschwörung‘ korrupter, liberaler Eliten und mächtiger Minderheiten etwas entgegenzusetzen und der ‚rechtschaffenen Mehrheit‘ wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Die ‚Normalität‘ soll wieder hergestellt und die (‚vom Liberalismus geraubte‘) Kontrolle über die eigenen Lebensumstände wieder zurückerlangt werden. In diesem Zusammenhang entdeckten Rechtspopulist:innen die Gender-Thematik als hervorragendes Mittel für ihre polarisierende Mobilisierung – womit wir zum zweiten Teil der zentralen Fragestellung kommen.

Um deutlich zu machen, warum Gender sich so gut für die anti-liberalen, rechtspopulistischen Narrative eignet, wurde im vierten Kapitel zunächst die Entstehung des Anti-Gender-Diskurses nachgezeichnet. Wie gezeigt wurde, sehen konservativ-religiöse Akteure rund um die Katholische Kirche im Gender-Konzept und damit assoziierten Themen (nicht-heteronormative Formen von Sexualität und Geschlecht, Abtreibung, etc.) eine existenzielle Gefahr für die ‚natürliche Ordnung‘. Daher mobilisieren sie seit Mitte der 1990er Jahre gegen eine vermeintliche Verschwörung linksliberaler Kräfte, weltweit die ‚Gender-Ideologie‘ durchsetzen zu wollen, was unschuldige Kinder gefährde und letztlich auf nicht weniger als eine Revolution des Menschseins abziele. Dieser Diskurs fügt sich in mehrerlei Hinsicht ideal in zentrale Narrative des Rechtspopulismus ein:

Erstens verleiht der disruptive Charakter bzw. das zerstörerische Potenzial, das dem Gender-Konzept von dessen Gegner:innen unterstellt wird, der rechtspopulistischen Erzählung vom angeblich drohenden Kontrollverlust Nachdruck: Gender wird zum Symbol für jene tiefgreifenden ökonomischen und kulturellen Veränderungen, die von vielen als bedrohlich bzw. als Verlusterfahrung empfunden werden. *Zweitens* deckt sich die Vorstellung, ideologisch verwirrte Minderheiten und korrupte Eliten würden zentrale Institutionen mit dem Zweck unterwandern, der unbescholtenen Mehrheitsbevölkerung ihre zersetzende Ideologie aufzuzwingen, mit grundlegenden Mustern rechtspopulistischer Polarisierung (‚wahres Volk‘ vs. ‚korrupte Elite‘) und Moralisierung (‚gut‘ vs. ‚böse‘). *Drittens* dient das Bild des bedrohten Kindes und der schutzbedürftigen Familie rechtspopulistischen Akteuren als wichtige

Ressource moralischer Legitimation. Zudem erlaubt es ihnen, völkische Narrative ‚salonfähig‘ – sprich mehrheitsfähig – umzudeuten. *Viertens* können Rechtspopulist:innen mit Anti-Gender-Rhetorik ihren Anspruch bekräftigen, die ‚Normalität‘ und die ‚einfache Bevölkerung‘ gegen den ‚Wahn‘ volksfremder, liberaler Eliten zu verteidigen, indem sie Gender als ‚krankhafte‘ Ideologie darstellen, die angeblich im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie der alltäglichen Lebenserfahrung steht.

Damit lässt sich der zweite Teil der Forschungsfrage beantworten: Gender-Diskurse nehmen einen zentralen Stellenwert in der Dynamik zwischen (Neo-)Liberalismus und Rechtspopulismus ein. Sie fungieren als Bindeglied, das ökonomische, kulturelle und politische Kritik am apertistischen Liberalismus bündelt und affektiv verstärkt. Gender steht symbolisch für die angebliche Entfremdung der liberalen Elite von der mehrheitlichen Bevölkerung, den vermeintlichen Vorrang identitätspolitischer Fragen gegenüber materiellen Fragen, die Auflösung traditioneller Strukturen, den Verlust des ‚Gewohnten‘ und des ‚Gemeinsamen‘, etc. und wird damit zu einem negativen ‚leeren Signifikanten‘, der als Kontrast für die eigene Identitätskonstruktion als ‚wahre Stimme des Volkes‘ dient.

Im fünften Kapitel ging es abschließend darum, die bewusst möglichst allgemein gehaltene Analyse der vorangegangenen Kapitel anhand des konkreten Fallbeispiels der jüngeren Entwicklungen in Polen zu verdeutlichen. Wie gezeigt wurde, fanden viele der Entwicklungen, die in den Kapiteln 2 – 4 beschrieben wurden, in Polen in beschleunigter und verdichteter Form statt. Die politischen Führungskräfte der Transformation nach 1989 setzten auf radikale Maßnahmen, um den Wandel Polens in eine liberale Demokratie mit marktwirtschaftlichen Prinzipien voranzutreiben. In ihrer dezidierten Orientierung am ‚Westen‘ folgten sie dafür ebenfalls dem Paradigma des ‚apertistischen‘ Liberalismus: In ökonomischer Hinsicht sollte die vormalige Planwirtschaft mithilfe einer ‚neoliberalen Schocktherapie‘ schnell und effektiv in eine offene Marktwirtschaft transformiert werden. Als Voraussetzung für das Gelingen dieser Transformation wurde auch eine entsprechende kulturelle ‚Modernisierung‘ für notwendig erachtet: Die ‚Homo Sovieticus‘-Mentalität sollte individueller Leistungsbereitschaft, unternehmerischem Denken und einer erhöhten Eigenverantwortlichkeit weichen.

Der Transformationsprozess galt in vielerlei Hinsicht als großer Erfolg und als Vorbild für andere ehemalige kommunistische Länder Mittel- und Osteuropas. Der Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat wurde auf friedlichem Wege vollzogen und zentrale Ziele, wie die makroökonomische Stabilisierung der polnischen Volkswirtschaft und der Beitritt zur NATO sowie zur EU, wurden erreicht. Jedoch gingen die umfassenden Reformen mit teils drastischen sozialen Auswirkungen einher. Dies hatte zweierlei wichtige Konsequenzen.

Einerseits waren die politischen Führungskräfte der Transformation auf die Unterstützung der Katholischen Kirche angewiesen, die sowohl staatliche Mechanismen der sozialen Absicherung ersetzte als auch durch ihre hohe Anerkennung in der breiten Bevölkerung als Vermittlerin zwischen politischer Führung und der breiten Bevölkerung diente. Im Gegenzug verlangte diese jedoch Zugeständnisse vonseiten der Politik, was sich am deutlichsten im ‚Abtreibungskompromiss‘ von 1993 niederschlug und insgesamt eine Retraditionalisierung von Geschlechterrollen zur Folge hatte.

Andererseits war der Transformationsprozess von Beginn an auch von heftiger Kritik begleitet. Die Politik des ‚dicken Strichs‘ unter die Vergangenheit wurde von einigen Akteuren, die sich in der Solidarność-Bewegung gegen das kommunistische Regime eingesetzt hatten, als Verrat am anti-kommunistischen Widerstand kritisiert. Für die sozialen Probleme, die mit dem Systemwandel einhergingen, machten diese daher eine vermeintliche Unterwanderung der reformierten bzw. neu errichteten Institutionen durch ehemalige Kommunist:innen verantwortlich, die sich mit Duldung der korrumpierten (neo-)liberalen Reformer:innen an der Transformation bereichern würden. Der populistische Vorwurf lautete, eine Verschwörung aus (Ex-)Kommunist:innen und westlich-liberal geprägten Eliten verrate das polnische Volk. Dieser Diskurs stieß in der ersten Dekade nach 1989 auf vergleichsweise wenig Resonanz in der Bevölkerung, was sich jedoch im Lauf der 2000er Jahre änderte: Dass sich die Lebenssituation nach mehreren Jahren der Transformation für viele Menschen immer noch nicht verbessert hatte, sondern die soziale Ungleichheit im Gegenteil weiter gestiegen war, führte in Zusammenspiel mit einer tatsächlich oftmals elitären Form der Politik zu einer wachsenden Legitimitätskrise des liberal-demokratischen Transformationsmodells.

Rechtspopulistische Akteure wie die PiS konnten daher mit ihrem Fremdherrschaftsdiskurs und dem Versprechen, wieder für Gerechtigkeit zu sorgen, eine steigende Zahl an Wähler:innen überzeugen. Anti-kommunistische Narrative wurden zunehmend durch anti-liberale Narrative ergänzt bzw. ersetzt. Die PiS setzte dabei auf eine starke Moralisierung, indem der ‚liberale Westen‘, an den die ‚korrupten Eliten‘ Polen angeblich auslieferten, in seiner vermeintlichen Verkommenheit portraitiert wurde: Als Sinnbild dienten etwa die in den westeuropäischen Ländern vergleichsweise liberalen Abtreibungsregelungen, die als bestialischer Massenmord an schutzlosen Kindern und damit letztlich als Genozid am eigenen Volk scharf verurteilt wurden. Statt in einem demütigenden und die eigene Bevölkerung gefährdenden Prozess zu versuchen, dem ‚liberalen Westen‘ nachzueifern, wie es die ‚liberalen Reformer:innen‘ angeblich taten, sollte das Ziel für Polen vielmehr darin bestehen, sich auf die eigenen Wurzeln zu besinnen, so das grundlegende Narrativ der Rechtspopulist:innen. Um den eigenen moralischen Anspruch zu legitimieren und in Abgrenzung zu den Feindbildern des

Kommunismus sowie des kulturellen Liberalismus eine ‚wahre polnische Identität‘ zu konstruieren, baute die PiS stark auf traditionelle, christliche Werte und die Katholische Kirche als Verbündete im Kampf um die ‚nationale Souveränität‘.

Vor diesem Hintergrund fügte sich der Anti-Gender-Diskurs, der sich in Polen zu Beginn der 2010er Jahre entfaltete, geradezu perfekt in die Narrative und die politische Mobilisierungsstrategie der PiS. Gender als symbolträchtiges Feindbild erlaubte es den Rechtspopulist:innen, in mehrerlei Hinsicht an bestehende Narrative anzuknüpfen: Die Diffamierung von Gender als ‚marxistische Ideologie‘ resonierte mit dem anti-kommunistischen Diskurs und weckte Erinnerungen an die dunkle Vergangenheit. Dass Maßnahmen wie Gender Mainstreaming vor allem vom ‚liberalen Westen‘ vorangetrieben und auch in Polen unter der liberalen Tusk-Regierung umgesetzt wurden, wurde darüber hinaus als Beleg für die angebliche Verschwörung kommunistischer und liberaler Eliten betrachtet, Polen ideologisch kolonialisieren zu wollen. Als Teil der Reformen, die im Zuge des EU-Beitritts realisiert wurden und dabei von den politischen Führungskräften oftmals als alternativlose Notwendigkeit dargestellt wurden, diente Gender-Politik schließlich auch als Symbol für ein undemokratisches Vorgehen der ‚liberalen Eliten‘.

Mit Blick auf die eingangs formulierte Frage, inwieweit das polnische Fallbeispiel die in den Kapiteln 2 – 4 beschriebenen, übergreifenden Zusammenhänge widerspiegelt bzw. davon abweicht, lassen sich entsprechend folgende Schlussfolgerungen ziehen: Wenngleich sich der historische Hintergrund in Polen von jenem der ‚westlichen‘ Länder unterscheidet, lassen sich hinsichtlich der untersuchten Zusammenhänge zwischen (Neo-)Liberalismus, Rechtspopulismus und Gender-Diskursen eindeutige Parallelen feststellen. Rechtspopulismus zeigt sich auch in Polen als Reaktion auf umfassende, vom (neo-)liberalen Paradigma geprägte Öffnungsprozesse (Transformation nach 1989), deren vielfältige problematische Auswirkungen (Prekarisierung und Infragestellung traditioneller Lebensmodelle), sowie auf undemokratische Tendenzen der Politikgestaltung (elitäre Natur des Transformationsprozesses). Nach den in Kapitel 3 beschriebenen Mechanismen grenzten sich die Rechtspopulist:innen in Polen durch eine vor allem in kultureller Hinsicht dezidiert anti-liberale Haltung vom ‚Establishment‘ der Nachwendezeit ab. Sie setzten dabei stark auf Moralisierung und stellten dem dämonisierten Liberalismus ein Gegenangebot gegenüber, das auf Tradition, nationaler Identität und Katholizismus beruhte. Durch die Nähe zur katholischen Kirche und deren Moralvorstellungen resultierte nicht zuletzt eine ideale ‚opportunistische Synergie‘ zwischen den Mobilisierungsstrategien der polnischen Rechtspopulist:innen und Anti-Gender-Akteuren. Auch hier fungierte Gender als ‚symbolic glue‘, der es erlaubte, anti-kommunistische mit anti-liberalen Ressentiments sowie Kritik an einer undemokratischen und

ungerechten Modernisierungspolitik zu einem einheitlichen, nationalkonservativen Diskurs zu verknüpfen.

Eine kontextspezifische Besonderheit des polnischen Falls ist der verstärkte Fokus auf Kommunismus als Feindbild sowie ein damit einhergehender und in der nationalen Historie verwurzelter Fremdherrschaftsdiskurs. Eine weitere Abweichung, welche die Entwicklungen in Polen von ähnlichen Entwicklungen in den stärker säkularisierten, westeuropäischen Ländern unterscheidet, ist die zentrale Stellung der Katholischen Kirche und deren enge Vernetzung mit politischen Akteuren. Dies hatte im Kontext der Fragestellung großen Einfluss auf den kulturellen Liberalisierungsprozess, dessen Ausmaß in Polen entsprechend deutlich geringer ausfiel als die umfangreichen Emanzipationsprozesse in den westeuropäischen Ländern. Zudem hat die stark religiös geprägte, illiberale Regierungspolitik der PiS zu weitreichenden Veränderungen (und einer konkreten Verschlechterung der Lebensverhältnisse von Frauen und sexuellen Minderheiten) geführt, die in diesem Ausmaß in den meisten anderen liberalen Demokratien bislang nicht zu beobachten sind. Nicht zuletzt stellt die polnische Frauenbewegung eine lokale Besonderheit dar, die interessante Anknüpfungspunkte für mögliche Gegenstrategien zum autoritären Rechtspopulismus liefert.

Abschließend soll betont werden, dass die betrachteten Themenfelder außerordentlich vielschichtig und komplex sind, weshalb in der Arbeit nur ein Teil davon erfasst werden konnte, der besonders relevant erschien und vergleichsweise untererforscht ist. Die formulierten Erkenntnisse sind deshalb nicht als vollständige Erklärungen mit Anspruch auf universale Gültigkeit zu verstehen, sondern bestenfalls als Erklärungsansätze, die einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der verschiedenen Thematiken leisten können. Die Aussagekraft der Ergebnisse ist auch mit Rücksicht auf den gewählten theoretischen Zugang zu relativieren: Die Arbeit basiert auf bestimmten (teils recht schematischen) Theorien und Konzepten, die jeweils eine spezifische Sichtweise auf die untersuchten Phänomene bieten. Alternative Ansätze könnten entsprechend zu anderen Ergebnissen führen. Besonders die theoretische Hinführung basiert, wie mehrfach darauf hingewiesen wurde, im Wesentlichen auf Entwicklungen in ‚westlichen‘, liberalen Demokratien (und hier speziell auf Westeuropa und den USA). Die Erkenntnisse, die auf Basis dieses Zugangs gewonnen wurden, sind folglich nicht uneingeschränkt auf andere Kontexte übertragbar. Insbesondere bei der Betrachtung des polnischen Fallbeispiels wurden bewusst kontextspezifische Aspekte herausgearbeitet, die zwar als exemplarisch für ähnliche Entwicklungen in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas gelten können, darüber hinaus jedoch stets unter der Berücksichtigung anderer historischer Kontexte abgeglichen werden müssen.

Aus diesen Beschränkungen ergeben sich jedoch interessante Anknüpfungspunkte für eine weiterführende Forschung. Weitere Untersuchungen könnten sich etwa mit der Frage beschäftigen, inwiefern die polnische Frauenbewegung tatsächlich als Vorbild dienen kann, um in anderen Kontexten effektiv gegen die exkludierenden und autoritären Strategien des Rechtspopulismus vorzugehen. Zudem könnte die Einbeziehung zusätzlicher Perspektiven aus Disziplinen wie Psychologie oder Kommunikationswissenschaft das Verständnis für die betrachteten Phänomene erweitern.

Literaturverzeichnis

- Abels, Gabriele & Mushaben, Joyce Marie (Hrsg.). (2012). *Gendering the European Union: New approaches to Old Democratic Deficits*. Palgrave Macmillan.
- Altvater, Elmar (2008). Globalisierter Neoliberalismus. In Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.), *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen* (S. 50–68). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1>
- Anatrella, Tony (2011). La Théorie du genre comme un cheval de Troie [Gender Theorie als Trojanisches Pferd]. In Conseil Pontifical pour la Famille [Päpstlicher Rat für die Familie] (Hrsg.), *Gender. La controverse* [Gender. Die Kontroverse] (S. 3–26). Pierre Téqui.
- Austermann, Julia (2021). *Kampf um den Regenbogen – Zur (Un-) Sichtbarmachung der LGBT*-Bewegung in Polen*. [Geschichte der Gegenwart]. <https://geschichtedergewegent.ch/kampf-der-bilder/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Bauman, Zygmunt (2017). *Retrotopia*. Suhrkamp Verlag.
- Bazydło, Cezary (2016). *Zurück in die „Vierte Republik“? Polens Déjà vu - die erste PiS-Regierung*. [mdr]. <https://www.mdr.de/heute-im-osten/erste-regierung-kaczynski100.html> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp Verlag.
- Bernstein, Mary (2005). Identity politics. *Annual Review of Sociology*, 31, 47–74. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.29.010202.100054>
- Boas, Taylor C. & Gans-Morse, Jordan (2009). Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan. *Studies in Comparative International Development*, 44(2), 137–161. <https://doi.org/10.1007/s12116-009-9040-5>
- Bohle, Dorothee (2006). Neoliberal hegemony, transnational capital and the terms of the EU's eastward expansion. *Capital & Class*, 30(1), 57–86.
- Bohle, Dorothee & Greskovits, Béla (2012). *Capitalist diversity on Europe's periphery*. Cornell University Press.
- Bovermann, Philipp & Janisch, Wolfgang (2024). *Eine Diktatur der Mehrheit dürfen wir niemals zulassen*. [Süddeutsche Zeitung]. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/julian-nida-ruemelin-diktatur-der-mehrheit-interview-lux.HMXcLD7dscj7fWFgUz1ppD> [Zuletzt abgerufen am 11.10.2024].
- Bröckling, Ulrich (2013). *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Suhrkamp Verlag.
- Brown, Wendy (2015). *Die schleichende Revolution – Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*. Suhrkamp Verlag.
- Buchstein, Hubertus & Nullmeier, Frank (2006). Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 19(4), 16–22.
- Bühler-Niederberger, Doris (Hrsg.). (2005). *Macht der Unschuld: Das Kind als Chiffre*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80960-5_1

- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). (2022). *Queerfeindlichkeit im Rechtsextremismus*. http://www.verfassungsschutz.de/DE/home/hidden_node.html [Zuletzt abgerufen am 11.10.2024].
- Buntenbach, Annelie (2008). Vorwort. In Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.), *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen* (S. 9–12). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1>
- Butler, Judith (2024). *Who's afraid of gender?* Penguin Books.
- Butterwegge, Christoph (2008). Marktradikalismus und Rechtsextremismus. In Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.), *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen* (S. 203–223). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1>
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.). (2008). *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1>
- Camus, Renaud (2016). *Revolte gegen den Großen Austausch*. Antaios.
- Castells, Manuel (2018). *Rupture: The crisis of liberal democracy*. Polity.
- Chołuj, Bożena (2022). Einmischen, Gestalten und Provozieren. Strategien der Frauenbewegung in Polen. In Aleksander, Karin/Auga, Ulrike/Dvorakk, Elisaveta/Heft, Kathleen/Jähner, Gabriele/Schimkat, Heike (Hrsg.), *Feministische Visionen vor und nach 1989: Geschlecht, Medien und Aktivismen in der DDR, BRD und im östlichen Europa* (S. 143–164). Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742521>
- Conseil Pontifical pour la Famille [Päpstlicher Rat für die Familie] (Hrsg.). (2003). *Lexique des termes ambigus et controversés sur la famille, la vie et les questions éthiques* [Lexikon: Ambiguitäten und umstrittene Begriffe zum Familienleben und zu ethischen Fragen]. Pierre Téqui.
- Crouch, Colin (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp Verlag.
- Crouch, Colin (2011). *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Suhrkamp Verlag.
- Czech, Sławomir & Kassner, Maciej (2021). Counter-movement at a critical juncture: A neo-Polanyian interpretation of the rise of the illiberal Right in Poland. *Intersections. East European Journal of Society and Politics*, 7(2), 128–148.
- Dawson, James & Hanley, Seán (2016). What's Wrong with East-Central Europe? The Fading Mirage of the 'Liberal Consensus'. *Journal of Democracy*, 27(1), 20–34. <https://doi.org/10.1353/jod.2016.0015>
- Demirović, Alex (2011). Ökonomische Krise – Krise der Politik? In Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.), *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus* (S. 63–78). VSA-Verlag.
- Demirović, Alex (2018). Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft*, 48(190), 27–42. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>
- Demirović, Alex/Dück, Julia/ Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.). (2011). *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. VSA-Verlag.
- Diehl, Paula (2016). Demokratische Repräsentation und ihre Krise. *Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung*, 66(40–42), 12–17.

- Dietze, Gabriele & Roth, Julia (Hrsg.). (2020). *Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*. transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839449806>
- Dörre, Klaus & Brinkmann, Ulrich (2005). Finanzmarkt-Kapitalismus: Triebkraft eines flexiblen Produktionsmodells? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57(4), 85–116.
- Druciarek, Małgorzata (2016). *Analyse: "Schwarzer Protest" – in Richtung eines neuen »Kompromisses« beim Abtreibungsrecht?* [Bundeszentrale für politische Bildung]. <https://www.bpb.de/themen/europa/polen-analysen/237456/analyse-schwarzer-protest-in-richtung-eines-neuen-kompromisses-beim-abtreibungsrecht/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- El-Mafaalani, Aladin (2020). *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Kiepenheuer & Witsch.
- Fäßler, Peter (2007). *Globalisierung*. Böhlau Verlag.
- Foltin, Robert (2006). *Widerstand und Organisation im Postfordismus*. transversal texts. <https://transversal.at/transversal/0406/foltin/de> [Zuletzt abgerufen am 11.10.2024].
- FPÖ (2016). *Österreich zuerst. 1956–2016. 60 Jahre FPÖ. Die soziale Heimatpartei*. FPÖ-Bildungsinstitut.
- Fraser, Nancy (2013). Neoliberalismus und Feminismus: Eine gefährliche Liaison. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12, 29–31.
- Fraser, Nancy (2017). Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2, 71–76.
- Fukuyama, Francis (1992). *Das Ende der Geschichte*. Kindler.
- Glenz, Tobias (2017). *Was ist der Heilige Stuhl? – Eine überraschend komplizierte Geschichte*. <https://www.katholisch.de/artikel/13799-was-ist-der-heilige-stuhl> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Goodhart, David (2017). *The road to somewhere: The populist revolt and the future of politics*. Oxford University Press.
- Graff, Agnieszka & Korolczuk, Elżbieta (2022). *Anti-gender politics in the populist moment*. Routledge.
- Grzebalska, Weronika & Pető, Andrea (2018). The gendered modus operandi of the illiberal transformation in Hungary and Poland. *Women's Studies International Forum* 68, 164–172.
- Grzebalska, Weronika/Kováts, Eszter/Pető, Andrea (2017). Gender as symbolic glue: How 'gender' became an umbrella term for the rejection of the (neo)liberal order. *Political Critique*, 1–13. <https://hal.science/hal-03232926> [Zuletzt abgerufen am 11.10.2024]
- Grzymala-Busse, Anna (2018). Poland's path to illiberalism. *Current History*, 117(797), 96–101.
- Gunnarsson Payne, Jenny (2020). Conflicts and Alliances in a Polarized World: Women, Gender and „the People“. *Baltic Worlds*, XIII (1), 3–5.
- Gunnarsson Payne, Jenny (2020). Women as “the People”. Reflections on the Black Protests. *Baltic Worlds*, XIII (1), 8–20.
- Harari, Yuval Noah (2018). *21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*. C.H. Beck.

- Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (Hrsg.). (2015). *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839431443-006>
- Heitmeyer, Wilhelm (2018). *Autoritäre Versuchungen*. Suhrkamp Verlag.
- Heyde, Jürgen (2012). *Geschichte Polens*. C.H. Beck.
- Holland-Cunz, Barbara (2021). Geschlecht (sex and gender). *Online Encyclopedia Philosophy of Nature*, (2), 1–14.
- Höntzsch, Frauke (2020). Krise der liberalen Demokratie? Nein! Krise des individualistischen Liberalismus. *Neue Politische Literatur*, 65(2), 255–277. <https://doi.org/10.1007/s42520-020-00230-5>
- Horkheimer, Max (1939). Die Juden und Europa. *Zeitschrift für Sozialforschung* 40(8), 115.
- Jabs, Thorsten (2019). 30 Jahre freie Wahlen in Polen – Die Kirche ist bis heute ein entscheidender Faktor. [Deutschlandfunk Kultur]. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/30-jahre-freie-wahlen-in-polen-die-kirche-ist-bis-heute-ein-100.html> [Zuletzt abgerufen am 06.01.2025].
- Jessop, Bob (1995). Towards a Schumpeterian Workfare Regime in Britain? Reflections on Regulation, Governance, and Welfare State. *Environment and Planning A: Economy and Space*, 27(10), 1613–1626. <https://doi.org/10.1068/a271613>
- Johannes Paul II. (1995). *Evangelium Vitae*. https://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_25031995_evangelium-vitae.pdf [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Jorek, Tim (2022). Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. In Meiering, David (Hrsg.), *Schlüsseltexzte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (S. 79–90). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-36453-3_7
- Jörke, Dirk (2011). Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. *Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung*, 1–2, 13–18.
- Jörke, Dirk & Nachtwey, Oliver (2017). *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie: Leviathan Sonderband 32*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845287843>
- Kämpf, Katrin M. (2015). Eine ›Büchse der Pandora‹? Die Anrufung der Kategorie Pädophilie in aktuellen antifeministischen und antiequeeren Krisen-Diskursen. In Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (Hrsg.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 109–128). transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839431443-006>
- Keinz, Anika (2008). *Polens andere*. Transcript Verlag.
- Kemper, Andreas (2014). *Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen gegen Toleranz, Vielfalt und eine progressive Geschlechter- und Familienpolitik radikalisierten*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kerski, Basil/Dudek, Bartosz/Domagała-Pereira, Katarzyna (Hrsg.). (2023). *Solidarność: die unvollendete Geschichte der europäischen Freiheit*. Herder Verlag.
- Knobloch, Clemens (2020). Moralisierung. In Forschungsgruppe Diskursmonitor und Diskursintervention (Hrsg.), *Diskursmonitor. Glossar zur strategischen Kommunikation in öffentlichen Diskursen*. <https://diskursmonitor.de/glossar/moralisierung/#> [Zuletzt abgerufen am 11.10.2024].

- Köhler, Christian (2020). *Basiswerkzeuge zur Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten*. Springer VS.
- Kölbel, Ralf/Demichel, Sébastien/Förg, Katharina-Luise/Gadebusch Bondio, Mariacarla/Grollmann, Felix/Hengerer, Mark Sven/Lepsius, Susanne/Radner, Karen/Tushingham, Poppy/ Wienhausen-Knezevic, Elke (2021). *Responsibilisierung. Working Paper des Sonderforschungsbereichs 1369 ‚Vigilanzkulturen‘*, 2.
- Kongregation für das Katholische Bildungswesen (KfKB) (Hrsg.). (2019). „Als Mann und Frau schuf er sie“. Für einen Weg des Dialogs zur Gender-Frage im Bildungswesen. *Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls*, 230.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (1994). *Landtagswahlplakate Thüringen – Peter Bonitz*. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:KAS-Bonitz_Peter-Bild-15535-1.jpg [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Korolczuk, Elżbieta (2020). Feminism as left-wing populism. *Baltic Worlds*, XIII (1), 92.
- Koschorke, Albrecht (2018). Auf der anderen Seite des Grabens. *ZfL Blog: Blog des Leibniz-Zentrums für Literatur- und Kulturforschung*, 1–5. <https://doi.org/10.13151/zfl-blog/20180830-01>
- Kowall, Nikolaus (2013). Das neoliberale Modell: Genese, Politiken, Bilanz. Eine polit- und makroökonomische Bestandsaufnahme. *Working Paper Reihe der AK Wien - Materialien Zu Wirtschaft Und Gesellschaft*, 124.
- Krastev, Ivan (2007). Is East-Central Europe backsliding? The strange death of the liberal consensus. *Journal of democracy*, 18(4), 56–64.
- Kubik, Jan (2012). Illiberal challenge to liberal democracy. *The Taiwan Journal of Democracy*, 8(2), 79–89.
- Kuby, Gabriele (2012). *Die globale sexuelle Revolution. Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit*. Fe-Medienverlag.
- Kuhar, Roman & Paternotte, David (2018). Disentangling and locating the “global right”: Anti-gender campaigns in Europe. *Politics and Governance*, 6(3), 6-19.
- Kuhar, Roman & Paternotte, David (Hrsg.). (2017). *Anti-gender campaigns in Europe: Mobilizing against equality*. Rowman & Littlefield.
- Laclau, Ernesto (2005). *On Populist Reason*. Verso.
- López Trujillo, Alfonso (2005). Préface [Vorwort]. In Conseil Pontifical pour la Famille [Päpstlicher Rat für die Familie] (Hrsg.), *Lexique des termes ambigus et controversés sur la famille, la vie et les questions éthiques* [Lexikon: Ambiguitäten und umstrittene Begriffe zum Familienleben und zu ethischen Fragen] (S. 7–14). Pierre Téqui.
- Machowski, Heinrich (1990). Polens schwieriger Weg in die Marktwirtschaft. *Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung*, (12–13), 29–38.
- Matthes, Claudia-Yvette (2023). *Parteien und Wahlbündnisse*. [Bundeszentrale für politische Bildung]. <https://www.bpb.de/themen/europa/polen/541162/parteien-und-wahlbuendnisse/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Meiering, David (Hrsg.). (2022). *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens*. Springer VS.

- Merkel, Wolfgang (2017). Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.), *Parties, governments and elites: The comparative study of democracy* (S. 9–23). Springer VS.
- Michalski, Cezary (2017). Der Mythos in der polnischen Politik nach 1989. *Polen-Analysen*, 210, 2–7. <https://doi.org/10.31205/PA.210.01>
- Mieńkowska-Norkiene, Renata (2020). Die politisch-kulturelle Dimension der Frauenproteste in Polen. *Polen-Analysen*, 267, 2–6. <https://doi.org/10.31205/PA.267.01>
- Mies, Ulrich & Wernicke, Jens (Hrsg.) (2017). *Fassadendemokratie und Tiefer Staat: auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter*. Promedia Verlag.
- Millard, Frances (1996). Poland's 'Return to Europe', 1989–94. In Bideleux, Robert & Taylor, Richard (Hrsg.), *European integration and disintegration: East and west* (S. 205–224). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203437193>
- Minkenberg, Michael (2014). The New Right in France and Germany: Nouvelle Droite, Neue Rechte, and the New Right Radical Parties. In Merkl, Peter H. & Weinberg, Leonard (Hrsg.), *The Revival of Right-Wing Extremism in the Nineties* (S. 65–90). Routledge.
- Mishtal, Joanna (2015). *The politics of morality: The church, the state, and reproductive rights in postsocialist Poland*. Ohio University Press.
- Möller, Almut (2020). Aquis communautaire. In Große Hüttmann, Martin & Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), *Das Europalexikon*. Dietz.
- Morgenstern, Daniel (2024). *Und sie sind doch schlagbar*. [Journal für Internationale Politik und Gesellschaft]. <https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/und-sie-sind-doch-schlagbar-7566/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Mouffe, Chantal (2018). *Für einen linken Populismus*. Suhrkamp Verlag.
- Mudde, Cas (2020). Populismus in Europa: Von den Rändern zum Mainstream. *Totalitarismus und Demokratie*, 17(1), 13–34.
- Mudde, Cas & Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016a). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Suhrkamp Verlag.
- Müller, Jan-Werner (2016b). Populismus. Symptom einer Krise der Politischen Repräsentation? *Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung*, 66(40–42), 24–29.
- Neubert, Stefan, Roth, Hans-Joachim & Yildiz, Erol (2008). Multikulturalismus – ein umstrittenes Konzept. In Neubert, Stefan/Roth, Hans-Joachim/Yildiz, Erol (Hrsg.), *Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept* (S. 9–29). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90758-1_1
- Norris, Pippa & Inglehart, Ronald (2019). *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge University Press.
- O’Leary, Dale (1997). *The Gender Agenda: Redefining Equality*. Lafayette.
- Ordo Iuris (2018). *Ordo Iuris w obronie praw rodziców - kolejna edycja akcji „Chrońmy Dzieci!”*. [Ordo Iuris zur Verteidigung der Rechte der Eltern - eine weitere Ausgabe der Kampagne „Schützt die Kinder!“] <https://ordoiuris.pl/rodzina-i-malzenstwo/ordo-iuris->

w-obronie-praw-rodzicow-kolejna-edycja-akcji-chronmy-dzieci [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].

- Ost, David (2005). *The defeat of solidarity: Anger and politics in postcommunist Europe*. Cornell University Press.
- Painter, David (2014). Oil and Geopolitics: The Oil Crises of the 1970s and the Cold War. *Historical Social Research*, 39(4), 186–208.
- Peeters, Marguerite (2007). Die stille Revolution. *VATICAN Magazin*, 10, 3–14.
- Penn, Shana (1994). *Solidarity's secret: the women who defeated communism in Poland*. University of Michigan Press.
- Pető, Andrea (2017). [Beitrag ohne Titel in: „Nach 1989 “: Ein virtueller Round Table]. *L'Homme - Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* 28(1), 130–131.
- Pontificium Consilium pro Familia (2003). Lexicon: Ambiguous and Debatable Terms Regarding Family Life and Ethical Questions.
- Priester, Karin (2012a). Wesensmerkmale des Populismus. *Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung*, 62(5–6), 3–9.
- Priester, Karin (2012b). *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*. Campus Verlag.
- Priester, Karin (2016). Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 533–560). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_17
- Ramme, Jennifer (2020). „O Mutter Polin, warne deinen Knaben!“ - Zusammenhänge von Nation und Geschlecht am Beispiel rechter Sexualpolitik in Polen. In Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hrsg.), *Autoritärer Populismus* (S. 108–123). Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Ramme, Jennifer (2022). De/Constructing a Polish Nation. On the Entanglements of Gender, Sexuality, Family and Nationalism in Right-Wing Sexual Politics in Poland. *International Journal of Gender Studies*, 11(21), 35– 67.
- Rech, David (2023). Nur 40 Prozent der Deutschen glauben, Meinung frei äußern zu können. [ZEIT Online]. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023> [Zuletzt abgerufen am 10.01.2025].
- Reckwitz, Andreas (2019). *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Suhrkamp Verlag
- Reitzig, Jörg (2008). „Eine Kategorie des Unsinns ...“. Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie. In Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen* (S. 132–146). VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1>
- Rosenkranz, Barbara (2008). *MenschInnen. Gender Mainstreaming - Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*. Ares Verlag.
- Rucht, Dieter (2012). Neue Soziale Bewegungen. In Uwe Andersen/Jörg Bogumil/Stefan Marschall/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems*. Springer VS.

- Sablowski, Thomas (2011). Die jüngste Weltwirtschaftskrise und die Krisentheorien. In Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hrsg.), *Vielfachkrise: Im finanzmarktdominierten Kapitalismus* (S. 29–44). VSA-Verlag.
- Sałek, Paulina & Sztajdel, Agnieszka (2019). Poland – ‘Modern’ versus ‘Normal’: The Increasing Importance of the Cultural Divide. In Hutter, Swen & Kriesi, Hanspeter (Hrsg.), *European Party Politics in Times of Crisis* (S. 189–213). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108652780.009>
- Sarnecki, Tomasz (1989). *Solidarność W samo południe, 4 Czerwca 1989*. [Solidarity: At noon, 4 June 1989.] <https://www.loc.gov/item/2020630123/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025]
- Sauer, Birgit & Penz, Otto (2023). *Konjunktur der Männlichkeit: Affektive Strategien der autoritären Rechten*. Campus Verlag.
- Sauerland, Karol (2013). Die Rolle der Frauen in der Solidarność-Bewegung und der Sieg der Männer nach der sogenannten Wende. *theologie.geschichte* (8), 263–286.
- Schmidt, Lukas & Schröder, Sabine (2016). *Entwicklungstheorien: Klassiker, Kritik und Alternativen*. Mandelbaum Verlag.
- Schmincke, Imke (2015). Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In Sabine Hark, & Paula-Irene Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 93–108). transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839431443-006>
- Schubert, Klaus & Klein, Martina (2020). *Das Politiklexikon*. Dietz.
- Shields, Stuart (2012). *The international political economy of transition*. Routledge.
- Shields, Stuart (2015). Neoliberalism Redux: Poland’s recombinate populism and its alternatives. *Critical Sociology*, 41(4–5), 659–678.
- Sieradzka, Monika (2023). *Haben Frauen bei der Wahl in Polen die PiS gestürzt?* [Deutsche Welle]. <https://www.dw.com/de/haben-frauen-bei-der-wahl-in-polen-die-pis-gestuerzt/a-67199148> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Skrentny, John David (2002). *The minority rights revolution*. Harvard University Press.
- Smolar, Aleksander (2006). Polen: Die Radikalen an der Macht. *Transit*, (31), 114–131. <https://www.iwm.at/transit-online/polen-die-radikalen-an-der-macht> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Snochowska-Gonzalez, Claudia & Ramme, Jennifer (2018). Solidarity Despite and Because of Diversity. Activists of the Polish Women’s Strike. *Praktyka Teoretyczna* 4(30), 75–100.
- STANDARD (2018). Orbán: "Die Epoche der liberalen Demokratie ist zu Ende": Premier mit überwältigender Mehrheit gewählt – Idee Vereinigter Staaten von Europa bezeichnet er als "Albtraum". <https://www.derstandard.at/story/2000079556544/orban-vereinigte-staaten-von-europa-ein-wahnhafter-albtraum> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Stasiński, Maciej (2009). *Fluch aus dem Jenseits*. [Bundeszentrale für politische Bildung]. <https://www.bpb.de/themen/europa/polen/40663/fluch-aus-dem-jenseits/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Streeck, Wolfgang & Schäfer, Armin (2008). Korporatismus in der Europäischen Union. In Martin Höpner & Armin Schäfer (Hrsg.), *Die politische Ökonomie der europäischen Integration* (S. 203–240). Campus Verlag.

- Szabó, Jakub & Kurucz, Milan (2022). The Death of Neoliberalism or a Mere Camouflage? Polanyian Countermovement in Hungary & Poland. *Forum for Social Economics*, 52(3), 240–254. <https://doi.org/10.1080/07360932.2022.2052737>
- Taggart, Paul (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 269–288. <https://doi.org/10.1080/1356931042000263528>
- Tilles, Daniel (2023a). *Women's rights is "number one issue" in Poland, says opposition leader Tusk*. [Notes from Poland]. <https://notesfrompoland.com/2023/03/22/womens-rights-is-number-one-issue-in-poland-says-opposition-leader-tusk/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Tilles, Daniel (2023b). *Factcheck: do most Poles want abortion on demand?* [Notes from Poland]. <https://notesfrompoland.com/2023/11/20/factcheck-do-most-poles-want-abortion-on-demand/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- United Nations Population Fund (UNFPA) (2004). *Programme of Action. Adopted at the International Conference on Population and Development, Cairo, 5-13 September 1994*. https://www.unfpa.org/sites/default/files/event-pdf/PoA_en.pdf [Zuletzt abgerufen am 08.02.2025].
- UN Women (1995). *Beijing Declaration and Platform for Action*. https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/CS_W/PFA_E_Final_WEB.pdf [Zuletzt abgerufen am 08.02.2025].
- UN Women (2001). *Supporting gender mainstreaming*. [Office of the Special Adviser on Gender Issues and Advancement of Women]. <https://www.un.org/womenwatch/osagi/pdf/report.pdf> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- UN Women Deutschland (2023). *Die Istanbul-Konvention*. <https://unwomen.de/die-istanbul-konvention/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Verseck, Keno (2015). *Die Orbán-Krankheit*. [SPIEGEL Ausland] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/orban-in-ungarn-auf-erfolgreichem-kurs-gegen-europa-a-1065339.html> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Wądołowska, Agnieszka (2020). *The symbols of Poland's abortion protests explained*. [Notes from Poland]. <https://notesfrompoland.com/2020/10/30/the-symbols-of-polands-abortion-protests-explained/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Walczevska, Sławomira (2017). [Beitrag ohne Titel in: „Nach 1989“: Ein virtueller Round Table]. *L'Homme - Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft* 28(1), 137.
- Washington Post (2019). *Polish towns advocate 'LGBT-free' zones while the ruling party cheers them on*. https://www.washingtonpost.com/world/europe/polands-right-wing-ruling-party-has-found-a-new-targetlgbt-ideology/2019/07/19/775f25c6-a4ad-11e9-a767-d7ab84aef3e9_story.html [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].
- Weiß, Volker (2017). *Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Klett-Cotta.
- Welzer, Harald (2013). *Selbst Denken*. S. Fischer Verlag.
- Wodak, Ruth (2015). *The politics of fear: What right-wing populist discourses mean*. Sage.
- Woś, Rafał (2011). *Die Wahrnehmung der Euro-und Finanzkrise aus polnischer Sicht*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Mittel-und Osteuropa.

Zierner, Klaus (1989). Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen: II. Vom „Runden Tisch“ zur „IV. Republik“? *Osteuropa*, 39(11/12), 957-980.

Žižek, Slavoj (2000). *Warum lieben wir es alle, Haider zu hassen?* [transversal texts]. <https://transversal.at/transversal/0401/zizek/de> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2025].

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: CDU-Wahlplakat aus dem Jahr 1994 (Konrad-Adenauer-Stiftung 1994).....	30
Abbildung 2: Logos diverser Anti-Gender-Bewegungen (Kuhar & Paternotte 2017: 269)	55
Abbildung 3: Compact Magazin 8/2021 (BfV 2022).....	60
Abbildung 4: Sticker 'Gegen den Genderwahnsinn' (BfV 2022).....	62
Abbildung 5: Familie unter dem Schutzschirm des Nationalismus (Austermann 2021)	63
Abbildung 6: Übersicht zu Spaltung der Solidarność (Eigene Darstellung).....	82
Abbildung 7: Ordo Iuris Kampagne 'Schützen wir unsere Kinder' – 2018 (Ordo Iuris 2018)	100
Abbildung 8: Gender als Ebola aus Brüssel (Graff & Korolczuk 2022: 102)	101
Abbildung 9: PiS als Schutzschirm gegen die 'Gender-Ideologie' (Austermann 2021).....	103
Abbildung 10: Kampagne der Solidarność aus dem Jahr 1989 (Sarnecki 1989).....	114
Abbildung 11: Adaption der Solidarność-Kampagne (Wądołowska 2020).....	114
Abbildung 12: Adaption durch Abgeordnete des Sejms (Wądołowska 2020)	114